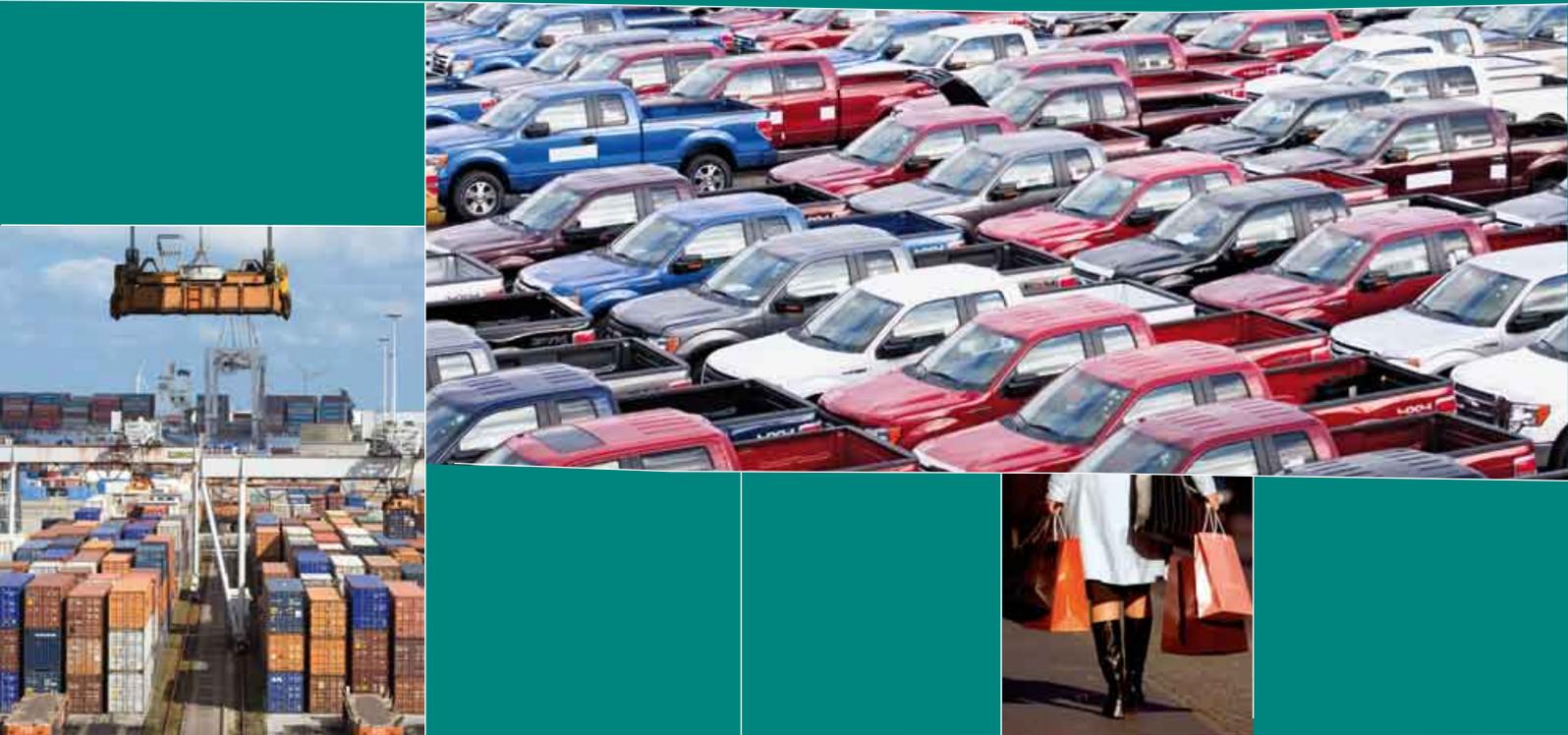


## Wirtschaftspolitik im internationalen Rahmen

Konjunktur und Wachstum – Geldpolitik und Außenwirtschaft –  
wirtschaftspolitische Konzeptionen



---

Thema Sozialwissenschaften

# Wirtschaftspolitik im internationalen Rahmen

Konjunktur und Wachstum –  
Geldpolitik und Außenwirtschaft –  
wirtschaftspolitische Konzeptionen

**Lehrerband**

Autor:  
Uwe Taenzer

Ernst Klett Verlag  
Stuttgart · Leipzig

# Inhalt

Vorwort .....	I-V
Finanzmarktkrise – Auslöser für eine neue Wirtschaftspolitik? Eine erste Annäherung .....	2
<b>1 Globalisierung – eine Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft? .....</b>	<b>7</b>
1.1 Globalisierung der Weltwirtschaft .....	7
1.2 Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft .....	12
1.2.1 Die Weichenstellung zur Sozialen Marktwirtschaft.....	12
1.2.2 Theorie und Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft .....	13
1.3 Globalisierung – Reform oder Gefährdung der Sozialen Marktwirtschaft? .....	17
<b>2 Wachstum über alles? – Ziele der Wirtschaftspolitik .....</b>	<b>20</b>
2.1 Ziele der Wirtschaftspolitik – das magische Viereck.....	20
2.1.1 Die gesetzliche Verankerung der wirtschaftspolitischen Ziele.....	20
2.1.2 Ziel: Angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum .....	21
2.1.3 Ziel: Hoher Beschäftigungsstand .....	23
2.1.4 Ziel: Stabilität des Preisniveaus.....	26
2.1.5 Ziel: Außenwirtschaftliches Gleichgewicht .....	28
2.1.6 Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht – ein ökonomischer Traum .....	29
2.2 Braucht die Marktwirtschaft Wachstum zur Lösung ihrer Probleme?.....	30
2.2.1 Wachstum – Problem Arbeitslosigkeit.....	31
2.2.2 Wachstum – Problem Verteilung.....	33
2.2.3 Wachstum – Problem Soziale Sicherung.....	37
2.2.4 Wachstum – Problem Umweltschutz .....	39
<b>3 Wie wird das BIP ermittelt? – Grundzüge der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung .....</b>	<b>41</b>
3.1 Wirtschaftskreislauf und VGR .....	41
3.2 Entstehungsrechnung .....	43
3.3 Verwendungsrechnung .....	45
3.4 Verteilungsrechnung .....	47
3.5 BIP – ein Wohlstandsindikator? .....	49
3.6 Zahlungsbilanz und Zahlungsbilanzausgleich.....	51
<b>Methode:</b> Prognosen = Wahrsagerei? .....	53
<b>4 Instabilitäten marktwirtschaftlicher Entwicklung – Konjunktur- und Wachstumszyklen .....</b>	<b>55</b>
4.1 Konjunkturschwankungen .....	55
4.1.1 Konjunkturzyklus im Modell.....	55
4.1.2 Konjunkturzyklen in Deutschland.....	56
4.1.3 Abgrenzungsprobleme von Konjunkturphasen .....	58
4.2 Welche Faktoren beeinflussen Konjunktur und Wachstum? .....	60
4.2.1 Zyklusdämpfer und Zyklusverstärker.....	60
4.2.2 Produktionspotential und Wirtschaftswachstum .....	61
<b>Methode:</b> Trendaussagen und Projektionen .....	63
4.2.3 Wachstumsfaktoren .....	65
4.2.4 Wachstumszyklen .....	67
4.2.5 Investitionen, Konjunktur und Wachstum .....	68
<b>5 Theoretische Grundlagen der Konjunkturpolitik .....</b>	<b>69</b>
5.1 Bestimmungsgründe des Konsums – die Konsumfunktion.....	69
5.2 Investitionskalkül, Investitionsfunktion, Bestimmungsgründe für Investitionen .....	72
5.2.1 Wann ist eine Investition profitabel? – Das Investitionskalkül .....	72
5.2.2 Die Investitionsfunktion, Bestimmungsgründe für Investitionen .....	74
5.3 Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht – ein einfaches Modell.....	76
5.4 Wie wirken sich Veränderungen der Investitionen auf das Volkseinkommen aus? – Der einfache Multiplikatorprozess .....	79

<b>6</b>	<b>Wirtschaftspolitische Konzeptionen in der Diskussion</b>	<b>81</b>
6.1	Staatliche Konjunkturprogramme gegen drohende Rezession?	81
6.2	Von Smith zu Keynes: Welche Rolle soll der Staat in der Wirtschaftspolitik spielen?	85
6.2.1	Die Position des klassischen Liberalismus	85
6.2.2	Die Weltwirtschaftskrise und die Grenzen klassischer Wirtschaftstheorie	90
6.3	Die keynesianische Revolution	92
6.3.1	J.M. Keynes' Analyse der Krise	92
6.3.2	Keynes: Konjunktursteuerung – neue Aufgabe für den Staat.	94
6.4	Ausprägungen der Wirtschaftspolitik in der Nachfolge von Keynes	96
6.4.1	Der Staat im Wirtschaftskreislauf.	96
6.4.2	Nachfragesteuerung in Deutschland	98
6.5	Kritik an Keynes' wirtschaftspolitischer Konzeption	100
6.5.1	Die Kritik des Antipoden Milton Friedman.	100
6.5.2	Die Kritik an der Nachfragesteuerung in Deutschland	102
6.6	Die Gegenrevolution: Angebotspolitik.	104
6.6.1	Angebotspolitische Konzeption des SVR.	104
6.6.2	Beispiele für angebotspolitische Maßnahmen	107
6.7	Zur Bewertung der Angebotspolitik.	109
<b>7</b>	<b>Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – Möglichkeiten und Grenzen</b>	<b>113</b>
7.1	Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten: Neue Gefahren für Geld- und Preisniveaustabilität?	113
7.2	Ausmaß und Folgen der Inflation – Inflationstheorien.	115
7.3	Begriff, Funktionen und Erscheinungsformen des Geldes – Geldmengenabgrenzungen	119
7.4	Organisation, Aufgaben und Stellung der EZB	121
7.5	Geldschöpfung und Geldvernichtung im Europäischen System der Zentralbanken	123
7.6	Geldpolitische Strategien im Überblick	126
<b>8</b>	<b>Außenwirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands im Zeitalter der Globalisierung</b>	<b>131</b>
8.1	Die Außenhandelsverflechtung der Bundesrepublik Deutschland	131
8.2	Der Außenhandel im Wirtschaftskreislauf – Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung	135
8.3	Ursachen internationalen Handels	138
8.4	Deutschland – Gewinner der Globalisierung?	141
8.5	Internationale Währungsbeziehungen	144
8.6	Internationale Finanzmärkte	146
8.7	Internationale Wirtschafts- und Währungsbeziehungen: Institutionen und Regelungen	149
<b>9</b>	<b>Finanzmarktkrise – ordnungspolitische Diskussion: Zum Verhältnis von Markt und Staat</b>	<b>153</b>
	Impressum	157

## Vorwort

Wirtschaftspolitische Themen werden in allen Bundesländern in der gymnasialen Oberstufe in unterschiedlich benannten Fächern mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunktsetzungen unterrichtet und in den Abiturvorgaben verlangt/ vorge-schrieben.

In NRW sind beispielsweise wirtschaftspolitische Themen in den Fächern Sozialwissenschaften und Sozialwissenschaften/Wirtschaft für Grund- und Leistungskurse in den Abiturvorgaben festgelegt. Außerdem gibt es für Weiterbildungskollegs und Abendgymnasien noch das Fach Volkswirtschaft mit davon abweichenden detaillierten Abiturvorgaben.

Wie mit dem Schülerbuch die Abiturvorgaben in Grund- und Leistungskursen für den Lernbereich Wirtschaftspolitik erfüllt werden können, wird am Beispiel der Vorgaben für NRW in einer tabellarischen Übersicht dargestellt.

Das Material lässt je nach Zeitbudget, Interessen des Kurses und den wechselnden Abiturvorgaben eine mehr orientierende oder eine vertiefende Bearbeitung zu.

Bei den zur Erfüllung der Abiturvorgaben im Lernbereich Wirtschaftspolitik relevanten Kapiteln werden in den folgenden Übersichten Basis- und Vertiefungsmaterialien ausgewiesen. Je nach Schwerpunktsetzung sind aber auch andere Einteilungen möglich. Das Basismaterial dient zur Aneignung des grundlegenden konzeptionellen Deutungswissens, um die wirtschaftspolitische Wirklichkeit reflexiv beurteilen zu können. Das Material zur Vertiefung soll darüber hinaus über vertieftes Deutungswissen zu einem höheren Grad der Problemorientierung und differenzierter Urteilsfindung führen. Dadurch und durch die differenzierten Arbeitsaufträge wird auch die Möglichkeit zu binnendifferenzierender und individualisierter Unterrichtsgestaltung ermöglicht.

### Sozialwissenschaften NRW

Finanzmarktkrise Annäherung	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
	M1–M4a, M4c–M5	M4b, M6, M7

Kapitel 1 Globalisierung und Soziale Marktwirtschaft	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
Abschnitt 1.1	M1–M3	M4, M5
Abschnitt 1.2	M6–M8, M10	M9
Abschnitt 1.3	M11	M12, M13

Kapitel 2 Wachstum über alles? Ziele der Wirtschaftspolitik	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
Abschnitt 2.1.1	M1–M3	
Abschnitt 2.1.2	M4–M9,	
Abschnitt 2.1.3	M10–M12	M13, M14
Abschnitt 2.1.4	M15–M17	M18
Abschnitt 2.1.5	M19, M20	M21, M22
Abschnitt 2.1.6	M23, M24, M27	M25, M26, M28
Abschnitt 2.2.1	M29, M30, M33, M34	M31, M32
Abschnitt 2.2.2	M35, M36	Methode: Ideologiekritik
Abschnitt 2.2.3	M38	M39, M40
Abschnitt 2.2.4	M41	

Kapitel 6 Wirtschaftspolitische Konzeptionen in der Diskussion	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
Abschnitt 6.1	M1–M2	M3
Abschnitt 6.2.1	M4, M6	M5
Abschnitt 6.2.2	M7, M8, M9, M11	M10
Abschnitt 6.3.1	M12, M13	
Abschnitt 6.3.2	M14,	M15, M16
Abschnitt 6.4.1	M17, M18	M19, M20
Abschnitt 6.4.2	M21,	M22
Abschnitt 6.5.1		M23, M25
Abschnitt 6.5.2	M25, M27	M26
Abschnitt 6.6.1	M29, M30	M31
Abschnitt 6.6.2	M32–M34a	M34b–M34c
Abschnitt 6.7	M35–M38	M39–M40

Kapitel 8 Außenwirtschaftliche Abhängigkeit im Zeitalter der Globalisierung	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
Abschnitt 8.1	M1–M7	
Abschnitt 8.2.	M8, M10a–b	M9
Abschnitt 8.3		M11–M15
Abschnitt 8.4	M16, M17	M18, M19
Abschnitt 8.5	M20, M21	M22, M23
Abschnitt 8.6	M24–M26	M27–M29

Leistungskurs zusätzlich

Kapitel 7 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
Abschnitt 7.1	M1	M2
Abschnitt 7.2.	M3–M5	M6–M7
Abschnitt 7.3	M8–M10	
Abschnitt 7.4	M11–M13	
Abschnitt 7.5	M14, M15, M17, M19, M20	M16, M18
Abschnitt 7.6	M21b, M22b, M23, M24a	M21a, M21c, M22a, M24b–M24c

Sozialwissenschaften/Wirtschaft NRW

Finanzmarktkrise Annäherung	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
	M1–M4a, M4c–M5	M4b, M6, M7

Kapitel 1 Globalisierung und Soziale Marktwirtschaft	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
Abschnitt 1.1	M1–M3	M4, M5
Abschnitt 1.2	M6–M8, M10	M9
Abschnitt 1.3	M11	M12, M13

Kapitel 2 Wachstum über alles? Ziele der Wirtschaftspolitik	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
Abschnitt 2.1.1	M1–M3	
Abschnitt 2.1.2	M4–M9	
Abschnitt 2.1.3	M10–M12	M13, M14
Abschnitt 2.1.4	M15–M17	M18
Abschnitt 2.1.5	M19, M20	M21, M22
Abschnitt 2.1.6	M23, M24, M27	M25, M26, M28
Abschnitt 2.2.1	M29, M30, M33, M34	M31, M32
Abschnitt 2.2.2	M35, M36	Methode: Ideologiekritik
Abschnitt 2.2.3	M38	M39, M40
Abschnitt 2.2.4	M41	

<b>Kapitel 3</b> Wie wird das BIP ermittelt? Grundzüge der VGR	<b>Basismaterial</b>	<b>Vertiefungsmaterial</b>
Abschnitt 3.1.	M1–M3	
Abschnitt 3.2	M4, M5	M6
Abschnitt 3.3	M7,M8	
Abschnitt 3.4	M9–M11	
Abschnitt 3.5	M13, M14	M12, M15
Abschnitt 3.6	M16	M17, Methode: Prognose

<b>Kapitel 4</b> Instabilitäten marktwirtschaftlicher Entwicklung – Konjunktur- und Wachstumszyklen	<b>Basismaterial</b>	<b>Vertiefungsmaterial</b>
Abschnitt 4.1.1	M1–M3	
Abschnitt 4.1.2	M4, M5	M6
Abschnitt 4.1.3	M8, M11	M7, Methode: Lineare und logarithmische Skalierung
Abschnitt 4.2.1	M12–M14	
Abschnitt 4.2.2	M15, M17	M16, Methode: Trendausagen und Projektionen
Abschnitt 4.2.3	M18–M22	
Abschnitt 4.2.4	M24, M25	
Abschnitt 4.2.5	M26–M28	

**Leistungskurs zusätzlich**

<b>Kapitel 5</b> Theoretische Grundlagen der Konjunkturpolitik	<b>Basismaterial</b>	<b>Vertiefungsmaterial</b>
Abschnitt 5.1	M1, M3, M4	M2
Abschnitt 5.2.1	M5–M7	
Abschnitt 5.2.2	M8, M9	M10, M11
Abschnitt 5.3	M12, M13	M14
Abschnitt 5.4	M15, M16	M17

Kapitel 6 Wirtschaftspolitische Konzeptionen in der Diskussion	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
Abschnitt 6.1	M1–M2	M3
Abschnitt 6.2.1	M4, M6	M5
Abschnitt 6.2.2	M7, M8, M9, M11	M10
Abschnitt 6.3.1	M12, M13	
Abschnitt 6.3.2	M14,	M15, M16
Abschnitt 6.4.1	M17, M18	M19, M20
Abschnitt 6.4.2	M21,	M22
Abschnitt 6.5.1		M23, M25
Abschnitt 6.5.2	M25, M27	M26
Abschnitt 6.6.1	M29, M30	M31
Abschnitt 6.6.2	M32–M34a	M34b–M34c
Abschnitt 6.7	M35–M38	M39–M40

Kapitel 7 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
Abschnitt 7.1	M1	M2
Abschnitt 7.2.	M3–M5	M6–M7
Abschnitt 7.3	M8–M10	
Abschnitt 7.4	M11–M13	
Abschnitt 7.5	M14, M15, M17, M19, M20	M16, M18
Abschnitt 7.6	M21b, M22b, M23, M24a	M21a, M21c, M22a, M24b–M24c

Kapitel 8 Außenwirtschaftliche Abhängigkeit im Zeitalter der Globalisierung	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
Abschnitt 8.1	M1–M7	
Abschnitt 8.2.	M8, M10a–b	M9
Abschnitt 8.3		M11–M15
Abschnitt 8.4	M16, M17	M18, M19
Abschnitt 8.5	M20, M21	M22, M23
Abschnitt 8.6	M24–26	M27–M29
Abschnitt 8.7	M30, M32a, M33	M31, M32b, M34

# Finanzmarktkrise – Auslöser für eine neue Wirtschaftspolitik? Eine erste Annäherung

## 1. Aufgabe

Bei der Erläuterung sollten folgende Aspekte angeführt werden:

- Ausgangspunkt der Finanzmarktkrise ist der amerikanische Immobilienmarkt für Subprime-Kredite (Hypothekendarlehen mit variablem Zinssatz an Bevölkerungsgruppen ohne Ersparnisse, ohne gesicherten Arbeitsplatz und niedrigem Einkommen).
- Platzen der Immobilienblase verursacht durch steigende Zinssätze seit 2005, stagnierende, schließlich dramatisch sinkende Immobilienpreise.
- Folgen: massenhafte Zwangsversteigerungen, weil Hauskäufer ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten. Ab 2007 erste Konkurse von Hypothekenbanken in den USA.
- Verbriefung der faulen Kredite durch von Banken gegründete Zweckgesellschaften. Deren Zweck besteht darin, Banken die gewährten Hypothekenkredite abzukaufen und in festverzinsliche Schuldverschreibungen (Verbriefung) umzuwandeln. Dabei wurden Subprime-Kredite mit hohen Ausfallrisiken mit Krediten guter Bonität vermischt zu sogenannten besicherten Wertpapieren (Asset-Backed Security). Sie waren ausgestattet mit hoher Verzinsung und bewertet mit höchster Bonitätsstufe (AAA). Schuldverschreibungen, die kein Spitzenrating erhielten, wurden im Auftrag der Banken durch Ratingagenturen so mit anderen Wertpapieren vermischt, dass sie trotz des höheren Risikos noch eine gute Risikoeinschätzung bekamen. Auf diese Weise entstanden die Collateralized Debt Obligations (CDOs), festverzinsliche Wertpapiere mit unterschiedlichem Ausfallrisiko und je nach Rating unterschiedlicher Verzinsung. Ratingagenturen haben ihre eigenen Produkte bewertet und so getan, als seien sie unabhängige und objektiv analysierende Institute. Ein klarer Interessenkonflikt zu Lasten der Käufer dieser Wertpapiere.
- Diese auch als strukturierte Wertpapiere bezeichneten Schuldverschreibungen wurden weltweit massenhaft verkauft wegen der hohen Verzinsung, die Kenntnis der darin enthaltenden Risiken blieb selbst den Banken verborgen. Das Platzen der Spekulationsblase auf dem Immobilienmarkt führte zu einem dramatischen Kursverlust der minderwertigen strukturierten Wertpapiere, in denen die Kredite für Immobilien verbrieft waren, weltweite Verluste bei den Käufern (Banken, Versicherungen, Pensionsfonds, Privatanleger) waren die Folge. Dadurch entstanden bei zahlreichen Kreditinstituten von USA über Europa bis China Abschreibungen und Verluste in Milliardenhöhe sowie Liquiditätsprobleme. Das Misstrauen zwischen den Banken in ihre Zahlungsfähigkeit führte dazu, dass sie sich gegenseitig keine Kredite mehr gewährten. Der Geldmarkt als Interbankenmarkt, der in normalen Zeiten die Geldversorgung der Banken mit Zentralbankgeld sichert, kam zum Erliegen. Es kam zu vermehrten Bankpleiten in den USA im Jahr 2008. Der Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 bewirkte eine Verschärfung der Krise weltweit.

Beurteilungsaspekte zum Geschäftsgebaren der Banken:

Moralisch: niedrige Lockzinsen, fehlende Aufklärung über Risiken, sittenwidrige Gestaltung von Kreditbeziehungen zu Lasten der Kreditnehmer, rücksichtslose Ausnutzung von Unwissenheit.

Betriebswirtschaftlich: Fehlende Risikoprüfung und -sicherung bei Subprime-Krediten, fehlendes Risikomanagement, Orientierung an kurzfristiger Gewinnmaximierung bei langfristiger Kreditvergabe, falsche Anreize durch Bonussysteme.

## 2. Aufgabe

### Hinweise:

Schritte der Mindmap: Hier können neben den Materialien auch die aus den Medien gewonnene Kenntnisse eingebracht werden.

1. Schritt: Thema der Mindmap: Wirtschaftliche Auswirkungen der Finanzmarktkrise
  2. Schritt: Schlüsselwörter sammeln
  3. Schritt: Oberbegriffe finden, Schlüsselwörter zuordnen.
- Die orange ausgezeichneten Wörter des folgenden Textes sind mögliche Oberbegriffe, die zugeordneten Schlüsselwörter sind nicht weiter systematisiert.

**Monetärer Bereich:** Einbruch der Aktienkurse, riesige Vermögensverluste (IFW Schätzung 2 Billionen, Zusammenbruch des Interbankenhandels, Verluste der Banken durch Wertberichtigungen auf toxische Wertpapiere, Eigenkapitalschrumpfung der Banken, Konkurse von Banken (USA 2009: 133, Januar, Februar 2010: 22 Pleiten).

**Geldpolitische Rettungsmaßnahmen** (Staat und Zentralbanken): Verstaatlichung von Banken (Island, Großbritannien), Teilverstaatlichung von Banken (Commerzbank), Senkung der Leitzinsen durch Zentralbanken, Aufweichung der Refinanzierungsbedingungen der Zentralbanken, fallweise staatliche Rettungsaktionen (IKB), staatliche Rettungsprogramme (Finanzmarktstabilisierungsgesetz Oktober 2008, 500 Mrd. Euro)

**Realwirtschaft:** weltweiter Wachstumseinbruch, dramatischer Rückgang des Außenhandels, Deutschland Exporteinbruch, Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen, Arbeitslosigkeit steigt weltweit, in Deutschland Anstieg der Kurzarbeit.

**Staat:** Konjunkturprogramme weltweit, Deutschland zwei Programme (80 Mrd. Euro), stark steigende Verschuldung, sinkende Steuereinnahmen, steigende Sozialausgaben (z. B. Kurzarbeitergeld).

## 3. Aufgabe

Liquiditätshilfe der Zentralbanken war notwendig, weil

- der Interbankenhandeln nach der Pleite von Lehman Brothers zum Erliegen kam, Kreditvergabe zwischen Banken, an Unternehmen und private Haushalte drohte zu Erliegen.
- die Gefahr bestand, dass Sparer ihre Einlagen in großem Stil auflösen (Run auf die Einlagen). Da Kredite längere Laufzeit aufweisen als Einlagen und der Zentralbankgeldbestand der Banken geringer ist als das Volumen der Einlagen, sind Banken grundsätzlich nicht in der Lage, einem flächendeckenden Einlagenabzug nachzukommen.

Folge: Zerstörung des Vertrauens in das Bankensystem, vgl. Bankenkrise im Deutschen Reich im Juli 1931.

Die Finanzierung realwirtschaftlicher Aktivitäten (Investitionen) drohte zusammenzuberechnen.

Anmerkung: Zur Bankenkrise von 1931 vgl. z. B.

<http://www.handelsblatt.com/politik/nachrichten/bankenkrise-die-lehren-aus-1931;2109449;3>

#### 4. Aufgabe

Liquiditätsfalle – ein von Keynes verwendeter Begriff zur Kennzeichnung einer krisenhaften konjunkturellen Situation, in der von der Geldpolitik trotz niedriger Zinsen keine belebenden Impulse ausgehen, weil die Investitionsneigung der Unternehmen aufgrund der Krise stark gesunken ist. Nach Keynes kann in dieser Situation nur der Staat mit zusätzlicher Nachfrage, durch Kreditaufnahme (deficit spending) finanziert, aus der Krise herausführen. Pieper bezieht die Rettungsaktionen der Regierungen, um Bankzusammenbrüche zu verhindern, auf die Liquiditätsfalle. Weil Bankenzusammenbrüche die Gefahr einer systemischen Krise nicht nur für das Finanzsystem, sondern auch für die Realwirtschaft bedeutet hätten, mussten die Regierungen mit Milliardenbeträgen die Banken stützen. Die damit verbundene Explosion der Staatsverschuldung ist „schlimm“, soll aber noch „Schlimmeres“, nämlich den Absturz in eine tiefe, langandauernde, weltweite Depression verhindern.

#### 5. Aufgabe

Abwägen von Pro- und Contraargumenten:

Proargumente: Verhinderung einer systemischen Krise, Sicherung der Einlagen von Privaten bei den Banken

Contraargumente: Gewinne werden privatisiert – Verluste sozialisiert, Risiken müssen die tragen, die sie zu verantworten haben, Anreizsystem der Marktwirtschaft wird einseitig ausgehebelt.

#### 6. Aufgabe

Hier einige mögliche Rechercheergebnisse:

„Kein Kommentar“, hieß es sowohl bei den Bankenverbänden als auch bei der Deutschen Bank zu Köhlers Äußerungen. Kritik gab es dagegen von der FDP: „Das Beschwören von Heuschrecken und Monstern verunsichert Sparer, Anleger und Investoren und kann zu fatalen Kettenreaktionen führen“, sagte Parteivize Rainer Brüderle dem „Handelsblatt“:

<http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Titelseite;art692,2530801>

Stand 28.12.09

„Viele Banker haben riesigen Bockmist gebaut und danach noch Abfindungen kassiert“, sagt Gerke. Das sei nicht richtig gewesen, deshalb müsse man sich auch über überzogene Managergehälter Gedanken machen, wie es Köhler fordert. Aber deshalb die gesamte Finanzbranche zu verdammen, sei „plakativ“ – zumal die Politik „ein gehöriges Maß an Mitschuld“ trage. So seien es die deutschen Politiker gewesen, die die Landesbanken in ihrer bisherigen Struktur belassen hätten.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,553246,00.html>

Stand 28.12.09

Der Linkspartei-Vorsitzende Oskar Lafontaine sagte der „Berliner Zeitung“ vom Donnerstag, die Äußerungen des Staatsoberhauptes seien überfällig. Richtig sei, dass Köhler jetzt wie die Linke im Gegensatz zu Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) eine stärkere Regulierung des Bankensektors fordere. [...] Die SPD reagierte auf Köhlers Äußerungen mit Worten der Genugtuung. Köhler sei in seiner Zeit als IWF-Präsident einer der Verfechter der Deregulierung gewesen, sagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ludwig Stiegler der Zeitung. „Wenn er schon während seiner IWF-Zeit so gedacht hätte wie jetzt, wären wir möglicherweise von der Finanzkrise verschont geblieben.“ Dennoch sei Köhlers Einsicht zu begrüßen.

„Im Hause Gottes gibt es mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte“, sagte Stiegler.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, sagte der „Süddeutschen Zeitung“: „Seine Kritik an den Finanzmärkten ist eine begrüßenswerte Klarstellung und eine deutliche Aufforderung an deutsche ‚Global Players‘, sich entsprechend zu verhalten.“

Auch die Wirtschaftsweise Beatrice Weder di Mauro unterstützt die Aussagen Köhlers in weiten Teilen: „Wir können nicht einfach zur Normalität übergehen – dass Konsequenzen gezogen werden müssen, speziell im Bereich der Landesbanken, ist überaus richtig“. [...]

„Die Krise hat neben dem falschen Risikomanagement auch makroökonomische Ursachen, deren Analyse zu den Kernkompetenzen des IWF zählen“, argumentiert sie. Das Bild des „Monsters Finanzmärkte“ teilt die Bankenexpertin allerdings nicht: „Dieser Vergleich ist zu stark. Ein großer Unfall trifft es eher – einige Banken waren mit zu hoher Geschwindigkeit unterwegs und sind aus der Kurve gefallen.“

[http://www.focus.de/politik/deutschland/horst-koehler-beifall-fuer-finanzmarkt-kritik\\_aid\\_301750.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/horst-koehler-beifall-fuer-finanzmarkt-kritik_aid_301750.html)

Stand 28.12.09

### Hinweis:

Die Stellungnahme sollte auf Kommentare zu Köhlers Äußerungen Bezug nehmen und auch die Informationen in den vorausgegangenen Materialien mit einbeziehen, um so zu einer begründeten Position zu gelangen. In der Kursgruppe könnte auch eine Pro- und Contradiskussion nach der Recherche geführt werden.

## 7. Aufgabe

Prognosen sind im Gegensatz zu Prophezeiungen bedingte Aussagen, die man als Wenn-Dann-Aussage fassen kann. Nur wenn die Bedingungen a,b,c [...] etc. vorhanden sind, dann wird diese und jene Folge eintreten. Wirtschaftliche Prognosen stützen sich auf Erfahrungswerte aus der Vergangenheit und auf bewährte Theorien und Methoden. Auch in wirtschaftlich „normalen Zeiten“ stimmen die Prognosen in der Vergangenheit nur annäherungsweise mit der Realität überein, auch weil Prognosen immer mit dem Phänomen der sich selbst erfüllenden Prophezeiung verbunden sind. Wenn die Erfahrungswerte und die verwendeten Methoden durch außerordentliche Ereignisse wie z. B. die globale Finanzmarktkrise nicht mehr gelten, sind zuverlässige Prognosen kaum noch möglich. So hat der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann im Frühjahr 2009 angeregt vorübergehend ganz auf Prognosen zu verzichten:

„In der gegenwärtig noch immer anhaltenden Situation extrem großer Unsicherheiten sei eine quantitative Prognose für das nächste Jahr derzeit nicht sinnvoll, so das Institut in einer heute veröffentlichten Erklärung. „Seit der Verschärfung der Finanzkrise laufen alle Vorhersagen der tatsächlichen Entwicklung drastisch hinterher“, sagte DIW-Präsident Klaus F. Zimmermann. „Sämtliche Prognostiker – das DIW Berlin inbegriffen – haben die Entwicklung in all ihrer Dramatik so nicht vorausgesehen. Die Makroökonomik befindet sich in einem Erklärungsnotstand.“ „Wir wissen: Die Erwartungen an Ökonomen sind in der derzeitigen Krisensituation hoch. Zu Recht gibt es eine öffentliche Diskussion darüber, was wissenschaftlich fundierte Politikberatung leisten muss, wenn sie am dringendsten gebraucht wird. Dieser Debatte stellen wir uns“, sagte Zimmermann. [...] Das DIW Berlin legte zugleich eine Analyse vor, warum Konjunkturforscher die sich weltweit ausbreitende Rezession nicht früher erkannt haben. So ließen sich die rasche globale Ausbreitung der Krise und ihre Tiefe mit den üblichen Methoden kaum nachvollziehen. Strukturmodelle, die in normalen Zeiten verlässliche Prognosen liefern, stoßen bei historischen Wachstumseinbrüchen an die Grenze des Machbaren. Auch die Wirkungen von Immobilien- und Finanzblasen auf

die Realwirtschaft, die zusätzlich von Stimmungen und Erwartungen überlagert werden, sind noch nicht vollständig untersucht. Die Fortentwicklung des Instrumentariums bleibt daher eine Daueraufgabe der angewandten Wirtschaftsforschung. [...] Angesichts der derzeit besonders großen Unsicherheit wird darauf verzichtet, eine explizit quantitative Prognose für das Jahr 2010 vorzulegen.“

Pressemitteilung von 14.04.2009

[http://www.diw.de/de/diw\\_01.c.100319.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen.html?id=diw\\_01.c.97033.de](http://www.diw.de/de/diw_01.c.100319.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen.html?id=diw_01.c.97033.de)

Stand 28.12.09

## 8. Aufgabe

Wenn von den Treffen der G7/8 und den diversen Treffen auf EU-Ebene abgesehen wird, gab es bis Jahresende 2009 drei so genannte Weltfinanzgipfel zur Finanzmarktkrise:

15.11.2008:

1. Weltfinanzgipfel in Washington: Die Staats- und Regierungschefs der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) haben sich unter dem Eindruck der Finanzmarktkrise und ihrer Folgen für die Wirtschaft auf Grundzüge zur Reform des Weltfinanzsystems geeinigt. Sie verabschiedeten auf einem Gipfel in Washington eine Erklärung, die eine strengere Kontrolle des Finanzsystems vorsieht. „Wir verpflichten uns zu gewährleisten, dass alle Finanzmärkte, Produkte und Akteure reguliert oder überwacht werden“, heißt es in der Abschlusserklärung. Dazu gehören auch Hedgefonds und Ratingagenturen.

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltfinanzgipfel118.html>

Stand 28.12.09

01./02.04.2009:

2. Weltfinanzgipfel in London: Die Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrieländer haben in London ihre Beratungen über die Finanzmarktkrise begonnen.

<http://www.ad-hoc-news.de/g20-laender-beraten-weg-aus-der-finanzkrise--/de/Thema-Des-Tages/20146520>

26.09.2009:

3. Weltfinanzgipfel in Pittsburgh: Die G20-Staaten haben sich in Pittsburgh darauf geeinigt, dass die Vergütung von Führungskräften in Banken künftig einer stärkeren Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden unterworfen sein soll.

<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,652232,00.html>

Stand 28.12.09

# 1 Globalisierung – eine Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft

## 1. Aufgabe

- Tiefgreifende Umwälzung verursacht
- durch Kommunikationstechnologie,
- die Integration Chinas und Indiens in die Weltwirtschaft mit 2,4 Milliarden Menschen als Konsumenten und Arbeitskräfte, Verbrauch von Energie und Rohstoffen,
- Globalisierung der Finanzmärkte, der Produktion und des Vertriebs,
- Globalisierung von Kriminalität, Korruption und Terrorismus, Migration,
- Chinas Aufstieg zur führenden Weltmacht, Periode der Vorherrschaft Europas und Amerikas endet.

### Folgen:

- Höherer Konkurrenzdruck für die Wirtschaft durch die Globalisierung der Märkte,
- Verlust von Arbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen, Bedeutungsverlust des industriellen Sektors in entwickelten Volkswirtschaften,
- Niedrige Preise für viele Güter führen zu einer Wohlstandssteigerung,
- Regierungen der entwickelten Industriegesellschaften sollten Schutzmaßnahmen für heimische Industrien durch Subventionen und andere protektionistische Maßnahmen unterlassen, um die Integration der Schwellen- und Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung nicht zu stören.
- Ebenso müssen internationale Regelungen für die globalen Finanzmärkte gefunden werden, damit spekulative Wechselkursverschiebungen sowie damit verbundene Zahlungsbilanzungleichgewichte eingeschränkt werden können.
- Weitere Aufgabenfelder der internationalen Politik sind die Sicherung des Energieverbrauchs unter Beachtung des Klimawandels und die Sicherung von Frieden und Stabilität.

## 2. Aufgabe

### Hinweis:

Es kann natürlich nicht erwartet werden, dass hier wohldurchdachte „Strategien“ für die in M1 angesprochenen Herausforderungen entwickelt werden. Aber Kenntnisse aus anderen Kursen und den Medien können den Herausforderungen zugeordnet werden.

- Unternehmen antworten auf den höheren Konkurrenzdruck mit Verlagerung von Betrieben oder Betriebsstellen in andere Volkswirtschaften, um Wechselkursrisiken zu mildern, Absatzmärkte besser zu erschließen und von den niedrigeren Steuern und Löhnen zu profitieren.
- Arbeitsplatzverluste erfordern eine Qualifizierung der Arbeitnehmer, Förderung von Bildung und Wissenschaft.
- Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel erfordert von den Industriestaaten einen Abbau der Exportsubventionen z. B. in der Landwirtschaft und die Verhinderung der Ausbeutung der heimischen Ressourcen in diesen Ländern durch die multinationalen Konzerne zu Lasten der Entwicklungsländer.
- Sicherung der langfristigen Energieversorgung durch Umstieg auf erneuerbare Energien (Wind, Solar etc.), Einsparung von Energie in Industrie und Haushalten. Damit auch gleichzeitig Eindämmung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Festlegung von verbindlichen Klimazielen (Koyoto, Kopenhagen).

**Hinweis:**

Für die im Text angesprochenen Herausforderungen durch die Liberalisierung der Finanzmärkte für Wechselkurse und Zahlungsbilanzen werden keine Vorschläge erwartet. Die Diskussion um die Tobinsteuer (vgl. Kapitel 8, S. 297, **M28**) dürfte unbekannt sein.

Möglich ist allerdings, dass im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise auf Vorschläge der G20-Gipfel zur Kontrolle der internationalen Finanzmärkte eingegangen wird.

**3. Aufgabe**

Nach Thurow kann die Globalisierung nicht gestoppt, sondern nur beeinflusst werden, um die negativen Wirkungen einzugrenzen. Insgesamt würden jedoch die positiven die negativen Wirkungen der Globalisierung überwiegen, auch wenn der Prozess ungesteuert ablaufen würde. Der Globalisierungsprozess müsse differenziert beurteilt werden. Er unterscheidet dabei die Auswirkungen auf die Dritte und Erste Welt.

Die Dritte Welt werde nur teilweise von der Globalisierung betroffen. China beispielsweise könne als größter Gewinner der Globalisierung angesehen werden, dadurch sei die Welt gleicher geworden. Im Gegensatz dazu sind Dritte-Welt-Länder in Afrika zurückgefallen. An ihnen sei die Globalisierung vorbeigelaufen, es gäbe kaum Investitionen der Industrieländer. Um diesen Ländern aus ihrer misslichen Lage herauszuhelfen, müssten sie Anschluss an die Globalisierung finden. Dazu sei der Abbau der Agrarsubventionen der Staaten der Ersten Welt notwendig, die ihre Länder in diesem Bereich vom internationalen Wettbewerb abschotten.

Die Notwendigkeit zum Umdenken in Ländern der Ersten Welt macht Thurow an zwei Beispielen fest.

- In der Ersten Welt sei der Sozialstaat durch die Auswirkungen der Globalisierung nicht gefährdet. Jedoch müsse man zu seiner Finanzierung umdenken. Nicht aus Einkommen- und Unternehmenssteuern sei der Sozialstaat zu finanzieren, sondern durch das Aufkommen aus der Mehrwertsteuer.
- Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer sei nicht nur ein Problem für ungelernte Arbeitskräfte, sondern betreffe auch qualifizierte Arbeitskräfte, beispielsweise werden Dienstleistungen im Bereich der Datenverarbeitung von den multinationalen Konzernen nach Indien verlagert.

**Hinweis:**

Zum 2. Teil der Aufgabe wird auf Aufgabe 2 verwiesen.

**4. Aufgabe****Begriff:**

Globalisierung wird als ein Prozess der zunehmenden weltweiten Verflechtung in allen gesellschaftlichen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Kultur) definiert. Neuere Definitionen des Begriffs stellen nicht nur auf den Prozesscharakter der Globalisierung ab, sondern beziehen auch deren Folgen mit ein.

Antriebskräfte der Globalisierung:

- Entwicklung der Mikroelektronik mit ihren Anwendungen in der Kommunikations- und Produktionstechnologie mit der Folge drastisch gesunkener Transportkosten für Waren, Dienstleistungen und Informationen, Reduktion der Distanzüberwindungskosten bei Telekommunikation, Lufttransport und Seefracht. Flexiblerer Einsatz der Produktionsanlagen durch Mikroelektronik
- Liberalisierung der Märkte durch Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen
- Öffnung der Märkte für ausländische Anbieter durch Deregulierung von staatlich geschützten Sektoren (Bahn, Post, Telekommunikation, Energie)
- Entwicklung von nationalen zu globalen Märkten (Gütermärkte, Kapitalmarkt)

- Zunehmend global tätige Unternehmen (Konzerne, aber auch mittelständische Unternehmen), dadurch ist eine länderübergreifende Produktionsplanung (typisch: Automobilindustrie) möglich, um Kosten zu senken und die Produkte an die Bedürfnisse der Regionen anzupassen.

#### Folgen:

- Wachstum der Weltwirtschaft und des Welthandels durch die Vereinbarungen von Gatt und WTO zum Abbau internationaler Handelshemmnisse
- nationale Wirtschaften entgrenzen sich zunehmend, von nationalen Märkten zu globalen Märkten
- Konkurrenzdruck führt zu niedrigeren Preisen für viele Güter, zur Verlagerung von Unternehmensteilen aus Hochlohnländern in Niedriglohnländer, in Länder mit geringeren Umweltstandards und geringeren Steuern
- Verlust von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte in den Industriestaaten führt zu sozialen Problemen und zu höheren Kosten der Sozialsysteme
- Wachstum der Schwellenländer führt zu höherem Verbrauch an Energie und Rohstoffen und zu zusätzlichen Umweltbelastungen
- Ungleichheiten zwischen den entwickelten Industriestaaten und Entwicklungsländern (Afrika) vergrößern sich, aber auch die Ungleichheiten innerhalb der entwickelten Industriestaaten und Schwellenländern
- Migrationsströme wachsen
- Zahlreiche politische Probleme sind nicht mehr national lösbar (Umweltprobleme, Finanzmarktprobleme, Terrorismus, Wanderungsbewegungen, Friedenssicherung)
- Kulturelle Eigenarten werden durch globale Muster verdrängt und überformt.

#### Unterscheidung zum 19. Jh.:

Im ökonomischen Bereich gab es im 19. Jh. und auch schon früher umfangreiche internationale Handelsbeziehungen zwischen souveränen Staaten, aber auch die Ausbeutung der Kolonien. Eisenbahn, Dampfschiffe senkten die Distanzüberwindungskosten ebenso wie Telgrafie. Außerdem gab es durch den Goldstandard nur geringe Wechselkursschwankungen, dadurch Erleichterung des internationalen Zahlungsverkehrs. Allerdings behinderten Zölle (Einfuhr- und Ausfuhrzölle) den Warenaustausch. In Deutschland mit seiner Kleinstaaterei war das ein wesentliches Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung. Historiker wenden den Begriff der Globalisierung auch auf diese Zeit an. Das Ausmaß und die Dynamik dieses Prozesses waren jedoch wesentlich geringer im Vergleich zu heute. Internationale politische Institutionen wie Weltbank, IWF, WTO, EU, UNO gab es nicht.

### 5. Aufgabe

- Der inter- und intraregionale Warenhandel konzentriert sich auf die drei Regionen Europa, Nordamerika und Asien/Pazifik.
- Volumenmäßig dominiert der Handel innerhalb der Regionen, wobei das Volumen in Europa am größten ist, gefolgt von Asien/Pazifik.
- Im interregionalen Handel zeigen sich erhebliche Ungleichgewichte zwischen Nordamerika und Asien/Pazifik sowie zwischen Europa und Asien/Pazifik. Der Wert des Exports aus Asien/Pazifik in diese Regionen ist erheblich höher als der Wert der Importe aus diesen Regionen.
- Andererseits zeigt sich die Abhängigkeit von Asien/Pazifik von den Öllieferungen aus dem Nahen Osten.
- Die Einbindung Afrikas und Lateinamerikas in den internationalen Warenaustausch ist relativ gering.
- Die Integration der GUS in den internationalen Handel zeigt 2006 den höchsten prozentualen Anstieg sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen, aber auch Brasilien, China und Indien zeigen hohe prozentuale Zuwächse.

## 6. Aufgabe

### Analyse:

Straubhaar klammert die gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Dimensionen des Globalisierungsprozess aus. Er beurteilt den wirtschaftlichen Globalisierungsprozess differenziert, indem er nicht nur positive, sondern auch negative Auswirkungen anspricht. Er begründet die seiner Überzeugung nach grundsätzlich positive Wirkung der Globalisierung, indem er auf die Erhöhung des Lebensstandards der Massen verweist. Bestehende Armut sei nicht durch Globalisierung verursacht, sondern helfe diese zu überwinden. Eine bessere Alternative zur Globalisierung gebe es nicht. Allerdings schränkt er ein, dass die Wohlstandsmehrung nicht gleichmäßig verteilt ist und nicht alle in gleicher Weise von der Globalisierung profitieren (Bild von der Tide). Sowohl zwischen den Volkswirtschaften als auch innerhalb der Länder habe sich das Wohlstandsgefälle verstärkt. Länder ohne Teilhabe an der Globalisierung, wie viele afrikanische Staaten, haben verloren. Länder, die sich globalisiert haben (China, Indien, Brasilien), haben gewonnen.

Der allgegenwärtige Strukturwandel habe sich enorm beschleunigt, das habe innerhalb der entwickelten Industriestaaten zum weiteren Auseinanderklaffen der Wohlstandsschere geführt. So hat auf den Arbeitsmärkten Europas der stärkere Konkurrenzdruck zu Gewinnern und Verlierern geführt, Bild Häuptling (Führungs- und Fachkräfte) und Indianer (unqualifizierte und standardisierte Tätigkeit). Die Machtbalance zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern habe sich zu Gunsten der Häuptlinge verschoben. So hätten die Arbeitnehmer in den letzten Jahren ihre über Jahrzehnte erstrittenen Rechte und Zusagen verloren. Der globale Kostenwettbewerb habe weitreichende Lohnzugeständnisse zum Erhalt der Arbeitsplätze erzwungen. Die durch die Globalisierung bewirkten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungsprozesse könnten nicht aufgehhalten, sondern nur minimiert werden.

Handlungsfelder des Staates:

- Bildungspolitik – Qualifizierung auf allen Ebenen,
- Arbeitsmarktpolitik – Abfederung des Strukturwandels durch Umschulung
- Umverteilung – zwischen den Regierungen abgestimmte höhere Besteuerung der Häuptlinge
- Unternehmen: höhere Aufwendungen für Forschung und Entwicklung – Innovationen

## 7. Aufgabe

Bei der Erörterung sollte geprüft werden, welche Fakten und Argumente für seine These sprechen und welche dagegen, um zu einer eigenen Urteilsbildung zu kommen. Es könnte darauf verwiesen werden, dass die Chancen für ein besseres Leben nur ein-dimensional gesehen werden. Die Umweltschäden z. B. in China durch das beschleunigte Wachstum, den Abbau nichtregenerierbarer Ressourcen und deren gesundheitliche Auswirkungen werden nicht erwähnt. Ebenso werden die kulturelle Entwurzelung und der Verlust der familialen Sicherungssysteme in den Schwellenländern nicht thematisiert (z. B. 150 Millionen Wanderarbeiter in China, soziale Unruhen). Der Anstieg der Armutquoten in den entwickelten Industrieländern und die Zunahme in vieler Hinsicht prekärer Arbeitsverhältnisse werden nicht erwähnt. Das breitere und vor allem billigere Warenangebot ist hingegen unbestreitbar. Inwieweit es zum besseren Leben führt, muss individuell entschieden werden.

## 8. Aufgabe

Müller sieht den Souveränitätsverlust des Staates durch die Globalisierung:

- In der Geldpolitik, Beispiel: Länder des Euroraums, in denen keine nationale Geldpolitik mehr existiert, sondern diese der Geldpolitik der EZB obliegt
- In der Einschränkung der Steuerhoheit durch die internationale Steuerkonkurrenz (Steuersenkungen für Unternehmen in Deutschland, um Unternehmensverlagerungen zu vermeiden), illegale und legale Steuerflucht der multinationalen Unternehmen durch fiktive Transferpreise
- In der Einschränkung einer nationalen Konjunkturpolitik, da durch die Liberalisierung der Kapitalmärkte Ersparnisse dorthin fließen, wo die höchsten Renditen zu erzielen sind. Der Kapitalbedarf des Staates muss auf den internationalen Kapitalmärkten gedeckt werden. Schlechte Einstufungen der Bonität eines Landes durch Ratingagenturen führen zu Zinsaufschlägen. Verschuldung des Staates wird teurer. Wettlauf um Abbau der Haushaltsdefizite. Als Beispiel für die Konsolidierungsbemühungen wird der Stabilitäts- und Wachstumspakt erwähnt

Anmerkung:

Der Autor irrt.

1. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt lässt ausdrücklich Spielräume für eine Verschuldung in einer Rezession zu.
  2. Wie die Finanzmarktkrise zeigt, sind in fast allen europäischen Ländern riesige Defizite entstanden, die bisher auch finanziert werden konnten, weil die Zentralbanken ausreichend Liquidität zur Verfügung gestellt haben. Die Krise zeigt auch, dass ein abgestimmtes konjunkturpolitisches Handeln möglich ist und Erfolge erzielt.
- In einer Systemkrise der europäischen Wohlfahrtsstaaten, hier könnten als Beispiele die Hartz IV-Gesetze genannt werden.

### 1. Aufgabe

- Währungsreform, Umtauschverhältnis 10:1
- Leitsatzgesetz, Abschaffung der Zwangsbewirtschaftung für viele Güter (Ausnahme Wohnungen), keine Kontingentierungen, Preisbildung durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage auf freien Märkten
- unabhängige Deutsche Bundesbank, oberstes Ziel Geldwertstabilität
- unabhängiges Kartellamt zur Sicherung des Wettbewerbs
- Tüchtigkeit und Fleiß der Arbeitnehmer und Unternehmer

### 2. Aufgabe

Erhard gilt als Vater des Wirtschaftswunders. Die Währungsreform und die Aufhebung der Warenbewirtschaftung sowie Umstellung der Planwirtschaft auf eine marktwirtschaftliche Ordnung werden ihm zugerechnet. Ihm gelang die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft gegen erhebliche Widerstände seitens der Besatzungsmächte der Oppositionsparteien, der Gewerkschaften und auch gegen Gegner aus dem Regierungslager. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung wurde gegen große Widerstände der Unternehmen erst in der 2. Legislaturperiode 1957 durchgesetzt.

### 1. Aufgabe

- Die freie Marktwirtschaft baut auf den Ideen von Adam Smith auf. Nach ihm ist die Marktwirtschaft ein System der natürlichen Freiheit, in dem jeder nach seinem Eigeninteresse handelt, Unternehmen nach Gewinnmaximierung, Haushalte nach Nutzenmaximierung. Daraus würde ein optimales sozioökonomisches Ergebnis resultieren.
- Alle Wirtschaftssubjekte stellen eigene Wirtschaftspläne auf.
- Durch die Preisbildung auf freien Märkten werden die Wirtschaftspläne (Angebot und Nachfrage) koordiniert. Dadurch wird regelt, was, wie, für wen produziert wird.
- An den Produktionsmitteln besteht Privateigentum.
- Dem Staat wird eine Nachwächterrolle zugeschrieben, Schaffung der Rahmenbedingungen für das freie Spiel der Kräfte (Rechtsschutz, Rechtssicherheit).
- Staat schützt das Privateigentum, Staat greift nicht in das Marktgeschehen ein.

### 2. Aufgabe

Die Koordination zwischen der Vielzahl der einzelwirtschaftlichen Pläne von Nachfragern und Anbietern wird über den Markt geregelt. Bei steigender Nachfrage werden die Produzenten ihre Produktion ausdehnen. Wenn die Produktion nicht erhöht werden kann, werden sie die Preise erhöhen. Höhere Preise führen zu einer sinkenden Nachfrage. Umgekehrt wird eine sinkende Nachfrage zu sinkenden Preisen führen, weil die Unternehmen ihre Produkte verkaufen wollen. Auf Dauer werden sie weniger produzieren, um ihr mengenmäßiges Angebot der Nachfrage anzupassen. Auf diese Weise besteht eine Tendenz zu einem Gleichgewichtspreis, bei dem die Pläne der Anbieter und Nachfrager übereinstimmen. Der Preis fungiert als Knappheitsindikator, d. h. die Höhe des Preises drückt die Knappheit im Verhältnis zur Nachfrage aus, allerdings nur dann, wenn zwischen den Unternehmen Wettbewerb besteht.

### 3. Aufgabe

Dem Staat wird eine Nachwächterrolle zugeschrieben, Schaffung der Rahmenbedingungen für das freie Spiel der Kräfte (Rechtsschutz, Rechtssicherheit) und Schutz nach außen. Der Staat schützt das Privateigentum, er greift nicht in das Marktgeschehen ein.

### 4. Aufgabe

Beides sind eigentlich synonyme Begriffe, bei der Kennzeichnung der Wirtschaftsordnung als Kapitalismus wird das Privateigentum an Produktionsmitteln betont und die damit verbundene Macht über die Arbeitnehmer. Der Begriff Kapitalismus ist in Deutschland negativ besetzt, Konnotation mit Ausbeutung, in USA ist der Begriff dagegen positiv besetzt, Konnotation mit Freiheit und unbegrenzten Möglichkeiten.

### 5. Aufgabe

Ein Idealtypus wird dadurch konstruiert, dass man bestimmte Eigenschaften gedanklich bis in die letzte Konsequenz durchdenkt. In der Realität gibt es solche Idealtypen nicht. So ist die freie Marktwirtschaft ein gedankliches Konstrukt, das in dieser Weise nicht existiert. So greift der Staat in allen primär marktwirtschaftlichen Ordnungen auch in das wirtschaftliche Geschehen ein, um beispielsweise die über den Markt produzierten sozialen Ungleichheiten auszugleichen oder die Konjunktur zu beeinflussen, siehe Finanzmarktkrise.

## 6. Aufgabe

Anhand der Finanzmarktkrise könnte beispielsweise dargelegt werden, dass der Egoismus Einzelner zu Problemen nicht nur für eine Volkswirtschaft, sondern zu einer weltweiten Krise geführt hat. Die Jagd nach hohen Boni, kurzfristige Gewinnmaximierung und an Betrug grenzende Beratung hat viele Anleger, Immobilienbesitzer etc. geschädigt und zu Konkursen und Arbeitslosigkeit geführt. Auf die Staatshilfe könnte verwiesen werden.

Stichwort: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

Ein weiteres Beispiel wären die Umweltschäden und die Widerstände der Unternehmen gegen Umweltschutzmaßnahmen. Verschmutzte Seen und Flüsse, die Überfischung der Meere, die Abholzung der Regenwälder zeigen, dass der Eigennutz zur Gefährdung der Menschheit führen kann.

## 7. Aufgabe

- Die Koordination erfolgt über einen zentralen Wirtschaftsplan, der von einer staatlichen Planbehörde aufgestellt wird. Was in welcher Menge durch wen hergestellt wird, wird durch die Behörde festgelegt. Das Angebot richtet sich also nicht nach der Nachfrage.
- Unternehmen wird ein Plansoll vorgeschrieben, dessen Einhaltung durch die Behörde kontrolliert wird.
- Die Preise werden von der Planbehörde festgesetzt. Sie sind kein Knappheitsindikator.
- Produktionsmittel sind vergesellschaftet, es existiert also kein Privateigentum an den Produktionsmitteln.

## 8. Aufgabe

Die zentralen Wirtschaftspläne können keine individuellen Bedürfnisse berücksichtigen. Ebenso ist eine flexible Reaktion auf unvorhergesehene Ereignisse oder Bedürfnisverschiebungen kaum möglich. Daraus resultiert eine Einschränkung der Konsumfreiheit. Ferner besteht einerseits die Gefahr der Produktion von Ladenhütern, Produkte gehen an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei und andererseits können Mangelsituationen entstehen, weil bestimmte Güter gar nicht oder in zu geringer Menge produziert wurden. Im Ergebnis ergibt sich die Gefahr der Verschwendung knapper Ressourcen.

Bei Produktinnovationen und Innovationen von Produktionsverfahren haben die Betriebe erhebliche Probleme, weil ihnen Menge und Arten der Produktionsfaktoren ebenfalls durch die Planbehörde vorgegeben werden.

Durch den Wegfall des Privateigentums an den Produktionsmitteln und damit die Möglichkeit der Privatisierung von Gewinnen fehlt ein wichtiges Anreizsystem. Der sozialistische Wettbewerb (Bestarbeiter, Übererfüllung des Produktionssolls etc.) sollte das Anreizsystem ersetzen.

Da Preise keine Knappheitsindikatoren sind, fehlt auch ein entsprechendes Informationssystem für die Planbehörde über die Dringlichkeit der Bedürfnisse.

Beispiele aus der ehemaligen DDR können die Probleme der zentralen staatlichen Planung veranschaulichen.

### 1. Aufgabe

Die Soziale Marktwirtschaft entsteht aus der Verbindung von freien Märkten und Leistungswettbewerb mit sozialer Gerechtigkeit. Dadurch soll als dritter Weg zwischen reiner Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft eine Synthese von rechtsstaatlich gesicherter Freiheit, sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit entstehen.

Dazu ist kein Nachwächterstaat, sondern ein starker Staat notwendig, der neben der Sicherung der Privatrechtsordnung Wettbewerbsbeschränkungen verhindern soll, um dem Missbrauch wirtschaftlicher Macht entgegenzutreten.

Die primäre Einkommensverteilung über den Markt soll durch staatliche Umverteilung korrigiert werden, um in Grenzen einen sozialen Ausgleich herbeizuführen und eine soziale Sicherung zu gewährleisten. Darüber hinaus werden dem Staat gesellschaftspolitische Aufgaben im Bereich von Bildung und Forschung, Infrastruktur, Städtebauförderung und Umweltschutz zugeschrieben, die die Lebensbedingungen der Menschen verbessern sollen.

Ebenso obliegt dem Staat in der sozialen Marktwirtschaft die Aufgabe, durch konjunkturpolitische Maßnahmen Krisen zu bekämpfen. Alle Eingriffe des Staates sollen jedoch marktkonform sein, um den Marktmechanismus in seiner Funktionsweise nicht zu beeinträchtigen. Damit sind dirigistische Maßnahmen ausgeschlossen.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist kein starres dogmatisches System, sondern ist offen für neue Herausforderungen aufgrund veränderter gesellschaftlicher und weltwirtschaftlicher Bedingungen.

### 2. Aufgabe

Es gibt keine zuverlässige Messung der Knappheitsgrade, weil die Preisbildung über den Markt aufgehoben und die Produktivität geringer ist.

Vernichtung wirtschaftlicher Freiheit; Demokratie und Lenkungswirtschaft sind nicht vereinbar, weil Produzenten nicht gezwungen werden, auf die Wünsche der Verbraucher hinsichtlich Qualität und Sortiment einzugehen.

### 3. Aufgabe

Müller-Armack sieht in dem im Vergleich zur Planwirtschaft höheren, differenzierteren und preiswerteren Güterangebot, das zur Steigerung der Kaufkraft der Einkommen führt, bereits ein soziales Element der Marktwirtschaft.

### 4. Aufgabe

Für Müller-Armack sind es vier wesentliche Gründe, die für die Soziale Marktwirtschaft sprechen:

- Die Wohlstandssteigerung für eine breite Bevölkerungsschicht und die Freiheitsgrade, die mit dieser Ordnung verbunden sind. Dadurch, dass sich letztlich die Produzenten nach den Bedürfnissen der Konsumenten richten müssen, um Gewinne zu erzielen und zwischen den Produzenten Wettbewerb herrscht, kommt ein breites und preiswertes Güterangebot zustande. Das ist für ihn Marktdemokratie, die ergänzt wird durch die freie Wahl des Arbeitsplatzes.
- Dadurch, dass der Staat durch vielfältige Maßnahmen der Umverteilung für einen allerdings beschränkten Ausgleich der sozialen Ungleichheit sorgt, wird dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit entsprochen, welches bei einer reinen Marktwirtschaft unbeachtet bleibt.
- Da im Gegensatz zur Annahme von Adam Smith keine prästabilisierte Harmonie zwischen Eigen- und Gemeinnutz besteht, muss der Staat durch Gesetze auf vielen Gebieten dem Eigennutzstreben Grenzen setzen, damit dem Gemeinwohl, wie auch immer definiert, die notwendige Beachtung geschenkt wird.

- Da der Markt nicht automatisch zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung tendiert, ist auch eine aktive Konjunkturpolitik notwendig.

## 5. Aufgabe

Die primäre Einkommensverteilung über den Markt soll durch staatliche Umverteilung korrigiert werden, um in Grenzen einen sozialen Ausgleich herbeizuführen und eine soziale Sicherung zu gewährleisten. Darüber hinaus werden dem Staat gesellschaftspolitische Aufgaben im Bereich von Bildung und Forschung, Infrastruktur, Städtebauförderung und Umweltschutz zugeschrieben, die die Lebensbedingungen der Menschen verbessern sollen.

Ebenso obliegt dem Staat in der sozialen Marktwirtschaft die Aufgabe, durch konjunkturpolitische Maßnahmen Krisen zu bekämpfen und den Wettbewerb zu schützen.

Beispiele für Realisierung in Deutschland

- Schutz des Wettbewerbs: Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
- Soziale Sicherung: z. B. Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung), Kindergeld, BAföG, Wohngeld, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II etc.
- Vermögensbildung: z. B. Sparerfreibetrag
- Konjunkturpolitik: Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, antizyklische Politik während der von der Finanzmarktkrise ausgelösten schweren Rezession
- Umweltschutz: z. B. Emissionsregelungen bei Autos für CO<sup>2</sup>-Ausstoß, bei Kraftwerken, Schutzvorschriften für Wasser, Lärmschutzwände etc.
- Forschung: z. B. Exzellenzinitiative.

## 6. Aufgabe

Die Soziale Marktwirtschaft unterscheidet sich vom Idealtypus dadurch, dass dem Staat vielfältige Aufgaben im sozialen Bereich, bei der Konjunktursteuerung, bei der Sicherung des Wettbewerbs, beim Umweltschutz etc. zugeschrieben werden. Das ist notwendig nach Ansicht der Verfechter dieses Leitbildes, weil der Markt allein zu großer Ungerechtigkeit, zu Wirtschaftskrisen und zur Vernachlässigung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben führt. Die Nachwächterrolle des Staates kann daher für die Soziale Marktwirtschaft kein Leitbild sein.

## 1. Aufgabe

Der Bundespräsident setzt sich mit den Folgen der Globalisierung für Deutschland auseinander, indem er fragt, inwieweit die Globalisierung das „Sozialmodell“, also die Soziale Marktwirtschaft, gefährdet.

- Deutschland sei Gewinner der Globalisierung. Durch den Außenhandel sei der höchste Wohlstand in der Geschichte Deutschlands erreicht worden.
- Aber es hat auch die Einkommensungleichheit zugenommen, weil die Einkommen aus Kapitalerträgen stärker gestiegen sind als die Arbeitseinkommen. Der Fahrstuhleffekt für alle Schichten soll weiterhin Geltung haben. Arbeitnehmer sollten stärker an den Erträgen und am Kapital der Unternehmen beteiligt werden. Das soziale Netz für unverschuldet in Not Geratene muss erhalten bleiben.
- Der durch die Globalisierung beschleunigte Strukturwandel führt zu Verlust von Arbeitsplätzen für Gering qualifizierte, das sind die Verlierer der Globalisierung. Gleichzeitig führe der Strukturwandel zur Modernisierung der Wirtschaft als wesentliche Voraussetzung für die Bewahrung von Wohlstand und sozialer Sicherheit.
- Dadurch könnten wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen, sogar Vollbeschäftigung wird für möglich gehalten.
- Abwehr von protektionistischen Maßnahmen, weil diese auf Deutschland selber zurückfallen würden. Sie würde Wohlstand kosten und zu kultureller Verarmung führen.
- Resümee: Globalisierung ist eine Herausforderung, Deutschland muss in dem Prozess erfolgreich sein, um sein Sozialmodell erhalten zu können.

Müntefering umreißt aus sozialdemokratischer Sicht die Rolle des Staates im Zeitalter der Globalisierung und wendet sich gegen eine „Marktwirtschaft pur“:

- Der Staat sei mehr als ein Reparaturbetrieb für Fehlentwicklungen, vielmehr solle er Gesellschaft gestalten.
- Die Ökonomie sehe den Menschen nur in seinen Funktionen als Produktionsfaktor, Konsument und Ware auf dem Arbeitsmarkt. Diese Sicht führe zu den radikalen Profitmaximierungsstrategien, wie sie die Finanzunternehmen, die von ihm so genannten Heuschrecken, praktizieren. Dadurch würde die Demokratie gefährdet.
- Durch die kurzfristigen Profitmaximierungsstrategien des internationalen Kapitals gerate die Zukunftsfähigkeit von Menschen, Unternehmen und Regionen aus dem Blick. Der Staat werde in seiner Handlungsfähigkeit reduziert. Dadurch würde er bei seinen Bürgern einen Vertrauensverlust erleiden.
- Um der Einengung der nationalstaatlichen Handlungsfähigkeit entgegenzuwirken, fordert er gemeinsames Handeln der EU und anderer internationaler Institutionen mit dem Ziel einer demokratischen und sozialen Union.
- Für die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Bürger werden einerseits auf das Subsidiaritätsprinzip und die Eigenverantwortung der Bürger verwiesen und werden andererseits beispielhaft die notwendigen Aufgaben des Staates umrissen, um Demokratie, Rechts- und Sozialstaat zu erhalten.
- Als Aufgaben werden angeführt: Investitionen der Kommunen, um die Lebensqualität vor Ort zu erhalten, die Sicherung der Sozialsysteme, Investitionen in Bildung und Grundlagenforschung sowie von Umwelt und Kultur. Dafür müssten auch die notwendigen finanziellen Mittel aufgebracht werden.

Tietmeyer als Vertreter der INSM (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) sieht die von den Gründungsvätern angestrebte Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und Solidarität durch den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme sowie der staatlichen Regulierungsdichte dramatisch gefährdet. Er begründet seine Meinung unter Hinweis auf die Staatsquote von 50 Prozent und den für den Bürger nicht mehr durchschaubaren Behörden- und Gesetzesdschungel. Folge sei, dass die persönliche Verantwortung durch eine staatliche Vollversorgung ersetzt worden sei.

Im Zeitalter der Globalisierung müsse einer weiteren Ausuferung der Sozialsysteme Einhalt geboten werden, weil sie einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität bedeute. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft durch Stärkung von Freiheit und Eigenverantwortung auf allen Ge-

bieten, z. B. bei Ladenöffnungszeiten, der Wahl des Stromanbieters, der selbstbestimmten Altersvorsorge und flexiblen Arbeitszeit, bei Unternehmensinnovationen und den Sozialversicherungssystemen.

Diese Neue Soziale Marktwirtschaft würde im Ergebnis zu mehr Wohlstand führen, Ihr Motto laute „Chancen für alle“, d. h. Chancen für jedermann sich weiterzubilden, Unternehmen zu gründen, auf der sozialen Stufenleiter nach oben zu klettern durch Eigeninitiative, Eigenverantwortung, Leistungs- und Risikobereitschaft und Unternehmergeist.

## 2. Aufgabe

Das Sozialstaatsgebot des GG findet sich in Artikel 20 Abs. 1: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“.

Das Grundgesetz verzichtet auf die nähere Präzisierung des Begriffes „sozial“. Das Grundgesetz enthält also kein soziales Programm, sondern zeichnet sich durch eine relative inhaltliche Unbestimmtheit und Offenheit des Sozialstaatsprinzips aus. Es ist deshalb auf die politische Realisation und auf die Umsetzung durch den Gesetzgeber angewiesen. Damit existiert auch einerseits ein parteipolitischer Spielraum für die Interpretation des Sozialstaatsprinzips und andererseits die Möglichkeit, die Realisation des Sozialstaatsprinzips den veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. In verschiedenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes gibt es Hinweise auf eine Auslegung des Sozialstaatsprinzips. So soll es gerichtet sein auf eine gerechte Sozialordnung, auf soziale Sicherheit, auf die Herstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle, auf einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und auf eine gerechte Verteilung der Lasten.

Auch Artikel 14, Absatz 2 zum Grundrecht auf Eigentum zielt auf das Sozialstaatsprinzip: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Daraus können sich Einschränkungen über die Verfügungsgewalt des Eigentümers ergeben, z. B. Natur- und Denkmalschutz, Mitbestimmungsgesetz. Eine Enteignung ist möglich (Abs. 3), aber nur im Interesse der Allgemeinheit und gegen Entschädigung, Beispiele: Straßenbau, Krankenhausbau.

## 3. Aufgabe

Schaubild zum sozialen Netz (Globus oder Zahlenbilder)

Probleme: Finanzierungsproblem durch Überalterung der Bevölkerung, Rückgang des Normalarbeitsverhältnisses und Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse, Schaukelstuhlmentalität.

#### 4. Aufgabe

Bei der Stellungnahme können Pro- und Contraargumente abgewogen werden. Z. B. bei Tietmeyer werden Ungleichheiten in Bezug auf Einkommen, Vermögen, Macht und Bildung völlig außer Acht gelassen. Damit gibt es keine gleichen Chancen für alle. Wie soll jemand in prekären Arbeitsverhältnissen seine Altersvorsorge in „Freiheit definieren“? Andererseits ist bei Teilen der Bevölkerung (Statistik, Umfragen) Eigeninitiative wenig gefragt, viele bemühen sich durch Umschulung und unzählige Bewerbungen etc. um eine Arbeit und finden keine. Wie soll da Eigeninitiative wachsen? Überregulierungen in vielen Bereichen durch den Staat sind andererseits sicher festzustellen. Insgesamt vertritt Tietmeyer eine extrem neoliberale Sichtweise, die die Fehlentwicklungen von freien Märkten nicht thematisiert.

**Anmerkung:**

In vergleichbarer Weise könnten auch die Textauszüge von Köhler und Müntefering erörtert werden. Anschließend könnte dargelegt werden, wie die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft gestaltet sein könnte. Hierbei kann natürlich kein differenzierter Entwurf erwartet werden. Wer könnte das schon leisten. Aber: dabei ist auf die veränderten Bedingungen durch die Globalisierung zu achten.

## 2 Wachstum über alles? – Ziele der Wirtschaftspolitik

### 1. Aufgabe

In M2 ist der Begriff Preisstabilität falsch. Kennzeichen für die Marktwirtschaft ist es gerade, dass die Preise in Abhängigkeit von Nachfrage und Angebot schwanken und so als Knappheitsindikator dienen. Der Begriff Preisstabilität muss daher ersetzt werden durch den Begriff „Stabilität des Preisniveaus“, wie es auch im § 1 des StWG heißt. Auch das Wachstumsziel entspricht nicht dem Wortlaut des StWG. Dort heißt es „bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum [...]“. Die den Zielen zugeordneten Symbole sind ebenfalls ungenau bis falsch. Z. B. ist außenwirtschaftliches Gleichgewicht nicht identisch mit einem Gleichgewicht von Import und Export. Die Grafik für das Wachstumsziel drückt kein stetiges Wachstum aus. Das Ziel hoher Beschäftigungsstand ist aus den Figuren nicht erkennbar. Vorschlag für die Erstellung einer neuen Grafik z. B.: Übernahme der zutreffenden Begrifflichkeit für die Ziele, Verzicht auf die Symbole.

### 2. Aufgabe

Finale Ziele sind letzte Ziele. Auf die Gesellschaft bezogen sind dies Ziele, wie soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Wohlstand. Modale Ziele sind Zwischenziele auf dem Weg zu finalen Zielen. Wachstum als wirtschaftspolitisches Ziel hat so modalen Charakter; durch Wachstum sollen finale Ziele der Gesellschaft, wie soziale Gerechtigkeit, Sicherheit, Befreiung von menschenunwürdiger Arbeit etc. erreicht werden. Alle wirtschaftspolitischen Ziele haben letztlich modalen Charakter in Bezug auf die gesellschaftlichen Ziele.

### 3. Aufgabe

Der Gleichgewichtsbegriff ist den Naturwissenschaften entlehnt. Sowohl in der Physik als auch in der Biologie und anderen Wissenschaften wird der Gleichgewichtsbegriff verwendet, z. B. ökologisches Gleichgewicht. Es können u. a. stabile und dynamische Gleichgewichte unterschieden werden. Bei einem stabilen Gleichgewicht bewirken innere Kräfte eine Rückkehr zum Gleichgewicht, wenn eine äußere Störung auftritt. Ein dynamisches Gleichgewicht liegt vor, wenn in einem System zwei entgegenlaufende Prozesse sich in ihrer Wirkung aufheben. Das Marktgleichgewicht ist in diesem Sinne ein dynamisches System. Bei steigendem Preis fällt die Nachfrage und das Angebot steigt. Im Marktgleichgewicht heben sich diese beiden gegenläufigen Reaktionen auf. Solche Systeme sind im ökonomischen Bereich jedoch sehr labil. Ändern sich die Plandaten beispielsweise der Nachfrager, weil sie eine Wirtschaftskrise erwarten, werden sie bei gleichem Preis weniger nachfragen. Die Nachfragekurve verschiebt sich in Richtung zum Nullpunkt. Das Gleichgewicht ist gestört. Ein neuer Prozess des gegenseitigen Einpendelns beginnt (vgl. das Spinnwebtheorem).

Der gesamtwirtschaftliche Gleichgewichtsbegriff, wie er im StWG Verwendung findet, wäre bei gleichzeitiger Realisierung der vier Ziele erreicht. Da die Zielformulierungen nicht operationalisiert, sondern sehr offen gehalten sind, ergibt sich bereits die Frage, bei welchen Werten sie denn realisiert sind. Abgesehen davon ist es unwahrscheinlich, dass jemals alle vier Ziele gleichzeitig zu erreichen sind, weil beispielsweise die Ziele Wirtschaftswachstum und Stabilität des Preisniveaus inkompatibel sind. So ist 2009 das Preisniveau stabil, aber die Wachstumsrate von minus 5 Prozent nicht angemessen. Außerdem ist das Beschäftigungsziel ebenfalls erheblich verletzt.

### 1. Aufgabe

Die Wachstumsrate des BIP ist einmal von den kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen abhängig, die nachfragebedingt sind, und zum anderen von der langfristigen Entwicklung der Produktionskapazitäten. Mittel- oder langfristig kann das BIP nur wachsen, wenn die Produktionskapazitäten erweitert werden. Kurzfristig kann das BIP bei einer höheren gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wachsen, wenn die Produktionskapazitäten höher ausgelastet werden.

### 2. Aufgabe

In **M7** kommen werden im oberen Teil die Konjunkturschwankungen dargestellt, also die konjunkturelle Komponente des Wachstums, während im unteren Teil die längerfristige Betrachtung gezeigt wird. Es wird deutlich, dass langfristig die Wachstumsrate abnimmt.

In **M8** wird im oberen Teil die langfristige Entwicklung des BIP in Mrd. Euro erkennbar, darunter wird die konjunkturelle Entwicklung des BIP dargestellt.

In **M9** wird auf Seite 54 nur die konjunkturelle Entwicklung aufgezeigt, während auf Seite 55 mit der roten Kurve die konjunkturelle Komponente des Wachstumsprozesses gezeigt wird und die langfristige Wachstumskomponente mit der Wachstumsrate des Produktionspotenzials (schwarze Kurve) aufgezeigt wird.

### 3. Aufgabe

Bei einer sinkenden Wachstumsrate steigt das BIP in Euro ausgedrückt noch an, nur der Anstieg wird geringer im Vergleich zum Vorjahr bzw. der Vorperiode. Bei einer negativen Wachstumsrate, wie in **M7** z. B. in dem Jahr 1975, sinkt der Wert des BIP.

### 4. Aufgabe

Aus **M7** und **M8** ist erkennbar, dass die durchschnittliche Wachstumsrate für einen Zeitraum von 10 bzw. 5 Jahren rückläufig ist. Geht man bis 1949 zurück, wird diese Tendenz noch deutlicher. Wenn bereits ein hohes BIP erreicht ist, wird es wesentlich schwieriger und unwahrscheinlicher eine hohe Wachstumsrate zu erreichen, da das Produktionspotenzial nicht beliebig erhöht werden kann. In den Wirtschaftswunderjahren waren die Wachstumsraten hoch, weil viele Produktionsanlagen, Wohnungen, Straßen etc. nach den Kriegszerstörungen erst wieder erstellt werden mussten. Folglich war der Anstieg des Produktionspotenzials und damit der Wachstumsrate hoch. Am simplen rechnerischen Beispiel wird das deutlich.

Beträgt das BIP 100 Euro und steigt um 10 Euro an, beträgt die Wachstumsrate 10 Prozent. Wenn das BIP 1 000 Euro beträgt und ebenfalls um 10 Euro ansteigt, beträgt die Wachstumsrate nur noch 1 Prozent. Die im Vergleich zu den entwickelten Volkswirtschaften derzeit hohen Wachstumsraten Chinas werden auf Dauer aus diesem Grunde ebenfalls sinken, wenn erstmal ein entsprechender Entwicklungsstand, eine entsprechende Höhe des Produktionspotenzials erreicht ist.

Betrachtet man das Wachstum einer Pflanze, so lässt es sich bei Konstanz anderer Faktoren durch Düngung beeinflussen. Bei einer immer gleichen Düngemenge wird das Wachstum der Pflanze zunächst stark zunehmen und schließlich kaum noch Wirkungen zeigen, d. h. die Wachstumsrate nimmt ab. Bei Überdüngung wird die Pflanze zusammenbrechen.

## 5. Aufgabe

Das Schaubild zeigt die Wachstumsraten des Produktionspotenzials, die Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes und als Abweichungen zwischen beiden Werten die Output-Lücke für den Zeitraum von 1977 bis 2007. Während sich die Wachstumsraten ziemlich genau ermitteln lassen, beruhen die Werte für das Potenzialwachstum nur auf unterschiedlichen Schätzverfahren. In dem Schaubild hat der SVR einen Mittelwert aus verschiedenen Schätzverfahren gebildet.

- Auffällig ist beim Potenzialwachstum, dass die Schwankungen im Vergleich zu den Schwankungen der Wachstumsrate des BIP weniger stark sind und die Wachstumsrate trendmäßig zurückgeht. Wenn man von dem Zeitraum von 1985 bis 1993 absieht, beträgt das Potenzialwachstum seitdem nie mehr als 2 Prozent und liegt meistens noch darunter. Damit wird langfristig auch das Wachstum des BIP begrenzt.
- Die Wachstumsrate des BIP schwankt erheblich stärker, es werden die Boomphasen z. B. nach der Wiedervereinigung oder auch 2006/2007 erkennbar, genauso auch die Rezessionen mit ihren besonders markanten Ausprägungen in den Jahren 1981/82, 1993 und 2002/2003. Würde man die rote Kurve weiter zeichnen bis 2009, würde der stärkste Einbruch der Wachstumsrate seit Bestehen der Bundesrepublik mit -5 Prozent in dem Schaubild gar nicht mehr darstellbar sein.
- Die Output-Lücke (grün) spiegelt ebenfalls die Konjunkturentwicklung wieder. Bleibt zu klären, wie es kommen kann, dass die Wachstumsrate des BIP über der des Produktionspotenzials liegt. Da z. B. ab 2001 in der Rezession eine große negative Output-Lücke entstanden war, die Wachstumsrate des Produktionspotentials also über der des BIP lag, waren die aufgebauten Produktionskapazitäten nicht ausgelastet. In der Aufschwungsphase konnten dann diese Kapazitäten genutzt werden.

### 1. Aufgabe

Die verdeckte Arbeitslosigkeit wird im Jahreshesgutachten 2009/2010 auf S. 259 als geschätzter Wert für das Jahr 2009 mit 1 566 000 angegeben. Während die Arbeitslosenquote für die offene Arbeitslosigkeit mit 8,2 Prozent ermittelt wurde, beträgt die Arbeitslosenquote, wenn die verdeckte Arbeitslosigkeit hinzugerechnet wird, 11,3 Prozent.

### 2. Aufgabe

Die beiden Arbeitslosenquoten unterscheiden sich durch den Nenner. In der Arbeitslosenquote bezogen auf alle Erwerbspersonen werden neben den abhängigen Erwerbspersonen auch die selbstständig tätigen Erwerbspersonen hinzugerechnet. Bei der Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen werden im Nenner nur die anhängigen Erwerbspersonen berücksichtigt. Diese Quote ist daher immer höher als die Arbeitslosenquote bezogen auf alle Erwerbspersonen.

#### Anmerkung:

Auf S. 58 rechte Spalte Druckfehler im grünen Feld. Die Formel gilt für die Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen.

### 3. Aufgabe

Das Schaubild in M 10a verdeutlicht die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland von 1947 bis zur Wiedervereinigung und von 1990 bis 2008 die Arbeitslosigkeit im wiedervereinigten Deutschland. Es ist zu erkennen, dass es gelang, nach dem Ende des 2. Weltkrieges die hohe Arbeitslosigkeit in den Wirtschaftswunderjahren bis Ende der fünfziger Jahre zu beseitigen. In einem Zeitraum von rund 15 Jahren gab es bis 1974 Vollbeschäftigung. Die von den Unternehmen gemeldeten offenen Stellen waren sehr viel höher als das Angebot an Arbeitskräften. Das war die Zeit in der die sog. Gastarbeiter angeworben wurden. In den folgenden Jahren bildet sich erkennbar die Sockelarbeitslosigkeit heraus. In jeder Rezession stieg die Arbeitslosigkeit immer höher an und konnte in den Aufschwungsphasen nicht mehr auf den Stand vor der Rezession zurückgeführt werden. Der Sockel der nicht aufgelösten Arbeitslosigkeit wurde immer höher und Massenarbeitslosigkeit wurde ein massives Dauerproblem der Bundesrepublik. Nach der Wiedervereinigung erhöhte sich die Arbeitslosigkeit dramatisch, weil viele ostdeutsche Betriebe auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig waren und bei der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft erhebliche Fehler von der Treuhandgesellschaft gemacht wurden. Mit mehr als 5 Millionen gemeldeten Arbeitslosen in den ersten Monaten von 2005 erreichte die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt. Rechnet man die verdeckte Arbeitslosigkeit hinzu, war die Arbeitslosenzahl noch wesentlich höher. In den Jahren bis 2008 gelang es, die Arbeitslosigkeit durch die Konjunkturbelebung und die neue Arbeitsmarktgesetzgebung um mehr als 1,5 Millionen abzubauen. Im Jahr 2009 ist die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um 155 000 auf 3,42 Millionen gestiegen. Für 2010 wird mit einem Anstieg der durchschnittlichen Arbeitslosenzahl auf 4,1 Millionen gerechnet.

### 4. Aufgabe

Indikatoren sind notwendig, um Begriffe mit nur indirektem empirischen Bezug messbar zu machen. Geht man von dem Ziel hoher Beschäftigungsstand aus, ist nicht unmittelbar erkennbar, ob dieses Ziel verletzt oder erreicht worden ist. Um darüber Auskunft zu erhalten, wird in Deutschland ganz überwiegend auf den Indikator Arbeitslosenquote zurückgegriffen.

Indikatoren sollen zwei wichtige Anforderungen erfüllen. Sie sollen Gültigkeit (Validität) und Zuverlässigkeit (Reliabilität) besitzen. Als gültig wird ein Indikator nur dann

akzeptiert, wenn er tatsächlich misst, was er zu messen vorgibt. Das ist bei dem Indikator Arbeitslosenquote höchst problematisch, weil diejenigen Erwerbsfähigen, die sich in Umschulungsmaßnahmen oder im Vorruhestand oder sonstigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden (verdeckte Arbeitslosigkeit) und diejenigen Erwerbsfähigen, die die Suche nach einem Arbeitsplatz resigniert aufgegeben haben und sich nicht mehr arbeitslos melden (die sog. Stille Reserve) nicht in dem Indikator erfasst werden. Durch Veränderung der Vorgaben durch den Gesetzgeber für die Definition von Arbeitslosigkeit ist in der Vergangenheit immer wieder die Arbeitslosenstatistik geschönt worden. In **M 13** wird darauf hingewiesen, dass Anfang 2005 die Zahl der von Ökonomen geschätzten realen Arbeitslosigkeit mit 7,5 Millionen Erwerbsfähigen weit über der von der BA angegebenen Arbeitslosenzahl lag.

Durch den Vergleich der vom Statistischen Bundesamt nach dem ILO-Konzept seit 2005 ermittelten Erwerbslosenquote und der von der BA errechneten Arbeitslosenquote, wird nochmals deutlich, wie man durch andere Erhebungsmethoden und Definitionen von Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbslosigkeit Indikatoren manipulieren kann.

## 5. Aufgabe

Nach den Angaben des SVR in dem angegebenen Jahresgutachten basiert die Arbeitsmarktstatistik in den USA auf einer Fragebogenerhebung von 65 000 Haushalten, die als repräsentativ angesehen werden. Die Haushalte sollen sich als beschäftigt, arbeitslos oder nichterwerbstätig einstufen. Als arbeitslos gilt, wer kein Beschäftigungsverhältnis hat, in den letzten vier Wochen aktiv eine Beschäftigung gesucht hat oder darauf wartet, in den nächsten 30 Tagen ein Beschäftigungsverhältnis aufzunehmen. Wenn jemand z. B. 5 Stunden in der Woche arbeitet, kann er sich als beschäftigt einstufen. Abgesehen von den Kriterien für Arbeitslosigkeit besteht also der große Unterschied zur Ermittlung der Arbeitslosenquoten in Deutschland, dass die Arbeitslosenquoten in den USA auf Schätzungen auf der Grundlage solcher Stichproben basieren. Im Leserbrief müssten zum einen die Kriterien für Arbeitslosigkeit in Deutschland nach den Vorgaben der BA (**M 11**) mit denen der USA verglichen werden. Zum anderen ist auf die Problematik des Schätzverfahrens (Fehler der Selbsteinschätzung, Problem der repräsentativen Auswahl) in den USA im Vergleich zu dem sehr viel genaueren Registrierungsverfahren der BA zu thematisieren. Würde man die Kriterien der BA für Arbeitslosigkeit und deren Erhebungsmethode in den USA verwenden, würden die Arbeitslosenquoten in USA wesentlich höher ausfallen.

## 6. Aufgabe

Das Statistische Bundesamt ermittelt die Erwerbslosenquote nach dem ILO-Konzept, dass sich in Bezug auf die Erhebungsmethode und die Definition von Erwerbslosigkeit erheblich von der Methode der BA und deren Definition von Arbeitslosigkeit unterscheiden.

### Vergleich der Definition von Erwerbslosigkeit nach ILO-Konzept mit der Definition von Arbeitslosigkeit der BA

ILO -erwerbslos	BA arbeitslos
Alter zwischen 15 und 74 Jahre	Alter zwischen 15 und 64
weniger als eine Stunde Arbeit in der Berichtswoche	weniger als 15 Stunden Arbeit in der Woche
aktive Beschäftigungssuche in den letzten 14 Tagen	als arbeitssuchend registriert und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht

## Vergleich der Erhebungsmethode

ILO Statistisches Bundesamt	BA
Telefonische Befragung von 30 000 repräsentativ ausgewählten Teilnehmern, Hochrechnung der Ergebnisse mit Hilfe des Mikrozensus	Meldung und Registrierung bei der BA, Addition derjenigen, die die Kriterien für Arbeitslosigkeit erfüllt haben

Die Validität der Arbeitslosenquoten scheint trotz der Bedenken (vgl. Aufgabe 4) erheblich höher zu sein als die der Erwerbslosenquote. Die Bedenken gegen die Erwerbslosenquote sind ähnlich wie die zur Erhebungsmethode in den USA. Die Definition von Erwerbslosigkeit ist in Bezug auf die ersten beiden Kriterien nicht sinnvoll für Deutschland, da mit 74 Jahren allenfalls noch Freischaffende arbeiten und wohl auch derjenige, der nur z. B. 2 Stunden in der Woche arbeitet, von dem Entgelt für diese Tätigkeit nicht leben kann.

## 7. Aufgabe

Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit, wie die beiden Schaubilder zeigen. Das ist auch naheliegend, denn wenn die Güterproduktion erhöht wird, steigt bei gleich bleibender Produktivität die Nachfrage nach Arbeit. Es kommt allerdings auf die Höhe des Wachstums an, ob es gelingt Arbeitslosigkeit abzubauen. Bei geringen Wachstumsraten kann die Arbeitslosigkeit sogar steigen, wenn der Produktivitätsanstieg höher ist als die Wachstumsrate. Bei der Betrachtung des Schaubildes **M 10b** ist zu beachten, dass hier nicht Arbeitslosigkeit und Wachstumsrate in Beziehung gesetzt werden, sondern in absoluten Zahlen die Zu- bzw. Abnahme von Arbeitsplätze / Erwerbstätigen mit der Wachstumsrate. Danach steigt die Zahl der Arbeitsplätze noch im Abschwung, z. B. 2001 um 172 000, um dann in der Rezession 2002/03 rapide abzunehmen. Im Jahr 2005 bei einem Wachstum von fast 1 Prozent gibt es einen Arbeitsplatzverlust von 52 000. Die Wachstumsrate muss offensichtlich eine bestimmte Höhe überschreiten, damit neue Arbeitsplätze entstehen, wie z. B. im Jahr 2006.

### 1. Aufgabe

Wie auch bei den anderen Zielen des magischen Vierecks ist zur Messung der Preisniveaustabilität ein Indikator notwendig. Um den Geldwert zu messen, kann man nicht von dem Preis eines Gutes ausgehen, weil in einer Marktwirtschaft Preise verschiedener Güter zur gleich Zeit fallen und steigen. Da die Konsumenten von der Preisentwicklung in besonderer Weise betroffen werden, wird der Geldwert am Verbraucherpreisindex gemessen. Er misst die durchschnittliche Preisentwicklung solcher Waren und Dienstleistungen, die für die Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte in Deutschland repräsentativ sind.

### 2. Aufgabe

Zur Ermittlung des VPI ist es notwendig, die Verbrauchsgewohnheiten zu erfassen. Im Warenkorb werden solche von Haushalten nachgefragten Güter erfasst, die für die Verbrauchsgewohnheiten repräsentativ sind. Darüber hinaus muss ermittelt werden, mit welcher Gewichtung die einzelnen Güter in den Index eingehen (Wägungsschema), weil z. B. mehr Brot als Butter gekauft wird. Dadurch wird der Anteil der Ausgaben für einzelne Güter an den gesamten Verbrauchsausgaben der Haushalte ermittelt. Das Statistische Bundesamt ermittelt die Höhe und Struktur der Verbrauchsausgaben im Wesentlichen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe alle fünf Jahre neu, weil sich im Zeitablauf die Verbrauchsgewohnheiten ändern und neue Güter auf den Markt kommen. In der Zwischenzeit werden der Warenkorb und das Wägungsschema konstant gehalten, so dass Änderungen des Preisindex nur auf Änderungen der Preise zurückgeführt werden können. Andernfalls wäre nicht zu klären, welche Änderungen des VPI durch veränderte Verbrauchsgewohnheiten und welche durch Preisänderungen verursacht worden sind.

### 3. Aufgabe

Es sind einige Verschiebungen in der Gewichtung einzelner Gütergruppen zu erkennen. Es haben sich z. B. die Gewichte für alkoholische Getränke, Wohnung und Energie, Gesundheitspflege, Nachrichtenübermittlung, Freizeit und Unterhaltung im Vergleich zu 2006 erhöht, während sie sich für Einrichtungsgegenstände, Verkehr, Beherbergung und Gaststätten verringert haben. Auffallend konstant ist die Gewichtung für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke geblieben.

#### 4. Aufgabe

**Anmerkung:**

In dem Schaubild in M 18 sind die Farben für die amtliche und gefühlte Inflation vertauscht worden. Richtige Zuordnung: Rot steht für die amtliche Inflation und grün für die gefühlte Inflation.

Da die Haushalte sich in der Art der nachgefragten Güter, der Häufigkeit des Kaufs bestimmter Güter und in ihrer Gewichtung je nach Alter und Anzahl der Haushaltsmitglieder sowie ihren Gewohnheiten unterscheiden, kann der Verbraucherpreisindex als Maßstab für den Geldwert nicht für jeden einzelnen Haushalt Gültigkeit besitzen. So ist es nicht verwunderlich, dass sich die gefühlte Inflationsrate nicht mit der amtlich ermittelten Entwicklung des Geldwertes deckt.

Der von Brachinger entwickelte Index der wahrgenommenen Inflation (IWI) unterscheidet sich in zwei wesentlichen Punkten vom VPI.

Bei gleichem Warenkorb wird eine andere Gewichtung vorgenommen. Nicht der Anteil der Güter an den Gesamtausgaben des Haushalts ist für die Gewichtung ausschlaggebend wie beim VPI, sondern die Häufigkeit des Kaufs, weil Preisänderungen umso stärker wahrgenommen werden, je häufiger man das betreffende Gut kauft. Außerdem wird im IWI berücksichtigt, dass Preiserhöhungen stärker wahrgenommen werden als Preissenkungen. Der Index für die gefühlte Inflation kann erklären, warum z. B. 2008 durch den starken Anstieg der Energiepreise viele Verbraucher der amtlich ermittelten Inflationsrate keinen Glauben schenkten.

#### 5. Aufgabe

Der VPI misst die Teuerung der Konsumgüter und Dienstleistungen auf nationaler Ebene und ist daher einer der wichtigsten und am häufigsten gebrauchten Wirtschaftsindikatoren. Er dient der Inflationsmessung. Der HVPI wird nach harmonisierten Konzepten, Methoden und Verfahren berechnet und spiegelt die Preisentwicklung in den einzelnen Staaten wider, wobei von den nationalen Verbrauchsgewohnheiten ausgegangen wird. Auch der HVPI dient der Inflationsmessung und ist in diesem Zusammenhang als Konvergenzkriterium zur Beurteilung der Beitrittsfähigkeit eines EU-Landes in den Euroraum von entscheidender Bedeutung. Weitere Aufgabe des HVPI ist der Vergleich der Preisentwicklung zwischen verschiedenen Ländern der EU im Zeitverlauf. Der VPI ist weitgehend kompatibel mit den europäischen Regelungen für den HVPI. Sowohl VPI als auch HVPI sind Teuerungsindizes vom Typ Laspeyres. Dabei werden die Preisveränderungen auf der Basis eines konstanten Warenkorbes und Wägungsschemas gemessen. In Deutschland werden die Gewichte des VPI alle fünf Jahre überarbeitet. Die Gewichtungsangaben für den HVPI werden jedes Jahr auf die Dezember-Preise des Vorjahres aktualisiert. In diesem Punkt unterscheiden sich HVPI und VPI. Die Erfassungsbereiche des VPI und des für Deutschland ermittelten HVPI unterscheiden sich im Wesentlichen durch die zusätzliche Einbeziehung des vom Eigentümer selbst genutzten Wohneigentums, von Glücksspielen, der Kraftfahrzeugsteuer und Zulassungsgebühr im VPI.

#### 6. Aufgabe

Preisindex für Juli 2007 104,2; Preisindex für Juli 2008 107,6

$$\text{Inflationsrate} = \frac{(107,6 - 104,2) \times 100}{104,2} = 3,26 \text{ Prozent}$$

### 1. Aufgabe

Ein Außenbeitrag von Null bedeutet, dass Exporte und Importe wertmäßig gleich wären. Es könnten weder Devisenreserven gebildet werden, noch würden Schulden gegenüber dem Ausland entstehen. Es würden vom Ausland keine positiven Einflüsse auf das Wachstum der heimischen Volkswirtschaft ausgehen. Da Deutschland in erheblichem Maße unentgeltliche Leistungen an internationale Organisationen (UNO), die EU etc. aufbringen muss, ist ein gewisser positiver Außenbeitrag für Deutschland erstrebenswert und mit dem Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts vereinbar.

### 2. Aufgabe

Die Exportquote betrug 35,95 Prozent  
 Die Importquote 31,60 Prozent  
 Der Außenbeitrag betrug 90,67 Mrd. Euro  
 Der Anteil des Außenbeitrags am BIP betrug 4,3 Prozent.

Da mehr Waren und Dienstleistungen aus- als eingeführt wurden, ergab sich vom Außenhandel ein positiver Beitrag auf die Höhe des BIP. Im Wert von 90,67 Mrd. Euro wurden Güter produziert, die Arbeitsplätze sicherten und das BIP erhöhten. Der Außenhandel hat sich damit sowohl auf das Beschäftigungsziel als auch auf das Wachstum positiv ausgewirkt. Ohne diesen positiven Beitrag des Außenhandels wäre die Arbeitslosigkeit höher gewesen und die Wachstumsrate des BIP wäre negativ geworden (vgl. M8, S. 53).

### 3. Aufgabe

Der Indikator Offenheitsgrad gibt den Anteil aus der Summe von Export und Import am BIP an. Er misst den Grad der realwirtschaftlichen Einbindung eines Landes in die Weltwirtschaft. Der kontinuierliche Anstieg des Offenheitsgrades der deutschen Wirtschaft seit 1993 ist ein Indiz dafür, dass sich Deutschland in einem immer stärkeren Maße in den Welthandel integriert hat. Dies stellt keine Sonderentwicklung dar. Viele Länder verzeichnen ebenfalls ein in Relation zum BIP steigendes realwirtschaftliches Transaktionsvolumen mit dem Ausland.

Der Außenbeitrag gibt u. a. Aufschluss über die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Der positive Außenbeitrag Deutschlands nach der Wiedervereinigung charakterisiert Deutschland als Exportland und zeigt, dass es im Globalisierungsprozess seine internationale Wettbewerbsfähigkeit ausbauen konnte, trotz im Vergleich zu anderen Ländern hohen Lohnkosten, höheren Umweltstandards und höherer Sozialleistungen.

### 4. Aufgabe

Eine solche Kampagne wäre kontraproduktiv. Wie würden die europäischen Nachbarn und andere autoproduzierende Nationen reagieren? Sie würden mit ähnlichen Kampagnen antworten zum Schaden der deutschen Autoindustrie. Denn die Exportquote der deutschen Autoindustrie betrug im August 2008 (vgl. M2 S. 276) 59,5 Prozent. Wie stark die deutsche Automobilindustrie von der ausländischen Nachfrage abhängig ist, zeigte auch die durch die Finanzmarktkrise ausgelöste weltweite Rezession. Gerade die Premium-Produzenten verbuchten durch den Absatzrückgang im Ausland erhebliche Produktionsrückgänge und Verluste und mussten Kurzarbeit einführen. Deutschland als exportabhängige Volkswirtschaft kann sich solche Spielchen nicht leisten, der Bumerangeffekt würde alle treffen.

### 1. Aufgabe

In der Karikatur wird eine berühmt gewordene Äußerung von Altbundeskanzler Helmut Schmidt von 1972 „Lieber 5 Prozent Inflation als 5 Prozent Arbeitslosigkeit“ in verändertem Wortlaut aufgenommen. Die Intention der Karikaturisten lässt sich kurz umschreiben mit dem Spruch „da soll der Teufel mit dem Belzebub ausgetrieben werden“. Jedenfalls ist die Medizin bitter.

In Bezug auf die Beziehung zwischen den Zielen hoher Beschäftigung und Preisniveaustabilität kommt in dem Zitat zum Ausdruck, dass beide Ziele inkompatibel sind. Will man das eine Ziel erreichen, gefährdet man die Erreichung des anderen. Mit dem Zitat hat Helmut Schmidt auf die Ergebnisse der Studie des neuseeländische – britische Nationalökonom Alban W. H. Phillips von 1958 „The Relationship between Unemployment and the Rate of Change of Money Wages in the United Kingdom, 1861–1957“ zurückgegriffen.

### 2. Aufgabe

In dem bei Aufgabe 1 erwähnten Artikel wies Phillips auf eine negative Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote und der Inflationsquote hin. In den von ihm untersuchten Zeitraum tendierten Jahre mit einer niedrigen Arbeitslosenquote zu einer hohen Inflationsrate und Jahre mit niedriger Inflationsraten zu hohen Arbeitslosenquoten.

Punkt A in **M 26** kennzeichnet eine wirtschaftliche Situation, in der es gelungen ist, Geldwertstabilität zu erreichen, die aber gleichzeitig einhergeht mit einer hohen Arbeitslosenquote. Im Gegensatz dazu wird mit dem Punkt B eine Situation dokumentiert, in der die Arbeitslosigkeit gering ist, dafür aber die Inflationsrate hoch ist.

### 3. Aufgabe

Die Grafik bildet den Misery-Index ab, in dem von einem zweidimensionalen Zielkatalog, nämlich der Entwicklung der Inflationsrate und der Arbeitslosenquote ausgegangen wird. Man kommt zu dieser Beschränkung auf zwei Ziele, weil zwischen der Entwicklung der Arbeitslosenquote und der Wachstumsrate des BIP ein Zusammenhang besteht. Die Konstruktion des Misery-Index ist simpel. Der Wert für den Index ergibt sich aus der Addition von Arbeitslosenquote und Inflationsrate für das jeweilige Jahr (schwarze Kurve). Beträgt im Jahr X beispielsweise die Inflationsrate 2,7 Prozent und die Arbeitslosenquote 8 Prozent, so hat der Misery-Index den Wert von 10,7.

### 4. Aufgabe

1965 war die Inflationsrate relativ hoch und die Arbeitslosenquote niedrig. Das Ergebnis entspricht der Phillipskurve.

1980 waren mit ungefähr jeweils 4 Prozent Arbeitslosenquote und Inflationsrate hoch, es war ein Zustand der als Stagflation bezeichnet wurde und mit der Phillipskurve nicht vereinbar ist. 1997 würde der Phillipskurve entsprechen, hohe Arbeitslosigkeit aber geringe Inflationsrate.

**5. Aufgabe**

Im Frühjahr 2008 ergab sich eine wirtschaftliche Situation, die sowohl in den USA aber auch im Euroraum einerseits durch einen Anstieg der Inflationsrate und andererseits deutliche Merkmale einer Abschwungphase hatte mit sinkenden Wachstumsraten und sinkender Auslastung der Produktionskapazitäten bei den Unternehmen. Im Euroraum war die Inflationsrate auf 3,6 Prozent gestiegen und übertraf damit das 2,0 Prozentziel der EZB erheblich. Verursacht würde die Teuerung vor allem durch die Explosion des Rohölpreises und den Anstieg der Nahrungsmittelpreise. Der Rückgang der Wachstumsraten war eine Folge der Finanzmarktkrise. Die EZB hat in dieser Situation den Leitzinssatz auf 4,25 Prozent erhöht, um die Inflationstendenzen zu bekämpfen. In den USA hatte die Fed jedoch schon zu diesem Zeitpunkt wegen der Finanzmarktkrise in mehreren Schritten den Leitzinssatz von 5,25 Prozent auf 2 Prozent gesenkt und im Verlauf des Jahres noch auf 0–0,25 Prozent. Wegen der sich dramatisch beschleunigenden Krise der Realwirtschaft senkte auch die EZB den Leitzins 2009 auf 1 Prozent. Durch die Weltwirtschaftskrise war die Gefahr einer Stagflation gebannt. Im Jahr 2009 sank die Inflationsrate in Deutschland auf 0,4 Prozent.

**S. 73, Aufgabe**

Erhard sieht als „allein fruchtbaren Weg“ die Steigerung des Sozialproduktes an, um Wohlstand für alle zu erreichen. Er warnt vor Verteilungskämpfen, die nur das Wachstum verringern würden. Es sei viel leichter aus einem immer wachsenden BIP „jedem Einzelnen [...] ein größeres Stück zu gewähren, als einen Gewinn“ aus der Umverteilung eines geringeren BIP zu ziehen, weil der Vorteil des einen zum Nachteil des anderen würde und das Wachstum gefährde. Um Verteilungskämpfe zu vermeiden, ist also eine Marktwirtschaft auf Wachstum ausgelegt. Das hat auch lange Jahre in der Bundesrepublik funktioniert und zu dem von Ulrich Beck sog. Fahrstuhleffekt geführt, Verteilungskämpfe blieben trotz weiterhin bestehender und steigender Einkommens- und Vermögensungleichheiten aus. Mit den geringen Wachstumsraten und dem Auftreten der Massenarbeitslosigkeit in den 1980er-Jahren stoppte der Fahrstuhleffekt.

### 1. Aufgabe

Da in den USA im Jahr 2003 die Wachstumsrate der Arbeitproduktivität mit 4,3 Prozent höher war als die Wachstumsrate des BIP mit 2,9 Prozent, muss die Arbeitslosenquote gestiegen sein. Es war durch die Verbesserung der Arbeitsproduktivität möglich, mehr Waren und Dienstleistungen mit einem geringeren Arbeitskräfteeinsatz zu produzieren. Rein rechnerisch wäre erst bei einer Wachstumsrate über 4,3 Prozent ein Abbau der Arbeitslosigkeit möglich gewesen.

### 2. Aufgabe

Die Beschäftigungsschwelle bezeichnet jenen Wert des Wirtschaftswachstums, ab dem sich die Beschäftigung in einer Volkswirtschaft erhöht. Liegt die Wachstumsrate unter dem Wert der Beschäftigungsschwelle, ist der Produktivitätsfortschritt größer als die Wachstumsrate. Dadurch erfolgt ein Personalabbau. Im umgekehrten Fall kommt es zu einem Personalaufbau. Für den Zeitraum von 1965 bis 1997 wurde als Beschäftigungsschwelle für die Wachstumsrate des BIP ein Wert von 2,5 Prozent empirisch ermittelt. Die Beschäftigungsschwelle ist jedoch kein konstanter Wert. Beispielsweise ist die Arbeitsproduktivität durch den Strukturwandel hin zu einem größeren Anteil des Dienstleistungssektors gesunken, weil der Dienstleistungssektor eine geringere Arbeitsproduktivität hatte als der industrielle Sektor. Durch den starken Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung und anderer organisatorischer Maßnahmen ist die Arbeitsproduktivität jedoch in diesem Sektor gestiegen, dadurch hat sich die Beschäftigungsschwelle wieder erhöht. Es kam zu einem Anstieg des BIP ohne positive Beschäftigungseffekte, eine Situation, die als jobless growth bezeichnet wurde.

### 3. Aufgabe

Beck versteht unter Brasilianisierung die Ablösung des Normalarbeitverhältnisses durch prekäre Arbeitsformen, die in Deutschland ständig angestiegen sei und in den 1990er-Jahren bereits für ein Drittel der Beschäftigten zuträfen. Er prophezeit für das 1. Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts einen Anstieg auf 50 Prozent. Er führt die Brasilianisierung u. a. auf den Einsatz intelligenter Technologien zurück, die die menschliche Arbeitskraft ersetzen, die also zu Produktivitätssteigerungen führen. Für ihn ist die steigende Arbeitslosigkeit nicht mehr eine Folge von Rezessionen, sondern Folge des „technologisch avancierten Kapitalismus“. Damit würde auch das traditionelle wirtschaftspolitische Instrumentarium, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mehr Wachstum zu generieren, versagen.

Zu diskutieren wäre, ob nicht der Abbau der Arbeitslosigkeit in den Jahren 2006–2008 um rund 1,5 Millionen die These Becks bezüglich des Versagens des traditionellen Instrumentariums der Wirtschaftspolitik widerlegt.

### 4. Aufgabe

Die politische Ökonomie der Unsicherheit ist nach Beck durch 4 Merkmale charakterisiert.

- Die politischen Akteure der Nationalstaaten verlieren gegenüber den global agierenden wirtschaftlichen Akteuren an Macht und Einfluss.
- Der eingeschränkte Spielraum der Regierungen stellt sie vor die Alternative, entweder zunehmende Armut mit hoher Arbeitslosigkeit zu bezahlen oder krasse Armut mit etwas weniger Arbeitslosigkeit hinzunehmen.
- Wesentlicher Grund für diese Entwicklung sei das sich abzeichnende Ende der Erwerbsgesellschaft durch die Produktivitätsfortschritte des avancierten Kapitalismus.
- Schließlich ist die politische Ökonomie der Unsicherheit durch einen Domino-Effekt gekennzeichnet. Die Erwerbs- und Vollbeschäftigungsgesellschaft sicherte Renten,

hohes Steueraufkommen und damit Spielräume für staatliche Politik. Die Aushöhlung der Erwerbsgesellschaft führt zu einem entgegengesetzten Effekt, die Grundlagen des Sozialstaates werden prekär (Altersarmut, leere Kassen der Gebietskörperschaften und steigende Verschuldung).

- Die Arbeitnehmer sollen flexibel sein, d. h. Abbau des Kündigungsschutzes, Wechsel des Arbeitsplatzes jeder Zeit und überall hin, Wechsel der Tätigkeit, lebenslanges Lernen ohne Garantie, ob das neu erworbene Wissen und Können morgen schon veraltet ist.

Geht man von Becks Thesen aus, die sich in vielerlei Hinsicht in der Realität bestätigen lassen (vgl. z. B. <http://www.statistik-bw.de/Pressemitt/2009263.asp?ArbeitsmErwerb>), können die Schülerinnen und Schüler unter diesen Prämissen unterschiedliche Konsequenzen für ihre berufliche Zukunft ziehen:

- Fachrichtungen studieren, die immer gebraucht werden, z. B. Medizin,
- möglichst enge berufliche Festlegung vermeiden, sondern breite Fundamente legen, die Chancen für viele Jobs bieten,
- einfach das machen, wofür man sich interessiert, was einen begeistert.
- Resignation sollte vermieden werden.

## 5. Aufgabe

Es sind unterschiedliche Statements möglich. Hier ein mögliches Statement, in dem differenziert wird.

Allenthalben wir das Wachstum beschwört, um Arbeitsplätze zu schaffen oder auch nur zu erhalten. Denn wenn es gelingt die Arbeitslosigkeit abzubauen, löst man auch gleich viele andere Probleme. Wer einen Vollerwerbsjob hat, zahlt in die sozialen Sicherungssysteme ein, zahlt Steuern auf sein Einkommen und bei jedem Kauf auch die Mehrwertsteuer. Der Staatshaushalt wird also einerseits von der Ausgabenseite her entlastet und profitiert andererseits bei den Steuereinnahmen.

Aber schafft Wachstum denn überhaupt noch Arbeitsplätze? Da gibt es die Erfahrung des jobless growth, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern gemacht wurde. Trotz positiver Wachstumsraten ging die Arbeitslosigkeit nicht zurück, sondern stieg sogar noch. Ursächlich wird dafür der Anstieg der Arbeitsproduktivität gesehen. Ist diese nämlich höher als die Wachstumsrate, steigt die Arbeitslosigkeit. Es wurden durch Studien Beschäftigungsschwellen ermittelt, die angeben, wie hoch das Wachstum sein muss, damit zusätzliche Beschäftigung entsteht. Für Deutschland wurden Werte von 2,5 Prozent reales Wachstum ermittelt. Allein diese Beschäftigungsschwellen sind keine konstanten Größen, sondern ändern sich z. B. mit neuen Technologien und dem Strukturwandel.

Dass Wirtschaftswachstum Arbeitsplätze schaffen kann, wenn es nur hoch genug ist, zeigen die Jahre 2006 bis 2008. Bei Wachstumsraten zwischen 3 und 1,3 Prozent hat die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Zeitraum um rund 1,5 Millionen zugenommen.

## 1. Aufgabe

Intention des Karikaturisten Klaus Stuttmann ist es, auf die zunehmende Einkommensungleichheit infolge der Globalisierung hinzuweisen, die für gering qualifizierte Arbeitnehmer – und nicht nur für diese – zu sinkenden Einkommen und für Manager zu sehr hohen Einkommenszuwächsen u. a. in Form von Boni und Aktienoptionen geführt hat.

## 2. Aufgabe

Max Schön, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung seines Beitrags Präsident der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, führt Probleme in Bezug auf Wachstum, Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit etc. auf eine falsche Ethik, nämlich auf die Ethik des Teilens, die er auch abschätzig als eine Ethik des Gleichmachens bezeichnet, zurück. Eine solche Ethik sei allenfalls für die Familie oder eine Liebesgemeinschaft sinnvoll, wo es um die gerechte Verteilung nach den Bedürfnissen gehe, aber nicht für eine marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaft. Die Ethik des Teilens führe nämlich nicht zu einem größeren Kuchen, sprich Sozialprodukt. Hier nimmt Schön fast wörtlich die Argumentation von Ludwig Erhard in **M 29**, S. 72 auf. Folgerichtig greift er die Umverteilungsprogramme der Politiker scharf an und geht in polemischer Weise soweit, die Regierung – gemeint ist die rot-grüne Regierung Schröder – als eine Bedrohung für Freiheit und Eigentum der Bürger zu brandmarken. Statt der Ethik des Teilens müsse wieder eine Ethik des Mehrens durchgesetzt werden, die die Marktkräfte entfessele, „die Überwindung von Knappheiten belohnt, Leistung ermutigt statt bestraft, zu Eigeninitiative und Selbstständigkeit anspricht“ (hier zeigt sich eine große Übereinstimmung mit den von Hans Tietmeyer in **M 13**, S. 42 als Vertreter der INSM vertretenen Positionen).

Um die von ihm geforderte Ethik des Mehrens zu veranschaulichen, greift er zunächst in satirischer Weise auf die Geschichte von Sankt Martin zurück, die dazu geführt habe, dass es zwar einen Heiligen mehr, aber keinen Bettler weniger gegeben habe. Hier wird nochmals die Ethik des Teilens aufgegriffen, um die „Willkür des Sozialstaates“ anzugreifen, der zwar Armut lindere, aber auch gleichzeitig konserviere. Diese Umverteilung sprengt alle vernünftigen Dimensionen. Die Sankt-Martin-Legende müsse umgeschrieben werden, um Armut zu beseitigen. Sankt Martin hätte besser dran getan, sich der Ethik des Mehrens zu verschreiben, indem er eine Mantelfabrik gegründet und dem Bettler einen Arbeitsplatz verschafft hätte. Durch eine solche Ethik des Mehrens hätten Unternehmer in den letzten 200 Jahren die Armut als Massenerscheinung überwunden und sie seien daher sozialer als Sozialverwaltung und Armenfürsorge. Seine Äußerungen gipfeln in der Behauptung, dass die Ethik des Teilens „der sichere Weg in Armut und „ungerechte“ soziale Einebnung“ sei.

Schön zeigt sich als radikaler Vertreter des Neoliberalismus. Sein Beitrag zeigt typische Merkmale ideologischer Strategien.

- Auffällig ist vor allem die Verschleierung der eigenen Interessen und der Wirklichkeit. Er geht soweit, die Geschichte der letzten 200 Jahre zu verfälschen. Er unterschlägt die Ausbeutung während der Zeit des Manchesterkapitalismus, die zu schlimmster Armut geführt hat. Der Kampf der Gewerkschaften um eine Verringerung der Arbeitszeit und höhere Löhne sowie die staatlichen Eingriffe zur Absicherung sozialer Risiken werden in keiner Weise erwähnt und gewürdigt. Die empirisch ermittelte zunehmende Ungleichheit in Bezug auf Einkommen und Vermögen in der Gegenwart wird einfach negiert.
- Es werden unbewiesene Behauptungen aufgestellt. Fakten, die seinen Interessen zuwiderlaufen, werden unterschlagen, um die eigene Argumentation zu stützen.
- Zur Strategie von Schön gehört auch der Appell an die Emotionen der Leser durch die Wortwahl, die negativen Konnotationen zur Ethik des Teilens (Armut, ungerecht, Willkür) und positive zur Ethik des Mehrens hervorrufen sollen.
- Schön stellt seine Ethik des Mehrens als dem Allgemeinwohl dienlich hin, um die eigenen Interessen und die seines Verbandes zu verschleiern.

Für Michael Sommer ist Gerechtigkeit der gesellschaftliche Leitwert, der die Bundesrepublik stark gemacht hat und der auch für die Zukunft als zentraler Wert gültig bleiben sollte. Er leitet aus der deutschen Geschichte ab, dass Demokratie und Freiheit nicht ohne soziale Gerechtigkeit zu haben sind.

Er greift den vorherrschenden neoliberalen Ökonomismus scharf an, „der nur nach betriebswirtschaftlicher Rentabilität“ rechne. Er charakterisiert diese Denkweise abwertend als „ökonomischen Schwachverstand“, der von „Ideologie und Mottenkiste“ lebe, nämlich von dem Abbau der Arbeitnehmerschutzrechte und der Verlängerung der Arbeitszeit. Als Protagonist des neoliberalen Ökonomismus wird die INSM ausgemacht und als Altherrenriege abqualifiziert, die den Sozialstaat als Leistungs- und Wachstumshemmnis diffamiere.

Sommer setzt dem entgegen, dass auch in einer globalisierten Welt Gesellschaften marktwirtschaftlich, erfolgreich und sozial gerecht organisiert werden könnten. Gerechtigkeit sei der Kitt der Gesellschaft. Neben anderen Facetten der Gerechtigkeit spielten die Verteilungsfragen eine wichtige Rolle. Vom Geldvermögen von 3,9 Billionen ausgehend konstatiert er eine Lücke zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut. Von dem privaten Reichtum sollte auch der Staat über die Erbschaftsteuer profitieren.

Des Weiteren geht er auf den Freiheitsbegriff ein, wie er vom Neoliberalismus mit dem Slogan „je weniger Staat desto mehr Freiheit“ verwendet wird. Er hält diese Formel für falsch, denn einen schlanken Staat können nur der wünschen, der genügend Fettpolster hat. Es gehe den Verfechtern dieses Freiheitsbegriffs nur um die Freiheit des Kapitals, nämlich zur Freisetzung der arbeitenden Menschen. Es fühle sich nicht dem Gemeinwohl im Sinne des Art. 14 Absatz 2 verpflichtet. Der Angriff auf die Habenden gipfelt in der Aussage, dass ihre Freiheit nicht selten erkaufte sei „mit dem Verlust an Freiheit derer, die von ihrer Arbeitskraft leben müssen“.

Unter dem Stichwort Gerechtigkeit nimmt er die Debatte um die Vorstandsgehälter auf, indem er auf die Diskrepanz zwischen Leistungen der Topmanager und deren Bezügen hinweist; einerseits unternehmerisches Versagen, andererseits 300prozentiger Anstieg der deutschen Managerbezüge. Er wirft manchen Verbandsfunktionären und Unternehmensspitzen vor, von amerikanischen Bezügen für sich und für ihre Beschäftigten von rumänischen Arbeitsbedingungen zu träumen. Das sei nicht Klassenkampfretorik, sondern habe mit der gefühlten Gerechtigkeit zu tun. Unternehmerisches Versagen einerseits und andererseits die Drohung für die Beschäftigten mit Standortverlagerungen, um Lohnkürzungen durchzusetzen, passten eben nicht zusammen.

Wie im Text von Max Schön enthält auch der Redeausschnitt Sommers ideologiehaltige Elemente, wobei die Interessenvertretung für die Arbeitnehmer deutlich erkennbar wird.

- Die Rede richtet sich an bzw. gegen die Vertreter der INSM, die Arbeitgeberverbände, die Unternehmensmanager und die Kapitaleigner.
- Mit abwertenden sprachlichen Mitteln, Übertreibungen und pauschalisierenden Vorwürfen sollen Emotionen gegen die Parolen und das Handeln dieser Gruppierungen geweckt werden, um die eigene Klientel fester an die Gewerkschaften zu binden und Andersdenkende zu überzeugen.
- Die angeführten Beispiele für unternehmerisches Versagen sind zwar zutreffend, aber sie können nicht pauschalisiert werden. Ebenso hätte man innovative unternehmerische Leistungen für eine gegenteilige Argumentation verwenden können.
- So wie Schön beruft sich auch Sommer in seinen Ausführungen auf das Gemeinwohl. Den Gegnern wirft er eine egoistische Interessenwahrnehmung vor und spricht ihnen nachdrücklich ab, entsprechend dem Gemeinwohl zu handeln.

### 3. Aufgabe

Hier sind im Ergebnis ganz unterschiedliche Erörterungen möglich. Jedoch sollten Pro- und Contraargumente abgewogen werden.

Für die Vertreter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist es ein wesentliches Element, den Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen zu erhöhen, Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu stärken. Das entspricht voll dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Dadurch würden auch die sozialen Sicherungssysteme entlastet. Nur kann eben nicht jeder Unternehmer werden. Dazu gehören Voraussetzungen, die die meisten Arbeitslosen nicht erfüllen, angefangen vom notwendigen betriebswirtschaftlichen Wissen, den Schwierigkeiten das notwendige Kapital zur Unternehmensgründung aufzubringen, Kunden zu akquirieren bis hin zu den psychischen und sozialen Dispositionen des einzelnen. Die Förderung der „Ich-AG“ durch die BA ist abgeschafft worden, weil der überwiegende Teil der Gründungen nach kurzer Zeit erfolglos blieb, eben aus diesen Gründen. Zwar ist die Förderung der Selbständigkeit ein durchaus sinnvoller Weg, jedoch ist es eine Illusion zu glauben, dadurch höhere Wachstumsraten, einen Abbau der Arbeitslosigkeit in nennenswertem Umfang oder gar ein Wirtschaftswunder zu erreichen.

### 4. Aufgabe

Bei der Aufgabenstellung ist nur eine Angabe für den Lösungsweg des ersten Teils der Aufgabe möglich.

Thesen zu Schön

- Die Ethik des Teilens in Deutschland ist eine Ethik des Gleichmachens.
- Diese Ethik ist für die Familie oder eine Liebesgemeinschaft sinnvoll, wo es um die gerechte Verteilung nach den Bedürfnissen geht, aber nicht für eine marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaft.
- Die Umverteilungsprogramme der Politiker führen zu einer Bedrohung von Freiheit und Eigentum der Bürger, letztlich zu Armut, weil sie Wachstum behindern.
- Eine Ethik des Mehrens muss durchgesetzt werden, die die Marktkräfte entfesselt, „die Überwindung von Knappheiten belohnt, Leistung ermutigt statt bestraft, zu Eigeninitiative und Selbständigkeit anspricht“.
- Die Sankt-Martin-Legende muss umgeschrieben werden, um Armut zu beseitigen. Sankt Martin hätte besser dran getan, eine Mantelfabrik zu gründen und sich damit der Ethik des Mehrens zu verschreiben.
- Durch die Ethik des Mehrens haben Unternehmer in den letzten 200 Jahren die Armut als Massenerscheinung überwunden. Sie sind daher sozialer als Sozialverwaltung und Armenfürsorge.
- Die Ethik des Teilens ist „der sichere Weg in Armut und „ungerechte“ soziale Einebnung.

Thesen zu Sommer

- Gerechtigkeit ist der gesellschaftliche Leitwert, der die Bundesrepublik stark gemacht hat und der auch für die Zukunft als zentraler Wert gültig bleiben soll.
- Demokratie und Freiheit sind nicht ohne soziale Gerechtigkeit zu haben.
- Der vorherrschende neoliberale Ökonomismus rechnet nur nach betriebswirtschaftlicher Rentabilität.
- Der neoliberale Ökonomismus ist „ökonomischer Schwachverstand“, der von „Ideologie und Mottenkiste“ lebt, Abbau der Arbeitnehmerschutzrechte und der Verlängerung der Arbeitszeit.
- Protagonist des neoliberalen Ökonomismus ist die Altherrenriege des INSM, die den Sozialstaat als Leistungs- und Wachstumshemmnis diffamiert.
- Auch in einer globalisierten Welt können Gesellschaften marktwirtschaftlich, erfolgreich und sozial gerecht organisiert werden. Gerechtigkeit ist der Kitt der Gesellschaft.
- Die Verteilungsfrage spielt eine wichtige Rolle. Es klafft eine Lücke zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut. Von dem privaten Reichtum soll der Staat über die Erbschaftssteuer profitieren.

- Der Freiheitsbegriff des Neoliberalismus „je weniger Staat desto mehr Freiheit“ ist falsch. Es geht den Verfechtern dieses Freiheitsbegriffs nur um die Freiheit des Kapitals, nämlich um die Freiheit zur Freisetzung der arbeitenden Menschen.
- Die Habenden erkaufen ihre Freiheit nicht selten „mit dem Verlust an Freiheit derer, die von ihrer Arbeitskraft leben müssen“.
- Die Höhe der Vorstandsgehälter ist nicht gerechtfertigt. Es besteht eine Diskrepanz zwischen den Leistungen der Topmanager und deren Bezüge, einerseits unternehmerisches Versagen, andererseits 300prozentiger Anstieg der Managerbezüge. Verbandsfunktionäre und Unternehmensspitzen wollen amerikanische Bezüge für sich und für ihre Beschäftigten rumänische Arbeitsbedingungen.
- Unternehmerisches Versagen einerseits und andererseits den Beschäftigten mit Standortverlagerungen zu drohen, um Lohnkürzungen durchzusetzen, sind Verstöße gegen die gefühlte Gerechtigkeit.
- Das anzuprangern ist keine Klassenkampfrhetorik.

## 5. Aufgabe

Der Redeausschnitt Sommers von Zeile 145 auf Seite 81 linke Spalte bis Zeile 158 rechte Spalte könnte die Karikatur von Klaus Stuttmann angeregt haben.

### 1. Aufgabe

Durch die Überalterung der Gesellschaft werden immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter einen Rentner „tragen“ müssen. Das stellt die Rentenversicherung und die Krankenversicherung vor erhebliche Probleme. Für die heutigen Schüler wird das höhere Belastungen ihrer Einkommen durch Sozialabgaben bedeuten, es sei denn das gesamte System der Altersversorgung wird umgestellt. Das Hinausschieben des Rentenalters ist nur ein erster Schritt, um den Generationenkonflikt zu mildern. Die Karikatur macht deutlich, dass viele gesellschaftliche Einrichtungen Veränderungen erfahren werden.

### 2. Aufgabe

Politiker denken in Legislaturperioden. Es geht immer um die Wiederwahl in 4 Jahren. Dadurch geht der Blick zwar etwas weiter als bis zur Schuhspitze, aber nicht weit genug. Langfristige Probleme werden so nicht hinreichend beachtet. Die Diskussion um die Aufhebung der verabschiedeten Regelung der zukünftigen Altersgrenze von 67 Jahren ist ein typisches Beispiel dafür. Aktuell kann man den Versuch, diese Altersgrenze wieder auszuhebeln, vor dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit verstehen, zumal nur der geringste Teil der Erwerbstätigen heute bis zum 65. Lebensjahr arbeitet. Damit können auch Wählerstimmen gewonnen werden, langfristig wäre die Aufhebung der Regelung fatal.

### 3. Aufgabe

Die INSM fordert angesichts der demografischen Entwicklung eine Umorientierung des Sozialstaats, der sich zum umfassenden Versorgungsstaat entwickelt habe, so dass die Menschen die Vorsorge nicht mehr als ihre eigene Verpflichtung ansehen.

Die hohen Sozialabgaben haben den Freiraum der Bürger eingeengt und die Arbeitskosten in die Höhe getrieben mit der Folge des Arbeitsplatzabbaus. Dadurch wurden die verbliebenen Beschäftigten mit noch höheren Abgaben belastet. Andererseits hätten die großzügigen Sozialleistungen die Leistungsbereitschaft der Arbeitslosen und Erwerbstätigen ausgehöhlt.

- Leitlinien für die notwendige Reform des Sozialstaats müssen nach Auffassung der INSM Eigenverantwortung, Anreiz zur Selbsthilfe und Wettbewerb sein.
- Es soll nur noch eine Grundsicherung für die wirklich Hilfsbedürftigen geben. Die private Vorsorge soll ausgebaut werden.
- Die Versicherten sollten über eine Grundversorgung hinaus selbst den Umfang ihres Versicherungsschutzes bestimmen können. Der Slogan für ein zukünftiges Sozialsystem soll lauten: „so viel Freiheit wie möglich – so viel Zwang wie nötig“.

Das Menschenbild der INSM ist zwiespältig. Einerseits wird das Bild der sozialen Hängematten umschrieben, die Menschen sind träge, wollen gar nicht arbeiten und erwarten alles vom Staat. Andererseits soll das neue Sozialsystem auf Freiheit, Eigenverantwortung, Selbsthilfe und wenig Zwang aufgebaut sein. Wenn die Menschen bequem und faul sind, kann man sie offenbar nur mit Zwang von diesen Eigenschaften befreien oder durch Anreize. Worin sollen die bestehen, in Not und Elend? Wie sollen Arbeitslose Vorsorge in Eigenverantwortung treffen können. Zu fragen ist, inwiefern das gezeichnete Bild überhaupt stimmt.

Ordnungspolitisch betont die INSM stärker die marktwirtschaftlichen Elemente als die soziale Seite der Sozialen Marktwirtschaft, wenn sie mehr Wettbewerb, mehr Entscheidungsfreiheit und Eigenvorsorge im Sozialsystem betont.

#### Anmerkung:

Der Text M40 enthält eine Gegenposition der Gewerkschaft Verdi zu der von der INSM vertretenen Auffassung. Für sie ist die Diskussion zur demografischen Entwicklung nur eine Begründung für den Sozialabbau. Denn durch Beseitigung der Arbeitslosig-

keit und die Produktivitätsfortschritte verbunden mit Einkommenserhöhungen können „immer mehr nichterwerbstätige Menschen immer besser versorgt werden“. Das demografische Schreckensbild sei nur ein Vorwand für breite soziale Verschlechterungen.

Beide konträre Positionen sollten ideologiekritisch analysiert werden. Zu dem in **M 40** geäußerten Verdacht sollte in Form eines kurzen Kommentars unter Einbeziehung der Ausführungen der INSM in **M 39** Stellung genommen werden.

## 1. Aufgabe

- Zur Zeit der Industrialisierung war das Verständnis der natürlichen Ressourcen als Produktionsfaktor beschränkt auf den Boden als Standort für Industrieansiedlungen, für die Land- und Forstwirtschaft und für den Bergbau. Das spiegelt sich auch in der klassischen Lehre von den Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Boden wider. Die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen wurde nicht beachtet, das Wirtschaftswachstum vollzog sich unter rücksichtsloser Ausbeutung der Natur und der Arbeiter. Es bestand ein objektiver Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie, der jedoch nicht wahrgenommen wurde.
- 1972 veröffentlichte der Club of Rome das epochemachende Buch „Die Grenzen des Wachstums“. Darin wurde prognostiziert, dass bei Fortführung der bis dahin praktizierten Wirtschaftsweise in 100 Jahren alle nichterneuerbaren Ressourcen der Erde aufgebraucht sein würden und Übervölkerung, Hunger, Migrantenströme die Welt regieren würden. Es entstand eine machtvolle Umweltbewegung mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung. Es hat jedoch Jahre gedauert, bis diese Erkenntnis Eingang in die Politik der etablierten Parteien fand. In der ersten UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde Nachhaltigkeit zum Leitbild. Wirtschaften soll danach gleichzeitig ökologisch verträglich, wirtschaftlich profitabel und sozial förderlich sein.
- In der Gegenwart hat es in den Industrieländern Fortschritte in Bezug auf Umweltschutz in vielen Bereichen (Gewässerschutz, Abfallbeseitigung, Verkehr, Energieeffizienz, Luftreinhaltung, geschlossene Stoffkreisläufe, Nutzung regenerierbarer Ressourcen) gegeben. Verursacher- und Vorsorgeprinzip sind Prinzipien der Umweltpolitik geworden, die beim Einsatz umweltpolitischer Instrumente (Gebote, Verbote, Steuern und Abgaben sowie Zertifikate) zum Tragen kommen. Jedoch sind die Industrieländer vom Leitbild der nachhaltigen Entwicklung noch weit entfernt, wie das Scheitern der Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen zur Eindämmung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zeigt. Der Flächenverbrauch für Gebäude, Verkehrswege, Industrieansiedlungen ist noch immer zu hoch. Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen ist höher als deren Regenerationsrate und die nichterneuerbaren Ressourcen werden weiterhin übernutzt. Das Umweltbewusstsein der Bevölkerung ist noch immer nicht hinreichend ausgeprägt, was sich am Trinkwasserverbrauch, der Abfallbeseitigung und dem Wegwerfverhalten der Konsumenten zeigt. Es besteht also weiterhin ein Konflikt zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum in den Industrieländern.
- In den Entwicklungs- und vor allem in den Schwellenländern steht der Umweltschutz erst am Anfang. Die Beseitigung von Armut hat Vorrang. Es fehlen die Mittel und das Bewusstsein zum Schutz der Umwelt. Wachstumsprozesse, so wie sie in China und Indien stattfinden, haben zu riesigen Umweltproblemen geführt. Bei den Olympischen Spielen in China mussten industrielle Anlagen in einigen Städten vorübergehend stillgelegt werden, um die Luftverschmutzung erträglicher für die Teilnehmer zu machen.
- Für die mittel- bis langfristige Zukunft hält der Autor den Konflikt zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum für lösbar.

## 2. Aufgabe

Der Karikaturist geht nicht von einer Harmonie zwischen Ökonomie und Ökologie aus. Vielmehr dominieren die Interessen an Wirtschaftswachstum, Wohlstand Wegwerfgesellschaft und Gewinnmaximierung die ökologischen Zielsetzungen. Es besteht also ein Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie.

### 3. Aufgabe

Das vorliegende Material schneidet die Umweltschutzthematik nur an, gibt einen zusammenfassenden Überblick. Ausführlicher wird in den Bänden der Reihe „Thema Sozialwissenschaften Oberstufe“ im Band „Globale politische Strukturen und Prozesse“ im Kapitel 3 „Ökologie und Ökonomie“ diese Thematik entfaltet.

Bei der Bearbeitung der Aufgabe werden die Schülerinnen und Schüler ihre Kenntnisse aus den Medien und dem Unterricht in anderen Fächern und eventuell ihr eigenes Engagement in Umweltschutzorganisationen oder Parteien einbringen, so dass ganz individuelle Bearbeitungen entstehen werden. Im Unterricht wäre vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse eine Debatte zu dieser Problematik sinnvoll.

## 3 Wie wird das BIP ermittelt? – Grundzüge der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

### 1. Aufgabe

Die Haushalte sind Eigentümer aller Produktionsfaktoren, den Unternehmerhaushalten gehören die Unternehmen.

Durch die Güterproduktion und den Verkauf der Güter ist Einkommen entstanden, d. h. alle Erlöse, welche die Unternehmen aus dem Verkauf von Gütern an die Haushalte erhalten, werden in Form von Löhnen, Zinsen und Gewinnen an die Haushalte als Entgelt gezahlt für die von den Haushalten gekauften Faktorleistungen. Es besteht also ein nicht auflösbarer Zusammenhang zwischen der Güterproduktion und der Einkommensentstehung.

### 2. Aufgabe

Ex-post-Analysen beruhen auf einer rückschauenden Betrachtung. Am Ende z. B. von 2009 können die Höhe des BIP und die Wachstumsrate für das abgelaufene Jahr ermittelt werden.

Ex-ante-Analysen beziehen sich auf die Pläne der Wirtschaftssubjekte, haben also im Vergleich zur Ex-post-Analyse eine entgegengesetzte Zeitperspektive.

Definitionsgleichungen oder Bestimmungsgleichungen werden per Definition festgelegt und werden in der Makroökonomie für die Kreislaufmodelle und die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung verwendet. Auf das Modell des Wirtschaftskreislaufs ohne Staat und Ausland bezogen, bestimmt die Gleichung  $Y = C + S$ , dass die Haushalte ihr Einkommen für Konsum und Sparen verwenden.

Verhaltensgleichungen hingegen stellen einen funktionalen Zusammenhang dar. Es existieren also abhängige und unabhängige Variablen. Sie enthalten Hypothesen über das zukünftige Verhalten von Wirtschaftssubjekten und lassen sich in Wenn-dann-Aussagen formulieren, z. B. wenn das Einkommen steigt, dann steigt der Konsum oder wenn die Zinssätze fallen, dann steigen die Investitionen.

### 3. Aufgabe

In **M3** wird der monetäre Kreislauf dargestellt. Der Güterkreislauf würde in entgegengesetzter Richtung verlaufen und die Bezeichnungen für die Güterbewegungen enthalten.

Druckfehler in der Aufgabe. Die Aufgabe beginnt: „In **M3**[...]“. **M3** muss an dieser Stelle durch **M2** ersetzt werden.

### 4. Aufgabe

In **M3** sind die Ausgaben der Haushalte für den Güterkauf bzw. die Erlöse der Unternehmen aus diesem Verkauf vergessen worden zu bezeichnen, der entsprechende Pfeil ist allerdings vorhanden. Auch andere Transaktionen fehlen oder sind nicht bezeichnet worden, z. B. die unentgeltlichen Leistungen des Staates an das Ausland (Entwicklungshilfe, Zahlungen an die EU, UN) oder empfangene unentgeltliche Leistungen, z. B. Zahlungen der EU. Ebenso fehlen die Zinszahlungen der Kapitalsammelstellen an Haushalte, Unternehmen bzw. deren Zinszahlungen für aufgenommene Kredite an die Kapitalsammelstellen.

## 5. Aufgabe

Haushalte verwenden ihr Einkommen für Konsum, Sparen und direkte Steuern, z. B. Einkommensteuer. Sie beziehen für den Verkauf ihrer Faktorleistungen an Unternehmen und an den Staat Einkommen (Beamte, Angestellte) und erhalten vielfältige Transferzahlungen vom Staat – Zahlungen des Staates ohne Gegenleistung, z. B. Kindergeld, Wohnungsgeld, Sozialhilfe.

Die im Inland arbeitenden Ausländer überweisen Teile ihres Einkommens ins Ausland und umgekehrt. Haushalte nehmen Kredite für Anschaffungen auf und müssen diese tilgen und Zinsen zahlen. Der Pfeil fehlt ebenso wie die empfangenden Zinszahlungen von den Kapitalsammelstellen aus Sparanlagen.

Hinweise:

In vergleichbarer Weise können für die anderen Aggregate die Beziehungen veranschaulicht werden. Es kann dabei überlegt werden, welche Beziehungen in dieser vereinfachten Darstellung nicht berücksichtigt worden sind. Die Aufgabe kann arbeitsteilig zeitsparender bearbeitet werden.

### 1. Aufgabe

Die Entstehungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung knüpft an der Angebotsseite, also an der Produktionsseite der Unternehmen an. Es wird ermittelt, wie hoch das gesamte Angebot von Waren und Dienstleistungen in der abgelaufenen Periode war. Dazu werden die Produktionswerte der Unternehmen aus unterschiedlichen Statistiken ermittelt.

Die Verwendungsrechnung knüpft an der Nachfrageseite an, in dem die Nachfrage der privaten Haushalte, des Staates, der Unternehmen und des Auslandes zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage aggregiert wird.

Die Verteilungsrechnung dokumentiert, wie sich das in Höhe der Produktion entstandene Einkommen auf die Arbeitnehmereinkommen sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen verteilt. Geht man von Kreislaufmodell aus, werden die Faktoreinkommen der Haushalte ermittelt.

### 2. Aufgabe

Bei Vorleistungen handelt es sich um den Wert der Waren und Dienstleistungen, die Unternehmen von anderen Unternehmen im In- und Ausland gekauft haben und die in der Produktion verbraucht wurden. Würde man die Vorleistungen bei der Berechnung der Bruttowertschöpfung nicht vom Produktionswert abziehen, würde es zu Doppelzählungen kommen, der Bruttoproduktionswert würde zu hoch ausgewiesen werden.

Die Bruttowertschöpfung basiert auf der Bewertung zu Faktorkosten, nicht zu Marktpreisen.

Die Mehrwertsteuer stellt keine Wertschöpfung da, sondern führt nur zu einer Verteuerung der Waren beim Verkauf. In den Marktpreisen ist also die Mehrwertsteuer enthalten. Würde man die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen ermitteln, wäre die Wertschöpfung verfälscht. Als die Bundesregierung mit Wirkung von 2006 die Mehrwertsteuer von 16 Prozent auf 19 Prozent erhöhte, hat sich dadurch natürlich nicht die Bruttowertschöpfung erhöht.

### 3. Aufgabe

Um den wirklichen Wert des Outputs zu ermitteln, wird der Bruttoproduktionswert zu Faktorkosten also ohne Mehrwertsteuer berechnet. Bei der Ermittlung des BIP wird der Output zu Marktpreisen bewertet. Deshalb wird zum Wert der Bruttowertschöpfung die Mehrwertsteuer addiert und die gezahlten Subventionen des Staates zur Verbilligung einzelner Güter subtrahiert.

### 4. Aufgabe

Die Analyse des Strukturwandels anhand der Abbildung zeigt, dass der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Bruttowertschöpfung seit 1950 von annähernd 10 Prozent auf unter 1 Prozent (2009: 0,75 Prozent) gesunken ist. Auch der sekundäre Sektor hat erheblich an Bedeutung verloren, sein Anteil sank von 50 Prozent auf unter 30 Prozent. Im Gegensatz dazu hat der tertiäre Sektor erheblich mit einer Zunahme von rund 20 Prozentpunkten stark an Bedeutung gewonnen. In dem Strukturwandel zeigt sich die Tendenz der hoch entwickelten Industrieländer zur Dienstleistungsgesellschaft.

## 5. Aufgabe

Unter [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/StatistischeWochenBerichte/WochenBerichte\\_\\_Wirtschaft,property=file.pdf](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/StatistischeWochenBerichte/WochenBerichte__Wirtschaft,property=file.pdf) können die Grunddaten für die Berechnung der Anteile der Sektoren an der Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Preisen entnommen werden.

Für 2008 ergeben sich folgende Werte für die Sektoren

Sektor	Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen in Mrd.	Anteil des Sektors in Pro- zent
Primärer Sektor	20,25	0,90
Sekundärer Sektor	667,95	29,83
Tertiärer Sektor	1551,04	69,27
Bruttowertschöpfung insgesamt	2 239,24	

## 6. Aufgabe

Preissteigerungen führen bei konstanter Gütermenge zu einem höheren Preisdruck des BIP. Um solche Preisänderungen auszuschalten bei der Ermittlung des BIP und der Wachstumsrate, wird das BIP preisbereinigt. Bei der Ermittlung des realen BIP wurde bis 2005 die Festpreismethode verwendet, bei der die Preise für einen Zeitraum von fünf Jahren als konstant angenommen wurde. Bei der Ermittlung des realen BIP wurden das nominale BIP auf das entsprechende Preisbasisjahr umgerechnet. Für alle Werte der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung wurden also nominale und reale Werte ermittelt.

Seit 2005 verwendet das Statistische Bundesamt die Vorjahrespreismethode. Der Wechsel erfolgte aufgrund verbindlicher europäischer Rechtsvorschriften. Dadurch soll eine genauere Berechnung der realen Wachstumsraten erfolgen. Bei der Festpreismethode wurden die Veränderungen zwischen den Preisen der Gütergruppen in dem Zeitraum von fünf Jahren nicht beachtet. Dadurch wurde die reale Entwicklung verfälscht. Seit der Einführung der Vorjahrespreismethode wird jetzt für das BIP nicht mehr der reale Wert für das BIP in Euro ausgedrückt, sondern nur noch die reale Wachstumsrate in Prozent.

## 1. Aufgabe

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage setzt sich aus folgenden Aggregaten zusammen:

- private Konsumausgaben der Haushalte,
- Konsumausgaben des Staates,
- Bruttoanlageinvestitionen,
- Vorratsveränderungen
- sowie dem Außenbeitrag als Differenz zwischen Exporten und Importen.

Zu den privaten Konsumausgaben zählen die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte, aber auch die Ausgaben von Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Vereinen und Wohlfahrtsverbände, allgemeiner die Ausgaben von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Zu den Verbrauchsausgaben gehören auch der Eigenverbrauch der Unternehmer und der Wert der Nutzung von Eigentumswohnungen. Hingegen gehören Käufe von Grundstücken und Gebäuden nicht zu den Konsumausgaben, sondern werden bei den Bruttoinvestitionen erfasst.

Die Konsumausgaben des Staates, dazu gehören die Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) und die Sozialversicherung, entsprechen dem Wert der Güter, die der Staat selbst produziert, wie die Leistungen von Polizisten, Lehrern, Verwaltungsangestellten etc. Da diese Leistungen keinen Marktpreis haben, werden sie anhand der Ausgaben des Staates für diese Leistungen erfasst. Militärische Anlagen und Güter werden ebenfalls zum Staatsverbrauch gerechnet.

Die Bruttoanlageinvestitionen werden in Ausrüstungen (Maschinen, Geräte, Fahrzeuge), Bauten (Wohnbauten, Straßen, Kanäle, Schulen etc.) und Sonstige Anlagen (Software, Urheberrechte, Nutztiere) unterteilt. Die Investitionen werden vom Staat, den Unternehmen und privaten Haushalten (z. B. Eigentumswohnungen) vorgenommen. Bei den Vorratsveränderungen geht um die Erfassung der Lagerbestände. Es wird die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen ermittelt. Preisbedingte Veränderungen der Vorräte werden dadurch eliminiert, dass man die Vorräte auf eine konstante Preisbasis umrechnet. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird deshalb mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. So sollen Scheingewinne oder Scheinverluste verhindert werden.

Der Außenbeitrag ergibt sich aus dem Saldo zwischen Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen. Die Importe werden abgezogen, weil in den im Inland erstellten Waren und Dienstleistungen auch aus dem Ausland bezogene Güter enthalten sind. Da es bei der Berechnung des BIP um die im Inland erzeugten Güter geht, müssen die aus dem Ausland bezogenen Waren und Dienstleistungen subtrahiert werden.

## 2. Aufgabe

private Konsumausgaben	56,8 Prozent
Konsumausgaben des Staates	18,0 Prozent
Bruttoanlageinvestitionen	18,3 Prozent
Vorratsveränderungen	- 0,3 Prozent
Außenbeitrag	6,9 Prozent

### 3. Aufgabe

Die Angaben beziehen sich auf das Jahr 2009 und in Klammern auf 2008. Man kann dadurch erkennen, dass der Konjunkturereinbruch infolge der Finanzmarktkrise durch den Rückgang der Investitionen und des Exports verursacht wurde.

Quelle: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/DeutscheWirtschaftQuartal,property=file.pdf>

Bruttoinlandsprodukt 2 404,4 = Private Konsumausgaben 1 416,4 (1 409,7) + Konsumausgaben des Staates 472,1 (451,8) + Bruttoinvestitionen 416,8 (478,6) + (Exporte 975,0 (1 179,4) – Importe 875,8 (1 023,7))  
In jeweiligen Preisen (Mrd. EUR)

### 1. Aufgabe

Durch die Güterproduktion und den Verkauf der Güter durch die Unternehmen entsteht *uno actu* Einkommen, d. h. alle Erlöse, welche die Unternehmen aus dem Verkauf von Gütern an die Haushalte erhalten, werden in Form von Löhnen, Zinsen und Gewinnen an die Haushalte als Entgelt für die von den Haushalten gekauften Faktorleistungen gezahlt, wobei der Gewinn eine sog. Residualgröße ist.

### 2. Aufgabe

Das der VGR zugrunde liegende Inlandsprodukt bezieht sich auf die im Inland erzeugte Wertschöpfung, unabhängig davon, ob sie von Inländern oder von Ausländern erzeugt worden ist. Das war bis zur Reform der VGR im Jahr 1999 anders, weil bis dahin das Inländerkonzept in Deutschland galt. Um letztlich zum Volkseinkommen zu gelangen müssen daher beim Inlandsprodukt die Einkommen der Ausländer vom BIP abgezogen und die vom Ausland bezogenen Einkommen von Inländern hinzugefügt werden. Zieht man den sich so ergebenden Saldo der Primäreinkommen vom BIP ab, erhält man das Bruttonationaleinkommen.

### 3. Aufgabe

Bei der Ermittlung des Volkseinkommens muss berücksichtigt werden, dass ein Teil der Wertschöpfung dazu verwendet werden muss, den Kapitalstock zu erhalten. Es müssen also die im Produktionsprozess entstandenen Abnutzungen bei Maschinen und Anlagen ersetzt werden. Das wird durch die Abschreibungen erfasst. Durch Subtraktion der Abschreibungen vom Bruttonationaleinkommen gelangt man zum Nettonationaleinkommen.

Für die Verteilungsrechnung muss ferner beachtet werden, dass der Staat durch Subventionen in vielfältiger Weise in die Primärverteilung der Einkommen eingreift. Diese vom Staat empfangenen Leistungen müssen zum Nettonationaleinkommen addiert und andererseits die an den Staat gezahlten Produktions- und Importabgaben subtrahiert werden, um zum Volkseinkommen zu gelangen. Zu den Produktionsabgaben zählen die indirekten Steuern (Mehrwert-, Vergnügungs-, Versicherungssteuer etc.) und zu den Importabgaben Zölle und Verbrauchsteuern auf importierte Waren.

### 4. Aufgabe

- **M10** zeigt, dass sich die Lohnquote, das ist der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen, verringert hat. Umgekehrt ist der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, häufig als Gewinn- oder Profitquote bezeichnet, gestiegen. Diese sog. funktionelle Einkommensverteilung zeigt das immer stärkere Auseinanderdriften der beiden Einkommensanteile seit 2003. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, wie sich der Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen in diesem Zeitraum verändert hat und wie sich die Besteuerung der Einkommen auf die Verteilung auswirkt. Dafür werden sog. bereinigte Lohn- und Gewinnquoten ermittelt, die hier jedoch nicht aufgenommen wurden.
- Auch die Indexzahlen in **M11** zeigen das starke Auseinanderdriften der Arbeitnehmerentgelte und der Einkommen aus Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Zwar sind beide Teile seit 1991 gestiegen, aber seit 2003 sind die Einkommenszuwächse aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Vergleich zu den Arbeitnehmerentgelten geradezu explodiert.
- Der Aussagewert der funktionellen Einkommensverteilung für die Verteilung der Einkommen ist umstritten. Der Verteilung läge ein Gesellschaftsbild zugrunde, das nicht mehr der Wirklichkeit entspreche, so wird argumentiert. Die Bundesrepublik sei nämlich nicht mehr dichotomisch in zwei Klassen gespalten, wie diese Verteilung suggeriere, sondern sei viel differenzierter in ihrer Sozialstruktur geworden. So würde

das Vermögenseinkommen auch auf Arbeitnehmer entfallen, die diverse Arten von Vermögen (Immobilien, Wertpapiere etc.) gebildet hätten und daraus Einkommen bezögen. Daher müsse man, um ein zutreffendes Bild der Verteilung zu bekommen, von der personellen Verteilung ausgehen. Außerdem gäbe es Personen die sowohl als Arbeitnehmer als auch als Unternehmer tätig seien.

### 1. Aufgabe

- Beispiele für soziale Kosten aus dem Konsumverhalten: Folgen von übermäßigem Alkoholgenuss (Koma-Saufen) sowie Rauchen führen zu erheblichen Kosten, die nicht vom Einzelnen, sondern von der Allgemeinheit getragen werden. Die Ausgaben für Arzneimittel, Krankenhausaufenthalte, Entzugsprogramme etc. führen nicht zu einer Wohlstandsmehrung, sondern zum Gegenteil, aber bewirken eine Erhöhung des BIP.
- Ein Umweltskandal erhöht das BIP und gefährdet die Gesundheit der Verbraucher: Im Mai 2006 hatte eine Umweltstudie aufgedeckt, dass große Mengen mit PFT belastetem Dünger illegal auf Flächen im Hochsauerlandkreis und im Kreis Soest verteilt worden waren. Von dort gelangte der Schadstoff ins Grundwasser und schließlich auch in die Möhnetalsperre, die u. a. das Ruhrgebiet mit Trinkwasser versorgt. Das PFT war von Feldern im Sauerland in die Möhne ausgewaschen worden. Die Landwirte wurden nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft mit Hektar-Prämien für die Aufbringung des Düngers bezahlt. Der Schadstoff soll möglicherweise als falsch deklariertes Industrieabfall aus Belgien nach Deutschland gekommen sein. In einer Trinkwasser-Gewinnungsanlage in Arnsberg musste daraufhin eine Aktivkohle-Filteranlage eingebaut werden, um das PFT aus dem Trinkwasser zu filtern. Über Wochen war abgepacktes Trinkwasser an Schwangere und Säuglingseltern verteilt worden. Wasserwerken und anderen Betroffenen sind bisher schon Schäden in Millionenhöhe entstanden. Es ist noch nicht gelungen, die giftige Chemikalie dauerhaft aus den Flüssen und der Talsperre zu entfernen.
- Am 09./10.01. 2010 bescherte das Sturmtief Daisy auch NRW reichlich Schnee. Auf glatten Straßen gab es in NRW über 200 Autounfälle mit 2 Toten, über 20 Schwerverletzten und über 100 Leichtverletzte. Der Sachschaden wurde auf über 4 Millionen Euro geschätzt. Alle notwendigen Rettungsdienste, Krankenhausaufenthalte und Reparaturen haben dazu beigetragen das BIP zu erhöhen, aber nicht den Wohlstand.

### 2. Aufgabe

Auch ein Raubüberfall erhöht das BIP, da sind zunächst die Kosten für die psychische Behandlung der hoffentlich physisch unverletzten Mitarbeiter. Die gestohlenen Autos, die zur Flucht benutzt und beschädigt wurden, müssen repariert werden. Werden die Diebe gefasst, kommt es zu einem Prozess, bei dem diverse Dienstleistungen (Rechtsanwälte) erbracht werden. Auch die Berichterstattung der Journalisten kann das BIP erhöhen.

Die Reparatur der beschädigten Einrichtung der Sparkasse steigert auch das BIP, ohne dass ein Gewinn an Lebensqualität entstanden wäre.

### 3. Aufgabe

Der Autor gibt zunächst zu, dass vom BIP-Wachstum nicht bedenkenlos auf das gesellschaftliche Wohlergehen geschlossen werden kann. Er führt dazu einige Einwendungen an, so die Nichtberücksichtigung der Hausarbeit oder negative externe Effekte. Er geht auch auf Ergebnisse der Glücksforschung ein, wonach ein steigendes BIP nicht mit einer höheren Zufriedenheit der Bevölkerung einhergeht. Trotz dieser Einwendungen hält er jedoch das Wachstum des BIP für einen geeigneten Kompass der Wirtschaftspolitik. Er führt dafür folgende Argumente an:

- Arbeitslosigkeit wird als einer der stärksten Negativfaktoren für die Zufriedenheit von Menschen empfunden, so die Glücksforschung. Da aber ein entsprechendes Wirtschaftswachstum zum Abbau der Arbeitslosigkeit führen kann, ist eine Politik, die auf Wirtschaftswachstum setzt, auch eine Politik zur Steigerung der Zufriedenheit.
- Wirtschaftswachstum führt bei gleichen Steuersätzen zu höheren Einnahmen des Staates, der damit zahlreiche Aufgaben (Bildung, Infrastrukturausbau) finanzieren und außerdem die Staatsverschuldung abbauen kann.
- Weil Wachstum die Arbeitslosigkeit senkt, geht auch die Kriminalität zurück, da Arbeitslosigkeit eine wichtige Ursache für Kriminalität ist.

- BIP-Wachstum ist mit vielen gesellschaftlichen Zielen (Rechtssicherheit, sozialer Frieden, politische Stabilität) positiv korreliert und bewirkt daher indirekt auch Zufriedenheit.

Quintessenz seiner Überlegungen: BIP-Wachstum ist nicht alles, aber ohne BIP-Wachstum ist alles nichts.

#### 4. Aufgabe

- Die Autoren in **M 14** sehen den Aussagewert des BIP pro Kopf nur in eingeschränktem Maße als Indikator für das Wohlergehen und die Zufriedenheit der Menschen an. Sie berufen sich dabei auf Argumente, die bereits aus **M 12** und **M 13** bekannt sind. Als alternativer Indikator wird zunächst der HDI angeführt. Der Index der menschlichen Entwicklung berücksichtigt nicht nur das BIP pro Einwohner eines Landes in Kaufkraftparität, sondern auch die Lebenserwartung bei der Geburt und den Bildungsgrad anhand der Alphabetisierungsrate und der Einschulungsrate der Bevölkerung. Für die Indikatoren werden Teilindices gebildet, die in unterschiedlicher Gewichtung (z. B. Lebenserwartung und BIP pro Kopf mit je 33 Prozent) in den Index eingehen. Aufgrund dieser Indikatoren wird jedem Land ein Wert zwischen 0 und 1 zugeteilt. Die Autoren meinen, dass es im Wesentlichen zwei Fragen sind, die sich mit dem HDI untersuchen lassen: „Erstens: Wie entwickeln sich ärmere Länder? Zweitens: wie gut geht es den Menschen in den reichen Industrienationen[...]“? Zur Untersuchung der ersten Frage sei der HDI noch am ehesten geeignet. Für die Beantwortung der zweiten Frage dagegen kaum. Die Autoren referieren im Folgenden Ergebnisse von anderen Untersuchungen zu dieser Frage, so den Zusammenhang von Zufriedenheit und steigendem Pro-Kopf-Einkommen sowie Körperlänge und Wohlergehen. Sie kommen zu dem Schluss, dass in der Praxis Lebensqualität durch viele Faktoren (z. B. ökologischer Zustand, Einkommensverteilung, Fettleibigkeit der Menschen, Selbstmordrate, der Zahl der Langzeitarbeitslosen) spiegelt. Um die Frage zu beantworten, ob es Deutschen oder Amerikanern besser geht, wäre ein multidimensionaler Indikator notwendig. Da die Wirklichkeit zu komplex sei, könne man die Industrieländer nicht als Gewinner oder Verlierer kategorisieren, wie das bei Anwendung des HDI beispielsweise geschehe.
- Vergleicht man die Autoren von **M 14** und **M 15** in Bezug auf die Frage, ob das BIP als Wohlstandsindikator geeignet sei, kommen die Autoren in **M 14** zu dem Schluss, dass das BIP-Wachstum wenig geeignet ist, aber der HDI für entwickelte Industrienationen auch keinen sinnvollen Aussagewert besitzt, um die Lebensqualität zwischen solchen Ländern zu vergleichen. Dazu wäre nur ein komplizierter multidimensionaler Wohlstandsindikator geeignet, den es aber nicht gibt.
- Im Gegensatz dazu sieht der Autor in **M 15** bei allen Mängeln, die das BIP-Wachstum als Wohlstandsindikator hat, diesen noch am ehesten als geeignet an, weil keine bessere Orientierungsgröße existiert.

Bei der Stellungnahme sollten auf alle Fälle die Argumente, die gegen und für das BIP-Wachstum als Wohlstandsindikator in den Materialien (**M 12–M 15**) vorgebracht werden, abgewogen werden. Vermutlich wird mehrheitlich das Fazit, wie es in **M 15** gezogen wird, vertreten.

## 1. Aufgabe

- Das Zinseinkommen eines Inländers aus dem Ausland wird in der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen als Teilbilanz der Leistungsbilanz als Zugang erfasst und gleichzeitig in der Kapitalbilanz als Zugang in den Währungsreserven/ Devisenbilanz.
- Sofern der Ausländer im Inland Leistungen in Anspruch genommen hat, wird dies in der Dienstleistungsbilanz als Zugang verbucht, ebenso in der Kapitalbilanz als Zugang zu den Währungsreserven.
- Die Überweisung eines ausländischen Arbeitnehmers an seine Familie erscheint in der Übertragungsbilanz und in der Kapitalbilanz als Minderung der Währungsreserven.
- Der Erwerb eines ausländischen Unternehmens ist eine deutsche Direktinvestition, die in der Kapitalbilanz verbucht wird. Sie führt zu einem Zahlungsausgang (Kapitalexport) und zu einer Verringerung der Währungsreserven.

## 2. Aufgabe

Die Leistungsbilanz setzt sich aus folgenden Teilbilanzen zusammen aus:

- der Handelsbilanz, in der die Ein- und Ausfuhr von Waren erfasst wird,
- der Dienstleistungsbilanz, in die erbrachten und aus dem Ausland in Anspruch genommenen Dienstleistungen (Reiseverkehr, Transportleistungen, Versicherungen, Rechtsberatungen etc.) verbucht werden,
- der Übertragungsbilanz, in der Transaktionen ohne Gegenleistungen erfasst werden (z. B. Überweisungen an die EU) und
- der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, in der als Zahlungseingänge vom Ausland erhaltende Dividenden und Zinsen und als Zahlungsausgänge z. B. Dividendenzahlungen von deutschen Unternehmen an ausländische Aktionäre verbucht werden.

Ein Leistungsbilanzdefizit kann trotz einer aktiven Handelsbilanz dadurch verursacht werden, dass die Salden der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz sowie der Saldo der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen negativ sind und der Handelsbilanzüberschuss nicht ausreicht, um diese Salden auszugleichen.

Beispielsweise ist das Leistungsbilanzdefizit in Deutschland im Jahr 2000 auf diese Weise entstanden:

Defizit der Dienstleistungsbilanz	-16 108 Millionen Euro
Defizit der Übertragungsbilanz	-26 698 Millionen Euro
Defizit in der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen	-52 635 Millionen Euro
Summe	-95 441 Millionen Euro
Überschuss der Handelsbilanz	35 576 Millionen Euro
Leistungsbilanzdefizit	-59 865 Millionen Euro

### 3. Aufgabe

Grundsätzlich kann ein Leistungsbilanzdefizit bekämpft werden

- durch eine Abwertung der eigenen Währung. Dadurch werden die im Inland produzierten Waren im Ausland billiger und die eingeführten Waren teurer
- durch das Aufbrauchen der Devisenreserven solange der Vorrat reicht
- durch Kapitalimport in Form von Devisenkrediten. Für Kredite müssen Zinsen gezahlt werden und sie müssen auch getilgt werden.

In den USA ist das langjährige Defizit in der Leistungsbilanz (vgl. Abbildung auf S. 111) durch Kapitalimporte finanziert worden. Bisher ist das den USA leicht gefallen, da der Dollar als Währungsreserve in vielen Ländern geschätzt wird und die Bonitätseinstufung der USA durch die Ratingagenturen hoch ist.

Ein Hauptgläubiger ist China. Beide Länder haben bisher davon einen Vorteil gehabt. China konnte seine Produkte in die USA exportieren und so hohe Wachstumsraten erzielen und die Bevölkerung in den USA konnte preiswert konsumieren. Die Finanzmarktkrise hat allerdings auch hier zu Störungen geführt.

### 4. Aufgabe

Da die Länder im Euroraum keine eigene Währung mehr besitzen, ist das Instrument der Abwertung zur Bekämpfung von Leistungsbilanzdefiziten weggefallen. Leistungsbilanzdefizite können also nur noch durch den Rückgriff auf die eigenen Währungsreserven oder durch Kapitalimporte finanziert werden. Dabei können die Kredite bei anderen Ländern des Euroraums aufgenommen werden oder auch bei Ländern außerhalb des Euroraums. Allerdings zeigt das Beispiel Griechenlands, dass der Euro bei Leistungsbilanzdefiziten auch Nachteile haben kann. Während Griechenland vor der Euroeinführung durch Abwertung der Drachme seine Außenhandelsposition verbessern konnte, gibt es jetzt diese Möglichkeit nicht mehr. Die hohe Verschuldung gegenüber dem Ausland hat zu einer Bonitätsabstufung geführt und die Kreditaufnahme im Ausland extrem verteuert.

Zu den falschen Erwartungen zur Sicherheit von Prognosen in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung führt der SVR folgende Argumente an:

- Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung sind keine Prophetien, sondern Zukunftshypothesen und damit immer unsicher.
- Zukunftshypothesen des SVR zur konjunkturellen Entwicklung beruhen auf bekannten Tatsachen und auf Theorien und stellen unter verschiedenen Möglichkeiten die beste Setzung dar, d. h. ihr wird eine größere Wahrscheinlichkeit zugebilligt als anderen Alternativen.
- Jedoch muss die Wahrscheinlichkeit der Prognose wegen der Begrenztheit des Zukunftswissens nicht einmal hoch sein.
- Wissenschaftliche Prognosen beruhen auf statistischen Informationen, theoretischem Wissen und praktischen Erfahrungen.
- Wichtigste Voraussetzung für eine zutreffende Prognose ist eine richtige Diagnose, weil die Prognose die Fortentwicklung der Diagnose in die Zukunft ist.
- Zur richtigen Einschätzung der Ausgangslage sind zuverlässige und zeitnahe Informationen notwendig. Daran mangelt es. Daten stehen nicht rechtzeitig zur Verfügung, müssen oft geschätzt werden. Die häufig vorkommenden nachträglichen Korrekturen mindern ihren diagnostischen und prognostischen Wert.
- Das Verhalten der Wirtschaftssubjekte in bestimmten konjunkturellen Situationen ist nur schwer prognostizierbar, weil ihre Entscheidungen autonom sind. Das gilt in besonderer Weise bei abrupten Datenänderungen, die zu Veränderungen in den Verhaltensweisen von Konsumenten, Investoren und Gebietskörperschaften führen. Hier könnte auf die durch die Finanzmarktkrise ab 2007 ausgelöste Krise der Realwirtschaft hingewiesen werden, die von den meisten Konjunkturforschungsinstituten nicht prognostiziert wurde und immer wieder zu groben Fehleinschätzungen führte, so dass vom DIW der Vorschlag gemacht wurde, auf Prognosen vorübergehend überhaupt zu verzichten.
- Die falschen Vorstellungen zur Leistungsfähigkeit von Konjunkturprognosen werden durch die Art ihrer Veröffentlichung in Form von Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung begünstigt.
- In den Medien werden diese Zahlen verkürzt als Punktprognose wiedergegeben und der in den Gutachten enthaltene Unsicherheitsbereich für Ausschläge der Entwicklung nach oben und unten nicht hinreichend beachtet.

Auch wenn der Wetterbericht häufig ungenau ist, wird keiner auf die Idee kommen, auf Wetterprognosen zu verzichten. Für Landwirte, Verkehrsbetriebe etc. gibt der Wetterbericht wichtige Hinweise für ihre Entscheidungen und ihr Handeln. Obwohl Konjunkturprognosen einen noch größeren Unsicherheitsfaktor als Wetterprognosen haben, zeigen sie doch ganz überwiegend die Richtung der Konjunkturentwicklung zutreffend. Unternehmen und staatliche Instanzen sind auf diese Prognosen angewiesen, um planvoll handeln zu können. Als Beispiel könnte der Finanzplanungsrat und die Steuerschätzungen angeführt werden.

### Anmerkungen zum Arbeitskreis Steuerschätzung und Finanzplanungsrat

Der Arbeitskreis Steuerschätzung besteht seit 1955. Experten von Bund und Ländern, kommunalen Verbänden, Forschungsinstituten, Bundesbank und Statistischem Bundesamt prognostizieren im Mai und November jeden Jahres die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden. Die Schätzung basiert auf den aktuellen Wirtschaftsprognosen. Es werden mögliche Einnahmen – von der Hundesteuer bis zu den großen Posten der Einkommen- und Umsatzsteuer – jeweils für den Zeitraum einzeln ermittelt. Die Prognosen bilden die Basis für die Haushaltsplanung von Bund, Ländern und Kommunen. Auch die Planungen des Finanzplanungsrates beim Bundesfinanzministerium bauen auf den Steuerschätzungen auf. Der Finanzplanungsrat wurde 1968 mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz geschaffen. Dem Rat gehören unter Vorsitz des Bundesministers für Finanzen der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, die Finanzminister/ Finanzsenatoren der Länder und vier Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände an. Ein Vertreter der Deutschen Bundesbank kann als Gast an den Beratungen teilnehmen. Seine Aufgabe besteht seit 2002 vor allem darin, die

Vereinbarkeit der Haushaltsentwicklung, insbesondere der Ausgaben und Finanzierungssalden von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden, mit den Bestimmungen in Artikel 104 EG-Vertrag und des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (3 Prozent – Grenze für die Neuverschuldung) in Übereinstimmung zu bringen. Er gibt erforderlichenfalls Empfehlungen zur Wiederherstellung der Haushaltsdisziplin. Der Finanzplanungsrat tagt zweimal jährlich nach den Steuerschätzungen im Mai und November.

## 4 Instabilitäten marktwirtschaftlicher Entwicklung – Konjunktur und Wachstumszyklen

### 1. Aufgabe

Der Trendoutput, weitgehend identisch mit dem Trend des Produktionspotenzials, gibt die Entwicklung des realen BIP unter der Annahme an, dass alle Produktionsfaktoren vollbeschäftigt wären. Der Trendoutput ändert sich im Laufe der Zeit durch vielfältige Faktoren. Ein wichtiger Faktor ist die demographische Entwicklung, weil von ihr das Arbeitskräfteangebot abhängig ist. Dazu zählen nicht nur die Größe der Bevölkerung, sondern auch die Altersstruktur und die Wanderungsbewegungen. Ferner ist das Bildungsniveau der Bevölkerung ein wichtiger Faktor, der sich u. a. in Innovationen von Produktionsmethoden und Gütern niederschlägt. Wesentlich für den Anstieg des Trendoutputs ist die Höhe der Investitionen, die den Kapitalstock und dessen Produktivität erhöhen.

### 2. Aufgabe

Alle die Faktoren, die den Trendoutput bestimmen, werden in der Realität nicht ständig voll beschäftigt. Der Output (reales BIP) schwankt je nach der Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage um das jeweilige Trendniveau. Der Konjunkturzyklus spiegelt sich in den zyklischen Abweichungen der Produktion vom Trendoutput, die als Outputlücke bezeichnet werden. In einer Hochkonjunktur kann der Output über dem Trendoutput liegen, weil Überstunden geleistet werden und die Produktionsanlagen auch am Wochenende genutzt werden. Die Outputlücke ist dann positiv. Bei einer negativen Outputlücke ist das reale BIP geringer als der Trendoutput.

### 3. Aufgabe

In einer Aufschwungsphase verringert sich die negative Outputlücke, um sich schließlich im Boom in eine positive Outputlücke zu verwandeln. In der Abschwungsphase verringert sich die positive Outputlücke, um schließlich wieder negativ werden.

### 4. Aufgabe

Bei einer sinkenden Wachstumsrate steigt das BIP in Euro ausgedrückt noch an, nur der Anstieg wird geringer im Vergleich zum Vorjahr bzw. der Vorperiode. Bei einer negativen Wachstumsrate sinkt der Wert des BIP.

### 1. Aufgabe

Das Problem besteht in der Abgrenzung der Konjunkturzyklen. Während im Zeitraum von 1963 bis 1967 ein ziemlich deutlicher Zyklus erkennbar ist mit Aufschwung, Boom, Abschwung und Tiefpunkt, ist das im Zeitraum von 1975 bis 1982 schon schwieriger zu beurteilen. Ausgehend von einer negativen Wachstumsrate steigen in diesem Zeitraum die Wachstumsraten an, fallen positiv, steigen wieder, um dann negativ zu werden. Sind das nun zwei Zyklen oder ist es einer? Von daher ist die Zahl der Konjunkturzyklen schwer zu ermitteln. Es könnten 12 Zyklen sein. Die Zyklen unterscheiden sich durch die Hoch- und Tiefpunkte. Es gibt im Zeitraum von 1951 bis 1966 nur Zyklen mit positiven Wachstumsraten, während danach auch negative Wachstumsraten des BIP deutlich stärkere Konjunkturreinbrüche markieren. Die Länge der Zyklen variiert zwischen 3 und 5 Jahren oder mehr, wobei das Problem der Abgrenzung bleibt.

### 2. Aufgabe

Betrachtet man die fünf Jahrzehnte, nehmen die durchschnittlichen Wachstumsraten ab. Würde man den Trend berechnen, ergäbe sich ein fallender Trend. Nimmt man die Jahre bis 2009 hinzu, zeigt die Wachstumsrate 2009 mit -5 Prozent den stärksten Rückgang des BIP seit Bestehen der Bundesrepublik. Deutlich wird ferner, dass die Wachstumsraten in den Höhepunkten der Konjunkturzyklen über die Jahrzehnte hinweg abnehmen. Auffallend sind die Jahre von 2001 bis 2005, in denen das Wachstum sehr gering war, annähernd stagnierte.

### 3. und 4. Aufgabe

**M5** zeigt bei grober Betrachtung, dass sich die inländische Verwendung, also Ausgaben für den privaten Konsum, die Konsumausgaben des Staates und die Bruttoinvestitionen, überwiegend dem Modell des Konjunkturzyklus entsprechend entwickelte. Im Aufschwung nahm die inländische Verwendung zu und umgekehrt. Die Tabelle in **M6** zeigt jedoch für die einzelnen Komponenten der inländischen Verwendung in den konjunkturellen Schwächephasen sehr unterschiedliche Entwicklungen. Im Folgenden werden nur die Phasen 1974/75 und 2001/2003 verglichen.

- Staatsausgaben: 1974/75 wird deutlich, dass sich der Staat sowohl bei den Konsumausgaben als auch bei den Investitionen antizyklisch verhielt, indem er seine Ausgaben steigerte. Ganz anders war das in der Schwächephase von 2001/2003. Hier hat der Staat seine Investitionsausgaben zurückgefahren, sich prozyklisch verhalten und so negativ auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eingewirkt. Offensichtlich wurde eine andere wirtschaftspolitische Konzeption verfolgt.
- Privater Konsum: Während 1974/75 der private Verbrauch eine Stütze der konjunkturellen Entwicklung war, einen noch tieferen Absturz verhinderte, zeigte er in der Schwächephase 2001/2003 nur eine geringe Dynamik, die auf die geringe Zunahme der verfügbaren Einkommen zurückgeführt wird.
- Unternehmensinvestitionen: Hier zeigen sich in beiden Schwächephasen parallele Entwicklungen mit einem drastischen Rückgang der Investitionen. Das entspricht voll dem Modell des Konjunkturzyklus zum Verhalten der Unternehmen in der Rezession.
- Außenbeitrag: Im Vergleich zwischen den beiden Schwächephasen wird die sehr unterschiedliche Bedeutung des Exports für die konjunkturelle Entwicklung erkennbar. Geht man von **M5** aus, zeigt sich, dass der Einbruch beim Außenbeitrag 1975 die Ursache für die negative Wachstumsrate des BIP war. Der Rückgang des Außenbeitrags war höher als die Zunahme der inländischen Verwendung. Bei der Erholung 1976 trug der Außenbeitrag nur 4 Prozent zum Zuwachs des BIP bei. Ganz anders hingegen 2001/2003. Ohne die positiven Beiträge des Außenbeitrags war die Wachstumsrate des BIP schon 2001 und 2002 negativ geworden. Noch deutlicher wird die Bedeutung

des Exports für die Konjunktorentwicklung im Jahr 2004. In diesem Jahr ist der Zuwachs des BIP zu rund 90 Prozent vom Außenbeitrag getragen worden.

## 5. Aufgabe

Teilweise sind die Unterschiede bereits in Aufgabe 3 und 4 behandelt worden. Die Schwächephase 2001/2003, in der Deutschland die rote Laterne im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung überreicht wurde, ist durch eine sehr geringe Dynamik in den Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und im Potenzialwachstum gekennzeichnet. Jedoch mündete der Abschwung nicht in einer Rezession, sondern in einem hartnäckigen Stillstand der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Bei früheren Rezessionen kam es zu einer Belebung bereits nach wenigen Quartalen, während in dieser Schwächephase eigentlich erst 2006 eine deutliche Belebung gelang, die vom Export getragen wurde.

## 1. Aufgabe

Geht man von der Definition für die Aufschwung- und Abschwungphase in **M7** aus, so gab es im Zeitraum von 1992 bis 2007 nur in den Jahren 94, 97, 98, 2000, 2004 und 2006 Aufschwungphasen, alle übrigen Jahre wären Jahre des Abschwungs. Die in **M11** enthaltene Auffassung deckt sich mit dieser Definition.

In **M8** werden drei unterschiedliche Ansätze zur Klassifikation von Konjunkturphasen vorgestellt.

- Der SVR geht von der Bestimmung des Produktionspotenzials aus. Das Produktionspotenzial gibt den möglichen Output bei voller Auslastung der Produktionsfaktoren an. Davon ausgehend wird eine Normalauslastung des Produktionspotenzials ermittelt, z. B. 97 Prozent. Liegt das BIP deutlich unter dieser Normalauslastung und wenn es gleichzeitig fällt oder langsamer wächst als das Potenzialwachstum, dann liegt im Verständnis des SVR eine Rezession vor. Liegt das BIP über der Normalauslastung und steigt mehr als das Potenzialwachstum, handelt es sich um eine Boomphase. Im Aufschwung verbessert sich die Auslastung des Produktionspotenzials, im Abschwung verringert sich die Auslastung.
- Ein weiterer Ansatz besteht darin, einen langfristigen Wachstumspfad zu ermitteln. Abweichungen nach unten werden als Abschwung oder Rezession, solche über dem Trendwachstum als Aufschwung oder Boom bezeichnet.
- Siebert führt als weitere Abgrenzungsvariante die sog. technische Rezession an, die sich wegen der einfachen Verständlichkeit in den Medien weitgehend durchgesetzt hat. Eine Rezession liegt danach dann vor, wenn die Wachstumsrate des BIP in zwei aufeinander folgenden Quartalen negativ ist.
- Versucht man diese drei Klassifikationsversuche auf die Abbildung **M9** anzuwenden, scheiden die beiden ersten Ansätze aus, weil in der Abbildung weder das Produktionspotenzial noch das Trendwachstum abgebildet ist. Allenfalls die dritte Variante ist anwendbar, wenn man davon ausgeht, dass 1993 und 2003 über zwei Quartale eine negative Wachstumsrate des BIP vorlag.

### Hinweis:

Um die Verwirrung zu vervollständigen wird auf einen neueren Ansatz, den sog. Konjunkturmonitor verwiesen. Legt man den für Deutschland erstmals ermittelten Konjunkturmonitor zugrunde, der wesentlich komplizierter errechnet wird als die Wachstumsraten, so wird deutlich, dass sich Deutschland 2009 im zweiten Quartal noch in der Rezession befand, obwohl gegenüber dem Vorquartal die Wachstumsrate gestiegen war. Allerdings war wohl der Tiefpunkt überwunden.

Nähere Informationen zum Konjunkturmonitor sind zu finden unter:

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichung/WirtschaftStatistik/Monatsausgaben/WistaOktober09,property=file.pdf>

## 2. Aufgabe

### Hinweis:

Die Aufgabenstellung bezieht sich auf die Abbildung in **M8** und **M10**.

Die Abbildung in **M8** veranschaulicht den Ansatz des Sachverständigenrates. Die schwarze ansteigende Gerade zeigt die Entwicklung des Produktionspotenzials bei Vollauslastung der Kapazitäten. Die gestrichelte Gerade die Normalauslastung von 97 Prozent. Die rote Kurve zeigt idealtypisch die Veränderung der Wachstumsrate des BIP. Der Anstieg der Auslastung des Produktionspotenzials markiert den Aufschwung, im Boom führt der Anstieg des BIP zu einer über der Normalauslastung des Produktionspotenzials liegenden Auslastung der Kapazitäten. Der Abschwung ist durch eine

fallende Auslastung sowohl über als auch unter der Normalauslastung gekennzeichnet. In der Rezession sinkt die Wachstumsrate des BIP deutlich unter die Normalauslastung und fällt weiterhin.

In Abbildung M 10 stellt die grüne Linie den Wachstumstrend dar, der angibt, wie sich das BIP entwickelt hätte, wenn es in gleicher Weise wie das Produktionspotenzial angestiegen wäre (gleichgewichtige Wachstumsrate). Die rote Kurve zeigt aufgrund der Ergebnisse der VGR im Zeitraum von 1970 bis 1999 die Entwicklung des realen BIP in absoluten Werten. Nach dem in M 8 vorgestellten zweiten Konzept stellen alle über dem grünen Graphen liegenden roten Kurvensegmente Aufschwungsphasen und alle darunter liegenden Abschwungsphasen dar.

### 3. Aufgabe

Je komplizierter umso besser? Die Frage stellt sich automatisch, wenn man die verschiedenen Bemühungen um die definitorische Festlegung und empirische Ermittlung von Konjunkturphasen Revue passieren lässt. Wenn alles nicht hilft, führt man einfach einen neuen Begriff ein; persistente Stagnation, so der SVR in seinem Jahresgutachten 2004/05 zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 2001 bis 2003. Das verschleierte, dass sowohl 2001 als auch 2003 ein Rezession vorlag, denn in beiden Jahren sind die Wachstumsraten in zwei aufeinander folgenden Quartalen negativ gewesen, was der üblichen und leicht verständlichen Definition des Rezessionsbegriffs entspricht. Auch wenn man die Veränderung der Wachstumsrate des BIP gegenüber der Wachstumsrate des Vorjahres ermittelt, kommt man zu einer klaren Klassifikation der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Zeitraum, nämlich eine klare rezessive Phase der Konjunkturentwicklung. Für die Wissenschaft sind komplizierte Definitionen und Instrumente zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung sicher wertvoll und ermöglichen auch kontroverse wissenschaftliche Diskussionen. Für die Politikberatung und das Informationsbedürfnis der normalen Bürger sind sie hingegen wenig hilfreich.

### 4. Aufgabe

#### Drei Beispiele:

1. [http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/topoekonom-dreger-ein-rueckfall-in-die-rezession-ist-moeglich\\_aid\\_470375.html](http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/topoekonom-dreger-ein-rueckfall-in-die-rezession-ist-moeglich_aid_470375.html)  
*Stand 14.01.10*
2. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur222.html>  
*Stand 14.01.10*
3. <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Boerse-Rezession-Aktien-Finanzkrise;art271,2461542>  
*Stand 14.01.10*

Die technische Definition einer Rezession wird in zwei Beispielen verwendet, während in der Tagesschau der Begriff Rezession diffus verwendet wird.

### 1. Aufgabe

In **M 13** wird bei den Nachfragekomponenten zwischen Zyklusdämpfern und Zyklusverstärkern unterschieden. Als Zyklusdämpfer werden die privaten Konsumausgaben eingestuft, weil die Wachstumsrate des privaten Konsums im Aufschwung unter der des BIP und im Abschwung über der des BIP liegt. Die privaten Haushalte reagieren also mit Verzögerungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Das bestätigt auch die Abbildung in **M 14**, allerdings ist die sinkende Wachstumsrate des Konsums in den Aufschwungsjahren 2006/07 eher untypisch. Insgesamt zeigt die Entwicklung der Wachstumsraten des privaten Konsums einen eher gleichmäßigen Verlauf und einen abnehmenden Trend.

Im Gegensatz dazu sind die Bruttoinvestitionen typische Zyklusverstärker. Die Abbildung **M 14** lässt die erratischen Schwankungen der Bruttoinvestitionen gut erkennen. Besonders krass ist das Abrutschen der Wachstumsrate der Bruttoinvestitionen in den Jahren 2001/02. Würde man bei den Bruttoanlageinvestitionen die Ausrüstungsinvestitionen gesondert ausweisen, wären die Ausschläge noch markanter. Da die Anlageinvestitionen wesentlich die Entwicklung des Kapitalstocks und damit auch das Produktionspotenzial bestimmen, führen die zyklischen Schwankungen der Investitionstätigkeit dazu, dass der Aufbau der Produktionskapazitäten zyklisch schwankt.

### 2. Aufgabe

Es sind bereits in Aufgabe 1 die Bruttoinvestitionen als diejenige Nachfragekomponente ausgemacht worden, von der die stärksten Einflüsse auf die Konjunkturschwankungen ausgehen. Wenn durch den Nachfragerückgang im Abschwung bereits freie Kapazitäten entstehen, werden Unternehmen nicht noch durch zusätzliche Investitionen weitere Kapazitäten aufbauen. Allenfalls die bereits angefangenen Anlageinvestitionen werden weitergebaut oder gestreckt und die für Innovationen notwendigen Investitionen durchgeführt, sofern die finanziellen Mittel dafür vorhanden sind. Auch im Krisenjahr 2009 sind die Bruttoinvestitionen stark eingebrochen. Sie gingen preisbereinigt um 12,5 Prozent zurück. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken sogar um ein Fünftel im Vergleich zu 2008, also um 20 Prozent. Setzt man diese Zahlen zum Rückgang des realen BIP um 5 Prozent in Beziehung, wird nochmals die zyklusverstärkende Wirkung der Investitionen deutlich.

### 3. Aufgabe

Legt man die Daten in **M 5** und **M 6** zugrunde, kann der Außenbeitrag nicht generell als Zyklusverstärker oder Zyklusdämpfer klassifiziert werden. So gibt es einerseits Phasen z. B. 1981/82 oder 2001/2002, in denen der Außenbeitrag zyklusdämpfend wirkte und andererseits Phasen, in denen er Träger des Aufschwungs war, z. B. 2004 oder auch den Abschwung verstärkte z. B. 1975. Es ist also kein eindeutiges zyklisches Muster zu erkennen.

## 1. Aufgabe

Während Untersuchungen zu Konjunkturverläufen die kurzfristigen Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage analysieren, gehen Untersuchungen zur langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung von der Angebotsseite aus. Die langfristige Entwicklung des BIP wird vom Wachstum des Produktionspotenzials bestimmt. Es sind im Wesentlichen zwei Faktoren, von denen die Höhe des Potenzialwachstums abhängig ist; von der Höhe und der Qualität des Sachkapitals und dem Bildungsniveau einschließlich Wissenschaft und Forschung und dem Umfang der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Über die Ausstattung der Volkswirtschaft mit Sachkapital entscheiden primär die Unternehmen in der Marktwirtschaft, aber auch der Staat beim Ausbau der Infrastruktur. Zusätzliche Sachkapitalbildung durch Investitionen ist eine Voraussetzung für die Wachstumsdynamik einer Volkswirtschaft.

In **M 17** betrachtet Bofinger zunächst in langfristiger Perspektive das Ergebnis des Wachstumsprozesses, wenn er feststellt, dass sich im Zeitraum von 1870 bis 2000 die Menge der produzierten Güter um das 40zig fache und unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums das reale BIP pro Kopf um das 28zig fache erhöht haben. Erwähnt werden die besonders dynamischen Gründerzeit- und Wirtschaftswunderjahre (bis Zeile 20).

Danach wechselt er die Perspektive, indem er auf die konjunkturellen Schwankungen eingeht und dabei die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 hervorhebt, die von vielen Ökonomen als klares Zeichen für das Versagen der Selbstheilungskräfte des Marktsystems angesehen wird. Ferner weist er daraufhin, dass die Große Depression zur Entwicklung der Keynesianischen Lehre führte, die dem Staat die Aufgabe zuweist, mit Mitteln der Geld- und Fiskalpolitik extreme konjunkturelle Schwankungen auszugleichen.

## 2. Aufgabe

Bei der Bearbeitung der Aufgabe sollte auch die Abbildung auf S. 55 zugrunde gelegt werden. Dort wird u. a. die geschätzte Entwicklung der Wachstumsrate des Produktionspotenzials im Zeitraum von 1977 bis 2007 abgebildet.

Die Abbildung auf S. 55 zeigt, dass es zwei Zeiträume gibt, in denen die Wachstumsrate des Produktionspotenzials langfristig unter 2 Prozent lag, nämlich von 1980 bis 1986 und von 1993 bis 2005. Andererseits gab es aber auch Phasen, in denen das Potenzialwachstum auf über 3 Prozent anstieg.

Betrachtet man den Zeitraum von 1993 bis 2005, nimmt die Rate des Produktionspotenzials trendmäßig ab und sinkt sogar auf unter 1 Prozent in den Jahren 2002 bis 2004. Das ist der Zeitraum, auf den der Auszug aus dem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank von Oktober 2007 in den Zeilen 1 bis 5 Bezug nimmt. Die hohen Wachstumsraten des Produktionspotenzials von 1989 bis 1992 waren vor allem eine Folge der Wiedervereinigung, in Ostdeutschland waren Gebäudebestand und Infrastruktur stark erneuerungsbedürftig und in Westdeutschland führte der Vereinigungsboom zu einer Erweiterung der Produktions- und Büroraumkapazitäten.

Der Zuzug aus den ostdeutschen Ländern führte ferner zu einer erhöhten Nachfrage nach Wohnraum. Mit dem Rückgang der finanziellen Unterstützungen und der schwächer als erhofften wirtschaftlichen Entwicklung in den ostdeutschen Ländern sanken ab 1993 die Zuwachsraten des Produktionspotenzials kräftig.

Andere Faktoren kamen hinzu:

- Die strukturelle Anpassung der Bautätigkeit auf ein Normalniveau,
- der Prozess der raschen Annäherung des Lohnniveaus in Ostdeutschland an den westdeutschen Stand, der deutlich über die Produktivitätssteigerungen hinaus ging,
- die Verluste bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch die Aufwertung der DM
- die außergewöhnlich hohen Transferzahlungen von West nach Ost.

Der Anstieg des Potenzialwachstums ab 2004 wird in **M 16** auf die vermehrte Sachkapitalbildung und die Reformen auf dem Arbeitsmarkt zurückgeführt. Die zwischen den Jahren 2003 und 2005 umgesetzten Hartz-Reformen, insbesondere die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende, hätten die nicht konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit gesenkt und damit zu einem höheren Potenzialwachstum geführt. Eine Wachstumsrate des Produktionspotenzials von den 2 Prozent wird für nicht ausgeschlossen gehalten.

### 3. Aufgabe

Die Wachstumsrate des BIP kann durchaus über der des Produktionspotenzials liegen. Da z. B. ab 2001 in der Rezession eine große negative Output-Lücke entstanden war, die Wachstumsrate des Produktionspotentials also über der des BIP lag, waren die aufgebauten Produktionskapazitäten nicht ausgelastet. In der Aufschwungsphase können dann diese Kapazitäten genutzt werden. Ferner kann durch eine über die Normalauslastung hinausgehende Auslastung der Produktionsanlagen und durch Überstunden zeitweise die Wachstumsrate des BIP höher sein als die des Potenzialwachstums.

## 1. Aufgabe

Als Beispiel für eine Prognose wird auf das Jahresgutachten des SVR 2009/2010, S. 59 f., Ziffer 90/91 zurückgegriffen. Dort wird ausgehend von dem extremen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 um 5,0 Prozent für 2010 eine Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 Prozent erwartet. Die negative Output-Lücke wird mit etwas über 4 Prozent angenommen. Zwei Faktoren dämpfen die wirtschaftliche Expansion. Das ist zum einen die Situation am Arbeitsmarkt, die sich 2010 noch verschlechtern wird, weil die erwartete Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht ausreichen wird, um die Kapazitätsauslastung so anzuheben, dass Entlassungen vermieden werden können. Die Zahl der Arbeitslosen wird daher voraussichtlich jahresdurchschnittlich im Jahr 2009 auf etwa 4,0 Millionen im Jahr 2010 ansteigen. Zum anderen gehen nach den Annahmen des SVR von der Finanzierungsseite weiterhin Belastungen aus. Selbst wenn eine Kreditklemme vermieden werden könne, so der SVR, „ergeben sich aus den noch verbleibenden Aufräumarbeiten im Finanzsektor Restriktionen bei der Finanzierung der Realwirtschaft, die sich insbesondere dann auswirken dürften, wenn die Unternehmen beginnen, ihre Investitionspläne wieder auszuweiten.“

### Ausgewählte wichtige Annahmen für die Prognose des SVR

Es wird angenommen, dass sich die Rohölpreise bei einem Wert von 75 US-Dollar pro Barrel stabilisieren.

- Für den nominalen Wechselkurs wird ab dem vierten Quartal 2009 ein Wert von 1,50 US-Dollar je Euro unterstellt.
- Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB wird im Prognosezeitraum 1,0 Prozent betragen.
- Finanzierungsrestriktionen belasten die Realwirtschaft, eine allgemeine Kreditklemme bleibt jedoch aus.
- Der Anstieg der tariflichen Stundenlöhne wird im Jahr 2010 bei 1,7 vH liegen.

[http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/gutachten/ga09\\_ii.pdf](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/gutachten/ga09_ii.pdf)

Prognosen sind bedingte Aussagen, die nur eine gewisse Wahrscheinlichkeit besitzen. Das wird im Beispiel deutlich durch die Annahmen in dem Kasten. Nur wenn diese Annahmen/ Bedingungen erfüllt sind, haben die Prognosen überhaupt einen Wahrscheinlichkeitswert. Schon allein die Annahme zum Rohölpreis ist mit großer Unsicherheit behaftet, weil das Verhalten der Spekulanten am Rohölmarkt nicht vorhersehbar ist.

Projektionen basieren auf in der Vergangenheit beobachteten Entwicklungen, die zu einem Trend verallgemeinert werden und deren Fortwirken in der Zukunft unterstellt wird. Ein Teil der Annahmen in der Prognose des SVR kann als Projektion gewertet werden, so die Entwicklung des Rohölpreises und die Annahme zum Hauptrefinanzierungssatzes der EZB.

Diese Projektionen sind keine bedingten Aussagen. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu Prognosen. Hinzu kommt, dass Prognosen auch immer auf bewährten Theorien beruhen im Gegensatz zu Projektionen. In Bezug auf ihre Treffergenauigkeit müssen sich Prognosen und Projektionen nicht unterscheiden.

## 2. Aufgabe

Man kann ein optimistisches Bild der Trendaussagen durch verschiedene Maßnahmen erreichen:

- durch die Auswahl einer anderen Stützperiode, z. B. 2002 bis 2004,
- durch eine Dehnung der Ordinate, indem für die Wachstumsrate des BIP größere Abstände gewählt werden und gleichzeitige Verringerung der Abstände auf der Abszisse für die Jahre.

### 3. Aufgabe

Während die Originalwerte zum Export und Import sehr starke kurzfristige Schwankungen zeigen, da auf der Zeitachse von Monaten ausgegangen wird, ist es auf den ersten Blick schwer zu erkennen, wie sich längerfristig z. B. für den Zeitraum von Oktober 2004 bis März 2005 Exporte und Importe entwickelt haben. Der Trend lässt hingegen erkennen, dass in diesem Zeitraum sowohl Exporte als auch Importe gestiegen sind, wobei die Steigerung des Exports höher ist.

### 4. Aufgabe

Aus technischen Gründen kann für diese Aufgabe keine Lösung angegeben werden.

### 1. Aufgabe

Das Schaubild **M20** enthält in der oberen Reihe den Kasten „Nachfrage“. Darunter können die Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage aus **M12** auf Seite 130 zugefügt werden. Verändert könnte das Schaubild **M20** noch dadurch werden, dass unter dem Kasten Zunahme des Sozialprodukts ein Kasten Angebotsfaktoren/Produktionsfaktoren eingefügt wird.

### 2. Aufgabe

André Fourcans betont in **M19** den technischen Fortschritt, auf den zu 80 Prozent das Wachstum pro Kopf zurückgeführt werden könne. Deshalb ist Forschung, Bildung und der Wagemut der Unternehmer, nach neuen Lösungen zu suchen, von so großer Bedeutung für das Wachstum. Das erfordert aber auch Strukturen, die die Flexibilität von Arbeit und Kapital fördern und dazu seien freie Märkte am besten geeignet. Im Beitrag von Horst Siebert wird auf das soziale System als Wachstumsfaktor hingewiesen.

Das ist ein sehr weit gefasster Begriff, unter dem er u. a. das politische System, die Wirtschafts- und Rechtsordnung, die gesellschaftlichen Strukturen, die soziale Schichtung und die Mentalität der Bevölkerung subsumiert. Drei für ihn wichtige wachstumsrelevante Elemente der gesellschaftlichen Struktur greift er näher heraus: Familienstruktur, soziale Schichtung und Religion.

In noch nicht entwickelten Regionen Indiens z. B. leben die Menschen in Großfamilien zusammen. Einerseits geben diese Halt und ersetzen die Sozialversicherung, andererseits wird durch diese Struktur der Anreiz mehr zu arbeiten und Risiken einzugehen eingeschränkt, weil das vom Einzelnen erarbeitete Einkommen nicht individuell verfügbar wird, sondern in den gemeinsamen Topf der Großfamilie fließt. Erbrecht, Familienplanung etc. sind andere Faktoren, die auf das Wachstum einwirken.

Als Beispiel für die Rolle der Religion greift Siebert die calvinistische Glaubenslehre auf, für die die göttliche Vorherbestimmtheit zur Seligkeit oder Verdammnis (Prädestination) wesentlich ist. Am wirtschaftlichen Erfolg erkennt man, ob man von Gott auserwählt worden ist. Daraus resultiert Fleiß, das Streben nach Gewinn, Enthaltensamkeit im Konsum und Risikobereitschaft. So wird diese Lehre zu dem Anreizsystem für das wirtschaftliche Verhalten der Menschen. Max Weber hat in seinem Werk „Die protestantische Ethik“ die Entfesselung des Erwerbsstrebens durch den Calvinismus als den „Geist des Kapitalismus“ bezeichnet. Die Länder oder Regionen, in denen der Calvinismus Fuß fassen konnte, z. B. England, waren die Vorreiter der Industrialisierung.

In **M22** wird von Siebert darauf hingewiesen, dass nicht nur die Angebotsseite für das langfristige Wachstum entscheidend ist, sondern auch die Nachfrageseite eine Rolle spielt. Als Beispiel führt er die Zeit nach dem 2. Weltkrieg an, wo die aus der Not geborene Nachfrage das Wachstum stimuliert hat. Angebots- und Nachfrageseite beeinflussen gemeinsam das Wachstum, kein Unternehmer würde seine Produktionskapazitäten erweitern, wenn er nicht auf eine entsprechende Nachfrage hoffen würde.

### 3. Aufgabe

Unternehmensinvestitionen dienen unter anderem der Erweiterung bestehender Produktionsanlagen aber werden auch notwendig, wenn neue Produktionsverfahren oder Produkte eingeführt werden sollen. Egal zu welchem Zweck sie dienen, führen sie zu einer Erweiterung der Produktionskapazitäten und bei Modernisierungsinvestitionen auch zu einer Erhöhung der Produktivität. Dadurch erweitert sich das Produktionspotenzial, es können mehr Güter erzeugt werden. Ob und in welchem Umfang das vermehrte Produktionskapital genutzt wird, ist von der Nachfrage abhängig. Wenn beispielsweise bei einer exportorientierten Wirtschaft die Auslandsnachfrage plötzlich drastisch einbricht, werden die vorher geschaffenen Produktionskapazitäten der Unternehmen in einem geringen Maße ausgelastet, was bei den Unternehmen zur

Revision ihrer Investitionspläne führen kann. Es entsteht eine negative Outputlücke. Dadurch kann die Zuwachsrates des Produktionspotenzials sinken. Ferner kann es für global produzierende Unternehmen günstiger sein, im Ausland zu investieren, weil das Lohnniveau und die Steuern niedriger sind. Auch ein solches Unternehmerverhalten führt zu einem geringen Potenzialwachstum im Inland mit Auswirkungen auf die Beschäftigung und das Einkommen der Arbeitnehmer. Einkommenseinbußen können zu einer Einschränkung der Nachfrage der privaten Haushalte führen und dadurch wiederum das Investitionsverhalten der Unternehmen negativ beeinflussen. Insofern haben die Angebots- und Nachfrageseite gemeinsam Einfluss auf die Höhe der Investitionen und damit auf das Wachstum.

### 1. Aufgabe

Mit dem Kondratieff-Zyklus wird der Einfluss von technologischen Basisinnovationen auf die ökonomische Entwicklung im Zeitraum von 50 bis 60 Jahren beschrieben. Als Auslöser eines solchen Zyklus gelten nach Joseph Schumpeter sog. Basisinnovationen. Das sind grundlegende technische Durchbrüche, die zu einer Umwälzung in der Produktion und Organisation führen. Entscheidend ist die Diffusion der Innovationen in weite Bereiche der Wirtschaft und die Verknüpfung der einzelnen Innovationen. Es entsteht dadurch ein fundamentaler wirtschaftlicher Strukturwandel mit erheblichen soziokulturellen Auswirkungen. Als Beispiele für solche epochemachenden technologischen Durchbrüche gelten die Dampfmaschine oder die Einführung des Computers. Beide Erfindungen sind nicht auf einen engen Bereich beschränkt, sondern haben im Laufe der Zeit weitreichende Anwendungen gefunden. In der Diffusionsperiode wächst die Wirtschaft mit hohen Zuwachsraten, weil die neuen Technologien zur Produktivitätssteigerung, zu verbesserter Produktqualität und zu neuen Produkten führen. Ist die neue Technologie ausgereizt, gehen die Zuwachsraten zurück und die wirtschaftliche Entwicklung mündet in einer Krise. In den Abschwungjahren haben die Unternehmen nicht den Mut, neue grundlegende Erfindungen zur Produktionsreife zu entwickeln. Bessert sich die wirtschaftliche Lage, gibt es wagemutige Unternehmer, die das Marktpotenzial der Erfindungen erkennen und die Erfindungen zur Produktreife entwickeln, ein neuer Kondratieff-Zyklus nimmt seinen Anfang. Die Mehrzahl der heutigen Ökonomen bezweifelt, dass es Wachstumszyklen in dieser Form gibt. In dem Buch „Der sechste Kondratieff. Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information“ (1996) von Leo A. Nefiodow nimmt der Autor die Theorie von Kondratieff auf und prognostiziert einen neuen 6. Zyklus.

### 2. Aufgabe

Es gibt folgende wesentliche Unterschiede:

- Konjunkturzyklen haben im Vergleich zu Kondratieff nur eine kurze Dauer, die Dauer der Zyklen schwankt. Die Zeitperspektive ist also völlig unterschiedlich.
- Konjunkturzyklen resultieren aus Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage oder aus externen Schocks, die zu solchen Änderungen führen, nicht aus Basisinnovationen. Konjunkturschwankungen gehen also von der Nachfrageseite aus, nicht von der Angebotsseite.

### 3. Aufgabe

Schumpeter bezeichnet alle drei Zyklen als Konjunkturzyklen. Nach der heutigen Unterscheidung zwischen Konjunktur und Wachstum müssten der Juglar- und Kondratieff-Zyklus als Wachstumszyklen bezeichnet werden. Lediglich der Kitchin-Zyklus wäre ein Konjunkturzyklus.

### 4. Aufgabe

Eine solche Darstellung finden Sie unter:

[http://www.google.de/imgres?imgurl=http://www.goldseiten.de/bilder/kolumnen/traders-4116\\_7.png&imgrefurl=http://www.goldseiten.de/content/kolumnen/artikel.phpProzent3FstoryidProzent3D4116Prozent26seiteProzent3D1&h=225&w=518&sz=36&tbnid=2iDtpJvtLWYABM:&tbnh=57&tbnw=131&prev=/imagesProzent3FqProzent-3Dkondratieff-zyklus&hl=de&usg=\\_\\_MT2uP1MYLXWU8zYdVxyMXXTBm0A=&ei=pxISS\\_zLCY6W\\_QagrqSjCg&sa=X&oi=image\\_result&resnum=5&ct=image&ved=0CBIQ9QEwBA](http://www.google.de/imgres?imgurl=http://www.goldseiten.de/bilder/kolumnen/traders-4116_7.png&imgrefurl=http://www.goldseiten.de/content/kolumnen/artikel.phpProzent3FstoryidProzent3D4116Prozent26seiteProzent3D1&h=225&w=518&sz=36&tbnid=2iDtpJvtLWYABM:&tbnh=57&tbnw=131&prev=/imagesProzent3FqProzent-3Dkondratieff-zyklus&hl=de&usg=__MT2uP1MYLXWU8zYdVxyMXXTBm0A=&ei=pxISS_zLCY6W_QagrqSjCg&sa=X&oi=image_result&resnum=5&ct=image&ved=0CBIQ9QEwBA)

**1. Aufgabe**

Kapitalstock	2500 Mio	2000 Mio
Bruttoinvestitionen	500 Mio	300 Mio
Ersatzinvestitionen	300 Mio	300 Mio
Nettoinvestitionen	200 Mio	0

**2. Aufgabe**

Im Aufschwung könnten Erweiterungsinvestitionen an Bedeutung gewinnen. Unternehmen werden in Erwägung ziehen, ihre Produktionsanlagen zu erweitern, wenn sich die Auslastung der Kapazitätsgrenze nähert und aufgrund von Prognosen weitere Nachfragesteigerungen angenommen werden können. Wegen Kapitalmangel in der Rezession unterlassene Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen könnten jetzt nachgeholt werden, um im nächsten Abschwung besser gerüstet zu sein. Allerdings muss beachtet werden, dass viele Industrieunternehmen ihre Investitionen langfristig planen gerade in Bezug auf Produktinnovationen, weil Forschung und Entwicklung nicht kurzfristig zu realisierbaren Ergebnissen führen.

**3. Aufgabe**

In makroökonomischer Betrachtung haben Investitionen zwei Wirkungen. Einerseits entstehen bei der Produktion von Investitionsgütern bei den Beschäftigten Einkommen (Einkommenseffekt), andererseits haben Investitionen einen Kapazitätseffekt.

- Der Einkommenseffekt kann positiv oder negativ sein. Fallen beispielsweise die Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmenssektors wie im Jahr 2009, sinken die Einkommen der Beschäftigten entweder, weil sie entlassen werden oder aufgrund von Kurzarbeit Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Die Einkommenseinbußen der Beschäftigten werden sich mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch auf ihre Konsumgüternachfrage auswirken, was zu einer rückläufigen Konsumgüterproduktion führen kann. Als Folge können auch in diesem Sektor durch Entlassungen oder Kurzarbeit geringere Einkommen entstehen. Es besteht also die Gefahr, dass sich der kontraktive Prozess aufschaukelt, weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt. Steigen die Unternehmensinvestitionen, kann sich ein entgegengesetzter expansiver Prozess entwickeln. Über den Einkommenseffekt von Investitionen können also Konjunkturschwankungen ausgelöst oder verstärkt werden. Die Volatilität der Investitionen ist eine Ursache für Konjunkturschwankungen.
- Der Kapazitätseffekt der Investitionen ist ein entscheidender Faktor für das Wachstum einer Volkswirtschaft. Steigende Nettoinvestitionen erhöhen den Kapitalstock und in der Regel auch die Kapitalproduktivität. Dadurch steigt das Produktionspotenzial, es können mehr Güter erzeugt werden. Ohne den Anstieg der Nettoinvestitionen und den damit verbundenen Kapazitätseffekt wäre das langfristige Wachstum des BIP seit Bestehen der Bundesrepublik nicht möglich gewesen.

## 5 Theoretische Grundlagen der Konjunkturpolitik

### 1. Aufgabe

Die marginale Konsumquote gibt die Veränderung des privaten Konsums bei einer (streng genommen unendlich kleinen) Veränderung des Volkseinkommens an. Sie bestimmt die Steigung in der Konsumfunktion. Der autonome Konsum ist der Teil des Konsums, der unabhängig von der Höhe des Volkseinkommens ist. Die marginale Konsumquote wird kleiner als 1 sein, weil ein Teil des zusätzlichen Einkommens gespart wird. Keynes ist bei seinen Überlegungen davon ausgegangen, dass die marginale Konsumquote keine Konstante ist, sondern mit steigendem Einkommen fällt. Empirische Untersuchungen haben das nicht bestätigt.

- Eine Intensivierung der Werbung, wenn sie ihr Ziel erreicht, könnte zu einem Anstieg der marginalen Konsumquote führen, weil ein größerer Teil des Einkommens für Konsum verausgabt wird. Umgekehrt würde die marginale Sparquote sinken.
- Steigende Einkommen führen zu höherem Konsum bei gleicher marginaler Konsumquote.
- Eine anwachsende Arbeitslosigkeit führt zu einer Verringerung des Volkseinkommens, demnach musste der private Konsum bei konstanter marginaler Konsumquote sinken.
- Wird die Beschleunigung der Geldentwertung von der Bevölkerung wahrgenommen, kann es zu einer Flucht in die Sachwerte kommen. Sparen führt in einer solchen Situation zu Vermögensverlusten. Die marginale Konsumquote steigt, bei gleichem Einkommen steigt der Verbrauch.
- Die Zuwanderung kann bei gleicher marginaler Konsumquote zu einem höheren autonomen Konsum führen, weil eine wachsende Bevölkerung ernährt werden muss.

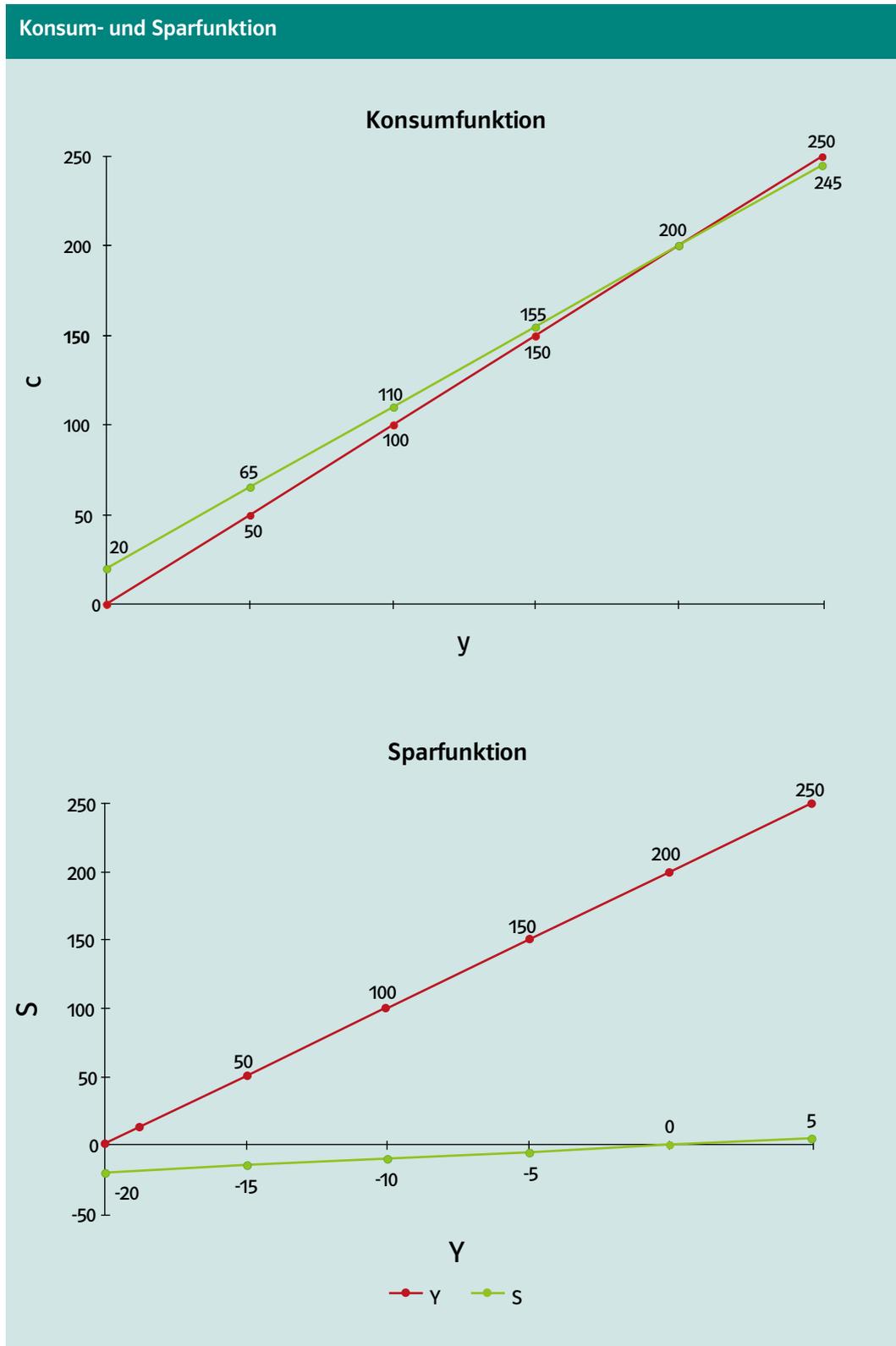
### 2. Aufgabe

- Geht man vom verfügbaren Einkommen aus, kann das Einkommen nur für Konsum und Sparen verwendet werden. Da die marginale Konsumquote kleiner als 1 ist, muss auch die marginale Sparquote kleiner als 1 sein. Beträgt beispielsweise die marginale Konsumquote 0,9, hat die marginale Sparquote den Wert von 0,1. Addiert ergibt sich also der Wert von 1.
- Würde die marginale Konsumquote der Annahme von Keynes folgen, wäre die Steigung der Konsumkurve nicht konstant, sondern würde mit zunehmenden Einkommen abnehmen und damit gekrümmt verlaufen.
- Die durchschnittliche Konsumquote  $C/Y$  lässt sich grafisch durch den Tangens des Winkels messen, den eine Halbgerade aus dem Nullpunkt an die Konsumfunktion mit der Achse des Volkseinkommens bildet. Mit steigendem Einkommen fällt die durchschnittliche Konsumquote, grafisch gesehen wird der Winkel kleiner.

**3. und 4. Aufgabe**

Beide Aufgaben sind mit Absicht im grafischen Teil identisch, das sollte von den Schülerinnen und Schülern erkannt werden als Kontrolle für ihr Verständnis des Zusammenhangs von verfügbarem Einkommen, makroökonomischen Konsum und Sparen.

3a/4a)



3b)

Bei einem Volkseinkommen von 200 ist die durchschnittliche Konsumquote gleich Eins, es ist das sog. Basiseinkommen. Das verfügbare Einkommen entspricht der Höhe des Konsums. Bei einem geringeren verfügbaren Einkommen wird entspart. Z. B. bei  $Y = 100$  ist der Konsum um 10 höher als das verfügbare Einkommen. Es wird negativ gespart, also entspart. Hier ist die durchschnittliche Konsumquote größer als Eins. Bei jedem verfügbaren Einkommen über 200 wird gespart,  $Y$  ist größer als  $C$ . Daher ist z. B. bei  $Y = 250$  die durchschnittliche Konsumquote kleiner als Eins.

4b)

- Es gibt einen autonomen Konsum, der unabhängig von der Höhe des verfügbaren Einkommens ist, die Konsumkurve beginnt daher nicht bei Null. In Höhe des autonomen Konsums wird entspart, in Vorperioden gebildete Lagervorräte ermöglichen den Konsum.
- Verfügbares Einkommen und Konsum wachsen gleichsinnig, das zeigt sich in der positiven Steigung der Konsumkurve.
- Bei einer Veränderung des verfügbaren Einkommens ist die Änderung des Konsums geringer als die Einkommensänderung. Die marginale Konsumquote misst den Betrag, den die privaten Haushalte bei einer Änderung des verfügbaren Einkommens für Konsum ausgeben. Die marginale Konsumquote ist kleiner als Eins.
- Der Anteil des Konsums am verfügbaren Volkseinkommen wird mit steigendem  $Y$  geringer, das zeigt sich in der sinkenden durchschnittlichen Konsumquote.

## 5. Aufgabe

Die Ceteris-paribus-Klausel wird in der Ökonomie häufig bei der Modellbildung verwendet. So auch bei der Konsumfunktion, wenn der Konsum der privaten Haushalte nur als abhängig von der Höhe des verfügbaren Einkommens angenommen wird. In der Realität ist der Konsum natürlich noch von zahlreichen anderen Faktoren abhängig, die jedoch mit Hilfe der Ceteris-paribus-Klausel als konstant angenommen werden und sich in der Konsumneigung spiegeln. In den Naturwissenschaften geht man bei Experimenten im Prinzip ähnlich vor. Durch die Versuchsanordnung wird nur ein Faktor variiert, um dessen Einfluss auf die zu untersuchende Größe feststellen zu können. Alle anderen Faktoren werden während des Experiments konstant gehalten, um das Experiment unter kontrollierbaren und wiederholbaren Bedingungen durchzuführen. Das Untersuchungsergebnis kann dann eindeutig auf die Veränderung des variablen Faktors zurückgeführt werden.

Bei Verwendung der Ceteris-paribus-Klausel besteht jedoch ein grundsätzliches Problem. Sie schützt die Aussagen der Theorien und Modelle vor der Widerlegung durch Beobachtung der Realität. Wenn der private Konsum trotz eines erheblichen Anstiegs des verfügbaren Einkommens entgegen der Erwartung fällt, kann unter Hinweis auf die Ceteris-paribus-Klausel argumentiert werden, dass eine oder mehrere der als konstant angenommenen Größen sich geändert haben. Das Beispiel zeigt, dass Erklärungen und Prognosen, die mit Hilfe der Ceteris-paribus-Klausel gewonnen wurden, nur mit Vorsicht auf die Realität übertragen werden können.

Andererseits ist die Ceteris-paribus-Klausel aus methodischen Gründen bei der Theoriebildung in der Ökonomie unvermeidlich, um grundlegende Zusammenhänge zu erkennen.

### Hinweis:

Zur Bedeutung der Ceteris-paribus-Klausel bei der Modellbildung vgl. in dieser Reihe den Band „Unternehmen im Globalisierungsprozess“, Methode: Modelle, Modellbildung und Ceteris-paribus-Klausel, S. 62 bis 66.

## 1. Aufgabe

Unternehmen investieren, weil sie sich von den Investitionen Gewinne erwarten. Bei der Investitionsplanung müssen die Anschaffungskosten mit den erwarteten Nettoerlösen abgeglichen werden.

- Jede Investition verursacht zum Zeitpunkt der Anschaffung Kosten. Die Erlöse aufgrund dieser Investitionen fallen jedoch erst in der Zukunft an. Da die Zukunft grundsätzlich ungewiss ist, sind auch die erhofften Erlöse unsicher. Je länger die Erstellung der Investition dauert und je länger der Zeitraum der Nutzung der Investition geplant wird, umso unsicherer werden die erwarteten Erlöse. Das gilt insbesondere für ihre Höhe. Die Erwartungen sind von vielfältigen Faktoren bestimmt, z. B. von der erwarteten Konjunkturontwicklung und den Plänen der Konkurrenz im In- und Ausland, von der Entwicklung der Güternachfrage auf dem Markt, für den die Investition vorgenommen werden soll etc. Ferner muss beachtet werden, dass die Betriebskosten für die Investition auch nur geschätzt werden können, da die Entwicklung von Löhnen und Lohnnebenkosten, Energie- und Rohstoffpreisen auch nicht feststeht. So enthalten die erwarteten Nettoerlöse gleich von zwei Seiten erhebliche Unsicherheitsfaktoren.
- Die Höhe der endgültigen Kosten der Investition muss mit den geplanten Anschaffungskosten nicht übereinstimmen. Beim Kauf eines LKW stehen die Anschaffungskosten fest. Bei umfangreichen Investitionen kommt es jedoch immer wieder zu erheblichen Kostensteigerungen. Als Beispiel sei das berühmte Opernhaus in Sydney erwähnt. 3,5 Millionen £ sollte die Oper ursprünglich kosten und in sechs Jahren sollte sie fertig sein. Im September 1973 wurde sie eröffnet, 8 Jahre später als geplant und um 47 Millionen £ teurer. Bei Thyssen Krupp sind die Kosten für ein Stahlwerk in der Nähe von Rio de Janeiro von ursprünglich 1,3 Mrd. auf mittlerweile 5,9 Mrd. Euro explodiert. Auch bei den Anschaffungskosten/Herstellungskosten kann es bei Investitionen mit längerem Planungshorizont erhebliche Ungewissheiten geben.
- Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals entspricht dem internen Zinssatz ( $r$ ), bei dem die Summe der abdiskontierten zukünftigen Nettoerlöse mit den Anschaffungskosten der Investition identisch ist. Eine Investition ist für einen Investor gewinnbringend, wenn der interne Zinssatz ( $r$ ) den Marktzinssatz für alternative Finanzanlagen ( $i$ ) übersteigt. Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist also sowohl von den erwarteten Nettoerlösen als auch von den Anschaffungskosten abhängig und damit risikobehaftet.

## 2. Aufgabe

Bei einem Kapitalmarktzinssatz von 5 Prozent würden 75000 Euro einen Zinsertrag von 3750 Euro erbringen, bei der Investition würde der Gewinn 5000 Euro betragen. Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals  $r$  wäre mit 6,7 Prozent größer als der Marktzinssatz mit 5 Prozent. Die Investition wäre lohnend. Wenn jedoch das Risiko der Investition bedacht wird und daher ein Risikoaufschlag von 2 Prozent in das Kalkül mit einbezogen wird, lohnt sich die Investition nicht mehr.

Bei einem Kapitalmarktzinssatz von 8 Prozent sollte der Unternehmer die Investition unterlassen, weil  $i$  größer ist als  $r$ .

Da im Beispiel nur von einer Nutzungsdauer von einem Jahr ausgegangen wird, ist dies ein Zeitraum, der in Bezug auf die Risiken eher überschaubar ist. Beispielsweise dürfte sich die Entwicklung der Löhne gut abschätzen lassen. Anders sieht es schon mit den Absatzerwartungen aus. Der Absatz kann beispielsweise von der konjunkturellen Entwicklung abhängen. Wenn man die Abweichungen zwischen den Konjunkturprognosen und der tatsächlichen Konjunkturontwicklung bedenkt, sind Absatzerwartungen auch in einem so kurzen Zeitraum unsicher. Ein eher pessimistisch urteilender Unternehmer wäre vielleicht zu geringeren erwarteten Nettoerlösen gelangt.

### 3. Aufgabe

Das Ifo-Institut in München veröffentlicht monatlich den Geschäftsklima-Index, der aus einer Befragung von 7000 repräsentativ ausgewählten Unternehmen verschiedener Wirtschaftsbereiche ermittelt wird. Die Unternehmen beurteilen darin ihre gegenwärtige Geschäftslage und ihre Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate. Der Ifo-Geschäftsklima-Index gilt als wichtiger Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Betrachtet man das Krisenjahr 2008, sanken die Geschäftserwartungen von Januar bis Dezember von 99,0 auf 76,8 Indexpunkte.

Es ist aber auch erstaunlich, wie stark die monatlichen Geschäftserwartungen schwankten und nicht nur in eine Richtung. Von Januar bis April sanken die Erwartungen, aber im Mai wurde die Geschäftserwartung für die nächsten 6 Monate wieder positiver eingeschätzt, um dann aber zum Jahresende bis auf 76,8 abzurutschen. Die Schwankungen im Index machen deutlich, dass Erwartungen von Unsicherheit geprägt sind und neben harten Fakten auch psychische Faktoren eine Rolle spielen. Die Geschäftserwartungen wirken sich auf das Investitionsverhalten der Unternehmen aus, denn für die Investitionspläne der Unternehmen spielen Erwartungen eine große Rolle. Investitionen sollen sich ja lohnen. Wenn die Erwartungen so negativ sind, werden auch die von neuen Investitionen erwarteten Erlöse pessimistisch beurteilt werden, also unterbleiben die Investitionen. Trotz aller Prognoseinstrumente kann niemand in die Zukunft schauen. So sind Investitionen immer mit Unsicherheit und hohen Risiken behaftet. Wer kann schon wissen, ob das neue Stahlwerk, das Thyssen Krupp in Brasilien baut, jemals profitabel wird. Die ursprünglichen Erwartungen sind jedenfalls kräftig enttäuscht worden. Die Kosten sind explodiert und das Werk ist immer noch nicht fertig. Ein Flop ist nicht ausgeschlossen.

Den Geschäftsklima-Index findet man unter: [http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoContent/N/data/Indices/GSK2006/GSK2006Container/GSK2006PDF/GSKKTDLPDF2008/KT\\_12\\_08\\_ee.pdf](http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoContent/N/data/Indices/GSK2006/GSK2006Container/GSK2006PDF/GSKKTDLPDF2008/KT_12_08_ee.pdf)

### 1. Aufgabe

Die makroökonomische Investitionsfunktion  $I=I(i)$  stellt einen Zusammenhang zwischen der Höhe des Kapitalmarktzinssatzes und der Höhe der Investitionen in einer Volkswirtschaft her. Bei gegebener Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals werden bei fallendem Zinssatz mehr Investitionen lohnend, ein steigender Zinssatz führt umgekehrt zur Einschränkung der Investitionen. Wie bei der Konsumfunktion wird auch hier mit der Ceteris-paribus-Klausel gearbeitet, d. h. alle anderen Faktoren, die die Höhe der Investitionen beeinflussen können, werden als unveränderlich angenommen und kommen in der Investitionsneigung zum Ausdruck. Sie bestimmt die Lage der Kurve im Koordinatensystem. Werden z. B. die Geschäftserwartungen optimistischer eingeschätzt, steigt die Investitionsneigung und die Kurve verschiebt sich nach rechts. Das führt dazu, dass bei jedem Zinssatz mehr investiert wird. Wie bei der Konsumfunktion muss also auch hier zwischen einer Bewegung auf dem Graphen für Investitionen, die Investitionsneigung bleibt gleich, nur der Zinssatz ändert sich, und einer Verschiebung des Graphen aufgrund einer veränderten Investitionsneigung unterschieden werden.

In der Abbildung unter **M9** liegt bei der Bezeichnung der Y-Achse ein Druckfehler vor. Statt I muss i als Symbol für den Zinssatz stehen.

### 2. Aufgabe

Würde die Besteuerung für Unternehmen abgeschafft, würde ein Traum der Unternehmer in Erfüllung gehen. Alle Gewinne würden den Kapitaleignern in voller Höhe zufließen und damit die Rendite steigen. Das würde auch mehr ausländische Unternehmen nach Deutschland locken. Als Folge würde es zu einer Erhöhung der Investitionsneigung kommen, der Graph würde sich weit nach rechts verschieben, so dass bei jedem Zinssatz erheblich mehr investiert würde.

### 3. Aufgabe

In den Zeilen 13 bis 36 wird die mikroökonomische Investitionsfunktion abgeleitet und untersucht, inwieweit diese Funktion mit den empirischen Studien zum Investitionsverhalten von Unternehmen übereinstimmt. Bei der Investitionsfunktion eines Unternehmens wird von dem Streben nach Gewinnmaximierung ausgegangen. Dazu muss der optimale Kapitalstock ermittelt werden. Die optimale Höhe des optimalen Kapitalstocks wird von der erwarteten Güternachfrage und den Kapitalnutzungskosten (Finanzierungskosten durch die Aufnahme von Fremdkapital, abhängig von der Höhe des Kapitalmarktzinssatzes, Abschreibungskosten und steuerlichen Belastungen) bestimmt. Die Rendite aus der Investition muss mindestens so hoch sein wie die Kapitalnutzungskosten.

Steigt die erwartete Güternachfrage und sinken die Kosten für die Kapitalnutzung, wird der optimale Kapitalstock höher sein als bei einer entgegengesetzten Entwicklung. Ist der vorhandene Kapitalstock niedriger als der optimalen Kapitalstock, wird das Unternehmen durch zusätzliche Investitionen seine Produktionskapazität ausbauen.

Das referierte Ergebnis empirischer Untersuchungen zum Investitionsverhalten von Unternehmen bestätigt, dass die Investitionen in der beschriebenen Weise von der Umsatzentwicklung und den Kapitalnutzungskosten abhängen.

Der Vergleich mit **M6** zeigt einige Unterschiede. Beim Investitionskalkül geht es um die Ermittlung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und den Vergleich von  $i$  und  $r$ , um zu prüfen, ob sich eine Investition lohnt. Dabei spielen die Erwartungen und darunter auch die Absatzerwartungen für die Einschätzung der erwarteten Nettoerlöse eine wesentliche Rolle, aber auch die Anschaffungskosten der Investition. Die werden in **M10** nicht direkt erwähnt, aber schlagen sich bei der Höhe der Abschreibungen nieder. Gemeinsam ist beiden Vorgehensweisen die hohe Bedeutung des Kapitalmarktzinssatzes für die Investitionsentscheidung.

#### 4. Aufgabe

Bei der ökonometrisch gemessenen Investitionsfunktion wird vor allem von zwei Variablen ausgegangen, der Zuwachsrate der Umsätze und der Veränderungsrate der Kapitalnutzungskosten. Bei der Investitionsfunktion ist der Kapitalmarktzinssatz die variable Größe.

#### 5. Aufgabe

Nach Keynes könne der Konjunkturzyklus „am besten als Folge einer zyklischen Veränderung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals betrachtet werden“.

- In der Spätphase des Aufschwungs werden die erwarteten Nettoerlöse aus einer Investition sehr optimistisch eingeschätzt. Trotz steigender Herstellungskosten und steigender Zinsen ist daher die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals höher als der Kapitalmarktzinssatz. Keynes stellt nun die These auf, dass die Krise durch den plötzlichen Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals verursacht wird. Auf einem überkauften Markt, auf dem aufgrund unrealistischer Schätzungen und Spekulation utopisch hohe Nettoerlöse erwartet werden, schlägt die Stimmung plötzlich um. Die Spekulationsblase platzt, weil die realisierten weit unter den erwarteten Nettoerlösen liegen. Der Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und die Ungewissheit über die Zukunft führen zu einem Anstieg der Liquiditätsvorliebe, d. h. es wird Geld gehortet oder in möglichst liquiden Forderungsrechten, geldnahen Forderungen, angelegt. Dadurch kommt es zu einer Kreditverknappung und zum Anstieg des Kapitalmarktzinssatzes, der den Rückgang der Investitionen verstärkt. Die Krise ist da.
- Betrachtet man den Ausgangspunkt der Finanzmarktkrise, das Platzen der Immobilienblase in den USA, werden Übereinstimmungen mit der Erklärung von Keynes deutlich. Der Anstieg der Immobilienpreise hat die erwarteten Erlöse steigen lassen trotz einer Erhöhung des Zinsniveaus durch die Fed. Als die Subprime-Kredite nicht mehr bedient wurden, weil die von den Banken angehobenen Zinsen von den Hauseigentümern aufgrund ihres niedrigen Einkommens nicht mehr gezahlt werden konnten und die Immobilienpreise dramatisch fielen, kam es zu einem Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. Das Platzen der Spekulationsblase auf dem Immobilienmarkt führte zu einem dramatischen Kursverlust der minderwertigen strukturierten Wertpapiere, in denen die Kredite für Immobilien verbrieft waren, weltweite Verluste bei den Käufern (Banken, Versicherungen, Pensionsfonds, Privatanleger) waren die Folge. Daraus resultierte ein Anstieg der Liquiditätsvorliebe. Das ging soweit, dass sich die Banken untereinander kaum noch Kredite gewährten. Der Geldmarkt als Interbankenmarkt, der in normalen Zeiten die Geldversorgung der Banken mit Zentralbankgeld sichert, kam zum Erliegen. Es kam zu Bankpleiten in den USA im Jahr 2008. Der Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 bewirkte eine Verschärfung der Krise weltweit. Infolge der Finanzmarktkrise sanken die Ausüstungsinvestitionen in Deutschland 2009 um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Nach Keynes ist das eine Folge des Zusammenbruchs der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals aufgrund der unsicheren und negativen Erwartungen.

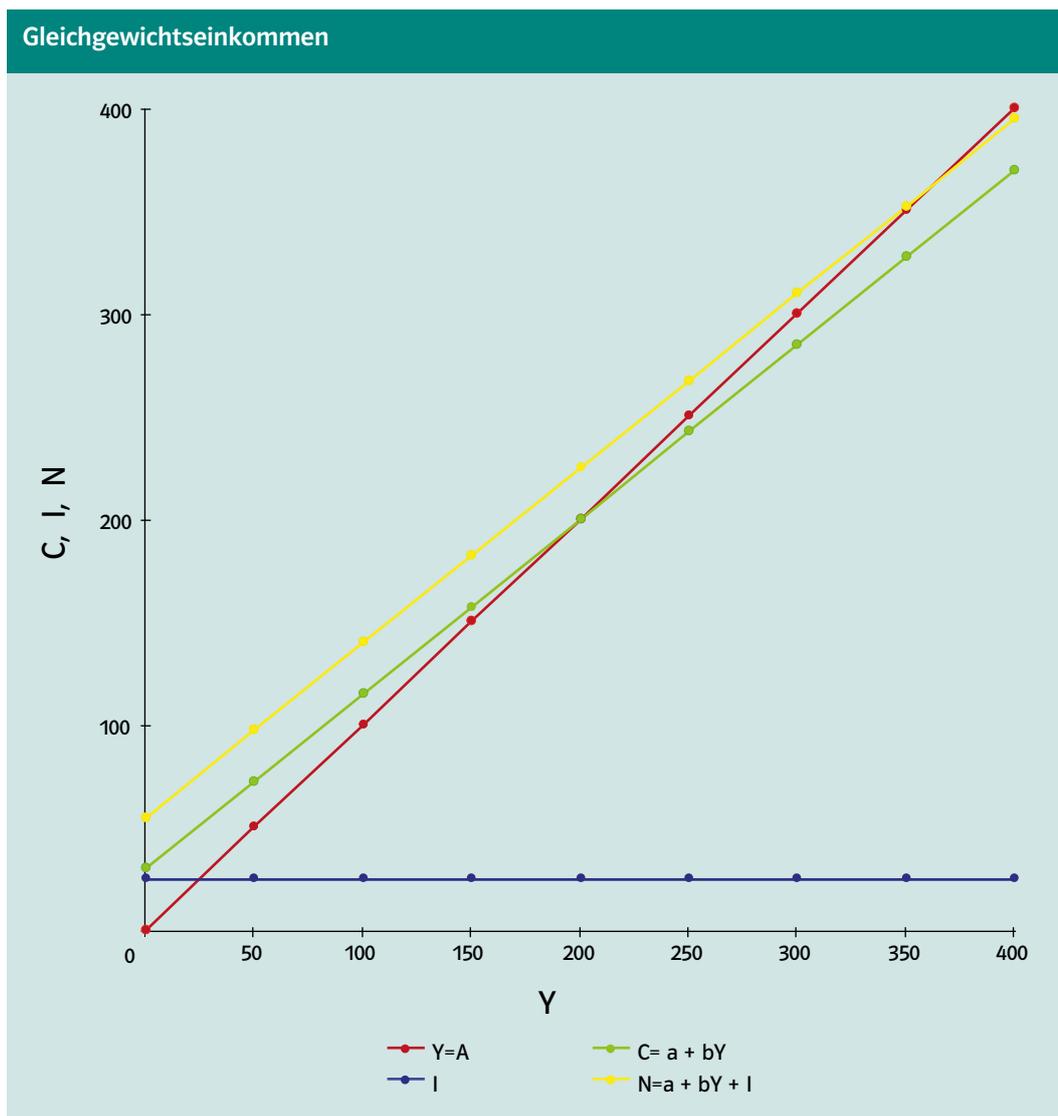
## 1. Aufgabe

a) Das Gleichgewichtseinkommen in dem in der Aufgabe angenommenen Modell lässt sich der Gleichgewichtsbedingung  $Y = a + bY + I$  durch Einsetzen der entsprechenden Werte berechnen:

$$Y = 30 + 0,85Y + 25; \text{ durch Umformung ergibt sich } Y = 1/0,15 \times 55; Y = 366,67$$

1b)

Beim Gleichgewichtseinkommen muss die Höhe des Güterangebots mit der Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die hier aufgrund der Annahmen des Modells nur aus der Konsumgüternachfrage und den autonomen Investitionen besteht, übereinstimmen. Das ist im Beispiel bei einem Volkseinkommen von 366,67 der Fall. In der Abbildung ist das der Schnittpunkt zwischen der gelben Geraden, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ausdrückt und der 45°-Geraden, die das Volkseinkommen bzw. Güterangebot darstellt, der Fall. Bei diesem Volkseinkommen ist das geplante Sparen so hoch wie die autonomen Investitionen, also  $S(Y) = 25$ . In der Abbildung erkennt man das geplante Sparen an der Differenz zwischen dem geplanten Konsum beim Gleichgewichtseinkommen und der 45°-Geraden. Bei jedem höheren Volkseinkommen ist das Sparen höher als die Investitionen und bei jedem niedrigerem Volkseinkommen sind die Investitionen höher als das geplante Sparen. Es bestehen also Ungleichgewichte.



## 2. Aufgabe

Bei der Einkommensentstehungsgleichung bzw. Einkommensverwendungsgleichung handelt es sich um Definitionsgleichungen. In der Einkommensentstehungsgleichung  $Y=C+I$  wird definiert, dass Volkseinkommen in Höhe der Konsum- und Investitionsgüterproduktion entstanden ist. In der Verwendungsgleichung  $Y=C+S$  wird definiert, dass das Volkseinkommen für Konsum und Sparen verwendet wurde. Beide Gleichungen haben wie die VGR Ex-Post-Charakter.

Die Konsumfunktion  $C_t=f(Y_t)$  ist eine Verhaltensgleichung. Es wird eine funktionale Beziehung zwischen der Höhe des Konsums als abhängige Variable und der Höhe des Volkseinkommens als unabhängige Variable angenommen, die das Verhalten der privaten Haushalte bei einer Einkommensänderung beschreibt. Beide Variablen beziehen sich auf die gleiche Periode. In einer Wenn-Dann-Aussage lässt sich die Konsumfunktion wie folgt formulieren: Wenn sich das laufende Volkseinkommen ceteris paribus erhöht, dann steigt der Konsum aber in geringerem Umfang als das Volkseinkommen in dieser Periode und umgekehrt.

## 3. Aufgabe

Bei der deflatorischen Lücke ist das gesamtwirtschaftliche Angebot höher als die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die vorhandenen Produktionskapazitäten und das Arbeitskräfteangebot werden nicht ausgeschöpft. Unternehmen bleiben auf ihren produzierten Waren sitzen. Sie werden die Preise senken, um die Waren loszuschlagen. Das Preisniveau fällt.

Bei einer inflatorischen Lücke ist es umgekehrt. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist höher als das Angebot der Unternehmen. Die Unternehmen haben Spielraum, ihre Preise zu erhöhen mit der Folge eines steigenden Preisniveaus.

## 4. Aufgabe

a) Das Gleichgewichtseinkommen hat den Wert  $Y=700$ , es liegt also bereits unter dem Vollbeschäftigungsangebot von 800

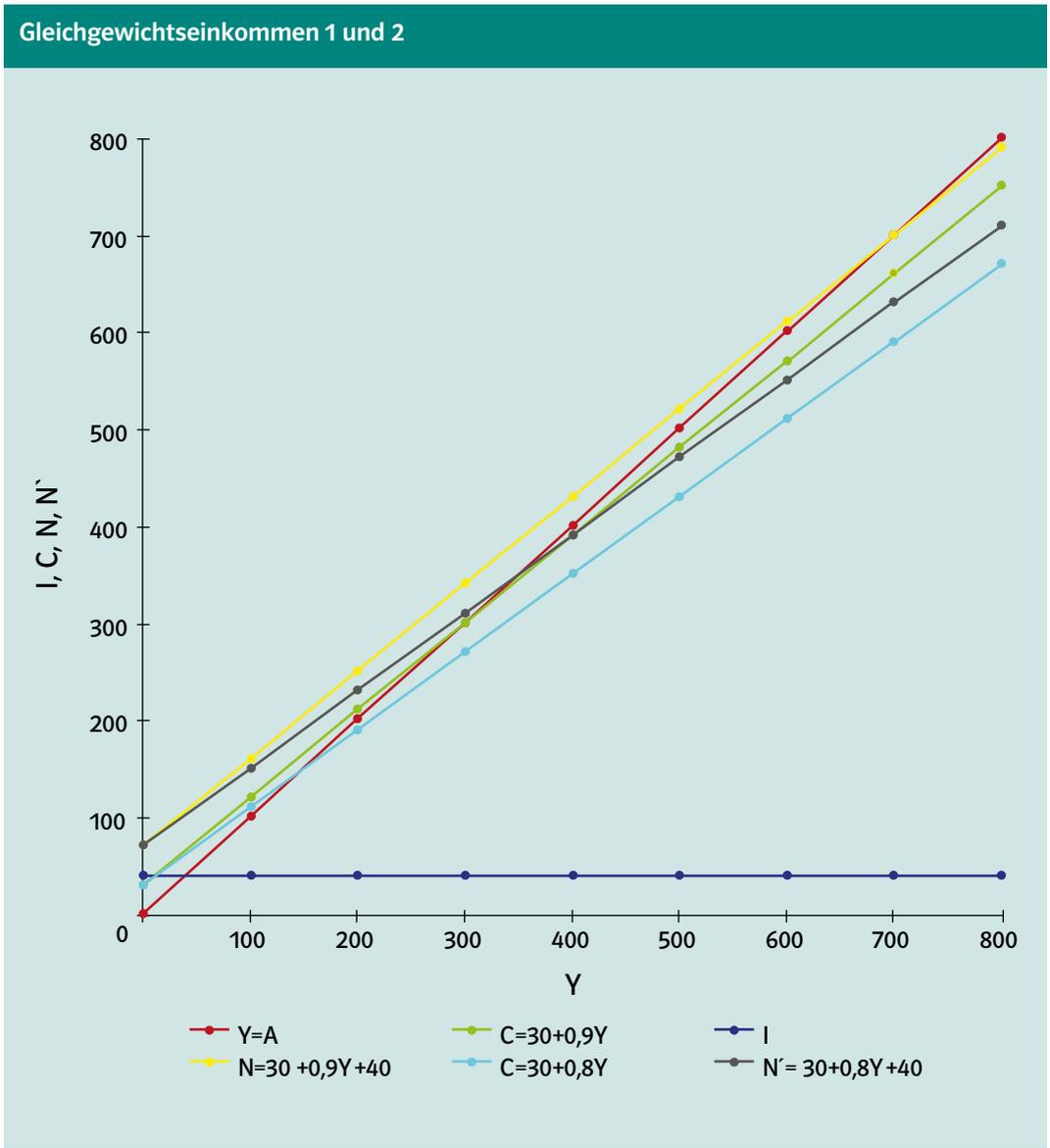
$$Y = a + bY + I; Y = 1/0,1 \times 70; Y = 700$$

b) Wenn die marginale Konsumquote auf 0,8 sinkt, fällt das Gleichgewichtseinkommen gleich auf 350. Das drastisch gesunkene Gleichgewichtseinkommen resultiert aus einer höheren Sparneigung und Sparen bedeutet Nachfrageausfall. Bei einer Erhöhung von  $Y$  um einen Euro werden nicht mehr nur 10 Cent, sondern 20 Cent gespart.

$$Y = a + bY + I; Y = 1/0,2 \times 70; Y = 350$$

Das Gleichgewicht weicht dramatisch vom Vollbeschäftigungsgleichgewicht ab. Mehr als die Hälfte der bestehenden Produktionskapazitäten werden nicht genutzt. Es entsteht hohe Arbeitslosigkeit.

c) Bei der Bearbeitung der Aufgabe wird die Modellannahme verlassen, dass es keinen Staat gibt. Der Staat könnte den Nachfrageausfall aufgrund der sinkenden Konsumneigung durch zusätzliche investive Ausgaben versuchen zu kompensieren. Dabei entsteht zwar das Problem der Finanzierung der zusätzlichen Staatsausgaben, das durch Kreditfinanzierung gelöst werden muss, wenn nicht auf Rücklagen zurückgegriffen werden kann. Japan hat in einer ähnlichen Situation Konsumgutscheine an seine Bürger verteilt. Steuersenkungen würden zwar das verfügbare Einkommen erhöhen, aber aufgrund der gesunkenen marginalen Sparquote würde von dem zusätzlich verfügbaren Einkommen ein Teil gespart. Zusätzliche staatliche Investitionen hätten den Vorteil, dass auch in der Zukunft davon produktivitätssteigernde Effekte ausgehen können, je nach Art der Investition.



### 1. Aufgabe

Der Tabelle liegen zwei Annahmen zugrunde. Die Investitionen erhöhen sich um eine Millionen Euro und die marginale Konsumquote hat den Wert von 0,5. Von jedem zusätzlichen Euro Einkommen werden also 50 Cent für Konsumgüter verausgabt und 50 Cent gespart.

Erhöhen die Unternehmen ihre Investitionen, entstehen bei der Produktion der zusätzlichen Investitionen Einkommen in Höhe von einer Million. Das ist der Einkommenseffekt der Investitionen. Die Haushalte geben entsprechend der marginalen Konsumquote die Hälfte des Einkommens für zusätzlichen Konsum aus, die andere Hälfte wird gespart. Die höhere Konsumgüternachfrage bewirkt eine höhere Konsumgüterproduktion, bei der wiederum Einkommen eben in dieser Höhe (0,5 Millionen) entsteht. Das höhere Einkommen führt in der nächsten Periode wiederum zu einem höheren Konsum (0,25 Millionen) und zu höherem Sparen. Daraus resultiert wiederum eine höhere Konsumgüterproduktion in Höhe von 0,25 Millionen. Dieser expansive kumulative Prozess setzt sich theoretisch über unendlich viele Perioden fort, wobei das zusätzliche Einkommen immer geringer wird. Im Endeffekt erhöht sich durch die zusätzlichen Investitionen von einer Million das Einkommen um 2 Millionen. Mathematisch lässt sich der Multiplikatoreffekt durch eine unendlich geometrische Reihe darstellen.

### 2. Aufgabe

Da  $1-c$  gleich der marginalen Sparquote  $s$  ist, kann der Multiplikator auch durch  $1/s$  ausgedrückt werden.

### 3. Aufgabe

Bei einer marginalen Konsumquote von 0,8 nimmt der Multiplikator den Wert von 5 an.

Bei einem Primärimpuls von 1 Million erhöht sich durch einen expansiven kumulativen Prozess das Einkommen über viele Perioden um 5 Millionen.

Periode	Zusätzlicher Konsum	Zusätzliches Einkommen
Primärimpuls		1 000 000
1. Runde	800 000	800 000
2. Runde	640 000	640 000
3. Runde	512 000	512 000
4. Runde	409 600	409 600
5. Runde	327 680	327 680
<b>Summe für n unendlich</b>		<b>5 000 000</b>

Das Beispiel zeigt, dass die Multiplikatorwirkung umso größer ist, je größer die marginale Konsumquote ist und umgekehrt. Da Sparen Nachfrageausfall bedeutet und mit abnehmender marginaler Konsumquote mehr gespart und weniger konsumiert wird, ergibt sich eine geringere Multiplikatorwirkung im Vergleich zu dem Fall einer höheren marginalen Konsumquote.

Die Multiplikatorwirkung steht auch unter dem Vorbehalt der Ceteris-paribus-Klausel.

- So darf sich beispielsweise während des Prozesses nicht die marginale Konsumquote ändern.
- Ferner tritt die Wirkung nicht ein, wenn ein Vollbeschäftigungsangebot vorliegt. Dann entsteht nur eine inflatorische Lücke.
- Außerdem dürfen durch den steigenden Konsum keine weiteren Investitionen induziert werden, wie das im Akzelerationsprinzip zum Ausdruck kommt.
- Schließlich sind Investitionen von Unternehmen vom Zinssatz und von den Absatzerwartungen abhängig und nur selten autonom.

Lässt man nur diese Voraussetzungen Revue passieren, wird deutlich, dass in der Realität der Multiplikator in anderer Weise als im Modell wirken wird (vgl. Kapitel 6, S. 198f., **M24**).

#### 4. Aufgabe

Der Multiplikator wirkt auch in kontraktiver Richtung. Im Beispiel bewirkt der Rückgang der Investitionen ein Sinken des Volkseinkommens um rund 50 Einheiten. Es kommt zu einem kontraktiven kumulativen Prozess. Der Rückgang der Investitionen löst einen negativen Einkommenseffekt von 15 aus. Dadurch sinkt in der 1. Runde der Konsum um -10,5, was wiederum einen entsprechenden Rückgang des Volkseinkommens bewirkt. Das führt in der 2. Runde zu einem geringen Konsum von -7,35 mit entsprechender Wirkung auf die Einkommensentstehung. Der Prozess setzt sich im Modell so lange fort, bis das neue um rund 50 Einheiten geringere Gleichgewichtseinkommen erreicht ist.

## 6 Wirtschaftspolitische Konzeptionen in der Diskussion

### 1. Aufgabe

Den vorgestellten drei Konjunkturprogrammen aus USA, Japan und Deutschland ist die Zielrichtung gemeinsam, obwohl unterschiedliche Instrumente eingesetzt werden. Es geht um die Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit dem Ziel, einem Abgleiten in eine tiefe und lang andauernde Depression mit einer drastischen Zunahme der Arbeitslosen entgegenzuwirken.

- In den USA soll einmal über Steuererleichterungen das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöht und damit der Konsum angekurbelt werden. Zum anderen sollen Steuererleichterungen für Unternehmen dazu dienen, ihre Abgabenlast zu senken und so Unternehmen helfen, Auftragseinbrüche zu überstehen oder Mittel zur Tilgung von Schulden bzw. zur Verwendung von Investitionen freizusetzen.
- Ferner erhöht der Staat seine Ausgaben für Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur. Dadurch erhalten Bauunternehmen Aufträge, Arbeitsplätze werden gesichert oder entstehen neu. In Höhe der Investitionen entsteht wie bei Unternehmensinvestitionen auch Einkommen, das wiederum die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärkt und so einem noch tieferen Einbruch bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte entgegenwirkt. Ob allerdings das Ziel erreichbar ist, 3 Millionen Arbeitsplätze neu zu schaffen oder zu sichern, ist fraglich.
- In Japan enthält das umfangreiche Konjunkturprogramm zahlreiche Maßnahmen, die einzelnen benachteiligten Personengruppen zugute kommen sollen und auch dazu dienen, Bildung und Umwelttechnologien zu fördern. Während die zuerst genannten Maßnahmen nachfragewirksame Impulse haben können, dienen die zuletzt angeführten Maßnahmen eher der Stärkung der Angebotskräfte. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind für entwickelte Industriegesellschaften die wesentlichen Ressourcen zur Steigerung des Produktionspotenzials. Im Gegensatz zu den USA gibt es keine Steuererleichterungen und Infrastrukturmaßnahmen.
- Für Deutschland ist in M1c nur das 1. Konjunkturprogramm erwähnt, das vom SVR scharf als „ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen, das zwar den Eindruck vermitteln mag 'Wir tun was', ansonsten aber nur bedingt auf die Erhöhung des Potenzialwachstums bei gleichzeitigem konjunkturellen Impuls zielt“, kritisiert wurde. Die Verlängerung der Kurzarbeiterregelung hat sich positiv ausgewirkt. Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte vermieden werden. Die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Güter des Anlagevermögens zu 25 Prozent (auf 2 Jahre befristet) und die höhere steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen sollte zu Investitionen motivieren und damit über eine Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage positive konjunkturelle Impulse zeitigen. Die veränderte Abschreibungsmöglichkeit kann allerdings auch zu Mitnahmeeffekten bei längst geplanten Investitionen führen.

Ergänzung: Zusammenfassung des 2. Konjunkturprogramms vom 13.02.09 über 50 Mrd.

Maßnahmen	2009	2010	Insgesamt in Mrd.
Investitionen in die Infrastruktur, in Schulen etc. (Deutschlandfonds)	11,7	1,6	13,3
Senkung des Beitragsatzes der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf 14,9 Prozent (zum 01.07.2009)	3,0	6,0	9,0
Steuern: Erhöhung des Grundfreibetrags, Senkung des Eingangsteuersatzes und Tarifverschiebung	2,9	6,0	8,9
Investitionen des Bundes (z. B. in Bau und Erhalt von Bundesstraßen)	2,0	2,0	4,0
Übernahme von 50 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit durch die Bundesanstalt für Arbeit	1,0	1,1	2,1
Schulungsmaßnahmen für Arbeitslose (Bewerbungstraining, Weiterbildung, Umschulung)	0,7	1,3	2,0
Ausfallposten für Bundesgarantien über insgesamt 100 Milliarden Euro für Unternehmen mit Kreditproblemen	1,0	1,0	2,0
Einmaliger Kinderbonus von 100 Euro	1,8	0,0	1,8
Umweltpremie für mindestens 9 Jahre alte Autos („Abwrackprämie“)	1,5*	0,0	1,5
Stabilisierung des Arbeitslosenversicherungsbeitragssatzes bis Ende 2010 bei 2,8 Prozent (dafür Darlehen an die Bundesagentur für Arbeit)	0,0	1,0	1,0
Ausdehnung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand auf westdeutsche Bundesländer	0,5	0,4	0,9
Zusätzliche Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit	0,4	0,4	0,8
Erhöhung des Kinderregelsatzes ALG II-Empfänger von 60 auf 70 Prozent (zum 01.07.2009)	0,2	0,3	0,5
Innovationsförderung: Antriebstechnologien für Fahrzeuge (Hybridtechnik)	0,3	0,2	0,5
Zuschüsse zur Qualifizierung von Arbeitnehmern bei deren Wiedereinstellung in der Leiharbeit	0,2	0,2	0,4

## 2. Aufgabe

Bofinger betont in dem Interview die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur zu planen.

- Allerdings hält er den Vorschlag des damaligen Wirtschaftsministers, die Einkommensteuer dauerhaft um 10 Mrd. zu senken, für falsch, weil dadurch in jedem folgenden Jahr riesige Steuerverluste entstehen. Außerdem profitieren von einer Einkommensteuersenkung auch Bürger mit hohem Einkommen, die die Steuerentlastung aufgrund ihrer geringeren marginalen Konsumquote weniger für höhere Nachfrage, sondern für vermehrtes Sparen verwenden. Damit würde die gewünschte Steigerung der Nachfrage geringer ausfallen. Andererseits gehen Geringverdiener leer aus, weil sie keine Einkommensteuer zahlen. Deshalb plädiert er für Steuerschecks, die einmalig an die Bürger ausgegeben werden sollen. Sie würden stärker und schneller die Konsumgüternachfrage stimulieren

und auch sozial ausgewogener sein. Er setzt dabei auf die Auslösung eines expansiven kumulativen Prozesses.

- Als anderen Weg für eine dauerhafte Entlastung der Arbeitnehmer schlägt Bofinger eine Senkung der Sozialabgaben bei konstantem Arbeitgeberanteil vor. So hätten die Arbeitnehmer ein höheres verfügbares Einkommen. Bundeszuschüsse sollten die Mindereinnahmen der Sozialkassen ausgleichen.
- Bofinger schließt sich zudem dem Vorschlag des Bundesverbandes der deutschen Industrie an, zur Stärkung des Wachstumspotenzials die Infrastruktur zu verbessern und in Bildung Wissenschaft und Forschung zu investieren.

### 3. Aufgabe

Straubhaar spricht sich in seinem Beitrag von Anfang 2008 klar gegen eine expansive Geldpolitik der Notenbank und gegen Konjunkturprogramme aus, wie sie zu dieser Zeit bereits in den USA beschlossen waren und in vielen anderen Ländern in Europa von Politikern und Ökonomen befürwortet wurden. Für ihn haben sie nur einen geringen kurzfristigen positiven Effekt, beim Bemühen das Abgleiten in eine Rezession zu verhindern. Es überwiegen nach seiner Ansicht bei weitem die negativen langfristigen Auswirkungen einer solchen keynesianischen Politik. Denn das in die Wirtschaft gepumpte Geld sei die Saat für die nächste Blase. Die weltweite Finanzmarktkrise 2007 und Folgejahre führt er ursächlich genau auf diese falsche Geld- und Fiskalpolitik in den USA nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 zurück. Aus diesen Fehlern wurde nichts gelernt. Die Folgen der falschen Konjunkturpolitik werden sein: steigende Inflationserwartungen, Flucht in die Sachwerte (Gold- und Rohstoffpreise steigen), das Platzen der nächsten Blase.

In klarer angebotspolitischer Manier fordert er statt der falschen Nachfragepolitik eine Stärkung der Angebotsseite

- durch attraktive Rahmenbedingungen, also beispielsweise niedrige Unternehmenssteuern, niedrige Sozialabgaben, Abbau von Bürokratie,
- funktionierende Märkte, also Abbau von staatlichen Regulierungen, Privatisierung von staatlichen Unternehmen,
- griffige Wettbewerbsregeln, die den Wettbewerb auf den Märkten schützen sollen und Marktmacht verhindern. Größe tendiert zu Macht und Monopol zu Lasten der Allgemeinheit,
- einen starken Staat, der sich auf seine unverzichtbaren Kernfunktionen zurückzieht, also z. B. auf Rechtsschutz, Sicherheit, Konzentration der Sozialleistungen auf wirklich Bedürftige,
- sowie auf eine Geldpolitik, die sich auf die Sicherung der Geldwertstabilität beschränkt und nicht konjunkturpolitische Ziele verfolgt.

#### Anmerkung:

Straubhaar hat im Verlauf der Krise seine Ansichten geändert und kurzfristig wirkende Konjunkturprogramme befürwortet, als er erkannte, dass die realwirtschaftliche Krise durch einen drastischen Einbruch auf der Nachfrageseite verursacht wurde, vgl. z. B. <http://www.sueddeutsche.de/finanzen/145/462759/text/> oder [http://www.hwwi.org/HWWI\\_Update\\_Einzelan.5769.0.html?tx\\_wilpubdb\\_pi1\[singleView\]=1&tx\\_wilpubdb\\_pi1\[publication\\_id\]=1867&tx\\_wilpubdb\\_pi1\[back\]=5770&cHash=87dfb2f554](http://www.hwwi.org/HWWI_Update_Einzelan.5769.0.html?tx_wilpubdb_pi1[singleView]=1&tx_wilpubdb_pi1[publication_id]=1867&tx_wilpubdb_pi1[back]=5770&cHash=87dfb2f554)

#### 4. Aufgabe

**Anmerkung:**

Wenn Schülerinnen und Schüler bei der Bearbeitung der Aufgabe auf Kenntnisse aus dem Kapitel 2 bis 5 zurückgreifen können, wird die Bearbeitung der Aufgabe tiefgründiger sein, als wenn sie mit dem Kapitel 6 einsteigen. Sie könnten differenziert argumentieren, ob Konjunkturprogramme sinnvoll sind oder nicht, was von der wirtschaftlichen Ausgangssituation abhängt. Konjunkturelle Schwächephasen können ihre Ursache auf der Angebots- und/oder Nachfrageseite haben. Liegen die Ursachen auf der Angebotsseite, schaden Konjunkturprogramme eher als das sie nützen, weil sie die Ursachen für die Schwächephase nicht bekämpfen, sondern zementieren. Beispielsweise lagen die Ursachen für die Stagnation in den Jahren 2001 bis 2004 weitgehend auf der Seite der Angebotsfaktoren. Ganz anders ist die Situation in der Krise der Realwirtschaft ab 2008 zu beurteilen. Hier gab es einen Schock auf der Nachfrageseite.

Von der Situation eines Nachfrageschocks ausgehend können für das Für und Wider folgende Argumente angeführt werden:

- Für: Ohne staatliche Konjunkturprogramme besteht die Gefahr eines kontraktiven kumulativen Prozesses, der mit hoher Arbeitslosigkeit, Unternehmenszusammenbrüchen, staatlichen Mindereinnahmen durch Steuern und Abgaben und höheren Transferzahlungen verbunden ist. Konjunkturprogramme können die Abwärtsspirale bremsen und die Krise verkürzen. Aufgenommene Kredite können im Aufschwung zurückgezahlt werden.
- Wider: Wenn nicht im Sinne einer antizyklischen Politik Rücklagen gebildet worden sind, führt die Finanzierung der Konjunkturprogramme zu einer zusätzlichen Staatsverschuldung, die zukünftige Haushalte mit Tilgung und Zinsen belasten. Dadurch wird der Gestaltungsspielraum des Staates eingeschränkt. Antizyklische Politik funktioniert nicht, weil die Regierungen in konjunkturell guten Zeiten keine Rücklagen bilden, sondern durch neue Ausgabenprogramme um die Wählergunst buhlen. So ist die Staatsverschuldung in Deutschland seit den 50er Jahren permanent angestiegen.

### 1. Aufgabe

Das Eigennutzstreben ist die Triebfeder, die den Einzelnen dazu veranlasst, nach den ertragsreichsten Anlagemöglichkeiten für sein Kapital zu suchen. Indem er so handelt, fördert er völlig unbewusst das Gesamtwohl. Das Volkseinkommen wächst so beständig. Immer wieder betont Smith, dass das Gewinnstreben ganz von selbst das Allgemeinwohl fördert, wie von einer unsichtbaren Hand geleitet. Es besteht also von vornherein eine unbeabsichtigte (prästabilisierte) Harmonie zwischen Eigennutz und Gemeinnutz. Damit die unsichtbare Hand ihr Werk zum Wohle der Menschheit tun kann, ist das System der natürlichen Freiheit notwendig, d. h. ein System, in welchem der Staat den Menschen freie Hand lässt bei ihren wirtschaftlichen Betätigungen und nicht durch Begünstigungen (Subventionen) oder Verbote und Gebote den Gewerbetleiß in eine bestimmte Verwendungsweise lenken will. Der Staat hat sich also aus dem Wirtschaftsprozess herauszuhalten, weil er gar nicht fähig ist zu wissen, wo das knappe Kapital und der Fleiß der Menschen für die Gesellschaft den höchsten Ertrag erbringen könnten.

### 2. Aufgabe

Wenn der von Smith erwähnte Bäcker hervorragende Brötchen backt, wird er viele Kunden gewinnen, die sich jeden Morgen auf seine Brötchen freuen. Wahrscheinlich muss er einen weiteren Bäcker einstellen, um der Nachfrage nachzukommen. Sein Gewinn steigt durch seinen Verkaufserfolg und gleichzeitig hat er einen neuen Arbeitsplatz geschaffen und seine Kunden sind glücklich. Sein Eigennutz dient also dem Allgemeinwohl. Wenn der Bäcker, um seine Kosten zu senken, seinen Gesellen entlässt und dafür Kinder arbeiten lässt, die einen ganz geringen Lohn bekommen und 12 Stunden arbeiten müssen, dann steigt zwar der Gewinn des Bäckers, aber nicht das Allgemeinwohl, weil die Kinder in ihrer Gesundheit gefährdet werden und nicht zur Schule gehen können, sie werden eben ausgebeutet.

### 3. Aufgabe

Für Smith hat der Staat nur drei Aufgaben zu erfüllen:

- den Schutz nach außen vor Angriffen anderer Staaten,
- den Schutz nach innen durch ein zuverlässiges Justizwesen
- Gründung und Unterhalt öffentlicher Einrichtungen, die für die Allgemeinheit wichtig, aber für den einzelnen nicht rentabel sind, wie z. B. Schulen, Straßen, Kanäle etc.

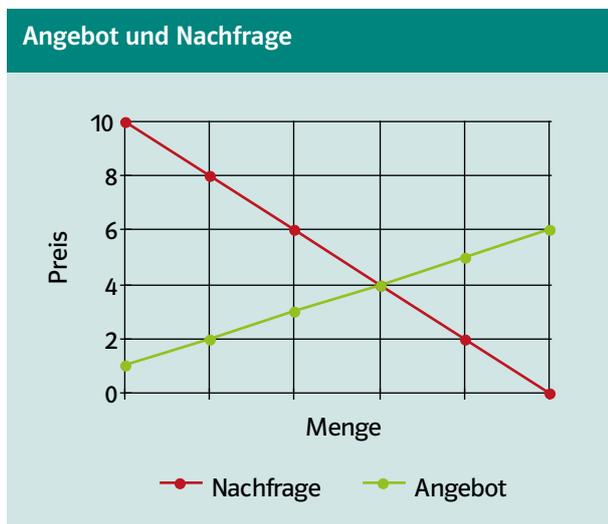
Die Reduktion der Aufgaben des Staates auf diese Funktionen hat später Ferdinand Lassalle vom Nachtwächterstaat sprechen lassen.

## 1. Aufgabe

Das Neutralitätspostulat der Klassiker ist eine Reaktion auf den absolutistischen Staat und dessen durch Interventionismus und Dirigismus geprägte wirtschaftspolitische Praxis, die später als Merkantilismus bezeichnet wurde. Die Reglementierung der wirtschaftlichen Aktivitäten durch den Staat hatte die Erhöhung der Einnahmen der absolutistischen Herrscher zum obersten Ziel. Durch ein Sammelsurium von Maßnahmen, die von Land zu Land recht unterschiedlich waren, sollte dieses Ziel erreicht werden, beispielsweise durch die Erhebung von Schutzzöllen auf importierte Waren, durch die Förderung des Exports und der heimischen Produktion sowie durch die Errichtung staatlicher Manufakturen. Adam Smith' Werk "An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" ist in vielen Teilen eine Attacke gegen den Merkantilismus. So ist sein "System der natürlichen Freiheit" (vgl. M 4) ein frontaler Angriff gegen die Reglementierungen durch den absolutistischen Staat. Ebenso ist sein Plädoyer für den Freihandel eine Attacke gegen die Schutzzollpolitik seiner Zeit. Um die individuelle Freiheit und wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten des Bürgertums und den Wohlstand der Nation zu befördern, soll sich nach Smith der Staat aus dem wirtschaftlichen Geschehen heraushalten und sich auf seine Grundfunktionen zurückziehen. Eingriffe des Staates in die Wirtschaft würden das freie Spiel der Marktkräfte, das aus sich heraus über die unsichtbare Hand zu einem Optimum tendiert, nur stören.

## 2. Aufgabe

Der Markt ist das Informations- und Koordinationssystem der Marktwirtschaft. Durch ihn werden die vielen unterschiedlichen einzelwirtschaftlichen Pläne von Anbietern und Nachfragern koordiniert. Obwohl die Preisvorstellungen und Angebotsmengen der Anbieter mit den Vorstellungen der Nachfrager zunächst nicht übereinstimmen werden, kommt es durch ständige gegenläufige Reaktionen von Anbietern und Nachfragern schließlich zu einer Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage, zu einem Gleichgewicht.



Im Schaubild stimmen im Schnittpunkt die Pläne der Anbieter und Nachfrager überein. Es wäre ein Marktgleichgewicht. Bei einem höheren Preis existiert ein Überschussangebot, bei einem niedrigeren Preis eine Angebotslücke bzw. eine Überschussnachfrage. Dieser Marktpreismechanismus wird für alle Güter- und Faktormärkte als gültig angenommen. Ohne jede zentrale Steuerung wird durch die „unsichtbare Hand“ des Marktes bestimmt, was in welcher Menge mit welchem Einsatz von Produktionsfaktoren produziert wird.

### 3. Aufgabe

Nach dem Say'schen Theorem schafft sich jedes zusätzliche Angebot eine zusätzliche Nachfrage. Wer am Markt ein Gut anbietet, will Einkommen erzielen und damit selbst irgendwelche anderen Güter kaufen. Daher kann es, abgesehen von Störungen, die von außen kommen, keine Krisen geben. Zwar kann auf einzelnen Teilmärkten vorübergehend ein Ungleichgewicht existieren aufgrund von Nachfrageverschiebungen, dafür verlagert sich die Nachfrage auf ein anderes Produkt. Dort werden mehr Arbeitskräfte benötigt, so dass freigesetzte Arbeitskräfte wieder Arbeit finden. Auf diese Weise tendiert die Volkswirtschaft immer zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung.

### 4. Aufgabe

Für die Klassiker sind die Höhe des Sparens und die Höhe der Investitionen vom Zinssatz abhängig. Bei fallendem Zinssatz wird weniger gespart und mehr investiert, weil Kredite billiger werden und umgekehrt.

Wie bei Produktmärkten regelt also der Zinssatz auf dem Kapitalmarkt Nachfrage und Angebot. Wird mehr gespart, fallen die Zinsen. Der Nachfrageausfall, der durch das Sparen entsteht, wird nun dadurch ausgeglichen, dass mehr Kredite für Investitionen nachgefragt werden. Dadurch stimmen gesamtwirtschaftliches Angebot und gesamtwirtschaftliche Nachfrage bei Vollbeschäftigung wieder überein.

Steigt die Nachfrage nach Krediten für Investitionen, steigt der Zinssatz, der wiederum zu höherem Sparen und damit zu geringerer Nachfrage nach Konsumgütern führt. Es werden Produktionsfaktoren für die Investitionsgüterindustrie freigesetzt, also entsteht keine gesamtwirtschaftliche inflatorische Angebotslücke.

### 5. Aufgabe

Es besteht eine prästabilisierte Harmonie zwischen Eigennutz und Gemeinnutz.

Das Gewinnstreben bewirkt zwangsläufig eine Steigerung des Volkseinkommens. Es bedarf nicht der lenkenden Hand des Staates, weil eine unsichtbare Hand trotz Eigennutzstreben das Wohl der Gesellschaft fördert.

Dazu ist ein System der natürlichen Freiheit notwendig, Begünstigungen und Beschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität durch staatliche Instanzen müssen abgeschafft werden.

Der Markt ist das Koordinationssystem, das die gegenläufigen Reaktionen von Anbietern und Nachfragern aufeinander abstimmt, führt zu einem Marktgleichgewicht, bei dem Anbieter und Nachfrager ihre Pläne realisieren können. Die Höhe des Marktpreises informiert über die Knappheit des betreffenden Gutes.

Der Marktpreismechanismus gilt nicht nur für Gütermärkte, sondern auch für alle Faktormärkte (Arbeitsmarkt, Kapitalmarkt). Dadurch wird ebenfalls die Einkommensverteilung geregelt.

Eine durch die allseitige Wirkungsweise des Marktmechanismus bestimmte Volkswirtschaft führt zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung.

Dauerhafte Krisen sind ausgeschlossen, wenn eine Volkswirtschaft sich selbst überlassen wird, weil jedes zusätzliche Angebot seine eigene Nachfrage schafft.

Ungleichgewichte entstehen durch exogene Einflüsse, z. B. durch Eingriffe des Staates. Für den Staat soll das Neutralitätsprinzip gelten, d. h. er hat alles zu unterlassen, was das freie Spiel der Marktkräfte stören könnte.

Der Staat soll sich darauf beschränken, das Volk gegen Gewalttätigkeit von innen und außen zu schützen, für eine unparteiische Rechtspflege zu sorgen und solche notwendigen Einrichtungen zu schaffen, die für die Gesellschaft vorteilhaft sind, aber keinen Profit abwerfen.

Um Störungen durch den Staat zu vermeiden, soll er seine Einnahmen und Ausgaben minimieren und für einen ausgeglichenen Haushalt sorgen.

## 6. Aufgabe

Vgl. die Ausführungen zu Aufgabe 3

## 7. Aufgabe

Ideologien bestehen aus einem mehr oder weniger geschlossenen System von Überzeugungen, Begriffen, Aussagen und Konzeptionen mit wissenschaftlichem Anspruch, die der Durchsetzung und Rechtfertigung von Interessen dienen. Um die Interessenbezogenheit zu verschleiern, berufen sich Ideologien darauf, das Allgemeinwohl zu fördern.

Der Liberalismus forderte die Beseitigung aller Schranken und Privilegien des Feudal-systems, die die Selbstentfaltung des Individuums behinderten. Der Staat sollte sich darauf beschränken, die politische Freiheit und die ungehinderte wirtschaftliche Betätigung der Bürger zu garantieren. Adam Smith wendet sich in seinem Werk "An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" gegen die Diskriminierungen des Bürgertums durch die Vorrechte des Adels und die staatlichen Reglementierungen im Merkantilismus, die eine freie wirtschaftliche Entfaltung des aufstrebenden Bürgertums stark behinderten. Es geht also um die Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen des Bürgertums gegen die Bevormundung durch das absolutistische Herrschaftssystem. Das wird deutlich in seinen Aussagen, in denen er das System der natürlichen Freiheit beschreibt und deutlich macht, dass ein Herrscher/Staat niemals die Weisheit und Kenntnis hätte, die wirtschaftliche Tätigkeit so zu überwachen und zu lenken, wie es für das Land am nützlichsten wäre. Aber wenn jeder Einzelne in Verfolgung seines Nutzens sein Kapital dort einsetzt, wo es für ihn am ertragsreichsten ist, hat das auch für das ganze Land den größten Nutzen. Lässt man den Bürgern also freie Hand bei ihren wirtschaftlichen Aktivitäten, so wird, wie von einer unsichtbaren Hand geleitet, gleichzeitig das Gesamtwohl gefördert. Hier ist ein typisches Merkmal von Ideologien ganz offensichtlich, nämlich die Berufung auf das Gemeinwohl bei der Rechtfertigung der Forderung nach völliger wirtschaftlicher Freiheit. Beispiele, die zeigen könnten, dass der Eigennutz sehr wohl das Gemeinwohl schädigen kann (Ausbeutung, Umweltschäden) fehlen.

Als „revolutionäre Ideologie des Bürgertums“ kann man die Lehren von Smith deshalb bezeichnen, weil sie eine Umwälzung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen gerechtfertigt und bewirkt hat.

## 8. Aufgabe

Die Klassiker behaupten, dass eine sich selbst überlassene Volkswirtschaft ohne staatliche Eingriffe zu einem Gleichgewicht mit Vollbeschäftigung tendiere. Lediglich exogene Schocks würden dieses Gleichgewicht stören. Keynes hat nachgewiesen, dass es auch gesamtwirtschaftliche Gleichgewichte geben kann, die mit starker Unterbeschäftigung einhergehen. Die 1929 ausgelöste Weltwirtschaftskrise wird häufig als empirische Widerlegung der klassischen Theorie angesehen. Schaut man sich einzelne Theorieteile an, auf denen das Vollbeschäftigungstheorem beruht, sieht man deren Zeitbezogenheit. Die Klassiker gingen davon aus, dass Geld neutral sei, nur als ein Schleier über der realen Wirtschaft liege, weil Geld nur als Tauschmittel und Rechen-einheit fungiere. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für das Saysche Theorem. Die Wertaufbewahrungsfunktion wurde als irrational negiert. Vor dem historischen Kontext war diese Annahme weitgehend zutreffend, wenn vom Horten abgesehen wurde. Der überwiegende Teil der Bevölkerung lebte zu der Zeit noch auf dem Lande, in Deutschland waren es noch 80 Prozent. Banken waren diesen Bevölkerungsteilen völlig fremd. Erst 1778 wurde die erste Sparkasse in Hamburg gegründet, um ärmeren Bevölkerungsschichten in den Städten die Möglichkeit zu eröffnen, eine sichere und verzinsliche Rücklage für Krankheit, Alter etc. zu bilden. Genossenschaftsbanken sind in Deutschland erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts durch Raiffeisen und Schulze-

Delitzsch gegründet worden. Es existierten an Edelmetall gebundene Währungen. Sparen weiter Bevölkerungsschichten war aufgrund der niedrigen Einkommen in nennenswertem Umfang nicht möglich.

Die völlig veränderte Situation in Bezug auf die oben skizzierten Merkmale sowie die Dominanz von Buchgeld, den unbaren Zahlungsverkehr und viele andere Faktoren, haben dazu geführt, dass die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes heute eine große Rolle im Wirtschaftsprozess spielt und innerhalb der ökonomischen Theoriebildung ein wesentliches Element geworden ist.

Im Gegensatz zu den naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, auf denen z. B. Ebbe und Flut beruht, ist es offensichtlich bei sozialwissenschaftlichen Theorien so, dass sie eher zeitbedingt sind. Ändern sich wirtschaftliche und gesellschaftliche Gegebenheiten, können solche Theorien ihren Erklärungswert verlieren. Das schließt nicht aus, dass einzelne Elemente eine gewisse Gültigkeit unabhängig vom historischen Kontext haben können, wie beispielsweise die Gesetze von Angebot und Nachfrage.

**Anmerkung:**

Bohrt man wissenschaftstheoretisch tiefer, geht es um die Frage, ob es – wie in der Natur – im gesellschaftlichen Bereich überhaupt Invarianzen geben kann, die durch Theorien erklärt werden können. Dazu gibt es in der wissenschaftstheoretischen Diskussion unterschiedliche Positionen. Es geht bei der Bearbeitung der Aufgabe nicht um die Diskussion zur Verifizierung oder Falsifizierung von Theorien.

**9. Aufgabe**

Die Intention des Karikaturisten besteht darin, die Selbstheilungskräfte des Marktes, wie sie in der klassischen Lehre angenommen werden, angesichts von Massenarbeitslosigkeit zu hinterfragen. Allerdings ist der Arbeitsmarkt dafür ein schlechtes Beispiel, weil er durch die Tarifvertragsparteien und staatliche Eingriffe von einem freien Markt weit entfernt ist.

### 1. Aufgabe

Nach den Annahmen der Klassiker konnte es lang anhaltende Krisen nicht geben, weil sich jedes Angebot seine Nachfrage schafft. Wenn Arbeitskräfte entlassen werden, so steigt das Arbeitskraftangebot auf den Arbeitsmärkten, die Löhne werden fallen und es wird daher für Unternehmen wieder rentabel, Arbeitskräfte einzustellen. Ist auf Gütermärkten ein Überschussangebot vorhanden, werden die Preise sinken und die Güter daher nachgefragt. So sorgt die unsichtbare Hand des Marktes für ein neues Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung.

In der Weltwirtschaftskrise fielen die Löhne in den USA und in vielen anderen Ländern. In Deutschland wurden selbst beim Staat durch die Brüning'schen Notverordnungen die Einkommen von Beamten, Angestellten und Arbeitern drastisch gesenkt. Die Arbeitslosigkeit stieg auf 25 Prozent in Deutschland, in den USA auf 33 Prozent. Die Unternehmen konnten ihre Waren trotz sinkender Preise nicht absetzen, weil die Einkommen immer weiter sanken. Diese Entwicklung zog sich über Jahre hin. Ein neues Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung, wie es die Klassiker lehrten, erwies sich als Illusion. Unternehmen produzieren nicht, wenn sie ihre Waren nicht absetzen können, weil das Einkommen der Massen zu stark gesunken ist.

Nicht das Angebot, sondern die Nachfrage ist also im Vorlauf. Steigt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, so werden die Unternehmen auch wieder mehr produzieren. Also gilt es nach Keynes, in der Krise die Nachfrage zu steigern. Heute ist das eine so simpel erscheinende Einsicht, damals handelte es sich um eine Revolution im ökonomischen Denken.

### 2. Aufgabe

Durch die Wirtschaftskrise sank das Volkseinkommen extrem. In Deutschland sank es im Zeitraum von 1929 bis 1932 um fast 40 Prozent. Damit gingen die Steuereinnahmen des Staates ebenfalls zurück. Entsprechend der damaligen finanzpolitischen Doktrin passte die Reichsregierung ihre Ausgaben den sinkenden Einnahmen an. Sie verhielt sich prozyklisch. Eine solche sich am Konjunkturverlauf orientierende Finanzpolitik wird als Parallelpolitik oder abschätzig im angelsächsischen als „fiscal perversity“ bezeichnet, weil durch eine Verringerung der Staatsausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt und dadurch die Krise noch verstärkt wird. Die Regierung sah es also nicht als ihre Aufgabe an, eine aktive Konjunkturpolitik unter Hin- nahme von Haushaltsdefiziten zu betreiben.

### 3. Aufgabe

Aus M9 wird deutlich, dass im Zeitraum von 1929 bis 1932 das Volkseinkommen um runde 40 Prozent sank. Der Prozess verlief nicht kontinuierlich, sondern steigerte sich von 1929 bis 1931. So fiel von 1930 bis 1931 das Volkseinkommen um mehr als 18 Prozent, während es von 29 bis 30 nur um 7,5 Prozent gefallen war. Die Staatsausgaben gingen ebenfalls Jahr für Jahr zurück und fielen im gesamten Zeitraum um rund 30 Prozent, wobei der starke Rückgang von 1930 zu 1931 mit 16,7 Prozent korrespondiert mit dem Rückgang des Volkseinkommens in diesem Jahr. Zwar sanken die Staatsausgaben insgesamt nicht im gleichen Maße wie das Volkseinkommen, aber sowohl die jährlichen Veränderungen der Ausgaben als auch die Gesamtentwicklung der Staatsausgaben über den Analysezeitraum hinweg verliefen parallel zur Konjunktur- entwicklung.

#### 4. Aufgabe

Wenn der Staat in einer Rezession/Krise seine Ausgaben für die Gehälter der bei ihm Beschäftigten so stark kürzt, wie dies die Reichsregierung tat, bewirkt der negative Einkommenseffekt eine sinkende Konsumgüternachfrage und damit einen weiteren Rückgang des Volkseinkommens, weil weniger Konsumgüter produziert werden und Arbeitnehmer entlassen werden. Das gesunkene Volkseinkommen führt wiederum zu geringer Konsumgüternachfrage und als Folge zu einem weiteren Rückgang des Volkseinkommens. Dieser Prozess setzt sich in den nächsten Perioden fort. Da die marginale Konsumquote, von der die Stärke der Multiplikatorwirkung abhängig ist, zur damaligen Zeit wahrscheinlich hoch gewesen ist, hat sich die negative Multiplikatorwirkung der Sparmaßnahmen stark auf die Höhe des Volkseinkommens ausgewirkt. Hinzu kommt, dass durch jede neue Senkung der Einkommen durch die vier Notverordnungen sich kumulierende negative Multiplikatorwirkungen ergaben. Diese Parallelpolitik Brüning's hat die Krise, wie sie sich u. a. im Rückgang des Volkseinkommens manifestiert, noch verstärkt.

#### 5. Aufgabe

Hier werden nur einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede angeführt.

##### Gemeinsamkeiten:

- Beide Krisen hatten ihren Ausgangspunkt in den USA und breiteten sich weltweit aus.
- Beide Krisen haben ferner gemeinsam, dass kreditfinanzierte Spekulationsgeschäfte die Ursache für das Platzen der Blase waren. 1929 waren es Spekulationsgeschäfte mit Aktien, 2007 ff. waren es Immobilienspekulationen im Zusammenwirken mit der Verbriefung der Subprime-Kredite in dubiosen Schuldverschreibungen.
- Beide Krisen führten zu enormen Vermögensverlusten.
- Beide Krisen waren zunächst Finanzmarktkrisen, bevor sie sich auf die Realwirtschaft auswirkten.

##### Unterschiede:

- 1929 verknappte die Fed das Zentralbankgeldvolumen mit der Folge, dass rund 50 Prozent der Banken (11 000 von 25 000) in den USA Konkurs gingen.
- 2007 ff. hat die Fed die Leitzinsen auf 0,25 bis 0 Prozent gesenkt und den Banken Liquidität in sehr großem Umfang zur Verfügung gestellt. Ebenso haben die EZB und viele andere Zentralbanken gehandelt.
- 1929 haben viele Regierungen durch Sparmaßnahmen die Krise verstärkt, Ausnahme Schweden und USA unter Roosevelt.
- 2007 ff. haben die Regierungen weltweit durch Milliardenkredite, Teilverstaatlichung und Verstaatlichung den Konkurs von für die Volkswirtschaft bedeutenden Banken verhindert (Ausnahme Lehman Brothers) und durch umfangreiche Konjunkturprogramme einem katastrophalen Absturz des BIP entgegengewirkt, so dass der Tiefpunkt der Krise relativ schnell überwunden werden konnte.
- 1929 versuchten viele Länder durch eine Schutzzollpolitik die heimische Wirtschaft zu stärken, so dass der freie Warenaustausch stark behindert wurde.
- 2007 ff. versuchten die Regierungen, ihre Maßnahmen aufeinander abzustimmen. Der Freihandel wurde nicht eingeschränkt.

### 1. Aufgabe

Keynes geht von einem „Zustand der finanziellen Bedrängnis“ aus. Darunter versteht er, dass Einzelpersonen oder auch der Staat zu geringe Einnahmen haben, um ihre bisherigen Bedürfnisse und Verpflichtungen finanzieren zu können und Probleme haben, Kredite zu bekommen. Sie werden daher ihre Nachfrage einschränken und andere, die noch in einer besseren Situation sind, werden dem Beispiel folgen. Daraus resultiert, dass Unternehmen die Preise für ihre Produkte senken werden, Gewinneinbußen oder Verluste hinnehmen müssen und ihre Produktion einschränken, was wiederum zu einem Einkommensrückgang führt. Es entsteht also ein kontraktiver kumulativer Prozess, der sich aus sich selbst „ernährt“.

Keynes greift zwei falsche Maßnahmen an, die traditionell in einer solchen Situation empfohlen werden; 1. Produktionseinschränkungen, um sich dem Rückgang der Nachfrage anzupassen und 2. entsprechend dem Rückgang der Preise die Löhne zu senken.

Keynes hält diese Vorgehensweise für falsch, weil dadurch das Volkseinkommen und die Nachfrage verringert werden und der oben beschriebene kontraktive Multiplikatorprozess noch verstärkt wird.

### 2. Aufgabe

Für Keynes gibt es nur ein wirksames Hilfsmittel, nämlich die Nachfrage zu steigern. Wenn die Krise bereits weit fortgeschritten ist, muss der Staat durch planmäßigen Mehraufwand zusätzliche Nachfrage und damit Einkommen schaffen. Vergibt der Staat zusätzliche Aufträge an Unternehmen, z. B. Straßen, Schulen, Eisenbahnstrecken zu bauen, werden zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht. Es entsteht Einkommen, das wiederum nachfragewirksam wird. Dadurch können expansive Multiplikatorprozesse ausgelöst werden.

Zur Finanzierung der zusätzlichen Nachfrage ist es notwendig, dass in hinreichendem Maße Kredite zu günstigen Bedingungen gewährt werden. Eine expansive Geldpolitik ist also eine wesentliche Voraussetzung.

### 3. Aufgabe

#### Anmerkung:

Aus technischen Gründen kann der Teil der Aufgabe, bei dem die Wendeltreppe verwendet werden soll, nicht dargestellt werden.

Franklin Delano Roosevelt hat sich in Schweden über das neue Vorgehen der Regierung informiert, seine konjunkturpolitischen Maßnahmen des New Deal sind dadurch wesentlich inspiriert worden.

Die Entwicklung des Volkseinkommens in Schweden zeigt von 1930 bis 1932 einen starken Rückgang um rund 17 Prozent. 1933 stagniert das Volkseinkommen, danach steigt es kontinuierlich und übertrifft 1935 den Wert von 1929. 1936 ist es um rund 11 Prozent höher als 1929. Die Krise ist damit überwunden.

Ganz anders als in Deutschland hat sich die Regierung in Schweden verhalten. Sie hat in der Krise Jahr für Jahr die Ausgaben gesteigert, von 1929 bis 1934 um rund 73 Prozent. Ab 1935 hat sie die Ausgaben wieder zurückgefahren. Allerdings fällt auf, dass die Ausgaben nicht wieder auf das Ausgangsniveau von 1929 zurückgehen. Während 1929 der Anteil der Staatsausgaben am Volkseinkommen 9,2 Prozent betrug, stieg er bis 1933 auf 15,3 Prozent und fiel danach bis 1936 auf 12,3 Prozent. Gegenüber 1929 hat sich also die Staatsquote um rund 3 Prozent erhöht.

Das Vorgehen der schwedischen Regierung ist das erste Beispiel für eine antizyklische Politik. In den Jahren der Krise hat sie ihre Ausgaben erhöht und durch Verschuldung finanziert, um die Ausgaben im Aufschwung wieder zu drosseln. Diese gegenläufige Bewegung von wirtschaftlicher Entwicklung und Staatsausgaben wird in der Abbildung erkennbar.

Im Sinne Keynes hat die Regierung die Kugeln also wieder ins Rollen gebracht und dadurch einen expansiven Multiplikatorprozess ausgelöst. Die zusätzlichen Ausgaben des Staates haben zu mehr Beschäftigung, höheren Einkommen, höherer Nachfrage etc. geführt. Wichtig ist auch, dass die Erhöhung nicht einmalig, sondern über einen längeren Zeitraum durchgehalten wurde, sonst wäre die Wirkung wieder verpufft.



## 1. Aufgabe

- Keynes bestreitet, dass die unsichtbare Hand des Marktes bei flexiblen Löhnen automatisch zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung führt. Dagegen sprachen einmal empirische Befunde, wie beispielsweise die Weltwirtschaftskrise mit lang anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Der Annahme der Klassiker, dass Unternehmer investieren und produzieren werden, wenn die Löhne nur genügend sinken, stellt er die These gegenüber, dass Unternehmer nur investieren und produzieren, wenn eine entsprechende Nachfrage vorhanden ist, sie ihre Waren gewinnbringend absetzen können. Bei sinkenden Löhnen verringert sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Daher werden Unternehmen ihre Produktion verringern, sich den gesunkenen Absatzmöglichkeiten anpassen. Es besteht also kein Vollbeschäftigungsautomatismus.
- Investitionen sind nach Keynes von der Höhe des Kapitalmarktzinssatzes und der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals abhängig. Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist ein komplexes Konstrukt, das von den erwarteten Nettoerlösen und den Anschaffungskosten der Investition abhängt. Wenn in Krisenzeiten die Absatzerwartungen pessimistisch beurteilt werden, sinken die erwarteten Nettoerlöse rapide und damit auch die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, die Investitionsneigung sinkt. Trotz niedriger Zinsen wird also nicht investiert, weil die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals noch geringer ist als der Marktzinssatz.
- Weil alle anderen inländischen Aggregate (C, I) der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in der Krise ihre Nachfrage verringern und bei einer weltweiten Krise auch vom Export keine Impulse ausgehen können, bleibt nur die Generierung zusätzlicher Nachfrage durch den Staat übrig, um die Krise zu bekämpfen. Er kann unabhängig von Rentabilitätsüberlegungen durch Kreditfinanzierung zusätzliche Investitionen veranlassen, die Arbeit und Einkommen schaffen und durch diese expansiven Impulse auch private Investitionen induzieren, so dass ein sich selbsttragender Aufschwung entsteht.

## 2. Aufgabe

	Klassiker	Keynes
<b>Krisenerklärung</b>	Krisen haben exogene Ursachen, denn die unsichtbare Hand des Marktes führt zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung aufgrund des Say'schen Theorems	Es existieren Gleichgewichte bei Unterbeschäftigung, also eine deflatorische Lücke. Krisen haben ihre Ursache in einer zu geringen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Dadurch reduzieren Unternehmen ihre Produktion mit der Folge von Massenarbeitslosigkeit
<b>Krisenbewältigung</b>	Senkung der Preise durch eine entsprechende Lohnsenkung	Schaffung zusätzlicher Nachfrage durch den Staat durch kreditfinanzierte Investitionen

Der Staat soll nach Keynes aktiv in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen, um konjunkturelle Schwankungen durch eine antizyklische Politik auszugleichen und ein stetiges Wachstum zu sichern. Die Kreditaufnahme in der Krise soll im Aufschwung bei höheren Steuereinnahmen wieder getilgt werden.

### 3. Aufgabe

Die herrschende Lehre in der Volkswirtschaftslehre baute bis zu Keynes auf den Klassikern auf. Gerade im angelsächsischen Bereich war ein imponierendes Lehrgebäude auf dieser Grundlage unter Verwendung mathematischer Methoden entwickelt worden. Es existierten freilich auch andere Ansätze, so die historische Schule in Deutschland oder die Theorie zur kapitalistischen Entwicklung von Marx, die zwar auch auf klassischen Annahmen aufbaute, aber mit der Arbeitswertlehre und den Krisenerklärungen ganz andere Wege ging. Sie konnten aber nicht das vorherrschende klassische Paradigma ablösen.

Keynes revolutionäre Leistung bestand darin, die herrschende Lehre vom Thron zu stoßen. Er ist der Begründer der makroökonomischen Theorie, dem Denken in gesamtwirtschaftlichen Kategorien, die heute wesentlicher Bestandteil jedes wirtschaftswissenschaftlichen Studiums ist. Auf dieser Grundlage ist ebenfalls ein umfassendes theoretisches Gebäude entwickelt worden.

Als revolutionär ist aber in der Breitenwirkung seine wirtschaftspolitische Konzeption empfunden worden, die einen völligen Paradigmenwechsel darstellte. Das Ergebnis seiner Analysen, dass die Ursache von Krisen eine Folge unzureichender Nachfrage sei und gleichgewichtige Zustände auch bei Unterbeschäftigung existieren können, stellte die Erklärungen und Annahmen der Klassiker auf den Kopf. Das galt noch mehr für seine konjunkturpolitischen Empfehlungen, der Rolle, die er dem Staat zuwies. Verhalte sich der Staat nach dem Neutralitätspostulat der Klassiker, so verschärfe er die Krise. Der Staat müsse im Gegenteil durch zusätzliche Nachfrage auch unter Hinnahme von Schulden Krisen entgegenwirken.

### 4. Aufgabe

Hier könnten aktuelle Regierungserklärungen zur Krise 2007ff. sowie die entsprechenden Reden von Oppositionspolitikern im Hinblick auf Keynes'sches Gedanken-gut analysiert werden.

### 5. Aufgabe

Massenarbeitslosigkeit, so wie sie in Deutschland seit Mitte der 70er des vorigen Jahrhunderts entstanden ist, kann unterschiedliche Ursachen haben. Nur die konjunkturelle Arbeitslosigkeit hat ihre Ursache auf der Nachfrageseite und kann mit Keynes'schen Rezepten mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden. Die Sockelarbeitslosigkeit, die seit Mitte der 70er Jahre immer weiter angestiegen ist, ist nicht nachfrageseitig, sondern strukturell bedingt. Dabei spielen viele Faktoren wie z. B. ein zu geringes Bildungsniveau, hohe Sozialabgaben, bürokratische Hemmnisse etc. eine Rolle. Wenn die strukturelle Arbeitslosigkeit mit Hilfe Keynes'scher Rezepte bekämpft wird, ist das ein untaugliches Mittel, das zu einem höheren Staatsanteil und zu wachsender Staatsverschuldung führt.

### 1. Aufgabe

Unter Transferzahlungen werden Geldleistungen des Staates verstanden, denen keine unmittelbare Gegenleistung des Empfängers in der Periode, in der sie gezahlt werden, gegenübersteht. Transferzahlungen sind dadurch charakterisiert, dass bei ihrer Gewährung kein neues Einkommen geschaffen wird, es findet lediglich eine Umverteilung von Einkommen statt. Dazu zählen die Ausgaben für soziale Sicherung, die Beamtenpensionen, aber auch die Zinsen, obwohl Gläubiger eine Gegenleistung in Form der Kreditgewährung in einer Vorperiode erbracht haben. Da die Zinszahlungen mit den Staatsleistungen der gegenwärtigen Haushaltsperiode nicht unmittelbar in Zusammenhang stehen, werden sie als Transferausgaben betrachtet. Die Subventionen an Unternehmen sind ebenfalls Transferzahlungen, der Staat erhält ja keine Gegenleistung.

Die Ausgaben des Staates für Verteidigung, Verkehrswesen, Investitionen, Personalausgaben ohne Pensionen sind Transformationsausgaben. Der Staat erhält eine Gegenleistung und sie erhöhen das BIP in der betreffenden Periode.

### 2. Aufgabe

Der Staat kann über Steuersenkungen das verfügbare Einkommen der Haushalte und die Nachsteuergewinne der Unternehmen erhöhen. Bei Lohnerhöhungen für die beim Staat Beschäftigten steigen die Bruttoeinkommen der Haushalte. Beide Maßnahmen können eine expansive Wirkung auf die Konjunkturentwicklung haben. Erhöht der Staat die Steuern, ergeben sich gegenteilige konjunkturdämpfende Effekte. Erhöhung oder Senkung von Beiträgen zur Sozialversicherung haben vergleichbare Wirkungen, wie Veränderungen der Steuersätze.

Schließlich kann der Staat durch Käufe bei Unternehmen in den Wirtschaftsprozess eingreifen. Vermehrte Käufe des Staates haben expansive Effekte, umgekehrt wirkt eine Verringerung seiner Ausgaben für Käufe bei Unternehmen kontraktiv. Da die Staatsquote 2010 voraussichtlich über 50 Prozent beträgt, hat der Staat ganz erheblichen Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen.

### 3. Aufgabe

Wenn der Staat seine Transformationsausgaben -, z. B. für den Ausbau des Schienennetzes-, senkt, verringert sich die Nachfrage bei den entsprechenden Bauunternehmen, die deshalb entweder Kurzarbeit einführen oder Arbeitnehmer entlassen mit der Folge sinkender Einkommen. Entsprechend der marginalen Konsumquote wird weniger konsumiert und gespart. In der Konsumgüterindustrie verringert sich die Nachfrage, auch dort wird die Produktion zurückgefahren. Es wird weniger Arbeit benötigt, so dass auch in diesen Branchen die Einkommen der Beschäftigten sinken. Es entsteht also ein kontraktiver kumulativer Prozess, dessen Ausmaß auf das BIP oder Volkseinkommen über den Staatsausgabenmultiplikator ermittelt werden kann. Der Multiplikatorausdruck für Transformationsausgaben ist identisch mit dem einfachen keynes'schen Multiplikator für autonome Investitionen der Unternehmen.

### 4. Aufgabe

Eine Erhöhung der Steuern auf Einkommen hat im Prinzip dieselbe Wirkung auf die Höhe der verfügbaren Einkommen wie eine Kürzung der Transferausgaben, z. B. des Kindergeldes.

Wird die Einkommensteuer erhöht, weil beispielsweise der Staat einer Überhitzung der Konjunktur entgegenwirken will, sinkt nicht das Volkseinkommen in dieser Periode, sondern zunächst nur das verfügbare Einkommen. Entsprechend der marginalen Konsumquote wird weniger konsumiert und weniger gespart. Dadurch sinkt die Nachfrage in den Wirtschaftszweigen, die Konsumgüter herstellen. Das kann zu

einem Rückgang der Konsumgüterproduktion führen mit Rückwirkung auf die Höhe der Einkommen. Es kann ein kontraktiver kumulativer Prozess entstehen. Allerdings ist die Wirkung geringer im Vergleich zur Senkung der Transformationsausgaben, weil die zusätzliche Steuererhebung keine Primärwirkung auf die Höhe des Volkseinkommens hat, d. h. es verringert sich nicht das Volkseinkommen in der ersten Periode, sondern nur das verfügbare Einkommen. Erst die Sekundärwirkungen sind in ihrer Wirkungsweise mit der einer Senkung der Transformationsausgaben vergleichbar. Die geringere Wirkung einer Veränderung der Steuersätze gegenüber einer Veränderung der Transformationsausgaben zeigt sich auch im Ausdruck für den Steuermultiplikator  $-b/1-b$  im Vergleich zum Transformationsausgabenmultiplikator  $1/1-b$ . Nimmt man eine marginale Konsumquote von 0,8 an, beträgt der Multiplikator für Transformationsausgaben 5 und für den Steuermultiplikator 4.

Das gilt in gleicher Weise für eine Veränderung der Transferausgaben im Vergleich zum Multiplikator für Transformationsausgaben, wenn man davon ausgeht, dass die Empfänger von Transferausgaben dieselbe marginale Konsumquote haben, wie diejenigen, die z. B. Einkommensteuer zahlen.

## 5. Aufgabe

Am sinnvollsten wären zusätzliche Ausgaben für Investitionen in die Infrastruktur, weil sie erstens die höchste Multiplikatorwirkung erreichen und auch zukünftige Generationen davon profitieren würden. Geht man von der Gültigkeit des Multiplikators für Transformationsausgaben aus, würde sich das BIP im angenommenen Beispiel um 500 Mrd. Euro erhöhen.

Eine Senkung der Einkommensteuer würde hingegen das BIP nur um 400 Mrd. erhöhen.

Würden die Transferausgaben erhöht, z. B. das Arbeitslosengeld II, würde bei gleicher marginaler Konsumquote das BIP auch um 400 Mrd. steigen. Da aber Empfänger von Arbeitslosengeld II eine höhere marginale Konsumquote haben werden als diejenigen, die von einer Senkung der Einkommensteuer profitieren, ist davon auszugehen, dass die Wirkung größer wäre als bei einer Senkung der Einkommensteuer. Allerdings müssen die Nebenwirkungen bedacht werden. Ist der Abstand zwischen dem Transfer Einkommen und Arbeitseinkommen zu gering, geht die Anreizwirkung, Arbeit zu suchen und aufzunehmen, verloren. Damit könnte das Ziel, die Arbeitslosigkeit abzubauen, konterkariert werden.

Natürlich sind die Zahlenwerte zur Multiplikatorwirkung nur unter den Modellannahmen gültig. Das Ausland wurde z. B. nicht berücksichtigt. Ein Teil der zusätzlichen Nachfrage wird aber in das Ausland abwandern, also nicht im Inland, sondern im Ausland nachfragewirksam werden. Empirisch sind wesentlich niedrigere Multiplikatorwirkungen ermittelt worden. Sie liegen zwischen 1 und 2.

## 1. Aufgabe

Vorraussetzung für die Wirksamkeit der Maßnahmen auf der Grundlage des StWG ist es, dass die Rezession nachfragebedingt ist. Ist das der Fall, kann der Staat durch seine Ausgaben- und Einnahmenpolitik versuchen, die Konjunktur zu beleben.

Über zusätzliche Transformationsausgaben für Güterkäufe steigt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage unmittelbar an und soll Multiplikatoreffekte induzieren. Damit nicht lediglich Lager geräumt werden und wenig sinnvolle Güter angeschafft werden, sieht das StWG die Erstellung mehrjähriger Investitionsprogramme vor, damit beim Eintreten einer Rezession sinnvolle Projekte schnell in Angriff genommen werden können.

Durch Investitionszulagen, also Transferzahlungen, können Unternehmen Anreize für neue Investitionen erhalten. Dabei besteht allerdings die Gefahr von Mitnahmeeffekten, d. h. bereits geplante Investitionen wären auch ohne die Subvention durchgeführt worden, so dass kein zusätzlicher konjunktureller Impuls erzielt wird.

Transferzahlungen an private Haushalte sind wenig sinnvoll, weil sie in einer Hochkonjunktur schwer rückgängig gemacht werden können und eine geringere Multiplikatorwirkung haben.

Am ehesten sind bei der Ausgabenpolitik Investitionen des Staates in die Infrastruktur zu empfehlen. Da der Staat seit Jahrzehnten keine Konjunkturausgleichsrücklage gebildet hat, bleibt für die zusätzlichen Ausgaben nur der Weg über die Kreditaufnahme am Kapitalmarkt übrig, mit dem Ergebnis, das die Verschuldung steigt.

Von der Einnahmenseite her kann der Staat die Steuersätze senken. Laut StWG könnte er auf die Dauer eines Jahres durch einfache Rechtsverordnung die Einkommensteuer und Körperschaftssteuer um 10 Prozent senken, also nicht dauerhaft. Außerdem könnten die Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen verbessert werden, was ebenfalls zu Steuermindereinnahmen führt. Ob durch diese Maßnahmen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt, ist unsicher. Die Haushalte könnten ihr gestiegenes verfügbares Einkommen z. B. aus Angst vor Arbeitslosigkeit sparen, so dass von der Steuersenkung keine Belebung der Konjunktur ausgehen würde.

Diese Bedenken können auch aus der Karikatur erschlossen werden. Als vorsichtige Haushalter werden die privaten Haushalte ihren Konsum in der Krise einschränken und mehr sparen, um Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit zu treffen. Regelmäßig steigt in Deutschland in konjunkturellen Schwächenphasen die Sparquote an.

Am sichersten wirken also zusätzliche staatliche Investitionen zur Bekämpfung einer Rezession.

## 2. Aufgabe

Wenn eine Konjunkturausgleichsrücklage bestehen würde, müsste der Staat bei der Finanzierung von Konjunkturprogrammen sich nicht höher verschulden. Er müsste nicht auf dem Kapitalmarkt als Nachfrager auftreten. Durch seine Nachfrage nach Krediten besteht die Gefahr, dass der Zinssatz auf dem Kapitalmarkt steigt und dadurch private Investitionen verdrängt werden, der sog. Crowding-out-Effekt. Außerdem würde der Haushalt nicht zusätzlich durch Zinszahlungen und Tilgung belastet. Um eine Konjunkturausgleichsrücklage zu bilden, müsste der Staat in Zeiten der Hochkonjunktur einen Teil der Steuereinnahmen der Rücklage zuführen, er könnte sie also nicht verausgaben. Das ist auch ein Element der antizyklischen Politik, einerseits aufgenommene Kredite aus der Rezession zu tilgen und andererseits Rücklagen für schlechte Zeiten zu bilden. Das klappt aber nicht, weil regierende Politiker oder solche, die es werden wollen, glauben, durch Wahlgeschenke oder auch nur versprochene Wahlgeschenke Wähler zu gewinnen.

So ist die antizyklische Politik in Deutschland immer asymmetrisch gewesen.

### 3. Aufgabe

- In den USA sollen einmal über Steuererleichterungen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erhöht und damit der Konsum angekurbelt werden. Zum anderen sollen Steuererleichterungen für Unternehmen dazu dienen, ihre Abgabenlast zu senken und so Unternehmen helfen, Auftragseinbrüche zu überstehen oder Mittel zur Tilgung von Schulden bzw. zur Verwendung von Investitionen freizusetzen. Diese Maßnahmen wirken nur indirekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Wieweit diese Maßnahmen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigern, hängt vom Verhalten der privaten Haushalte und Unternehmen ab. Die Maßnahmen sind aber mit der keynes'schen Politik vereinbar. Allerdings ist die expansive Wirkung geringer als bei der Erhöhung der Ausgaben für Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur, die einen weiteren Teil des Programms ausmachten. Dadurch erhalten Bauunternehmen Aufträge, Arbeitsplätze werden gesichert oder entstehen neu. In Höhe der Investitionen entsteht wie bei Unternehmensinvestitionen auch Einkommen, das wiederum die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärkt und so einem noch tieferen Einbruch bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte entgegenwirkt. Die Einnahmehausfälle durch die Steuersenkungen und Ausgaben für Investitionen wurden durch Kreditaufnahme finanziert. Die Erhöhung der Transformationsausgaben und ihre Finanzierung durch deficit spending stellt ein klassisches Instrument keynes'scher Politik dar.
- In Japan enthält das umfangreiche Konjunkturprogramm zahlreiche Maßnahmen, die einzelnen benachteiligten Personengruppen zugute kommen sollen, also Transferausgaben sind. Ferner dienen sie zur Förderung von Bildung und Umwelttechnologien. Während die zuerst genannten Maßnahmen nachfragewirksame Impulse haben können, dienen die zuletzt angeführten Maßnahmen eher der Stärkung der Angebotskräfte. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind für entwickelte Industriegesellschaften die wesentlichen Ressourcen zur Steigerung des Produktionspotenzials. Im Gegensatz zu den USA gibt es keine Steuererleichterungen und Infrastrukturmaßnahmen. Nur die zusätzlichen Transferausgaben sind indirekt Mittel zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Da dadurch Personengruppen mit niedrigem Einkommen bedient werden, wird ihre marginale Konsumquote hoch sein. Somit wirken die Transferausgaben wahrscheinlich überwiegend nachfragesteigernd.
- Die beiden Konjunkturprogramme in Deutschland betreffen die Einnahme- und die Ausgabenseite. Die mit der Verlängerung der Kurzarbeiterregelung verbundenen Ausgaben sind als Transferausgaben zu klassifizieren und haben einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit 2009 verhindert. Die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Güter des Anlagevermögens (auf 2 Jahre befristet) und die höhere steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen sollen zu privaten Investitionen motivieren und damit über eine Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage positive konjunkturelle Impulse zeitigen. Auch hier handelt es sich um Transfers in Form von Subventionen. Die veränderte Abschreibungsmöglichkeit kann allerdings auch zu Mitnahmeeffekten bei längst geplanten Investitionen führen. Das Vorziehen von dringenden Verkehrsprojekten entspricht voll dem StWG und keynes'scher Politik, weil durch die vorgezogenen Transformationsausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage direkt erhöht wird. Das gilt auch für die Infrastrukturmaßnahmen im 2. Konjunkturprogramm, während die Abwrackprämie reine Transfers an die privaten Haushalte darstellen, deren Wirkung zwar zu erhöhter Nachfrage 2009 geführt hat, aber weitgehend nur ein Vorziehen geplanter Käufe bewirkte, die die Nachfrage der folgenden Jahre verringert. Umweltpolitisch war die Prämie nicht zu rechtfertigen. Allerdings ist die Automobilindustrie dadurch 2009 stabilisiert worden.

### 1. Aufgabe

Friedmans Einwendungen liegen auf zwei Ebenen. Einerseits bestreitet er aufgrund der time lags die Möglichkeit einer antizyklischen Politik, andererseits greift er die Ausweitung von Regierungseingriffen durch Ausgabenprogramme an, die eine Senkung der Steuern verhindert hätten.

Ausgabenprogramme zur Bekämpfung einer Rezession würden aufgrund des recognition und action lags erst in Kraft treten, wenn die Rezession bereits vorüber ist. Bis erkannt wird, ob ein Konjunkturabschwung vorliegt, vergeht schon erhebliche Zeit. Bis dann die Regierungspolitiker sich für entsprechende Maßnahmen entschieden haben und diese durch die parlamentarischen Gremien geschleust sind, vergeht nochmals ein Zeitraum. So würden die Maßnahmen durch die Verzögerungen prozyklisch wirken. Eine Rückführung von Ausgabenprogrammen in der Phase der Expansion finde nicht statt, weil den Politikern der Mut dazu fehle. Diese Politik sei also nicht antizyklisch, sondern prozyklisch und asymmetrisch.

Die vermehrten Staatsausgaben hätten zu einem Wohlfahrtsstaat geführt. Wären dagegen in jeder Rezession die Steuern gesenkt worden, würde die Staatsquote geringer und das Volkseinkommen höher sein.

Aber auch wenn der Staat so gehandelt hätte, hätten die Konjunkturschwankungen nicht ausgeglichen werden können. Friedman begründet seine Kritik an der von ihm so genannten Steuerrad-Theorie mit der Unmöglichkeit, Konjunkturschwankungen rechtzeitig und in ihrer Stärke zu erkennen, um den Kräften, die diese Schwankungen verursachen, gezielt über Steuer- oder Ausgabenänderungen zu begegnen. Wegen des Nichtwissens würden staatliche Eingriffe zur Konjunktursteuerung nur als eine weitere Störung wirken.

Er vergleicht den Staat mit einem Passagier in einem Auto, der als Ballast auf dem Rücksitz hockt und immer wieder von hinten in das Lenkrad greift und so die Wirtschaftsentwicklung gefährdet. Er ist also nichts weiter als ein Störenfried. Deshalb sollen dem ungeliebten Passagier Fesseln in Form von festen Regeln angelegt werden.

### 2. Aufgabe

Friedman empfiehlt eine Art Regelbindung für die Finanzpolitik. Der Staat soll sich völlig aus der Konjunktursteuerung heraushalten. Er plädiert für ein Art Neutralitätspostulat. Ausgabenprogramme sollen sich auf das beschränken, was die Bürger lieber dem Staat überlassen wollen und die Steuern sollten im Mehrjahresdurchschnitt nur so hoch sein, um diese Ausgabenprogramme zu finanzieren.

In dem Textausschnitt wird Friedmans Skepsis gegenüber dem Staat deutlich, seine Ablehnung des Wohlfahrtsstaates. Er plädiert für die Selbstheilungskräfte des Marktes und das Neutralitätspostulat der Klassiker. Auch seine Ablehnung der Konjunktursteuerung durch den Staat ähnelt stark der Argumentation von Smith (vgl. M 4, S. 171 f.), wenn dieser das System der natürlichen Freiheit begründet. Selbst bei bestem Willen ist ein Herrscher/Staat aufgrund unzureichender menschlicher Kenntnismöglichkeiten nicht in der Lage, „den Erwerb privater Leute zu überwachen und ihn in die Wirtschaftszweige zu lenken, die für das Land am nützlichsten sind.“ Weil Friedmans Positionen in vielen Elementen der Lehre der Klassiker entsprechen, wird die von Friedman und seinen Anhängern vertretene Position als neoklassisch bezeichnet.

### 3. Aufgabe

Westermann kommt zu dem Schluss, dass durch die Impulse keynes'scher Politik eine Multiplikatorwirkung ausgelöst wird die größer als Eins ist, aber erheblich niedriger als in den Lehrbuchmodellen. Dafür macht er Sekundäreffekte in Form von Verdrängungsmechanismen verantwortlich:

- Die Kreditfinanzierung des Staates führt, weil er die Nachfrage am Kapitalmarkt erhöht, zu höheren Zinssätzen, die private Investitionen verdrängen können.

- Höherer staatlicher Konsum entzieht dem privaten Sektor Ressourcen. Steigt die Staatsquote, wird automatisch das wirtschaftliche Geschehen stärker durch den Staat bestimmt, der private Sektor wird zurückgedrängt.
- Deficit spending erweckt die Erwartung bei der Bevölkerung, dass die Steuern in der Zukunft erhöht werden, um die Verschuldung in den Griff zu bekommen. Dadurch würde in der Gegenwart mehr gespart, so dass die marginale Konsumquote sinkt und damit die Nachfrage nach Konsumgütern.

Im Ergebnis ist daher der Multiplikator geringer, je nach der Art des Eingriffs liegt er zwischen 1,37 Euro und 1,62 Euro, wenn der Staat seine Steuereinnahmen um 1 Euro senkt oder die Staatsausgaben um 1 Euro erhöht.

#### 4. Aufgabe

Unter Allokation wird die Aufteilung der Produktionsfaktoren für die Herstellung verschiedener Güter verstanden. Produktionsfaktoren können nur einmal in der Produktion eingesetzt werden. Es muss also entschieden werden, für welche Produkte oder Dienstleistungen die Produktionsfaktoren verwendet werden. Wenn der Staat mehr Ausgaben tätigt, beansprucht er mehr Produktionsfaktoren für die von ihm nachgefragten Produkte und Dienstleistungen. Wenn er beispielsweise seine Ausgaben für militärische Zwecke stark erhöhen würde, würden weniger Produktionsfaktoren für den privaten Sektor zur Verfügung stehen. Dadurch könnte auch die Wohlfahrt negativ beeinflusst werden, was in dem Schlagwort Kanonen statt Butter zum Ausdruck gebracht wird. Westermann ist offensichtlich der Ansicht, dass die allokativen Effekte staatlicher Aktivität stärker wiegen als die konjunkturpolitischen und diese deshalb mehr beachtet werden müssten.

#### 5. Aufgabe

Friedmans Einwendungen zur prozyklischen Wirkung antizyklischer Konjunkturpolitik sind sicher zutreffend. Daniel Leigh und Sven Jari Stehn vom IWF haben in ihrer Studie „Fiscal and Monetary Policy During Downturns: Evidence from the G 7“ festgestellt, dass die Fiskalpolitik in Deutschland prozyklisch gewirkt hat. Aufgrund der Diagnose- und Prognoseprobleme und der damit verbundenen time lags ist das nicht verwunderlich. Ebenso hat sich erwiesen, dass die Rücklagenbildung in Boomphasen, wie es zu einer antizyklischen Politik gehören würde, eine Illusion ist. So sind in den Aufschwungjahren 2005 bis 2007 die Ausgaben nicht etwa eingeschränkt, sondern noch ausgedehnt worden. Trotz Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte konnte die Nettokreditaufnahme lediglich reduziert werden. Nicht einmal die verschiedenen Anläufe, einen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu erreichen, sind also in den Aufschwungjahren realisiert worden. So ist die Verschuldung permanent in Deutschland gestiegen, allerdings nicht nur aufgrund der Versuche zur Konjunktursteuerung.

Andererseits haben die Konjunkturprogramme in der Krise 2007 ff. doch bewirkt, dass die Krise gestoppt werden konnte und ein hoher Anstieg der Arbeitslosigkeit vermieden wurde. Allerdings zeigten sich auch bei diesen Konjunkturprogrammen alle Wirkungsverzögerungen, die durch völlig unrichtige Konjunkturprognosen, zauderhaftes Verhalten bei der Entscheidungsfindung und bürokratische Zeitverzögerungen bei der Vergabe der Mittel verursacht wurden. Offensichtlich wirkt eine antizyklische Politik in der Rezession erst, wenn die Rezession lang genug anhält.

Auch das schwedische Beispiel in der Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. hat dies gezeigt. Bei der Glättung kurzfristiger Konjunkturschwankungen scheint die antizyklische Politik überfordert zu sein.

## 1. Aufgabe

Nachfragepolitische Maßnahmen des Staates zur Stabilisierung der Konjunktur müssen der jeweiligen Situation gerecht werden. Um situationsgerecht handeln zu können, muss eine zutreffende und rechtzeitige Diagnose und Prognosen vorliegen. Dazu werden Indikatoren benötigt, die verlässliche Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung erlauben. Als Frühindikatoren gelten z. B. Indikatoren über den Auftrags- eingang und zum Geschäftsklima.

Bis aufgrund der ermittelten Indikatoren, die sich auf zurückliegende Daten beziehen, eine Diagnose und Prognose erstellt wird und fiskalpolitische Maßnahmen als notwendig erkannt werden, vergeht ein Zeitraum, der als recognition lag bezeichnet wird. Schließlich müssen sich die politischen Handlungsträger darauf einigen, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Beratungen im Kabinett, in den Ausschüssen, die Abstimmungen in Bundestag und Bundesrat sowie die Bereitstellung der finanziellen Mittel führen ebenfalls zu zeitlichen Verzögerungen (action lag). Bis dann die ergriffenen Maßnahmen Wirkungen zeigen, vergeht nochmals Zeit (outside lag).

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass aufgrund der time lags fiskalpolitische Maßnahmen nicht konjunkturstabilisierend, sondern als weitere Störung gewirkt haben.

Neben den Wirkungsverzögerungen spielt das Dosierungsproblem eine große Rolle. In welchem Umfang sollen fiskalpolitische Maßnahmen ergriffen werden? Da Prognosen erhebliche Unsicherheitsgrade aufweisen, können sich die eingesetzten Mittel als der Lage nicht angemessen erweisen. Bei der Krise 2007 ff. hat die Bundesregierung zunächst daher Ende November 2008 ein vom Umfang her bescheidenes Konjunkturprogramm beschlossen, dem erst im Februar 2009 ein umfangreicheres Programm folgte. Es gab Stimmen, die weitere Programme forderten. Nachträglich gesehen wäre es der Situation angemessener gewesen, wenn bereits im Herbst 2008 ein umfangreiches Programm beschlossen worden wäre, gerade auch wegen des outside lags.

## 2. Aufgabe

Der SVR weist auf verschiedene Probleme bei der Anwendung der Nachfragepolitik hin:

- Bei einer globalisierten Wirtschaft verfehlen Nachfrageimpulse ihre Wirkung zum Teil, weil die zusätzliche Nachfrage nicht nur für inländische Produkte, sondern auch für Importe verwendet wird, vor allem dann, wenn die Produkte ausländischer Anbieter billiger und besser sind. Die Koordination von Konjunkturprogrammen über die Ländergrenzen hinweg kann Abhilfe schaffen, wie das anlässlich der Wirtschaftskrise 2007 ff. geschah. Das hat der SVR im Jahr 1997 noch nicht für möglich gehalten.
- Nachfragepolitik erweist sich als wirkungslos und schädlich, wenn der Wachstumsprozess durch strukturelle Ursachen gehemmt wird, also nicht nachfrage-, sondern angebotsbedingt ist.
- Falsche Diagnosen können zum Versagen der Nachfragepolitik führen.
- Beim Einsatz nachfragepolitischer Maßnahmen besteht, selbst bei richtiger Diagnose, das Problem, sie nach Zeit und Umfang richtig zu bemessen. Time lags können die beabsichtigte Wirkung verzögern. Bei zeitlich begrenzten Nachfrageprogrammen besteht die Gefahr von Vorzieheffekten (siehe Abwrackprämie).
- Antizyklische Fiskalpolitik wird von der Politik nur bei einer Nachfrageschwäche, aber nicht bei Hochkonjunktur verfolgt, weil dies bei Politikern unbeliebt ist. So ist antizyklische Fiskalpolitik in der Praxis asymmetrisch verzerrt und führt zu einer immer weiter steigenden Verschuldung.

### 3. Aufgabe

Nachfragepolitik ist nach Ansicht des SVR angebracht, um nachfragebedingte Störungen auszugleichen. Allerdings sollen durch das nachfragepolitische Handeln die Angebotsbedingungen nicht verschlechtert werden, insbesondere nicht das Investitionsverhalten der Unternehmen, das in starkem Maße von den Zukunftserwartungen abhängt. Für die drei Bereiche der Wirtschaftspolitik, Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik werden folgende Warnungen ausgesprochen:

- Nachfragepolitik kann aber diese Zukunftserwartungen negativ beeinflussen, weil außer Kontrolle geratene Haushaltsdefizite steigende Steuern befürchten lassen, die Investitionen negativ beeinflussen.
- Wenn die Zentralbank die Liquidität drastisch erhöht und die Zinsen senkt, entstehen Inflationserwartungen und die Befürchtung harter Verteilungskämpfe (Lohn-Preis-Spirale), was wiederum die Investitionen negativ belastet. Ferner besteht die Befürchtung, dass die Zentralbank durch ihr Gegensteuern bei steigender Geldentwertung eine Stabilisierungskrise herbeiführen könnte.
- Die Lohnpolitik wird das Investitionsverhalten der Unternehmen negativ beeinflussen, wenn sich die Lohnforderungen nicht am Produktivitätsfortschritt und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen orientieren.

### 4. Aufgabe

Ende 2009 betrug die Staatsverschuldung 1768 Mrd. Euro. Sie ist durch die Rettungspakte für die Banken und die Konjunkturprogramme 2009 drastisch angestiegen und wird 2010 nochmals kräftig ansteigen. Sie hat sich damit seit 1990 verdreifacht. Selbst in den Jahren der Hochkonjunktur 2006/2007 ist sie gestiegen, allerdings deutlich langsamer (vgl. [http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/monatsberichte/2010/201001mb\\_bbk.pdf](http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/monatsberichte/2010/201001mb_bbk.pdf)). Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Mehrwertsteuer zum 01.01. 2007 von 16 Prozent auf 19 Prozent erhöht wurde. Damit wird die These von der Asymmetrie der Nachfragepolitik bestätigt.

### 5. Aufgabe

Die realwirtschaftliche Krise 2008/09 ist durch einen weltweiten drastischen Nachfrageinbruch gekennzeichnet gewesen. Von daher ist hier nach Ansicht des SVR die Nachfragepolitik gefordert. Auch wenn das 1. Konjunkturprogramm sehr kritisch beurteilt wurde, kommt der SVR in seinem Jahresgutachten 2009/10 zu folgendem Urteil: „Auch wenn durchaus Kritik im Detail geübt werden kann: Die Reaktion der Politik war richtig. Ohne sie wäre alles noch viel schlimmer gekommen.“ (<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/ga-content.php?gaid=55> S.6)

Gleichzeitig sind viele Bedenken, die der SVR in seinem Gutachten von 1997 äußert, wieder aktuell, so die Inflationserwartungen angesichts der Geldpolitik der Zentralbanken allen voran der Fed. Aber vor allem der Anstieg der Staatsverschuldung muss Bedenken auslösen. So fordert der SVR eine Exit-Strategie, um die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte zurückzuführen. Auch die Lohnforderungen im öffentlichen Dienst von 5 Prozent für 2010 lassen die Bedenken des SVR von 1997 als berechtigt erscheinen. Andererseits zeigte die IG-Metall angesichts der wirtschaftlichen Situation ein sehr verantwortungsbewusstes Verhalten als sie ohne Lohnforderungen in die anstehenden Tarifverhandlungen ging, um die Arbeitsplätze nicht zu gefährden.

## 1. Aufgabe

Neoklassische Vertreter gehen von der Stabilität des privaten Sektors, der über den Markt geregelt wird, aus. Nicht der private Sektor, sondern der Staat durch seine diskretionären Eingriffe bewirke die Störungen im Wirtschaftsprozess. Haushalte und Unternehmen stellen ihre individuellen Wirtschaftspläne auf, die über den Markt koordiniert werden. Jeder strebt nach seinem Eigennutz und die unsichtbare Hand bewirkt, dass dadurch der Gemeinnutz gefördert wird. Die Selbstheilungskräfte des Marktes würden dafür sorgen, dass Arbeitslosigkeit nur kurzfristig möglich ist. Geht die Nachfrage auf einem Teilmarkt zurück, werden die Unternehmen nach anderen Einsatzmöglichkeiten für ihr Kapital suchen. Arbeiternehmer verlieren ihre Arbeit. Das führt zu sinkenden Löhnen aufgrund des gestiegenen Arbeitsangebots. Bei sinkenden Löhnen wird es für Unternehmer profitabel zu produzieren und investieren, weil die Kosten sinken und man dadurch wettbewerbsfähiger wird. So wird die Arbeitslosigkeit nur von kurzfristiger Dauer sein. Damit der Arbeitsmarkt so funktioniert, müsse er nur hinreichend flexibel sein in Bezug auf die Höhe der Löhne, die Kündigungsfristen und die Mobilität der Arbeitnehmer. Das sind auch Forderungen, die in neoklassischen Konzeptionen eine Rolle spielen.

## 2. Aufgabe

Der SVR hat sich seit seiner Gründung wegen der Grenzen der Nachfragepolitik für eine mittelfristig orientierte Wirtschaftspolitik eingesetzt, die die Angebotsbedingungen verbessern soll. Dazu zählen

- die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für Investoren, um den Strukturwandel durch Erschließung neuer Wachstumsfelder ohne Beschäftigungsverluste zu gestalten. Um Innovationen zu erleichtern, sollen Hemmnisse, die der Erschließung neuer Wachstumsbereiche entgegenstehen, beseitigt werden. Dazu rechnen auf der einen Seite Steuersenkungen für Unternehmen, damit höhere Gewinne als Anreiz für die Übernahme von Risiken und zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis erzielt werden können. Auf der anderen Seite soll sich der Staat vor interventionistischen Eingriffen, die den Wettbewerb verzerren (z. B. Subventionen, Marktzugangsbeschränkungen, Abschottung nach außen), hüten.
- der Abbau bürokratischer Regulierungen (z. B. Ladenschlusszeiten), die die unternehmerischen Aktivitäten hemmen.
- Privatisierung und die Öffnung von Märkten, um sie für den Wettbewerb zwischen Unternehmen zugänglich zu machen, z. B. Bahn, Post, Gas, Strom.

Um die Zukunftserwartungen der Investoren nicht durch diskretionäre Eingriffe des Staates zu verunsichern, wird eine verlässliche Wirtschaftspolitik gefordert. Dazu zählen eine Geldpolitik, die sich der Geldwertstabilität verpflichtet fühlt, die Solidität der Staatsfinanzen und die Berechenbarkeit der künftigen Belastungen durch Steuern und Abgaben sowie eine Lohnpolitik, die sich nicht am Ziel der Umverteilung orientiert, sondern an der Beschäftigungssicherung.

Die Betonung der Angebotsseite begründet der SVR mit dem Say'schen Theorem, „nach dem das Angebot sich seine Nachfrage schafft“. Allerdings hebt der SVR mit dem Hinweis auf das Say'sche Theorem nicht auf die von den Klassikern intendierte Gleichgewichtsverheißung bei Vollbeschäftigung ab, sondern darauf, dass „das Angebot in der Führungsrolle für die wirtschaftliche Dynamik so bedeutsam ist.“ Nach Ansicht des SVR hat in entwickelten Marktwirtschaften „die Nachfrage keineswegs auch nur normalerweise einen Vorlauf gegenüber dem Angebot.“ Vielmehr würden sich Angebot und Nachfrage größtenteils im Gleichschritt entwickeln und „in wichtigen Teilen des Marktes hat das Angebotshandeln einen Vorlauf.“ Dabei wird auf den Einkommenseffekt der Investitionen verwiesen, wodurch kaufkräftige Nachfrage entsteht. Überall, wo investiert wird, ist das Angebotshandeln im Vorlauf. Das gilt in besonderer Weise für Innovationen, wobei natürlich die erwartete Nachfrage, also die in der Zukunft erhoffte Nachfrage, entscheidend ist.

Die Betonung der Angebotsseite, des Wettbewerbs, die Deregulierung und Privatisierung, der Verzicht auf kurzfristige diskretionäre Maßnahmen des Staates zur Konjunktursteuerung und auf interventionistische Maßnahmen sowie der Rückgriff auf das Say'sche Theorem, wenn auch in einem modifizierten Verständnis, lassen eine Rückbesinnung auf klassische Positionen deutlich erkennen, so dass die Klassifizierung des Angebotskonzepts des SVR als neoklassisch verständlich wird.

### 3. Aufgabe

Seit 1982 gab es in der Wirtschaftspolitik Deutschlands eine gewisse Orientierung am Konzept der Angebotspolitik. Beispiele sind Steuersenkungen für Unternehmen, die Öffnung der Märkte für Post, Telefon etc. und die Privatisierung von Staatsunternehmen (Post, Bundesdruckerei etc.) sowie einzelne Maßnahmen zur Deregulierung (Ladenöffnungszeiten).

Ferner gab es Einschränkungen bei Sozialleistungen, Einführung von Studiengebühren, eine Lockerung des Kündigungsschutzes, die Hartzgesetzgebung, die unter dem Kampfbegriff Sozialabbau zusammengefasst werden. Andererseits gab es keine konsequente Befolgung der Konzeption des SVR, was dieser in seinen Gutachten immer wieder bemängelte. Als Beispiele für eine konsequente Umsetzung der Angebotspolitik werden vom SVR in seinem Jahresgutachten 1997/98 folgende Länder angeführt: „Beispiele sind Neuseeland (JG 96 Ziffern 46 ff.), das Vereinigte Königreich, die Niederlande und Kanada (Ziffern 66 ff.). Zwar waren in diesen Ländern sehr unterschiedliche Ausgangspositionen gegeben, ebenso unterscheiden sich die konkreten politischen Strategien. Gemeinsam ist aber allen, dass der Ausweg aus einer sich kritisch zuspitzenden Wirtschaftslage gefunden wurde, indem die Angebotsbedingungen verbessert wurden, wobei Maßnahmen wie Haushaltskonsolidierung, Steuersenkungen, Privatisierung, Deregulierung und Aufbrechen struktureller Verhärtungen auf den Arbeitsmärkten die entscheidende Rolle spielten.“

### 4. Aufgabe

Auch die nicht konsequente Verfolgung der Angebotspolitik hat dazu geführt, dass die Ungleichheit in Bezug auf Einkommen und Vermögen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat. Angebotspolitik betont die Notwendigkeit hoher Unternehmensgewinne und gleichzeitig eine moderate Lohnpolitik, die auf Umverteilung verzichtet und sich an der Produktivität orientiert. Denn die Aussicht auf hohe Gewinne ist ein unverzichtbarer Anreiz für unternehmerische Aktivitäten, für Investitionen und die damit verbundenen Risiken. Aber gleichzeitig würde dieses Eigennutzenstreben dem Gemeinwohl dienen, weil dadurch die Voraussetzungen für Wachstum und für das Entstehen von Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Es wäre auch gegen das Interesse der Allgemeinheit, wenn Unternehmensgewinne höher besteuert würden. Das würde nur der Allgemeinheit schaden.

Hier kann man ein wesentliches Element von Ideologien erkennen, nämlich die Rechtfertigung von Gruppeninteressen unter Berufung auf das Allgemeinwohl. Einerseits wird deutlich, dass mit diesem Konzept zwangsläufig die Interessen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, nämlich der Unternehmer und Kapitaleigner, vertreten werden auch auf Kosten der Arbeitnehmer, andererseits wird dies gerechtfertigt mit Wachstum und der Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen. Also haben alle etwas davon, wenn man dieser Konzeption folgt. Die negativen gesellschaftlichen Folgen, wie Armut, Kriminalität, Ablehnung der wirtschaftlichen Ordnung etc. werden übersehen.

Ein anderes Element von Ideologien ist der Mantel der Wissenschaftlichkeit, in den sie sich häufig kleiden, um Überzeugungskraft zu gewinnen und nicht so leicht als Ideologie zu erkennen sind. Die Vertreter der Angebotspolitik haben ein konsistentes Lehrgebäude geschaffen, das in vielen Ländern das Ökonomiestudium und das Denken der Hochschulabsolventen kritiklos prägt. Selbst die Finanzmarktkrise 2007 ff. wird nicht dem Verschulden der Banken und Ratingagenturen zugerechnet, also nicht den Akteuren am Kapitalmarkt, die immer neue Instrumente erfunden haben, um bestehende gesetzliche Regelungen zu umgehen, sondern der amerikanischen Regierung und der Fed, die die Voraussetzung für die Immobilienkrise durch ihre expansive Geldpolitik geschaffen habe (vgl. dazu **M 3** in diesem Kapitel).

## 1. Aufgabe

Trotz unterschiedlicher parteipolitischer Zusammensetzung der Bundesregierungen wurden in den letzten Jahrzehnten manche Forderungen des SVR umgesetzt.

- Die Privatisierung, d. h. die Überführung öffentlichen Vermögens in Privatvermögen, ist eine Forderung des SVR, die auf der Ansicht beruht, dass private Unternehmen effektiver arbeiten als staatliche. So sind staatliche Unternehmen wie z. B. die Post in eine AG umgewandelt und die Aktien zum Teil an der Börse verkauft worden. Der Staat hat sich auch von Beteiligungen an Industrieunternehmen getrennt (VW). Auch auf Landes- und Gemeindeebene ist staatliches Vermögen an private Unternehmen verkauft worden, um durch die Einnahmen die desolaten öffentlichen Haushalte aufzubessern. Einige Bundesländer haben sogar die Regierungsgebäude veräußert und zurückgemietet. Auch die Privatisierung der volkseigenen Betriebe der ehemaligen DDR durch die Treuhandanstalt sind dazu zu rechnen.
- Unter Deregulierung wird allgemein der Abbau staatlicher Regelungen (Gesetze, Verordnungen, Richtlinien) verstanden. Vorrangiges Ziel der Deregulierung ist es, Unternehmen und Bürger von unnötigen bürokratischen Hemmnissen zu befreien und schnellere wirtschaftliche Entscheidungen zu ermöglichen, beispielsweise bei Unternehmensgründungen. Ein Beispiel für Deregulierung ist die Veränderung der Ladenschlusszeiten. Darüber hinaus soll Deregulierung den Wettbewerb stärken und dadurch technische und wirtschaftliche Innovationen anregen. Als Beispiel kann die Telekommunikation angeführt werden. Bis 1997 war der deutsche Telekommunikationsmarkt monopolistisch strukturiert. Mit der Liberalisierung des Sprachtelefondienstes in Deutschland zum 1. Januar 1998 kam es zu einem intensiven Wettbewerb, der zu drastisch gesunkenen Preisen und zahlreichen Innovationen geführt hat. Die Bundesnetzagentur ist als unabhängige Bundesoberbehörde zuständig für die Überwachung des Wettbewerbs auf dem Telekommunikationsmarkt, wie auch für den Elektrizitäts-, Gas- und Postmarkt.
- Eine wichtige Forderung des SVR ist die Steuersenkung für Unternehmen gewesen, um ihre Nachsteuergewinne zu steigern. Auch das hat die Bundesregierung umgesetzt. Die Körperschaftsteuer ist seit 2008 um rund ein Viertel gesenkt worden, ebenso wurden die mittelständischen Unternehmen entlastet. Damit ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen gestärkt worden.
- Was nicht geschehen ist, ist die Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Während einige Bundesländer 2007 sogar Haushaltsüberschüsse verzeichnen konnten und die Verschuldung zurückführten, ist beim Bund lediglich die Neuverschuldung bis 2007 rückläufig gewesen. Die Krise hat das Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, für alle Gebietskörperschaften zunichte gemacht, sodass die Maastrichter Verschuldungskriterien wieder weit überschritten werden. Die Verschuldungsquote, die eigentlich nur 60 Prozent der BIP betragen soll, wird auf 80 Prozent steigen und die Nettokreditaufnahme wird für 2010 auf 6 Prozent geschätzt, also doppelt so hoch sein wie die vorgeschriebenen 3 Prozent.

## 2. Aufgabe

Zur Information über die Reformdiskussion sollten die entsprechenden Links der Parteien, des DGB, der Bundesregierung und des Arbeitgeberverbandes herangezogen werden.

### 3. Aufgabe

Alle Maßnahmen, die in dem Abschnitt beschrieben werden, führen dazu, dass der staatliche Sektor zugunsten des privaten Sektors schrumpft. Gerade durch die Privatisierung und Deregulierung wurden staatliche Monopole bzw. Monopole von privaten Unternehmen, wie z. B. die der Stromanbieter, die auf staatlichen Gesetzen ihre Monopolstellung gründeten, dem Wettbewerb ausgesetzt. Auch die Reformen am Arbeitsmarkt haben tendenziell die gleiche Richtung. Ordnungspolitisch gesehen, hat sich der Staat aus diesen Bereichen zurückgezogen und dem freien Spiel der Marktkräfte mehr Spielraum zugebilligt. Auch die Verlagerung von kommunalen Aufgaben auf private Anbieter führt in dieselbe Richtung. Selbst kommunale Krankenhäuser sind in Unternehmensformen des Privatrechts überführt worden, wobei die Kommune allenfalls noch eine Gesellschafterrolle spielt. Dadurch sollen Rentabilitätsge-sichtspunkte stärker zur Geltung kommen. Ebenso sollen Schulen in einigen Bundesländern auf Empfehlungen der Bertelsmannstiftung wie ein Wirtschaftsunternehmen geführt werden. Man kann feststellen, dass das Denken in markt- und betriebswirtschaftlichen Kategorien in immer weitere Bereiche vordringt und als Mittel zur Leistungssteigerung und Qualitätsverbesserung angesehen wird. Gleichzeitig sollen dadurch mehr Freiheitsräume entstehen, aber auch mehr individuelle Verantwortlichkeit.

## 1. Aufgabe

Der SVR führt in seinem Gutachten 2007/08 die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und in den Systemen der Sozialen Sicherung sowie die bessere Lage der öffentlichen Haushalte in den Jahren 2006/2007 nicht nur auf die konjunkturelle Belebung zurück, sondern auf die Strukturreformen. Damit habe sich eine Reformdividende ergeben, die sich bei den Bürgern in einem „steigenden Beschäftigungsgrad, sichereren Arbeitsplätzen und verbesserten Einkommensperspektiven und für die Unternehmen in nachhaltig verbesserten Standortbedingungen“ zeigen. Nach den Untersuchungen des DIW zur Einkommenssituation der privaten Haushalte ist im Jahr 2006 erstmals nach längerer Zeit die „Armutrisikoquote“ von 18 Prozent auf 16,5 Prozent zurückgegangen. Das entspricht einer

Verringerung der von einem Armutrisiko betroffenen Menschen um über eine Million. Also insgesamt rechnet der SVR die positive Entwicklung in wichtigen Bereichen den Reformen auf angebotspolitischer Grundlage zu.

Die Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik wertet die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit von 1,1 Millionen in ihrem Memorandum als Schönfärberei dagegen negativ, indem sie zum Vergleich andere Bezugsjahre wählt, z. B. 1991, 1981, 1971 und so zu dem Ergebnis kommt, dass die Zahl der Arbeitslosen 2007 26 mal höher lag als 1971. Ebenso wird auf die geringere Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Vergleich zu 2000 hingewiesen, auf den mit 40 Prozent höheren Anteil der Langzeitarbeitslosen im Vergleich zu 1991 mit 17,4 Prozent, auf den gestiegenen Anteil der Beschäftigten mit Niedriglöhnen (22,2 Prozent).

Die Arbeitsgruppe sieht als Ursache für die Rezession in Deutschland 2008 nicht die Finanzmarktkrise, sondern die Tatsache, dass der Aufschwung vorher schwach geblieben sei und sich nur auf den Export und die Investitionen stützte, aber nicht auf den privaten Verbrauch und die Staatsausgaben. So ist der private Verbrauch 2007 sogar real gesunken aufgrund der unzureichenden Entwicklung der Löhne und Gehälter, auch die Lohnquote war stark rückläufig und die Anhebung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte hat noch weiter Kaufkraft entzogen. So sei der Aufschwung nur bei einer Minderheit angekommen.

Außerdem hat die Regierung die Steuermehreinnahmen nicht benutzt, um die Ungerechtigkeiten in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu korrigieren, die Infrastruktur-lücken zu schließen, sondern um die Unternehmenssteuern zu senken und die Neuverschuldung zu verringern. Das war alles falsch, weil es nicht die inländische Nachfrage gestützt hat.

Aus der Kritik wird deutlich, dass die ganze Richtung der Wirtschaftspolitik für falsch gehalten wird. Der Staat soll aktiver eingreifen und Nachfrage schaffen selbst im Aufschwung. Es handelt sich um eine Art Nachfragepolitik, aber nicht um eine antizyklische Politik.

Auf einer moderateren Linie liegt die Kritik Hickels, der sich auch zu Keynes bekennt und sich für die Einführung eines Mindestlohns ausspricht, weil die Tarifautonomie im Niedriglohnsektor nicht funktioniere.

## 2. Aufgabe

Leicht verständliche und übersichtliche Informationen zu den in **M35** angesprochenen Reformen findet man unter:

1. Zur Gesundheitsreform 2003 vergleiche <http://www.krankenkassen.de/gesetzliche-krankenkassen/gesundheitsreform/gesundheitsreform-regeln/gesundheitsreform/>
2. Zum Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz 2004 vergleiche [http://s-schuck.com/de/download/infos/Rentenreform\\_2004.pdf](http://s-schuck.com/de/download/infos/Rentenreform_2004.pdf)
3. Zu den Hartz-Reformen vergleiche [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/wirtschaft/lesetipps/?em\\_cnt=2285672&em\\_cnt\\_page=10](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/lesetipps/?em_cnt=2285672&em_cnt_page=10)

Die angesprochenen Reformen der Koalition von SPD und Grünen waren ein umfangreiches Reformprogramm im Sozialbereich, das gerade mit den Hartz- Gesetzen viele Neuerungen brachte und Strukturen am Arbeitsmarkt flexibler machte. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt seit 2005 bis zum Zeitpunkt der realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzmarktkrise kann durchaus als eine Reformdividende betrachtet werden, also als ein Ertrag dieser Reformen.

## 3. Aufgabe

Angebotspolitik betont die Notwendigkeit hoher Unternehmensgewinne und gleichzeitig eine moderate Lohnpolitik, die auf Umverteilung verzichtet und sich an der Produktivität orientiert. Denn die Aussicht auf hohe Gewinne ist ein unverzichtbarer Anreiz für unternehmerische Aktivitäten, für Investitionen und die damit verbundenen Risiken. Aber gleichzeitig würde dieses Eigennutzstreben dem Gemeinwohl dienen, weil dadurch die Voraussetzungen für Wachstum und für das Entstehen von Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Es wäre auch gegen das Interesse der Allgemeinheit, wenn Unternehmensgewinne höher besteuert würden, weil dadurch Arbeitsplätze gefährdet würden und Wohlstandseinbußen die Folge wären, so begründet der SVR die Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

Die Übernahme einzelner Elemente der Angebotspolitik hat dazu geführt, dass die Ungleichheit in Bezug auf Einkommen und Vermögen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat.

### Hinweis:

Aus den Zahlen in **M37** kann man die Veränderungen der Einkommens- und Vermögensverteilung nicht erkennen, da jeweils nur ein Jahr betrachtet wird. Deshalb sollten die Werte für 2007 mit herangezogen werden. Im Wochenbericht des DIW Nr.4/2009 informiert der Beitrag „Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland“ über die Vermögensverteilung im Jahr 2007 ([http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.93785.de/09-4-1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.93785.de/09-4-1.pdf)).

Die reichsten 10 Prozent besaßen 2002 50 Prozent des privaten Vermögens und die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung nur 3 Prozent. Die Zahlen für 2007 zeigen eine deutliche Zunahme der Ungleichheit. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung verfügten 2007 über mehr als 61 Prozent des gesamten Nettovermögens, während: „mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung dagegen kein oder nur ein sehr geringes individuelles Nettovermögen besaßen. Die untersten 70 Prozent der nach dem Vermögen sortierten Bevölkerung haben einen Anteil am Gesamtvermögen von unter neun Prozent und damit rund 1,5 Prozentpunkte weniger als 2002.“ Beim Vergleich der Zahlen muss beachtet werden, dass für 2007 vom Nettovermögen, also nach Abzug vom Schulden, ausgegangen wird.

Im Jahr 2005 hatten 10 Prozent der Einkommensbezieher mit den niedrigsten Einkommen einen Anteil von 2,9 Prozent am gesamten realen Nettoäquivalenzeinkommen. Die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen hatten einen Anteil von 24,9 Prozent.

### Hinweis:

Neuere Daten und zur Methodik der Ermittlung des realen Nettoäquivalenzeinkommen vgl.

[http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.88782.de/08-38-1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.88782.de/08-38-1.pdf)

In einem marktwirtschaftlichen System bei voller Flexibilität des Kapitals im Zeitalter der Globalisierung kann man die Argumentation des SVR nachvollziehen. Hohe Löhne und Steuern geben für die international agierenden Unternehmen einen Anreiz, Arbeitsplätze und bisweilen auch den Firmensitz in das Ausland zu verlagern. Hier zeigt sich der geringere staatliche Gestaltungsspielraum.

#### 4. Aufgabe

Vgl. die Ausführungen zu Aufgabe 1.

#### 5. Aufgabe

Ein landesweiter Mindestlohn schützt diejenigen, die sich schlecht verteidigen können. Jedoch ein zu niedriger Mindestlohn hilft niemandem, ein zu hoher vernichtet Jobs. In Großbritannien wird der Mindestlohn jedes Jahr zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Wissenschaftlern ausgehandelt, also nicht durch die Regierung ermittelt. Er lag 2008 bei rund sieben Euro, Jobs gingen nicht verloren. Warum soll das in Deutschland anders sein?

#### 6. Aufgabe

##### pro:

Die Arbeitsmarktreformen haben zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit geführt. Die Hartz IV-Regelsätze sind zu hoch, sie müssen nach unten korrigiert werden, damit das Lohnabstandsgebot gewahrt bleibt und ein größerer Anreiz zur Jobsuche entsteht. Die Rentenreform ist wegen der demografischen Entwicklung unvermeidlich. Da die Menschen länger leben, können sie auch länger arbeiten. Die Menschen müssen neben der gesetzlichen Rente für eine private Altersvorsorge sorgen, damit sie ihren Lebensstandard im Alter aufrechterhalten können.

##### kontra:

Die Arbeitsmarktreformen haben zu einem Niedriglohnsektor geführt, der staatlicher Unterstützung bedarf. Die Zeitarbeitsfirmen verdienen auf Kosten der Arbeitnehmer. Unternehmen reduzieren ihre Stammebelegschaft und arbeiten mit billigen Zeitarbeitskräften. Hartz IV hat zu Armut geführt und nimmt den Menschen die Spargroschen für ihre Altersvorsorge, führt zu Altersarmut, weil die Freibeträge viel zu niedrig sind. Die Reformen haben die Ungleichheit zwischen arm und reich in Bezug auf Einkommen und Vermögen verschärft. Deutschland hat sich durch die Reformen vom Sozialstaat entfernt.

## 7. Aufgabe

Hickel behauptet, der überraschend einsetzende Aufschwung 2005 habe die Neoliberalen widerlegt, weil sie noch kurz vorher Deutschland die rote Laterne unter den Industrienationen zugesprochen haben, mit der Absicht, Löhne weiter zu drücken und den Sozialstaat noch mehr abzubauen. Tatsächlich sei aber Deutschland international wettbewerbsstark gewesen, nämlich Exportweltmeister.

Für Hickels These spricht, dass z. B. der SVR sich in seinen Jahresgutachten 2004/05 tatsächlich in der von Hickel dargestellten Weise ausgesprochen hat, obwohl die Hartz-Reformen bereits verabschiedet waren. Insofern besteht ein Widerspruch, wenn im Jahresgutachten 2007/08 von einer Reformdividende die Rede ist. Natürlich können sich Reformen nicht sofort auswirken, sondern brauchen Zeit. Das haben Neoliberale sicher nicht übersehen, aber vielleicht stimmt Hickels These, dass sie noch mehr durchsetzen wollten.

Gegen Hickels These vom Scheitern des Neoliberalismus spricht, dass die Reformen die deutsche Wirtschaft international wettbewerbsfähiger gemacht hat aufgrund sinkender Stückkosten. Ohne die Reformen wären der Export und die Unternehmensinvestitionen vermutlich nicht in der Weise das Zugpferd des Aufschwungs geworden. Allerdings ist die Kaufkraft im Inland nicht gestärkt worden. Die hohe Exportabhängigkeit Deutschlands hat sich in der Krise aber auch als nachteilig erwiesen. Der Einbruch der Exporte hat die Schrumpfung des BIP 2009 um 5 Prozent ganz wesentlich verursacht. Eine Stärkung der inländischen Nachfrage könnte diese Exportanfälligkeit mildern.

## 7. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – Möglichkeiten und Grenzen

### 1. Aufgabe

**Hinweis:**

M1 wurde geschrieben bevor die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzmarktkrise voll erkennbar wurden. Noch im selben Jahr hat die EZB den Leitzins von 4 auf 2,5 Prozent gesenkt, weil es zum Einbruch der Wirtschaftsentwicklung kam.

Ursächlich für die Preisentwicklung 2008 bis zum Juli war der starke Anstieg des Erdölpreises und von anderen Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Der Preisanstieg wird auf die Erfolge der Globalisierung (vgl. M2) zurückgeführt, weil mehr Menschen in den Schwellenländern ein höheres Einkommen beziehen und sich so besseres Essen und mehr Konsumgüter leisten können. Allerdings ist der Anstieg der Rohstoffpreise zu einem erheblichen Teil auch durch Spekulation verursacht worden, was in dem Artikel nicht erwähnt wird.

Der hohe Zuwachs der Geldmenge, den die amerikanische Zentralbank zur Rettung der angeschlagenen Banken in den USA initiiert hat, lässt einen Anstieg der Inflation befürchten, weil zwischen Geldmenge und Inflationsentwicklung ein Zusammenhang besteht. Da viele Zentralbanken dem Beispiel der Fed gefolgt sind, ist die Befürchtung steigender Inflationsraten in der Zukunft nicht von der Hand zu weisen.

### 2. Aufgabe

2009 wurde der Leitzins von der EZB auf 1 Prozent gesenkt. 2009 betrug die Inflationsrate 0,4 Prozent, nachdem sie noch 2008 bei 2,6 Prozent lag. Dieser Durchschnittswert ist allerdings wenig aussagekräftig, weil 2008 in Bezug auf die Preisentwicklung ein Jahr der Extreme war. Während in den Monaten Juni und Juli der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat noch um jeweils 3,3 Prozent stieg, betrug im Dezember die Inflationsrate nur noch 1,1 Prozent.

Die niedrige Inflationsrate 2009 wurde wesentlich durch Preisrückgänge bei Mineralölprodukten und bei Nahrungsmitteln verursacht. Mineralölprodukte verbilligten sich 2009 gegenüber dem Vorjahr um 15,8 Prozent. Der Preisrückgang bei Nahrungsmitteln um – 1,3 Prozent wurde vor allem durch die Preissenkungen bei Molkereiprodukten verursacht. So sank der Preis für Vollmilch um 17,3 Prozent, was zu den Protesten der Milchbauern führte.

Der Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), Thomas Straubhaar, erwartet für die Zeit nach 2010 eine Inflationsrate zwischen fünf und zehn Prozent pro Jahr.

([http://www.focus.de/finanzen/boerse/finanzkrise/thomas-straubhaar-star-oekonom-rechnet-mit-horror-inflation\\_aid\\_373180.html](http://www.focus.de/finanzen/boerse/finanzkrise/thomas-straubhaar-star-oekonom-rechnet-mit-horror-inflation_aid_373180.html))

### 3. Aufgabe

- Der Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland misst die Preisentwicklung anhand eines für die Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte repräsentativen Warenkorbs. Die Gebrauchsgewohnheiten werden für einen gewissen Zeitraum als konstant unterstellt, um nur die Preisänderungen zu erfassen.
- Die Inflationsrate drückt aus, um wieviel Prozent sich der VPI innerhalb eines bestimmten Zeitraums erhöht hat. Die Inflationsrate ist ein Maß für die Veränderung des Geldwertes.
- Der HVPI (Harmonisierte Verbraucherpreisindex) wird zur Inflationsmessung in der EU verwendet. Er wird nach harmonisierten Methoden und Verfahren ermittelt und spiegelt die Preisentwicklung in den einzelnen europäischen Staaten wider. Dabei wird von den nationalen Verbrauchsgewohnheiten ausgegangen, also in Deutschland von dem für den VPI ermittelten Warenkorb. Ebenso wie beim VPI werden nur Preisveränderungen erfasst, der Warenkorb also als konstant angenommen.

### 4. Aufgabe

Weber verweist auf die unterschiedlichen Einlagensicherungssysteme der Bankengruppen:

- Alle öffentlich-rechtlichen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen sowie Genossenschaftsbanken gehören institutssichernden Einrichtungen an. Ziel dieser Einrichtungen ist es, die ihnen angeschlossenen Institute vor Insolvenz zu bewahren. Deren Kunden werden hierdurch mittelbar, also nicht nur durch die Sparkasse des Kunden, sondern durch das gesamte Sparkassensystem vor Verlust ihrer Einlagen geschützt.
- Bei Privatbanken besteht eine gesetzliche Mindestsicherung bis 50.000 Euro je Anleger, ab Oktober 2010 bis 100.000 Euro. Darüber hinaus sind Einlagen durch den Einlagensicherungsfonds bis zu 30 Prozent des haftenden Eigenkapitals voll gesichert. Dieser Schutz umfasst alle „Nichtbankeneinlagen“, also die Guthaben von Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Stellen.

### 5. Aufgabe

Aufgaben der EZB

- Banken durch kurzfristige Kredite gegen Sicherheiten mit Liquidität versorgen
- Oberstes Ziel Preisniveaustabilität, Inflationsziel für Inflationsrate liegt bei unter zwei Prozent.

## 1. Aufgabe

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges existierte in Deutschland eine Goldumlaufwährung, d. h. Banknoten konnten jederzeit in vollwertig ausgeprägte Goldmünzen eingetauscht werden. Die Geldvermehrung war durch Deckungsvorschriften begrenzt. Der Banknotenumlauf musste zu  $\frac{1}{3}$  in Gold und zu  $\frac{2}{3}$  in guten Handelswechseln gedeckt sein.

### Entwicklung der Inflation

Mark	Datum	Dollarkurs	Dauer einer Verzehnfachung
1 000	21. Oktober 1922	4 430,00	110 Tage
10 000	31. Januar 1923	49 000,00	102 Tage
100 000	26. Juli 1923	760 000,00	174 Tage
1 000 000	8. August 1923	4 860 000,00	15 Tage
10 000 000	7. September 1923	53 000 000,00	30 Tage
100 000 000	3. Oktober 1923	440 000 000,00	26 Tage
1 000 000 000	11. Oktober 1923	5 060 000 000,00	8 Tage
10 000 000 000	22. Oktober 1923	42 000 000 000,00	11 Tage
100 000 000 000	3. November 1923	420 000 000 000,00	12 Tage
1 000 000 000 000	20. November 1923	4 200 000 000 000,00	17 Tage

Mit mehreren gesetzgeberischen Maßnahmen wurden im August 1914 die Einlöspflicht und die Deckungsvorschrift praktisch aufgehoben und damit die Voraussetzungen für eine hemmungslose Geldvermehrung geschaffen. Es ist üblich, die Zeit von 1918 bis 1923 als die Inflationszeit zu bezeichnen. Jedoch kam es bereits während des Ersten Weltkrieges zu einer inflationären Entwicklung. Die Kriegsfinanzierung ist eine wesentliche Ursache für die anschließende Hyperinflation. Nach Kriegsende kamen weitere Ursachen hinzu. Warenknappheit führte zu einem Anstieg des Preisniveaus. Die Staatsausgaben stiegen wegen der Demobilisierung der Armee, der Arbeitslosenunterstützung, der Reparationszahlungen und des Ruhrkampfes. Das führte zu riesigen Fehlbeträgen im Staatshaushalt. Sie wurden durch Kreditaufnahme in Form von Schatzanweisungen bei der Reichsbank, die zu der Zeit nicht autonom war, finanziert und waren die Hauptquelle der Geldvermehrung. Im Oktober 1923 waren nur noch ein Prozent der Staatsausgaben durch Steuereinnahmen gedeckt. Es kam zu einem dramatischen Wertverlust der Mark. Die obige Tabelle zeigt, dass die Bezeichnung Hyperinflation sich eigentlich auf die Jahre 1922/23 beschränkt, in denen die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes rasant zunahm, weil das Geld seine Funktionen als Wertaufbewahrungsmittel und Tauschmittel verloren hatte. Durch eine Währungsreform im November 1923 wurde die Inflation gestoppt.

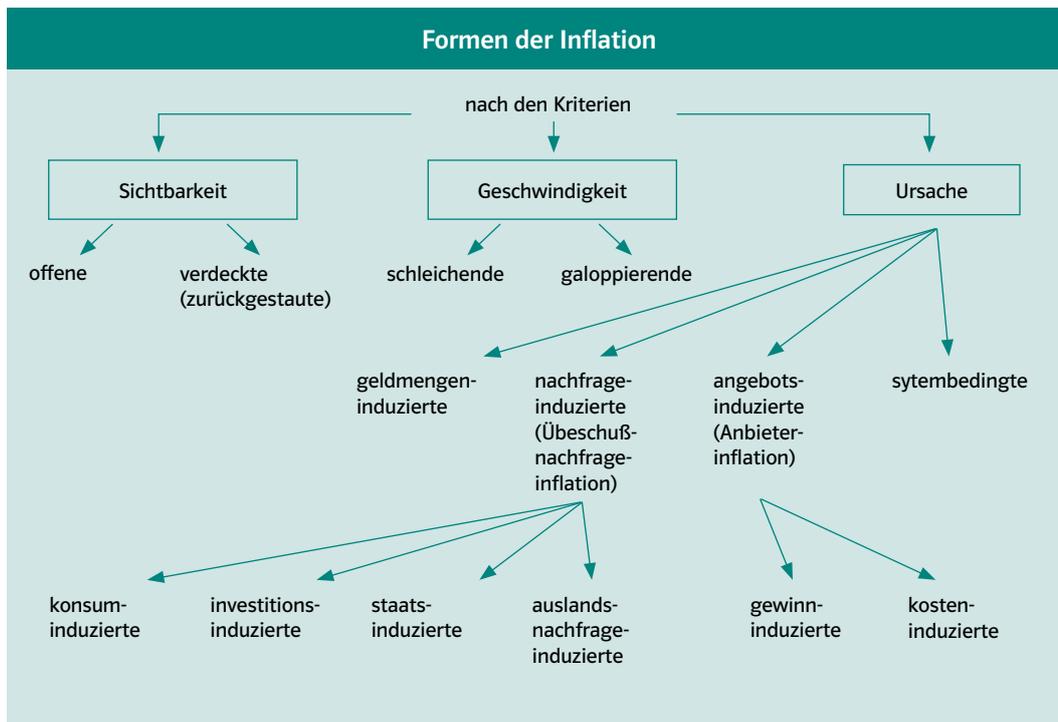
Als Folge der Inflation wurde der Mittelstand, der seine Vermögen in Schuldverschreibungen angelegt hatte, quasi enteignet. Der Staat wurde seine Schulden los, ebenso alle anderen Schuldner, die ihre Kredite in wertlosem Geld zurückzahlen konnten. Weitere Gewinner waren Spekulanten, die wahllos aufkauften, was sich an Sachwerten bot, z. B. Hugo Stinnes.

Als Folge kam es zu einer Radikalisierung breiter Bevölkerungsschichten und Destabilisierung der Weimarer Republik.

In der Zeit des 2. Weltkrieges kam es zu einer zurückgestauten Inflation. Bereits vor Ausbruch des Krieges wurde die infolge der Wiederaufrüstung drohenden Preissteigerungen durch Preis- und Lohnstoppperordnungen verhindert. Preiserhöhungen waren grundsätzlich verboten. Für neuartige Güter wurden „Leitsätze für die Preiser-

mittlung aufgrund der Selbstkosten bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber“ erlassen. Nach Kriegsausbruch wurden für alle lebenswichtigen Güter Bezugsscheine in Form von Lebensmittel-, Kleider-, Kohlekarten etc. ausgegeben. Die Autonomie der Reichsbank, die im Zusammenhang mit der Währungsreform 1924 autonom geworden war, wurde wieder aufgehoben und sie wurde unmittelbar dem Führer unterstellt. Alle Beschränkungen zur Geldschöpfung durch die Reichsbank wurden aufgehoben. Trotz Lohn- und Preisstopp sowie Kontingentierungen kam es zu einer schleichenden Inflation von 2,7 Prozent während der Kriegsjahre, die aber in keinem Verhältnis zur Höhe der Geldschöpfung stand. Die überschüssige Kaufkraft musste in Ermangelung anderer Anlagemöglichkeiten in Spareinlagen gehalten werden. So entstand eine zurückgestaute Kaufkraft, die am Ende des Krieges auf 240 bis 250 Mrd. RM geschätzt wurde. Zwar wurden nach Kriegsende alle Bewirtschaftungsmaßnahmen der Kriegszeit aufrechterhalten, da aber eine staatliche Ordnung nur noch in Ansätzen vorhanden war, kam es zu schwarzen Märkten. Das wertlose Papiergeld verlor weitgehend seine Funktion als Tauschmittel und wurde durch die sog. Zigaretten-Währung ersetzt. Die Währungsreform vom Juni 1948 führte in den Westzonen die DM ein. Aus 100 RM wurden 10 DM, für größere Anlagen kam es zu einem Umtauschverhältnis von 100: 6,5 (vgl. Kap. 1.2, M6).

2. Aufgabe



3. Aufgabe

Marktpreise sind bei funktionsfähigem Wettbewerb Knappheitsindikatoren. Vor allem bei einer galoppierenden Inflation zeigen die steigenden Preise nicht mehr zuverlässig die Knappheit an, so dass die Informationsfunktion des Preises sowohl für die Anbieter als auch für die Nachfrager außer Kraft gesetzt werden kann. Dadurch kann es zu falschen Entscheidungen und zu einer Fehlallokation der Ressourcen kommen. Als in den 70er Jahren die schleichende Inflation in Deutschland zu Inflationsraten von über 6 Prozent führte, wurden Kredite aufgenommen, um Immobilien zu erwerben. Es war eine Flucht in die Sachwerte. Man kalkulierte, dass bei steigender Inflation die Schulden immer wertloser würden und andererseits die Preise für Immobilien steigen würden und Immobilien wertbeständig seien.

Das sog. Betongold erwies sich später als Fehlkalkulation, weil an dem Bedarf vorbei produziert worden war und die Inflation erfolgreich bekämpft wurde. Inflation bewirkt gerade bei Investitionen, die sowieso immer mit Ungewissheit und Risiko behaftet sind, eine zusätzliche Verunsicherung. Dadurch werden langfristige Investitionen aufgeschoben, wodurch das Produktionspotenzial und damit die Wachstumsmöglichkeit einer Volkswirtschaft negativ beeinflusst werden. Der Staat kann bei einer Inflation in mehrerer Hinsicht zu den Gewinnern zählen. Wenn aufgrund der Inflation höhere Löhne erkämpft worden sind, erhöhen sich die Einnahmen aus der Einkommensteuer wegen der Steuerprogression überproportional. Aufgenommene Kredite werden mit zunehmender Inflation entwertet. Die Gläubiger sind die Geschädigten bei einer Inflation. Bei festverzinslichen Einlagen und Schuldverschreibungen gleichen die Zinserträge bei steigender Inflation den Wertverlust nicht mehr aus. Es kommt zu einem Vermögensverlust. Davon sind insbesondere die Bevölkerungsschichten betroffen, die aufgrund ihres niedrigeren Einkommens nur Anlageformen wählen können, die eine geringe Verzinsung erbringen. Insofern ist Inflation auch immer unsozial.

#### 4. Aufgabe

##### Anmerkung:

Vgl. auch die Texte zu **M21** auf S. 254 f. zur Quantitätstheorie.

Tabellarischer Überblick zu den Inflationstheorien

	Quantitätstheorie	Überschußnachfragetheorie	Anbieterinflationstheorie
Formen	a) naive Quantitätstheorie b) klassische Quantitätstheorie c) Neoquantitätstheorie	investitions-, konsum-, staatsausgabeninduzierte und importierte Inflation	cost push inflation profit push inflation
Ursachen	Aufblähung des Geldvolumens	makroökonomische Überschussnachfrage	steigende Kosten und/oder Gewinne
Voraussetzungen	a) konstanter Proportionalitätsfaktor b) V un T konstant c) V konstant	Preise marktdeterminiert, Güterangebot ist weitgehend preisunelastisch, M und/oder V steigend	Preise sind kosten- und/oder gewinndeterminiert, Vermachtung der Märkte

Wenn man von den quantitätstheoretischen Inflationserklärungen ausgeht, kann man feststellen, dass eine Aufblähung des Geldvolumens eine Voraussetzung für Inflation ist. Aber es muss nicht zwingend zur Inflation kommen, wenn die Geldmenge nicht nachfragewirksam wird, sondern z. B. die privaten Haushalte sparen. Entscheidend ist, wie die Wirtschaftssubjekte reagieren. Andererseits kann es auch ohne eine inflatorische Lücke zu inflationären Entwicklungen kommen, wenn durch Kartellabsprachen oder andere Wettbewerbsbeschränkungen Preise nicht mehr marktdeterminiert, sondern durch Marktmacht bestimmt sind. Für einen Teil der Preise ist das sicher so, z. B. bei Kraftstoffen, wo die Preise immer im Gleichschritt zwischen den Anbietern festgesetzt werden. Von daher werden inflatorische Prozesse meistens verschiedene Ursachen haben.

## 5. Aufgabe

Die neoquantitätstheoretische Erklärung sieht die Ursache für die inflatorischen Tendenzen im ersten Halbjahr von 2008 in der zu großen Liquidität, die von den Zentralbanken geschaffen wurde. Die Geldschöpfung ging über die Finanzierung des Wirtschaftswachstums hinaus und löste so die Preissteigerungen aus. Daher empfehlen die Anhänger dieser Theorie der Zentralbank eine Geldmengensteuerung. Als Regelbindung soll für die Zentralbank gelten, die Geldmenge im Umfang des Wirtschaftswachstums auszuweiten, unabhängig von konjunkturellen Schwankungen. Zur Inflationsbekämpfung muss die überschüssige Liquidität von der Zentralbank abgeschöpft werden.

Nach der Theorie des endogenen Geldes wird die Geldmenge nicht durch die Zentralbank von außen vorgegeben, sondern durch die Konjunkturerwicklung und das Anlageverhalten der Wirtschaftssubjekte bestimmt. Die Zentralbank beeinflusst über den Leitzinssatz den Preis für Kreditgewährung der Privatbanken und kann dadurch das Wachstum beeinflussen. Niedrige Zinsen regen zu höherer Kreditnachfrage für Konsumzwecke und Investitionen an und umgekehrt. Zur Inflation kommt es, wenn das Angebot die höhere Nachfrage nicht mehr befriedigen kann, also eine inflatorische Lücke entsteht. Wenn, wie in den USA, die Zinsen über längere Zeit nach dem Anschlag auf das World Trade Center 2001 niedrig bleiben, wächst die Inflationsgefahr. Die Vertreter der Theorie des endogenen Geldes sehen inflationäre Tendenzen als Preis für das Wirtschaftswachstum an. Wenn die Zentralbanken zur Bekämpfung der Geldentwertung die Zinsen anheben, nehmen sie das Risiko einer Konjunkturabschwächung in Kauf.

## 6. Aufgabe

Obwohl die Zentralbanken weltweit in den Jahren 2008 bis 2010 die Liquidität sehr stark erweitert und die Leitzinsen auf ein extrem niedriges Niveau gesenkt haben, ist es nicht zu einer inflatorischen Entwicklung gekommen, wie es die Monetaristen annehmen, sondern teilweise sogar zu deflatorischen Tendenzen, weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage z. B. in Deutschland eingebrochen war.

Bei einer konjunkturellen Erholung besteht allerdings mittelfristig die Gefahr, dass aufgrund der hohen Liquidität inflatorische Prozesse entstehen.

### 1. Aufgabe

Geld ist, was die Geldfunktionen erfüllt. Geld dient als Recheneinheit, Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel.

Durch die Recheneinheit Geld können die vielfältigen Güter und Wirtschaftsvorgänge auf eine gemeinsame Bezugsgröße gebracht werden und dadurch rechenhaft und vergleichbar gemacht werden. Geld als Recheneinheit ist eine Vorbedingung für eine rationale Haushalts- und Unternehmensführung. Planung, Kontrolle, Rentabilitäts- und Wirtschaftlichkeitsrechnungen sind so möglich.

Ein Wirtschaftssystem, das auf dem Gütertausch auf Märkten basiert, benötigt Geld als Tauschmittel. Geld als ein allgemein akzeptiertes Tauschmittel erspart die Suche nach einem geeigneten Tauschpartner. Die Nachteile des Naturaltausches werden durch Geld beseitigt. Dadurch wird die Arbeitsteilung und Spezialisierung gefördert und damit die Produktivität der Volkswirtschaft.

Geld als Wertaufbewahrungsmittel ermöglicht es, den Tauschvorgang zeitlich zu trennen. Güter können heute gegen Geld verkauft werden, das erhaltene Geld kann erst zu einem zukünftigen Zeitpunkt verwendet werden. Kaufkraft kann also von einer Periode in eine andere verschoben werden. Umgekehrt ist es auch möglich, Güter zu erwerben, für die die Gegenleistung erst in der Zukunft erbracht wird, z. B. beim Kauf auf Raten. Insofern wird Geld ein Vermittler zwischen Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft. Als Wertaufbewahrungsmittel eignet sich Geld nur, wenn der Geldwert hinreichend stabil ist.

Damit ein Gut als Geld akzeptiert wird, muss es möglichst folgende Eigenschaften besitzen: Haltbarkeit, Seltenheit, Teilbarkeit, Homogenität.

### 2. Aufgabe

Modellhaft lassen sich bei der Entwicklung des Geldes folgende Stufen unterscheiden:

- In der Naturaleigenwirtschaft existierte noch kein Geld als Tauschmittel aber Hortgeld (Muscheln), das der sozialen Differenzierung und der Repräsentation diente.
- In der Naturaltauschwirtschaft fungierte das Hortgeld zusätzlich als Wertmaßstab beim Tausch Ware gegen Ware.
- In der Übergangsstufe zwischen Naturaltausch- und Geldwirtschaft existierte Warengeld (Gold), das nunmehr als Tauschmittel verwendet wurde, aber seinen Warencharakter behielt.
- In der Geldwirtschaft ging der Warencharakter des Geldes verloren. Geld dient nur noch als Wertaufbewahrungsmittel, Wertmaßstab und Tauschmittel.

### 3. Aufgabe

Es wird Zentralbankgeld in Form von Münzen und Banknoten und Buchgeld als Sichteinlagen bei den Kreditinstituten unterschieden. Buchgeld kann jederzeit in Banknoten umgewandelt oder mittels Scheck, Überweisung oder Kredit/EC-Karte transferiert werden.

Die drei heute üblichen Geldformen sind dadurch charakterisiert, dass sie stoffwertlos sind im Gegensatz zu einer Goldumlaufwährung, wie sie in Deutschland bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges existierte. Während der Wert des Geldes bei einer an ein knappes Gut gebundenen Währung, wie die Goldumlaufwährung, sich aus dem Stoffwert ergab, wird bei dem stoffwertlosen Geld die Knappheit des Geldes und dessen Wert durch die Zentralbank reguliert, also durch die EZB.

Als weitere Form des Geldes gibt es noch elektronisches Geld (E-Geld) in verschiedenen Formen, das sich aber bisher nicht durchgesetzt hat. Es ist ein voller Ersatz für Münzen und Geldscheine und wird elektronisch gespeichert. Nach den in Europa geltenden gesetzlichen Bestimmungen darf E-Geld nur von Kreditinstituten ausgegeben werden und kann wie Bargeld als Zahlungsmittel benutzt werden. Als Zahlungsmittel kann E-Geld auf Geldkarten, in elektronischen Geldbörsen oder auch als Netzgeld in Servern gespeichert werden.

#### 4. Aufgabe

Zur Geldmenge zählen alle Geldbestände der privaten Haushalte, Unternehmen und des Staates außerhalb des Bankensystems. Die Geldmenge ist also ein Maß für die Liquidität im Nichtbankensektor. Nach dem Grad der Liquidität werden drei Geldmengenaggregate unterschieden. **M1** umfasst das Bargeldvolumen im Nichtbankensektor und die Sichteinlagen des Nichtbankensektors und stellt das liquideste Geldmengenaggregat dar. Zählt man zu **M1** noch die Termin- und Spareinlagen hinzu, ergibt sich die Geldmenge **M2**. **M3** ist noch umfassender aufgestellt. Zu **M2** werden Schuldverschreibungen mit bis zu zweijähriger Laufzeit, Geldmarktfonds und solche Repogeschäfte hinzugerechnet, bei denen es sich bei dem Pensionsnehmer um eine im Euroraum ansässige Nichtbank handelt.

#### Hinweis:

Repogeschäfte gibt es nicht nur zwischen Banken und der Zentralbank, sondern auch zwischen Banken und Nichtbanken.

#### 5. Aufgabe

Würden alle Nichtbanken ihre Sicht- und Spareinlagen abheben wollen, weil sie um die Sicherheit ihrer Einlagen fürchten, würden die Banken illiquide werden, weil ihre Zentralbankgeldbestände geringer sind als die Sichteinlagen. Im Dezember 2009 gab es bei den deutschen Banken Sichteinlagen des Nichtbankensektors in Höhe von 1029,5 Mrd. Euro, ihr Zentralbankgeldbestand betrug zum gleichen Zeitpunkt 96,2 Mrd. Euro. Wenn ein solcher Run auf die Banken geschähe, würde das Bankensystem zusammenbrechen. Das war während der Finanzmarktkrise die als „systemische Gefahr“ bezeichnete Situation, wenn eine der großen Banken zahlungsunfähig geworden und es zu einem solchen Run gekommen wäre. Daher wurden die Banken mit Garantien, Beteiligungen des Staates und Verstaatlichung vor dem Zusammenbruch gerettet.

## 1. Aufgabe

Das Eurosystem besteht aus der Europäischen Zentralbank und den nationalen Zentralbanken der Länder, die den Euro eingeführt haben. Es ist zu unterscheiden vom Europäischen System der Zentralbanken (ESZB), zu dem neben der EZB alle Zentralbanken der EU-Staaten gehören. Oberstes Ziel ist, die Preisniveaustabilität zu sichern, daneben die Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft. Aufgaben der EZB sind die Festlegung und Ausführung der Geldpolitik im Euroraum, die Währungsreserven der Mitgliedsstaaten zu verwalten und das Funktionieren des Zahlungssystems zu fördern. Die EZB hat für den Euroraum das Notenbankmonopol, die Aufsicht über die Kreditinstitute in Zusammenhang mit den entsprechenden nationalen Behörden, z. B. in Deutschland mit der BaFin. Ferner wirkt sie bei der Erstellung von Statistiken zum Finanzmarkt mit und ist involviert bei der Zusammenarbeit mit Institutionen der EU und internationalen Gremien wie z. B. dem IFW.

## 2. Aufgabe

### Hinweis:

Auf S. 242 ist der Artikel, der die Autonomie der EZB enthält, fälschlich mit 107 angegeben. Es ist jedoch der Artikel 108.

Für das Eurosystem ist die Unabhängigkeit der EZB und die der nationalen Zentralbanken eine wesentliche Voraussetzung für die eigenständige Gestaltung ihrer Geldpolitik. Ziel ist, die ihr zugewiesenen Ziele ohne politischen Druck von Seiten der nationalen Regierungen oder Institutionen der EU ausüben zu können. Die Unabhängigkeit umfasst im Wesentlichen die Entscheidungsfreiheit der EZB, das Zinsniveau durch entsprechende geldpolitische Instrumente (Offenmarktgeschäfte über Hauptrefinanzierungsgeschäfte etc.) zu beeinflussen und damit ihrem Hauptziel, der Sicherung der Preisniveaustabilität, zu dienen. Sie setzt Leitzinsen autonom fest, an denen sich die Geschäftsbanken orientieren. Diese funktionelle Autonomie wird durch Art. 108 des EG-Vertrages und in Art. 7 der ESZB-Satzung institutionell abgesichert, in der jede Einmischung von nationalen Regierungen und Organen der EU in die Geldpolitik untersagt wird. Auch personell ist eine gewisse Unabhängigkeit durch die Länge der Amtszeit von acht Jahren für Mitglieder des Direktoriums und fünf Jahren für die Präsidenten der nationalen Zentralbanken gegeben. Natürlich wird um die Besetzung der Posten im Direktorium zwischen den Regierungen der Euroländer heftig gestritten. Das wird bei der Diskussion um die Nachfolge des EZB-Präsidenten Trichet erkennbar. Ebenso ist der politische Einfluss der jeweiligen nationalen Regierungsparteien in den Ländern der EU bei der Berufung des nationalen Präsidenten der Zentralbank deutlich. Die finanzielle Unabhängigkeit ist eine weitere Dimension der Autonomie, so dass nicht über Mittelzuweisungen Druck auf die Geldpolitik der EZB ausgeübt werden kann. Die Autonomieregelung für das ESZB ist weitgehend nach dem im Bundesbankgesetz gestaltet worden.

„Thron der Götter“ bringt zum Ausdruck, dass über der EZB keine andere Macht existiert und dass sie über die Geldpolitik einen wesentlichen Einfluss nicht nur auf das Preisniveau hat, sondern auch auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. So ist zu der Zeit, als die Deutsche Bundesbank noch die Geldpolitik in Deutschland bestimmte, von der Bundesbank als Nebenregierung gesprochen worden.

### 3. Aufgabe

Durch die Autonomie soll vor allem verhindert werden, dass die Zentralbanken durch die Regierungen gezwungen werden können, ihre Haushaltsdefizite durch die Notenpresse zu finanzieren, wie das beispielsweise im Deutschen Reich bis 1924 möglich war und zu der Hyperinflation in Deutschland 1922/23 geführt hat.

Gegen die Autonomie einer Zentralbank wird eingewandt, dass dies eine Institution sei, die eine erhebliche Macht besitze, aber nicht durch Wahlen direkt oder indirekt legitimiert sei und auch nicht durch das Parlament oder die Judikative kontrolliert werden könne. Damit widerspreche die Autonomie demokratischen Prinzipien. Ferner sei es für eine effektive Wirtschaftspolitik notwendig, dass Geld- und Finanzpolitik aufeinander abgestimmt seien und deshalb in einer Hand liegen müssten. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass z. B. eine expansive Finanzpolitik zur Konjunkturstützung durch eine kontraktive Geldpolitik der Zentralbank, die der Preisniveaustabilität Priorität einräume, konterkariert werde. Beispiele für solche Konflikte zwischen Regierung und Zentralbank hat es in der Bundesrepublik zu DM-Zeiten mehrere Male gegeben. Auch die EZB ist aus diesem Grund bereits der Kritik ausgesetzt gewesen.

### 4. Aufgabe

Da die Preise in einer Marktwirtschaft flexibel auf Veränderungen von Angebot und Nachfrage reagieren sollen und dadurch als Knappheitsindikator fungieren, dürfen sie nicht stabil sein, sondern sich den veränderten Marktverhältnissen anpassen. Das ist für die Marktwirtschaft fundamental. Gemeint ist die Stabilität des Geldwertes oder des Preisniveaus gemessen am Verbraucherpreisindex bzw. für die EU am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Daher müsste in Art. 105 Abs. 1 der Ausdruck Preisstabilität durch Preisniveaustabilität ersetzt werden.

## 1. Aufgabe

Bei der Geldschöpfung muss zwischen der Geldschöpfung der Zentralbank und der der Geschäftsbanken unterschieden werden. Die Zentralbank schöpft Zentralbankgeld in Form von Bargeld und Zentralbankguthaben, die den Geschäftsbanken von der Zentralbank durch Kreditgewährung eingeräumt werden. Bei Rückzahlung der Kredite an die Zentralbank wird Zentralbankgeld vernichtet.

Die Geschäftsbanken schöpfen Giralgeld. Allerdings benötigen die Geschäftsbanken Zentralbankgeld, um selber aktiv Giralgeld zu schöpfen, in dem sie z. B. ihren Kunden Kredite gewähren, weil sie damit rechnen müssen, dass ein Teil des Giralgeldes von ihren Kunden als Bargeld abgehoben wird. Ferner müssen die Geschäftsbanken bei der Zentralbank eine Mindestreserve unterhalten, die sich in ihrer Höhe nach einem von der Zentralbank festgelegten Zinssatz, dem Mindestreservesatz richtet. Der Mindestreservesatz bezieht sich vor allen auf die Höhe der Sichteinlagen und Einlagen mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren. Von der EZB ist der Mindestreservesatz auf 2 Prozent festgelegt worden. Diese Zwangseinlagen bei der Zentralbank werden verzinst. Durch die Mindestreservepflicht würde auch ohne Bargeldabflüsse von den Geschäftsbanken immer eine Nachfrage nach Zentralbankgeld bestehen, wenn sich z. B. durch Kreditgewährung der Geschäftsbanken an ihre Kundschaft die Sichteinlagen erhöhen. So hat die Zentralbank die Geldschöpfung der Geschäftsbanken unter Kontrolle.

Benötigt eine Geschäftsbank Zentralbankgeld, um beispielsweise ihrer Mindestreservepflicht nachzukommen, gibt es für sie zwei Möglichkeiten. Entweder leiht sie sich Zentralbankgeld von anderen Geschäftsbanken auf dem Geldmarkt im sog. Interbankenhandel zum Tagesgeldsatz oder sie refinanziert sich durch Kreditaufnahme bei der Zentralbank. Die EZB gewährt den Banken kurzfristige Kredite gegen Sicherheiten in Form von festverzinslichen Wertpapieren und guten Handelswechseln gegen Zinszahlung. Bei der EZB gilt der Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft als Leitzins.

## 2. Aufgabe

Eine Geschäftsbank schöpft passiv Giralgeld, indem z. B. ein Kunde Bargeld auf sein Konto einzahlt. Der Kunde tauscht also Bargeld gegen Giralgeld ein. Dadurch erhöht sich nicht das Geldvolumen M1, lediglich seine Zusammensetzung. Die Geschäftsbank hat nun mehr Zentralbankgeld, das sie wiederum nach Abzug der Mindestreserve für eine Kreditgewährung verwenden könnte. Das ist auch der wesentliche Grund, warum die Geschäftsbanken den bargeldlosen Zahlungsverkehr fördern. Wenn sie geringe Bargeldabflüsse haben, die Kunden bargeldlos zahlen, verlieren die Privatbanken insgesamt weniger Zentralbankgeld.

Bei der aktiven Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken in Form von Kreditgewährung oder Käufen von Gütern aus dem Nichtbankensektor erhöhen sich die Einlagen der Bankenkundschaft. Dadurch erhöht sich das Geldvolumen M1. Die aktive Giralgeldschöpfung führt also immer zu einer Erhöhung des Geldvolumens und muss daher in ihrem Umfang von der Zentralbank überwacht und eingeschränkt werden können, um Geld knapp zu halten. Dazu dient ihr geldpolitisches Instrumentarium. Eine einzelne Bank kann nur in Höhe ihrer Überschussreserve, das ist die Differenz zwischen dem Bestand an Zentralbankgeld – als Barreserve bezeichnet – abzüglich der Mindestreserve aktiv Geld schöpfen, weil sie damit rechnen muss, dass das von ihr „produzierte“ Giralgeld entweder bar abgehoben wird oder zu einer anderen Bank überwiesen wird. Das gesamte Geschäftsbankensystem kann jedoch ein Vielfaches der ursprünglichen Überschussreserve an Geld schöpfen (multiple Giralgeldschöpfung). Die Höhe der multiplen Giralgeldschöpfungsmöglichkeit ist von der Höhe der Bargeldabflüsse und der Höhe des Mindestreservesatzes abhängig. Je höher die Bargeldabflüsse und der Mindestreservesatz sind, umso geringer ist der Geldschöpfungsmultiplikator  $1 / r + c(1-r)$ , wobei  $r$  für den Mindestreservesatz und  $c$  für die Bargeldabflüsse steht.

### 3. Aufgabe

Die Zentralbanken sind die Institutionen, die – bei einer stoffwertlosen Währung ohne Bindung an ein knappes Gut und aufgrund des Fehlens entsprechender Deckungsvorschriften – durch den Einsatz ihres geldpolitischen Instrumentariums die Geldmenge knapp halten müssen. Insbesondere müssen sie dafür Sorge tragen, dass die Geldschöpfung der Geschäftsbanken, die nach Gewinnmaximierung streben, in vertretbaren Grenzen bleibt. Es sollte im Idealfall gerade so viel Geld geschöpft werden, wie notwendig ist, um das Wirtschaftswachstum zu finanzieren. Um die Geldwertstabilität zu sichern, ist die Abhängigkeit der Geschäftsbanken bei ihrer aktiven Giralgeldschöpfung von Geldpolitik der Zentralbank notwendig. Das wird dadurch erreicht, dass den Geschäftsbanken seitens der Zentralbank nur kurzfristige Kredite eingeräumt werden, und ferner die Mindestreservepflicht bei einer Kreditausweitung durch die Geschäftsbanken automatisch steigt. Als weitere Stellschraube dient der Zinssatz bei der Vergabe der Kredite. Erhöht die Zentralbank den Leitzinssatz, werden die Geschäftsbanken ihrerseits ihre Zinssätze bei der Kreditvergabe anheben müssen. Dadurch geht die Nachfrage nach Krediten zurück, die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken sinkt.

### 4. Aufgabe

Offenmarktpolitik im weitesten Sinne besteht im An- und Verkauf von Devisen und festverzinslichen Wertpapieren an offenen Märkten, den Börsen. Also auch der Nichtbankensektor konnte in die Offenmarktpolitik mit einbezogen werden. Kauft die Zentralbank Wertpapiere vom Nichtbankensektor, so erhöht sich direkt das Geldvolumen. Ein Verkauf von Wertpapieren führt umgekehrt zu einer Geldvernichtung.

Für die Deutsche Bundesbank war dies ein wenig wirksames Instrument, das vor allem in kontraktiver Richtung wenig effektiv war, weil niemand gezwungen werden konnte, von der Bundesbank Wertpapiere zu kaufen.

Heute wird die Offenmarktpolitik in abgewandelter Form von der EZB als Wertpapierpensionsgeschäft betrieben, so wie es die Bundesbank seit Ende der 70er Jahre bereits tat, um die Bankenliquidität zu steuern. Pensionsgeschäfte sind Offenmarktgeschäfte auf Zeit. Die Zentralbank stellt den Geschäftsbanken für einen von vornherein befristeten Zeitraum Zentralbankguthaben zur Verfügung gegen Übergabe von festverzinslichen Wertpapieren oder Handelswechseln als Sicherheit. Diese müssen von den Geschäftsbanken nach Ablauf der Frist zurückgekauft werden. Für die Kreditgewährung müssen die Banken Zinsen zahlen.

Die EZB setzt verschiedene Formen von befristeten Wertpapierpensionsgeschäften ein, die Hauptfinanzierungsgeschäfte und die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte. Bei beiden Formen geht die Initiative von der EZB aus.

Die Hauptfinanzierungsgeschäfte werden von der EZB im wöchentlichen Turnus den Geschäftsbanken ausgeschrieben, die Laufzeit für die Kredite beträgt also nur eine Woche. Es werden zwei Ausschreibungsverfahren unterschieden, der Zins- und der Mengentender. Beim Mengentender gibt die EZB den Zinssatz (Leitzinssatz) für die Kreditgewährung vor und die Banken geben an, wie viel Zentralbankguthaben sie zuteilt bekommen wollen. Beim Zinstender müssen die Banken sowohl die gewünschte Menge als auch den Zinssatz nennen, zu dem sie Zentralbankguthaben erwerben wollen.

Der große geldpolitische Vorteil des Hauptfinanzierungsgeschäfts liegt in seiner hohen Flexibilität. Dadurch, dass jede Woche für das gesamte Refinanzierungsvolumen neue Konditionen festgelegt werden können, ist es der EZB möglich, sehr schnell auf Änderungen der geldpolitischen Indikatoren zu reagieren.

Längerfristige Wertpapierpensionsgeschäfte werden monatlich mit einer Laufzeit von drei Monaten durchgeführt, wobei die EZB verschiedene Zuteilungsverfahren zum Einsatz bringt. Das Geschäftsvolumen der längerfristigen Transaktionen betrug bis zur Finanzmarktkrise im Vergleich zu den Hauptfinanzierungsgeschäften ungefähr nur  $\frac{1}{4}$ . Es hat sich seitdem allerdings eine gewisse Verschiebung der Gewichte zugunsten der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte ergeben.

## 5. Aufgabe

Vgl. Aufgabe 3.

## 6. Aufgabe

Bei den ständigen Faszilitäten geht die Initiative von den Geschäftsbanken aus.

- Wenn die Banken einen unerwartet hohen Liquiditätsbedarf haben und diesen nicht im Interbankenhandel decken können, kann die EZB kurzfristig Zentralbankgeld zur Verfügung stellen in Form der Spitzenrefinanzierungsfaszilität. Dabei handelt es sich um sehr kurzfristige Kredite der EZB, die eine Laufzeit bis zum nächsten Tag haben (Übernachtskredite). Für die Kredite gibt es keine Höchstgrenze, sie sind aber teurer als die Kredite im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfaszilität bildet die Obergrenze für die Zinssätze am Geldmarkt, weil keine Bank im Interbankenhandel bereit wäre einen höheren Zinssatz zu zahlen als den von der EZB verlangten. Mit der Spitzenrefinanzierungsfaszilität wird die EZB ihrer Funktion als Lender of Last Resort gerecht.
- Die Einlagenfaszilität gibt den Banken umgekehrt die Möglichkeit, ihre überschüssigen Zentralbankguthaben bei der EZB über Nacht gegen einen von der EZB zu zahlenden geringen Zinssatz anzulegen. Der Zinssatz bildet die Untergrenze am Geldmarkt. Durch die Festsetzung der Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfaszilität und die Einlagenfaszilität bestimmt die EZB den Zinskorridor auf dem Geldmarkt.

### 1. und 2. Aufgabe

Die Fisher'sche Verkehrsgleichung  $M \times V = P \times Y_r$  wird zur Darstellung der verschiedenen Formen der Quantitätstheorie benutzt. Auf der linken Seite der Gleichung steht das Produkt aus Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, auf der rechten Seite das Produkt aus Preisniveau und realem Sozialprodukt, also das nominale Sozialprodukt. Die Neoquantitätstheorie geht davon aus, dass kurzfristig das reale Sozialprodukt und die Umlaufgeschwindigkeit konstant sind sowie die Zentralbank die Geldmenge exogen steuert. Unter diesen Annahmen wird das Preisniveau durch die Veränderungen der Geldmenge bestimmt. Bei der Bestimmung des Geldmengenziels durch die EZB kann man die Fisher'sche Verkehrsgleichung zur Darstellung verwenden, weil die EZB die Faktoren berücksichtigt, die in der Verkehrsgleichung auftreten: Geldmengenwachstum 4,5 Prozent, Umlaufgeschwindigkeit des Geldes -0,5 Prozent bis -1 Prozent, Preisanstieg unter 2 Prozent, BIP-Wachstum 2 Prozent bis 2,5 Prozent. Man erkennt, dass die Summe der prozentualen Werte für das Geldmengenwachstum und der negativen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gleich der Summe der prozentualen Werte für die Veränderungen von Preisniveau und BIP-Wachstum ist. Nach dem Konzept der Geldmengensteuerung, wie es von Milton Friedman vorgeschlagen wurde, soll die Geldmenge im Umfang der Wachstumsrate des realen BIP wachsen. Die Deutsche Bundesbank hat das Konzept variiert, indem sie nicht von Wachstum des BIP, sondern vom Wachstum des Produktionspotenzials ausging.

### 3. Aufgabe

Das Konzept des Inflation-Targeting besteht darin, die Geldpolitik an der Einhaltung eines Inflationsziels – gemessen am Preisniveau – zu orientieren, das jährlich erreicht werden soll. Dazu ist es notwendig, über zuverlässige Inflationsprognosen zu verfügen, damit die Zentralbank mit ihren geldpolitischen Mitteln auf künftige Inflationsgefahren, also Abweichungen vom Inflationsziel reagieren kann. Bei den Inflationsprognosen spielt beim Inflation-Targeting die Geldmengenentwicklung keine bedeutende Rolle, vielmehr sind es andere quantifizierbare Parameter, die Aufschluss über Ursachen von Preisniveauänderungen geben sollen.

- Dazu gehört die Entwicklung der Lohnstückkosten. Steigen die Lohnstückkosten über das angepeilte Inflationsziel, besteht eine zunehmende Inflationsgefahr vor allem dann, wenn sich eine Lohn-Preis-Spirale entwickelt und sich dadurch die Inflationserwartungen in der Bevölkerung verfestigen.
- Ein weiterer Parameter für Inflationsprognosen sind Wechselkursentwicklungen. Eine Abwertung der eigenen Währung führt zur Verteuerung der Importe, das gilt insbesondere für wichtige Rohstoffe, wie Rohöl, Gas, Metalle.
- Ferner spielt die Analyse in Bezug auf das Entstehen einer inflatorischen Lücke eine wichtige Rolle. Sind die Kapazitäten der Unternehmen weitgehend ausgelastet, werden die Unternehmen bei anhaltender Nachfrage die Preise erhöhen. Es besteht die Gefahr einer Überschussnachfrageinflation.

Weisen die Parameter der Inflationsprognosen auf eine Gefährdung des Inflationsziels hin, wird die Zentralbank eine restriktive Geldpolitik betreiben, d. h. die Refinanzierung der Geschäftsbanken verteuern, um dadurch auch die Höhe der Zinssätze für die Kreditgewährung der Geschäftsbanken gegenüber ihren Kunden zu beeinflussen.

#### 4. Aufgabe

Es mag überraschen, dass die EZB eine Inflationsrate von nahe bei zwei Prozent gemessen am HIV als Preisniveaustabilität definiert und nicht 0 Prozent. Dafür werden folgende Gründe angeführt.

- Der HIV sei nach oben verzerrt, weil Änderungen im Verbraucherverhalten beim Laspeyres-Index nicht hinreichend erfasst werden. Um Änderungen der Preise zu messen, müssen die Gewichtungen und der Warenkorb für einen längeren Zeitraum konstant bleiben. In Deutschland wird der Warenkorb nur alle 5 Jahre an die Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten angepasst (vgl. Kap. 2.1.4, S. 60 ff.).
- Ferner soll ein Sicherheitsabstand zum Schutz gegen Deflationsrisiken mit dieser Definition eingehalten werden.

#### 5. Aufgabe

Die Zwei-Säulen-Strategie umfasst drei Hauptelemente; eine quantitative Definition von Preisniveaustabilität, eine wirtschaftliche Analyse und eine monetäre Analyse.

- Die wirtschaftliche Analyse untersucht die kurz- und mittelfristigen Preisrisiken anhand von kurzfristigen Konjunkturindikatoren, wie die Entwicklung des BIP weltweit, die Entwicklung von Preisen, Einkommen, Lohnstückkosten, Konsumklima, Auftragsbestand der Unternehmen, die Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums und die Wechselkursentwicklung. Aber auch Inflationserwartungen werden ermittelt. Im Rahmen dieser Säule werden vierteljährlich von der Europäischen Zentralbank gesamtwirtschaftliche Prognosen veröffentlicht, die Rückschlüsse auf die erwartete Entwicklung des HIV im Euroraum ermöglichen. Es wird deutlich, dass das Vorgehen der EZB in dieser Säule grundsätzlich mit der Strategie von Zentralbanken, die Inflation-Targeting betreiben, vergleichbar ist (Z. 1 bis 42).
- Die monetäre Analyse ist längerfristig ausgerichtet. Sie dient der Beurteilung längerfristigen Inflationsrisiken, weil der Zusammenhang zwischen Geldmengen- und Preisniveaumentwicklung für den Euroraum empirisch nachgewiesen kann. Als Geldmengenaggregat geht die EZB dabei von **M3** aus. Die Inflationsprognosen aufgrund der Entwicklung von **M3** haben für einen Prognosehorizont von mehr als zwei Jahren eine höhere Prognosegüte als die, die auf der Analyse der Indikatoren innerhalb der ersten Säule beruhen. Die zweite Säule zeigt also deutlich den Rückgriff auf die Geldmengensteuerung (Z. 43 bis 78).

Ein Vergleich der Strategie des Inflation-Targeting und der Strategie der Europäischen Zentralbank zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Die Gemeinsamkeiten beziehen sich auf die Definition von Preisniveaustabilität, die mit dem von anderen Zentralbanken verfolgten Inflationszielen verglichen werden kann und auf die Veröffentlichung von Inflationsprognosen. Ferner ist auch für die Europäische Zentralbank die Herstellung von Transparenz in Bezug auf ihr geldpolitisches Handeln ein wesentlicher Bestandteil ihrer Strategie. Der wesentliche Unterschied zum Inflation-Targeting besteht in der besonderen Bedeutung der Analyse monetärer Indikatoren, also der Geldmengenentwicklung, die beim Inflation-Targeting kaum eine Rolle spielt.

#### 6. Aufgabe

Die Ausdehnung der Geldmenge **M3** kann aus verschiedenen Sonderfaktoren herrühren, wie z. B. die gestiegene Risikoaversion der Anleger als Reaktion auf die Kursrückgänge auf den Aktienmärkten als Folge der Finanzmarktkrise, die die Liquiditätspräferenz erhöht. Es kommt also zu einer Umschichtung der Portfolios, zur Flucht in sichere liquide Geldanlagen, die zu einer Erhöhung von **M3** führen, ohne dass es zu einer Ausweitung der Kredite der Geschäftsbanken gekommen wäre.

### 7. Aufgabe

Die Zwei-Säulen-Strategie zeigt deutliche Anklänge an Inflationstheorien. Während die erste Säule auf die Überschussnachfrage- und Anbieterinflation zu beziehen ist, wenn man die Indikatoren für Inflationsprognose berücksichtigt, liegen der zweiten Säule neoquantitätstheoretische Aspekte zugrunde, wenn der längerfristige Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Geldmengenwachstums und der Preisniveauentwicklung betont wird.

### 8. Aufgabe

vgl. hierzu z. B. [http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2010/201002.mb\\_ezb\\_10.00.pdf](http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2010/201002.mb_ezb_10.00.pdf)

## 1. Aufgabe

Bei einer expansiven Geldpolitik wird die EZB die Zinsen für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte senken, aber auch zusätzlich die Zinsen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagenfazilität. Das wird zunächst relativ schnell zur Senkung des Tagesgeldsatzes auf dem Geldmarkt führen. Die Übertragung der Zinssenkung auf den Kapitalmarkt, insbesondere auf den Kreditmarkt, ist schon weniger sicher. Nicht immer haben die Banken im gleichen Maße die Zinssenkung am Geldmarkt zur Senkung der Sollzinsen an ihre Kundschaft weitergegeben. Beispielsweise haben die Geschäftsbanken ihre günstigeren Refinanzierungskosten im Jahr 2008 nicht generell an ihre Kunden weitergegeben. Der durchschnittliche Zinssatz für Dispositionskredite stieg im selben Zeitraum, in dem die EZB die Zinsen senkte, von 12,20 Prozent auf 12,33 Prozent. Bei Ratenkrediten über 5000 Euro mit 5 Jahren Laufzeit stieg der durchschnittliche Zinssatz von 8,23 Prozent auf 8,54 Prozent. Die Zinsen für Spareinlagen wurden nach den Leitzinssenkungen der EZB hingegen gesenkt. Der Zinsunterschied zwischen Konsumentenkrediten und für Einlagen von den Sparern ist also größer geworden. Ob die Impulse der Zentralbank über den monetären Bereich hinaus auch auf die Realwirtschaft ausstrahlen, ist fraglich. In einer tiefen Krise werden die Erwartungen der Unternehmen pessimistisch sein. Sie werden trotz der gesunkenen Zinsen kaum Kredite für Investitionen aufnehmen, allenfalls solche zur Überbrückung von Zahlungsschwierigkeiten. Auch die privaten Haushalte werden bei der Kreditfinanzierung ihrer Ausgaben zurückhaltend sein, weil die Arbeitsplatzunsicherheit steigt. Der Transmissionsprozess wäre also unterbrochen.

Bei der Übertragung geldpolitischer Impulse auf die Realwirtschaft sind ebenso wie bei der Fiskalpolitik die time lags zu berücksichtigen. Das Beispiel der Finanzmarktkrise hat gezeigt, wie viel Zeit die EZB benötigte, um im Jahr 2008 die konjunkturelle Lage richtig einzuschätzen. Noch bis Juni ging die EZB davon aus, dass sie die Leitzinsen über den Zinssatz von 4 Prozent erhöhen müsse, um die inflatorischen Tendenzen zu bekämpfen. Da hatte die Fed bereits in mehreren Schritten die Leitzinsen gesenkt. Allein der recognition lag war schon beachtlich. In empirischen Untersuchungen wurden bei einer expansiven Geldpolitik zeitliche Verzögerungen von bis zu 22 Monaten ermittelt, eine 50prozentige Wirkung wurde allerdings schon nach 7 Monaten erreicht.

## 2. Aufgabe

Wenn das Bankensystem in der Liquiditätsfalle steckt, ist es der Zentralbank nicht möglich, durch weitere Zinssenkungen und Bereitstellung von Liquidität belebende realwirtschaftliche Impulse zu erzeugen. Die höhere Liquidität wird zum Aufbau der Spekulationskasse verwendet und nicht zur Kreditvergabe. Als z. B. die Fed den Leitzins auf 0,25 Prozent bis 0 Prozent gesenkt hat, ist dieses Instrument ausgereizt gewesen. Soll die Zentralbank in einer solchen Situation die Notenpresse zur Finanzierung der Wirtschaft anwerfen, so wie das de facto die Fed getan hat, als sie dazu überging, Unternehmen direkt Kredite zu gewähren und festverzinsliche Wertpapiere, insbesondere langfristige Staatsanleihen zu kaufen? Durch den Kauf der Papiere steigt durch die zusätzliche Nachfrage der Kurs der Schuldverschreibungen, bzw. wird ein Kursverfall verhindert. Dadurch sinkt die Verzinsung, so dass die Schuldner, vor allem der Staat geringe Zinsen zahlen müssen. Die Risiken einer übermäßigen Ausdehnung der Geldmenge sind erheblich. Es entsteht langfristig ein Inflationspotential, das sich nicht in der Krise, in der ja eine deflatorische Lücke besteht, auswirkt, sondern erst bei einer Belebung der Konjunktur. Langfristig besteht zwischen der Ausdehnung der Geldmenge und der Entwicklung des Preisniveaus ein enger Zusammenhang, auf dem auch die Zwei-Säulen-Strategie der EZB beruht. Soll im Aufschwung eine Inflation vermieden werden, müssen die Zentralbanken die zu hohe Liquidität wieder zurückführen. Dazu müssen sie die Zinsen rasch anheben. Bei der politisch bedingten Asymmetrie zwischen einer expansiven und restriktiven Konjunkturpolitik bleibt es abzuwarten, ob die Fed, aber auch die anderen Zentralbanken, zu einer solchen Politik in der Lage sind. Jüngste Verlautbarungen des IFW vom Februar 2010

regen ein deutlich höheres Inflationsziel von 4 Prozent statt der bislang üblichen 2 Prozent an. Ist das bereits die Kapitulation vor der aufziehenden Inflation?

### 3. Aufgabe

	EZB	Fed
Zielsetzung	vorrangiges Ziel ist Geldwertstabilität, nachrangig Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik	Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum sind gleichrangige Ziele
Expansive Geldpolitik	Senkung der Leitzinsen, erweiterte Refinanzierungsmöglichkeiten	Senkung der Leitzinsen, erweiterte Refinanzierungsmöglichkeiten, Kreditvergabe direkt an den Nichtbankensektor, Ankauf langfristiger Staatsanleihen, Fed wir zu einer Art Geschäftsbank

### 4. Aufgabe

Hier müssten Pro- und Contra-Argumente gegeneinander abgewogen werden: Folgende Argumente sprechen gegen eine Veränderung der Zielsetzung analog zur Fed:

- Der Euro ist noch eine junge Währung. Preisstabilität ist für das Ansehen des Euro wichtig.
- Der Außenwert des Euro ist auch abhängig von der Stabilität des Binnenwertes.
- Der Euro als Reservewährung könnte bei einer veränderten Zielsetzung an Attraktivität verlieren.
- De facto unterstützt die EZB auch das Wirtschaftswachstum, wenn dadurch nicht der Geldwert gefährdet wird, vgl. die Maßnahmen der EZB in der Finanzmarktkrise 2007 ff.
- Europa, insbesondere Deutschland hat mit Inflationen bereits traumatische Erfahrungen gemacht.
- Inflationsraten in einigen Euroländern sind hoch

Folgende Argumente sprechen für eine Änderung:

- 5 Prozent Inflation ist besser als 5 Prozent Arbeitslosigkeit.
- Geldpolitik kann effektivere expansive Instrumente in der Krise verwenden.
- Schnellere Überwindung von Rezessionen oder sogar Vermeidung, weil die EZB handlungsfähiger wird.
- Höhere Wachstumsraten könnten erreicht werden.
- Geldpolitik wird flexibler.

## 8 Außenwirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands im Zeitalter der Globalisierung

### 1. Aufgabe

Die Analyse der Statistiken zu den Exportströmen kann nach der Entwicklung des Exports im Zeitablauf und nach der Rangfolge der wichtigsten Ausfuhrländer vorgenommen werden.

- **M 4a** zeigt u. a. die Entwicklung des Exports im Zeitraum von 10 Jahren. Zwar ist in dem gesamten Zeitraum der Export um rund 113 Prozent angestiegen, allerdings sind die jährlichen Zuwachsraten recht unterschiedlich. Während der Exportzuwachs von 1998 auf 1999 nur 4,5 Prozent betrug, war der Export 2006 um 12,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Auffallend sind die hohen Zuwächse in der Periode von 2003 bis 2007.
- Der Anstieg des Exports ist jedoch auch durch Globalisierungseffekte verursacht. Verlagern z. B. deutsche Unternehmen Produktionsprozesse in wachsendem Maße ins Ausland, enthalten exportierte Waren aus Deutschland in zunehmendem Maße ausländische Vorleistungen. Wenn in Deutschland der letzte wesentliche Bearbeitungsvorgang stattgefunden hat, weist die Außenhandelsstatistik diese Waren als deutsche Exporte nach. Das gilt auch dann, wenn der ausländische Wertschöpfungsanteil überwiegt. Dadurch wird die Exportstatistik aufgebläht und bei einem Vergleich über lange Zeiträume in ihrer Aussagefähigkeit z. B. über die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands eingeschränkt.
- Wichtigstes Exportland ist 2007 für Deutschland Frankreich gewesen mit erheblichem Abstand vor den USA. Selbst Großbritannien, das nicht dem Euroraum angehört, hat für den Export Deutschlands fast dieselbe Bedeutung wie die USA. China, dessen Bedeutung für den Außenhandel Deutschlands in den Medien ständig betont wird, hat für den Export eine geringere Bedeutung als Polen. Das Schaubild enthält leider keine Angaben über die Bedeutung des Exports in afrikanische Länder. Das Statistische Bundesamt gibt den Exportanteil afrikanischer Länder am deutschen Gesamtexport für das Jahr 2009 mit 2 Prozent an.
- Damit wird der Trend bestätigt, der in M3 aufgezeigt wird. Die entwickelten westlichen Industrieländer sind die wichtigsten Exportländer für Deutschland, gefolgt von Russland und den sich rasch entwickelnden Schwellenländern, wie China.

#### Anmerkung:

In einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung des Deutschen Außenhandels im Zeitraum von 1990 bis 2008 analysieren die Autoren die Veränderungen im Ranking der wichtigsten Ausfuhrländer.

Silke Gehle-Dechant, Joseph Steinfelder, Manuel Wirsing: Export, Import, Globalisierung – Deutscher Außenhandel und Welthandel, 1990 bis 2008.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Februar 2010

<https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1025288>

### 2. Aufgabe

In **M 4b** sind nicht alle EU-Länder aufgeführt. Nimmt man nur die angeführten EU-Länder und vergleicht deren Anteil mit dem der USA, kommt man zu folgendem Ergebnis: Addiert man den Export der angeführten EU-Länder (rund 480 Mrd.), ergibt sich ein Anteil am Gesamtexport von rund 50 Prozent (969,1 Mrd. im Jahr 2007). Der Anteil der USA beträgt 7,6 Prozent.

2008 betrug der Exportanteil in alle 27 EU-Staaten an der gesamten deutschen Ausfuhr 63,3 Prozent, der entsprechende Anteil nur in die Länder des Euroraums 42,6 Prozent und der Exportanteil in die USA 7,3 Prozent.

### 3. Aufgabe

Wenn man die in M2 angeführten Exportanteile im Verarbeitenden Gewerbe betrachtet, wird deutlich, wie exportabhängig einzelne Branchen sind. An der Spitze liegt die deutsche Automobilindustrie mit fast 60 Prozent. Wie gefährlich eine solche hohe Abhängigkeit vom Export werden kann, hat sich in der Wirtschaftskrise gezeigt, als der Export der sog. Premium-Hersteller einbrach und 2009 zu Milliardenverlusten führte. Die Arbeitnehmer haben das durch die Einkommenseinbußen als Folge der Kurzarbeit gespürt, die allerdings, wenn man von den Leiharbeitskräften absieht, nicht zu Entlassungen geführt hat, anders als im Maschinenbau, der ebenfalls durch seine hohe Exportquote und noch zusätzlich durch den Einbruch der Investitionen von der Wirtschaftskrise besonders stark getroffen wurde. Die Exportabhängigkeit in manchen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes ist alles andere als eine Garantie für sichere Arbeitsplätze.

### 4. Aufgabe

Bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit können verschiedene Dimensionen unterschieden werden: Produktwettbewerbsfähigkeit, Standortwettbewerbsfähigkeit und technologische Wettbewerbsfähigkeit, die auch mit der Produktwettbewerbsfähigkeit verknüpft ist.

Hier soll nur auf die Produktwettbewerbsfähigkeit eingegangen werden. Wichtig dafür sind das Image „Made in Germany“, die Produktqualität und der Preis der angebotenen Güter.

Traditionell hat das Image „Made in Germany“ einen hohen Werbeeffekt, weil damit Zuverlässigkeit in Bezug auf Qualität, Einhaltung von Lieferfristen, Wartung etc. verbunden sind. Durch die Verlagerung von Produktionsteilen in das Ausland wird das Image für viele Produkte allerdings irrelevant.

Zur Produktqualität gehört neben der Zuverlässigkeit der technologische Vorsprung des Produkts, die zur Produktionsreife gebrachten Erfindungen, die dem Produkt ein Alleinstellungsmerkmal geben können. Beides ist ein Schutz für die heute üblich gewordenen billigen Nachahmerprodukte. In einigen Bereichen hat Deutschland die Nase vorn, beispielsweise in Produkten zur alternativen Energiegewinnung, bei anderen hat Deutschland wenig zu bieten, z. B. im Bereich der Datenverarbeitung.

Bei der scharfen internationalen Konkurrenz spielt der Preis eine wichtige Rolle. Der Preis ist abhängig von der Wirtschaftlichkeit der Produktion und vom Wechselkurs des Euro.

Für die Wirtschaftlichkeit der Produktion sind die Lohnstückkosten ausschlaggebend, also das Verhältnis von Arbeitskosten und Produktivität. Nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln sind im Zeitraum von 2000 bis 2007 die Lohnstückkosten aufgrund der moderater und flexibler gewordenen Lohnpolitik sogar um durchschnittlich 2 Prozent zurückgegangen, weil einerseits die Lohnkosten in diesem Zeitraum mit durchschnittlich nur 2,2 Prozent angestiegen sind und andererseits die Produktivität um 4,3 Prozent zunahm. Im Ausland blieben die Lohnstückkosten dagegen im selben Zeitraum fast konstant. Weitere Informationen unter ([http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends04\\_08\\_6.pdf](http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends04_08_6.pdf)).

Dadurch hat das Verarbeitende Gewerbe international seine Wettbewerbsfähigkeit steigern können.

Vom Wechselkurs gehen widersprüchliche Tendenzen aus. Gewinnt der Euro an Wert, werden die Importe preiswerter, aber die Exporte verteuern sich. Bei einem Kursverlust des Euro werden die Importe teurer, aber die Exportfähigkeit steigt.

Da der Exportanteil in den Euroraum rund 43 Prozent im Jahr 2008 betrug, spielen für diesen Teil der Exporte Wechselkursänderungen keine Rolle mehr.

## 5. Aufgabe

Die Karikatur geht auf den Standortwettbewerb zwischen den Volkswirtschaften ein. Hohe Steuern und Löhne können zur Verlagerung der Arbeitsplätze in das Ausland führen, vor allem bei Produkten, die technologisch Standardprodukte geworden sind, wie die weiße Ware.

Die Karikatur lässt offen, ob auch in dieser Hinsicht Deutschland Exportweltmeister ist. Die Exportweltmeisterschaft bezieht sich nur auf den Export von Waren, bezieht die Dienstleistungen nicht mit ein.

Bei der Diskussion sollen einerseits die Chancen und andererseits die Gefahren der starken Exportorientierung erkannt werden. Als positiv kann die Wirkung auf das Wachstum des BIP und auf die Sicherung von Arbeitsplätzen genannt werden. Als negativ kann die Anfälligkeit gegenüber Nachfrageschwankungen aus dem Ausland und die Abhängigkeit des Exports von Wechselkursbewegungen angeführt werden. Die hier angestoßene Fragestellung wird an den weiteren Abschnitten immer wieder aufgenommen.

## 6. Aufgabe

### Anmerkung:

Bei **M 5b** beträgt der Wert der Einfuhr im Jahr 2006 insgesamt 733 994 Mio. Euro. Die Importwerte in **M 7** enthalten neben den Waren auch die importierten Dienstleistungen. Daraus resultiert der Unterschied zu den Werten für die Importe in **M 4a**.

Im Zeitraum von 1995 bis 2006 sind die Importe um rund 116 Prozent gestiegen.

**M 5a** zeigt bei vielen nicht so im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehenden Rohstoffen die 100prozentige Importabhängigkeit Deutschlands. Bei den nichtregenerierbaren Rohstoffen Erdöl und Erdgas sieht die Importabhängigkeit nicht viel anders aus. Ohne die Importe wäre das Wirtschaftswachstum in Deutschland nicht möglich gewesen, weil Deutschland nicht über die notwendigen Rohstoffe verfügt.

Bei **M 5b** sollte beachtet werden, dass beispielsweise der Anstieg der Ausgaben für Erdöl und Erdgas auch stark durch den Preisanstieg für diese Rohstoffe verursacht worden ist und keinen Aufschluss über die importierten Mengen gibt. **M 5b** zeigt aber auch, dass Deutschland nicht nur Rohstoffe einführt, sondern in erheblichem Umfang Fertigprodukte wie Autos, Fernsehgeräte etc., die genauso in Deutschland hergestellt werden könnten. Darin kommen einerseits die Produktpräferenzen der Konsumenten und andererseits die preisgünstigen Angebote bei vielen Waren aus Fernost zum Ausdruck.

## 7. Aufgabe

Wie bei den Exporten ist auch Frankreich bei den Importen der wichtigste Handelspartner, gefolgt von den Niederlanden. Im Gegensatz zu den Exporten nimmt China aber bereits den 3. Platz bei den Importen ein. Daraus ergibt sich im Außenhandel mit China ein Handelsbilanzdefizit im Warenverkehr von 24,7 Mrd. Euro. Die Importe Deutschlands kamen wie bei den Exporten zu einem großen Teil aus Europa. Für 2009 hat das Statistische Bundesamt folgende Werte für die Herkunft der Importe ermittelt. 71 Prozent kamen aus Europa, gefolgt von Asien mit 18 Prozent und Amerika 9 Prozent. Aus Afrika und Australien / Ozeanien kamen 3 Prozent beziehungsweise 0,4 Prozent der importierten Waren.

Soweit man das aus **M 5b** erkennen kann, hat sich die Importstruktur ähnlich weiterentwickelt, wie das in **M 6** beschrieben wird. Auffallend ist die starke Zunahme im Bereich Kraftwagen und Kraftwagenteile etc. Hier zeigt sich eine Zunahme von über 200 Prozent im ausgewählten Berichtszeitraum, während bei den Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes oder bei Textilien und Bekleidung die Zunahme wesentlich geringer ist.

**8. Aufgabe**

Anteile der Gütergruppen in Prozent

Erdöl, Erdgas	9,0
Ernährungsgewerbe	4,6
Textilien etc.	5,1
Chemische Erzeugnisse	11,4
Eisen- und Stahlerzeugnisse	7,6
Maschinen	7,2
Büromaschinen etc.	4,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung	4,2
Nachrichtentechnik etc.	6,4
Kraftwagen etc.	15,1
Waren, die nicht zugerechnet werden können	4,4

Die Einfuhr von Autos kann aufgrund der Handelsvereinbarungen nicht verboten werden, schon gar nicht aus Ländern der EU. Außerdem muss beachtet werden, dass in dieser Gütergruppe auch Kraftwagenteile enthalten sind, die deutsche Unternehmen im Ausland produzieren bzw. solche die von ausländischen Unternehmen produziert werden und in die in Deutschland produzierten Autos eingebaut werden. Ferner werden Autos von deutschen Unternehmen eingeführt, die nur im Ausland, z. B. in USA oder Ungarn, gebaut werden.

Angenommen, ein solches Verbot wäre rechtlich zulässig, würden andere Ländern mit gleicher Münze heimzahlen zum Schaden aller Länder, die diesen Handelskrieg führen würden.

**9. Aufgabe**

- Der inter- und intraregionale Warenhandel konzentriert sich auf die drei Regionen Europa, Nordamerika und Asien und mit Abstrichen noch auf den Nahen Osten aufgrund seines Ölreichtums.
- Volumenmäßig dominiert der Handel innerhalb der Regionen, wobei das Volumen in Europa am größten ist, gefolgt von Asien.
- Im interregionalen Handel zeigen sich erhebliche Ungleichgewichte zwischen Nordamerika und Asien sowie zwischen Europa und Asien. Der Wert des Exports aus Asien nach Nordamerika und Europa ist erheblich höher als der Wert der Importe Asiens aus diesen Regionen.
- Es zeigen sich die gewaltigen Handelsbilanzdefizite der USA gegenüber Asien und Europa.
- Ferner wird die Abhängigkeit Asiens von den Öllieferungen aus dem Nahen Osten deutlich. Der Nahe Osten erzielt einen hohen Handelsbilanzüberschuss.
- Die Einbindung Afrikas und Lateinamerikas in den internationalen Warenaustausch ist relativ gering. Aber auch der Warenaustausch innerhalb Afrikas ist niedrig.
- Russland / GUS erzielt einen Handelsbilanzüberschuss.

### 1. Aufgabe

Das Statistische Bundesamt hat ermittelt, dass 8,3 Millionen Arbeitsplätze im Jahr 2005 vom Export abhingen. Das war ein Zuwachs innerhalb von 10 Jahren um 2,4 Millionen. Damit ist jeder 5. Arbeitsplatz vom Export abhängig.

Im Zeitraum von 2000 bis 2005 sind mit Ausnahme von 2003 starke Wachstumsimpulse vom Export ausgegangen, die mit 2/3 des realen BIP-Wachstums angegeben werden. Auch in den Jahren 2006 und 2007 war der Beitrag des Exports zum Wachstum der deutschen Wirtschaft größer als von allen anderen Verwendungskomponenten. Erkennbar wird aus der Tabelle in **M8** ein für die deutsche Konjunktorentwicklung typischer Sachverhalt, nämlich dass ein Konjunkturaufschwung meistens vom Export ausging. Erst im Jahr 2008, in dem sich die realen Auswirkungen der Finanzmarktkrise vor allem auf den Export und die Investitionen auswirkten, ist dieser Wachstumsbeitrag geringer gewesen als der der anderen Komponenten.

Kreislauftheoretisch wirken Exporte als Nachfrage und Importe als Nachfrageausfall. Bei Importen fließt inländisches Einkommen als Gegenleistung für die empfangenen Güter ins Ausland und wird dort nachfragewirksam, umgekehrt ist es bei Exporten. Für die Wirkung auf das Wirtschaftswachstum ist die Saldierung von Export und Import entscheidend, also der Außenbeitrag. Ein positiver Außenbeitrag bewirkt Wachstumsimpulse, ein negativer Außenbeitrag würde negativ auf das Wirtschaftswachstum wirken.

Andererseits werfen hohe Exportüberschüsse die Frage nach dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht auf. Ein deutscher Exportüberschuss bedeutet ein Defizit für die deutschen Handelspartner, die dieses Defizit durch Verschuldung bei deutschen oder anderen ausländischen Banken finanzieren müssen oder durch den Verkauf von Devisen, sofern sie solche haben.

### 2. Aufgabe

Die Basarhypothese hat H.-W.-Sinn, Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, in seinem Buch „Die Basar-Ökonomie. Deutschland: Exportweltmeister oder Schlusslicht“ ausgeführt. Er karikiert darin die Exportfähigkeit Deutschlands als Basarökonomie. Dadurch soll die eher negative Assoziation an einen orientalischen Basar geweckt werden, auf dem nur Waren gehandelt, aber nicht hergestellt werden und auf dem es allgemein üblich ist, Preise durch Feilschen zu bestimmen. Also überspitzt formuliert importiert Deutschland nur noch Waren und veräußert sie weiter, weil in Deutschland aufgrund der zu hohen Löhne keine konkurrenzfähigen Waren mehr hergestellt werden können und die Produktion in die Niedriglohnländer verlagert wird. Im Kern hat Sinn darauf verwiesen, dass die Fertigungstiefe in Deutschland durch die Verlagerung der Produktion und den Kauf von Vorprodukten aus dem Ausland rapide abgenommen hat seit dem Fall des Eisernen Vorhangs.

### 3. Aufgabe

Es ist in der Tat so, dass der ausländische Anteil in den deutschen Exporten gestiegen ist. Wenn man nur die Warenexporte ohne Dienstleistungen betrachtet, betrug der Anteil der Importe am Warenexport 41,7 Prozent im Jahr 2005. Der SVR hat sich in seinem Gutachten 2004/05 mit dem Vorwurf der Basarökonomie auseinandergesetzt. Auch der SVR stellt fest, dass die ausländischen Wertschöpfungsanteile an den Exporten gestiegen sind. Aber der Außenbeitrag ist seit den 90er Jahren bis 2008 ständig gestiegen. Da der Außenbeitrag die Differenz zwischen Importen und Exporten ist, bedeutet ein steigender Außenbeitrag eine Zunahme der Wertschöpfung durch den Export im Inland. Dabei muss noch berücksichtigt werden, dass nur ein Teil der Importe für den Export verwendet wird und ein großer Teil der importierten Waren in den heimischen Konsum fließt. Ferner sind auch in den importierten Waren zum Teil deutsche Vorleistungen enthalten, beispielsweise in den Autos aus Frankreich sind Zulieferteile aus Deutschland verwendet worden.

Der SVR wertet den nicht zu leugnenden Anstieg der ausländischen Wertschöpfungsanteile an den Exporten jedoch ganz anders. Sie seien ein Beleg für die erfolgreiche Einordnung der deutschen Exportwirtschaft in die zunehmende internationale Arbeitsteilung. Die Unternehmen haben geschickt die Möglichkeiten der Marktöffnung seit dem Fall des Eisernen Vorhangs genutzt und so von dem Prozess der Globalisierung profitiert zugunsten der Gesamtwirtschaft.

#### 4. Aufgabe

Der Export hat für Deutschland die Funktion einer Konjunkturlokomotive. Wenn die unter Dampf ist, geht es mit der Wirtschaft bergauf, aber wehe der Lokomotive geht der Dampf aus. Dann helfen selbst die besten Bremsen kaum. Der Konjunkturzug rollt rückwärts und die Passagiere halten ängstlich ihre Geldbörsen zu, damit sie für den Fall aller Fälle noch einen Notgroschen haben. Woher soll aber in einer solchen Situation neuer Dampf kommen? Alles wartet auf den neuen Dampferzeuger. Ist es diesmal die Hilfe aus China, die den Zug wieder nach vorne bringt? Wäre es nicht viel besser, wenn der Export durch eine andere Konjunkturlokomotive abgelöst werden könnte? Aber woher soll die kommen? Die Konsumenten sind ziemlich voll oder haben zu wenig in ihrer Portemonnaies und der Staat hat nur noch Schulden. Also muss Deutschland weiter auf den Export hoffen, wenn wir weiter wachsen wollen, und die Unsicherheit in Kauf nehmen.

#### 5. Aufgabe

Steigende Exporte führen zum Anstieg der Beschäftigung, zu höheren Einkommen und Steuereinnahmen, höhere Einkommen führen zu höherer Nachfrage nach Konsumgütern und dadurch zu höherer Konsumgüterproduktion und steigenden Einkommen. Die steigende Nachfrage durch Exporte und nach Konsumgütern kann Erweiterungsinvestitionen induzieren, die auch in der Investitionsgüterindustrie die Einkommen steigen lassen. Es entsteht also wie bei zusätzlichen Investitionen oder höheren Transformationsausgaben des Staates eine expansive Multiplikatorwirkung. Ein Rückgang des Exports kann in vergleichbarer Weise eine kontraktive Multiplikatorwirkung auslösen, die zu einem Wachstumseinbruch führt. Das aktuellste Beispiel ist dafür der Einbruch der Exporte im Jahr 2009 um preisbereinigt 14,7 Prozent, der wesentlich zu dem Rückgang des realen BIP um 5 Prozent geführt hat.

Steigende Importe können, wenn sie zu einem negativen Außenbeitrag führen, kontraktive Prozesse auslösen. Werden beispielsweise mehr ausländische Fertigwaren in Deutschland verkauft, die mit deutschen Waren konkurrieren, geht der Absatz der deutschen Unternehmen zurück, Kurzarbeit und Entlassungen können die Folge sein. Das geringere Einkommen kann auch in der Konsumgüterindustrie zu einem Rückgang von Produktion und Einkommen führen sowie zum Rückgang von Steuereinnahmen. Es können dadurch also kontraktive Multiplikatorprozesse ausgelöst werden. Hinzu kommt, dass die Importe bezahlt werden müssen, dadurch kann eine Verschuldung gegenüber dem Ausland entstehen. Das beste Beispiel dafür sind die USA, die hoch verschuldet gegenüber dem Ausland mit China als größtem Gläubiger sind.

## 6. Aufgabe

Die Exporte von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen im Jahr 2008 gingen um 5,4 Prozent zurück. „Gegenüber dem Jahr 2008 verringerten sich 2009 die Ausfuhren von Maschinen um 24,1 Prozent auf 121,8 Milliarden Euro, von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen um 28,9 Prozent auf 120,5 Milliarden Euro und von chemischen Erzeugnissen um 19,4 Prozent auf 73,9 Milliarden Euro.“ ([http://www.destatis.de/jet-speed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/03/PD10\\_\\_071\\_\\_51,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jet-speed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/03/PD10__071__51,templateId=renderPrint.psml)). Der starke Rückgang der Exporte in der Automobilindustrie hat einigen Herstellern Milliardenverluste beschert, die teilweise zu Entlassungen aber vor allem zu Kurzarbeit mit erheblichen Einkommenseinbußen geführt haben. Davon waren ebenfalls die Automobilzulieferer erheblich betroffen. Dadurch ist ferner das Konsumklima eingetrübt worden. Der Exportrückgang in der Automobilindustrie über zwei Jahre hinweg hatte negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland.

### 1. Aufgabe

Dauerhafte Nichtverfügbarkeit ist ein Grund für den Import zahlreicher Güter sowohl im Rohstoffbereich als auch im Konsumbereich. So hat die 100prozentige Importabhängigkeit bei den in M5a angeführten Rohstoffen oder bei Rohöl und Erdgas in der dauerhaften geologischen Nichtverfügbarkeit dieser Rohstoffe in Deutschland ihre Ursache. Der Import von Kakao- oder Kaffeebohnen, Bananen etc. ist auf die klimatische Nichtverfügbarkeit zurückzuführen.

Vorübergehende Nichtverfügbarkeit kann auch bei Rohstoffen entstehen, die Deutschland selber in hinreichendem Maße besitzt, wie beispielsweise Steinkohle. Wenn in Deutschland der Abbau der Steinkohle eingestellt wird, weil der Steinkohleimport kostengünstiger ist, wird es längere Zeit brauchen, bis die Förderung in Deutschland wieder aufgenommen werden kann, falls das aus irgendwelchen Gründen beschlossen werden sollte. Vorübergehende Nichtverfügbarkeit, kann aus technologischen Vorsprüngen des Auslandes entstehen, beispielsweise der technologische Vorsprung der USA bei der Satellitennavigation-Technologie (GPS). So lange die EU kein funktionierendes eigenes System aufgebaut hat, besteht eine vorübergehende Nichtverfügbarkeit.

### 2. Aufgabe

Deutschland hat im Maschinenbau, der Elektrotechnik und der Chemie, den sog. mittleren Technologien eine gute Position, aber seit Jahren wird beklagt, dass im obersten Technologiesegment wie Informations- und Biotechnologie eine technologische Lücke existiert.

#### Anmerkung:

Im „Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2006“ ([http://www.bmbf.de/pub/tlf\\_2006.pdf](http://www.bmbf.de/pub/tlf_2006.pdf)) gibt es Hinweise auf Stärken und Schwächen des Technologiestandortes Deutschland.

### 3. Aufgabe

Interindustrieller Handel zeigt sich in den unterschiedlichen Waren, die zwischen den Außenhandelspartnern importiert und exportiert werden.

Unter interindustriellem Handel wird der Teil des Außenhandels verstanden, dessen Ursache in unterschiedlichen Preisen in den am Außenhandel beteiligten Ländern für solche Waren besteht, die in jedem der am Warenaustausch teilnehmenden Länder hergestellt werden können. Die Preisunterschiede sind auf Kostenunterschiede zurückzuführen, die sich aus unterschiedlichen Produktionsverfahren, unterschiedlichen Preisen für die Produktionsfaktoren und durch Kostendegression aufgrund eines höheren Outputs ergeben können. Die absoluten Kostenunterschiede sind letztlich die Ursache für den interindustriellen Warenaustausch. So können beispielsweise in China aufgrund der niedrigen Löhne und Lohnnebenkosten Textilien wesentlich billiger produziert werden als in Deutschland. Große Teile der Produktion von Feinmechanik und Optik sind in Deutschland aufgrund absoluter Kostenvorteile in den Ländern des Fernen Ostens aufgegeben worden.

Der intra-industrielle Handel bezieht sich hingegen auf den Warenaustausch gleichartiger Güter, also Autos gegen Autos. Frankreich führt deutsche Autos ein und in Deutschland werden französische Autos verkauft. Die Ursache für den intra-industriellen Handel liegt in den Präferenzen der Konsumenten. Es gibt deutsche Käufer, denen französische Autos besser gefallen und Franzosen, denen deutsche Autos mehr zusagen.

#### 4. Aufgabe

Absolute Kostenvorteile können einen wesentlichen Teil des Zustandekommens des internationalen Güteraustausches erklären. Aber warum nimmt ein Land am inter-industriellen Außenhandel teil, das alle Güter kostengünstiger als andere Länder herstellen kann? Es gibt umgekehrt auch Länder, die bei allen Gütern aufgrund ihrer Kosten höhere Preise verlangen und trotzdem am inter-industriellen Handel teilnehmen. Die Ursache für diesen Teil des Außenhandels ist nicht mit dem Prinzip der absoluten Kostenvorteile zu erklären.

#### 5. Aufgabe

Ricardo begründet mit seiner Theorie der komparativen Kosten, dass auch Länder, die bei allen Produkten absolute Kostennachteile haben, erfolgreich im Freihandel bestehen können. Ricardo geht bei seiner Beweisführung von zwei Ländern aus, die zwei Güter herstellen, wobei das eine Land bei beiden Gütern absolute Kostenvorteile hat. Komparative Kostenvorteile entstehen durch unterschiedliche Opportunitätskosten bei der Produktion der Güter. Die Kosten des Verzichts auf die Herstellung des Gutes a bei der Produktion des Gutes b in dem Land mit den absoluten Kostennachteilen sind niedriger als in dem zweiten Land. Die komparativen Kostenvorteile beruhen auf unterschiedlichen Arbeitsproduktivitäten in den beiden Ländern. Unterschiedliche Arbeitsproduktivitäten können sich z. B. aus verschiedenen klimatischen, technologischen Bedingungen ergeben.

Durch die Spezialisierung auf die Herstellung des Gutes mit dem komparativen Kostenvorteil in jedem Land erzeugen beide Länder insgesamt mehr Güter, so dass es zu einem Wohlfahrtseffekt kommt.

#### 6. Aufgabe

David Ricardos Modell der komparativen Kostenvorteile basiert auf rigiden Annahmen

- es gibt zwei Länder und zwei Güter,
- als Produktionsfaktor existiert nur Arbeit, der völlig mobil im Inland und immobil zwischen den beteiligten Ländern ist,
- es besteht vollständiger Wettbewerb, sowohl auf den Faktor- als auch auf den Gütermärkten, es gibt also keine Marktmacht,
- die Nachfragepräferenzen sind identisch in den beiden Ländern, so dass kein intra-industrieller Handel existiert,
- es existieren keine economies of scale, d. h. es gibt keine Kostendegression mit steigendem Output ,
- Wechselkurspekulation ist ausgeschlossen, eine für damalige Verhältnisse zutreffende Annahme, weil es Edelmetallwährungen gab.

In der Realität sind diese Annahmen weitgehend nicht erfüllt. Eine Grundannahme in diesem Modell ist, dass die Produktionsfaktoren zwischen beiden Ländern immobil sind. Dass diese Grundannahme mit der Realität nicht viel gemein hat, zeigt die Tatsache, dass viele Arbeitskräfte aus den neuen EU-Staaten und Arbeitsmigranten aus Entwicklungsländern in die reichen Industrieländer kommen, um dort Arbeit zu finden. Auch der Produktionsfaktor Kapital ist zwischen den Staaten mobil, wie die Verlagerung von Betriebsteilen zeigt.

Die Marktmacht der international agierenden Konzerne, das Machtgefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beim Einfluss auf die Terms of Trade, um nur zwei weitere Faktoren zu nennen, lässt eine krude Übertragung der Schlussfolgerungen Ricardos auf die Realität nicht zu.

## 7. Aufgabe

Wenn aufgrund der Annahmen des Modells eine Übertragung auf die Realität nicht möglich ist, stellt sich die Frage, warum gerade diese Theorie für die Rechtfertigung des Freihandels immer wieder angeführt wird. Zur Zeit Ricardos war England das am weitesten fortgeschrittene Land in Bezug auf die industrielle Entwicklung und konnte zu konkurrenzlos niedrigen Preisen seine Güter auf den internationalen Märkten anbieten. Hinzu kam, dass durch die Ausbeutung der Kolonien viele Rohstoffe sehr billig eingeführt werden konnten. Daher schotteten sich andere nicht so weit entwickelte Länder zunehmend durch Schutzzölle gegen die billigen englischen Waren ab. Aus den Interessen Großbritanniens war daher die Forderung nach Freihandel verständlich. Ricardos „bewies“, dass Länder mit absoluten Kostennachteilen bei fast allen Produkten aufgrund komparativer Kostenvorteile erfolgreich und für alle Länder wohlfahrtsfördernd vom freien Außenhandel profitieren.

In der Globalisierungsdebatte wird heute in vergleichbarer Weise argumentiert, wenn es um die Durchsetzung des Freihandels geht. Unter Hinweis auf die Entwicklung Chinas wird darauf verwiesen, dass auch für wenig entwickelte Länder der Freihandel das beste Instrument zur Entwicklung ist. Dabei wird übersehen, dass China durch rigide Schutzmaßnahmen nach außen und nicht durch Freihandel seine wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben hat. Noch heute spielt die Unterbewertung der heimischen Währung eine wichtige Rolle bei den Exporterfolgen Chinas.

## 8. Aufgabe

Dass internationaler Handel auch ohne die Existenz von komparativen Kostenvorteilen stattfindet – d. h. zwischen den am Außenhandel beteiligten Ländern sind die Produktionsbedingungen weitgehend identisch – und Vorteile bringen kann, zeigt der Blick auf den Automarkt. Der Automarkt kann als intra-industrieller Handel klassifiziert werden, der sich durch differenzierte Nachfragestrukturen erklären lässt. Die Produktdifferenzierung aufgrund von angenommenen Qualitätsunterschieden, Präferenzen aufgrund emotionaler Produktdifferenzierung oder eine seitens der Konsumenten gewünschte größere Produktvielfalt bedingt den Import von Autos, auch wenn vergleichbare Produkte im Inland hergestellt werden.

## 1. Aufgabe

### Globalisierungsvorteile

Vorteile für Konsumenten	Vorteile für Unternehmen
Vielfältiges Angebot	Internationalisierung der Wertschöpfungskette führt auf in- und ausländischen Märkten zu höherer Wettbewerbsfähigkeit und sichert/schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze im Inland
Preise für Importgüter im Zeitraum von 1991 – 2005 gesunken, obwohl Ölpreis um 175 Prozent gestiegen ist	Auslandsengagement hat positive Auswirkungen auf Kosten, Gewinn, Umsatz, Personalbestand bei den meisten Unternehmen
z. B. Preise für Unterhaltungselektronik, Foto- und Filmausrüstung um 2/3 gesunken	Im Saldo haben produktionsverlagernde Unternehmen mehr Arbeitsplätze im Inland geschaffen als abgebaut, aber weniger als im Durchschnitt der Unternehmen
Ohne die Importe, wäre die Inflationsrate höher in dem Untersuchungszeitraum	Teilverlagerung von FuE-Aktivitäten ins Ausland senkt auch die Kosten in diesem Bereich

## 2. Aufgabe

Stärken des Standorts Deutschland liegen in der Innovationsfähigkeit, in der hohen Qualität der Produkte und der Produktivität aufgrund der eingesetzten Technologie, der qualifizierten Arbeitnehmerschaft und dem guten Ausbildungsniveau im beruflichen Bereich im Vergleich zu anderen Ländern. Darüber hinaus sind die gut ausgebaute Infrastruktur, die Rechtssicherheit, die Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit der Bürokratie, die geringe Streikhäufigkeit wichtige Standortvorteile.

Standortrelevante Vorteile im Ausland, also Schwächen des deutschen Standortes sind aus der Sicht der Unternehmen, die ihre Produktion in Teilen ins Ausland verlagern, niedrige Arbeits- und Sachkosten, eine geringere Regulierungsdichte und weniger bürokratischer Aufwand sowie geringere Steuern und Abgaben. Weniger Regulierung betrifft u. a. die flexibleren Kündigungsmöglichkeiten von Arbeitskräften, weniger Vorschriften im Umweltschutz etc. Bei den Sachkosten können Immobilienpreise, aber auch die Preise für Energie, Wasser, Abwasser etc. Vorteile bieten.

## 3. Aufgabe

Der Nobelpreisträger Stiglitz setzt sich mit denjenigen auseinander, die nur die Vorteile der Liberalisierung propagieren.

Politiker und Ökonomen, die behaupten, dass alle Menschen von der Liberalisierung profitieren würden, macht Stiglitz den Vorwurf der Unehrllichkeit. Auch wenn es einem Land aufgrund der Liberalisierung insgesamt besser gehen sollte, gibt es Gruppen, die Wohlstandsverluste erleiden.

Benachteiligt werden zunächst die gering qualifizierten Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze abgebaut werden und die aufgrund der herrschenden Arbeitslosigkeit keine neue Arbeit finden. Neben den gering qualifizierten Arbeitskräften sind es ferner die Arbeitnehmer im mittleren Alter, die auf Dauer arbeitslos werden. Berufstätige in den Industrieländern haben nach Stiglitz daher gute Gründe für Angst, wenn Arbeitsplätze nach Asien verlagert werden.

Ein weitere Folge der Globalisierung sind Lohnsenkungen, Lockerung des Kündigungsschutzes, Kürzung von Sozialleistungen unter der Drohung, dass andernfalls die Arbeitsplätze in das Ausland verlagert werden. Die Folge seien zunehmende Armuts- und nicht Wachstumsraten.

Die Welt von Adam Smith und David Ricardo, bei der alle vom Freihandel profitieren, sei eine mythische Welt vollkommener Märkte, ohne Arbeitslosigkeit, ohne marktbe-

herrschende Unternehmen, in der kein Arbeitnehmer Angst vor Arbeitslosigkeit haben muss, weil er gleich einen neuen Job findet. Die Realität sieht eben ganz anders aus. In einer offenen Volkswirtschaft werden Schocks aus dem Ausland übertragen. Hier führt Stiglitz als Beispiel die Wirkungen einer Abwertung im konkurrierenden Ausland an. Als beispielsweise die koreanische Währung abgewertet wurde, verdrängten die Stahlimporte aus Korea die Arbeitsplätze in den USA. Erhöhte Unsicherheit ist ein wesentlicher Grund für die weit verbreitete Ablehnung der Handelsliberalisierung. Ein weiterer Nachteil der Globalisierung sei der Verlust von Handlungsspielräumen der Regierungen, um wachsender Ungleichheit und Unsicherheit zu begegnen, weil durch den internationalen Steuersenkungswettbewerb die Einnahmen des Staates nicht hinreichen, um die notwendigen Maßnahmen für Bildung, Infrastruktur, soziale Sicherung zu finanzieren.

Ein Teil der Aussagen von Stiglitz stimmt mit den Äußerungen des Chefs der IG-Metall überein. Auch er beklagt die Zunahme prekärer und ungesicherter Beschäftigung in Deutschland und verweist auf die 150 Millionen Wanderarbeiter in China, die in unwürdigen menschenverachtenden Arbeitsverhältnissen leben. Die Würde und der Schutz des Menschen, faire Arbeitsbedingungen spielten im Welthandel keine Rolle, sondern nur der Freihandel.

Ein Beispiel für die Vielzahl von Schocks, die einer offenen Volkswirtschaft drohen, ist die Finanzmarktkrise mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf die Höhe der Einkommen, den Verlust von Arbeitsplätzen, die Verschuldung des Staates, die wachsende Unsicherheit, den Verlust von Vermögen etc.

#### 4. Aufgabe

Mögliche Statements, die auch ganz anders ausfallen können, sind:

##### **Konsument:**

Globalisierung ist toll, noch nie konnte ich so billig Jeans kaufen, einen PC hätte ich mir nicht leisten können ohne die Produkte aus China und Taiwan.

##### **Arbeitnehmer:**

So lange die Arbeitsplätze nicht gefährdet werden und nicht die Keule der Produktionsverlagerung geschwungen wird, um die Arbeitsbedingungen und die Löhne zu drücken, ist die Globalisierung nicht unbedingt abzulehnen, weil auch dadurch Arbeitsplätze gesichert werden können.

##### **Unternehmer:**

Ohne Globalisierung wäre der Wohlstand und der Sozialstaat in Deutschland nicht zu halten. Globalisierung öffnet uns neue Absatzmärkte, sichert damit Arbeitsplätze in Deutschland. Investitionen im Ausland dienen der Erschließung von Absatzmärkten und nicht nur der Produktionsverlagerung. Motive für Produktionsverlagerung sind Standortvorteile, aber auch die Nähe zum Kunden und Markterfordernisse.

##### **Gewerkschaften:**

Wir werden nie mit den Löhnen in China konkurrieren können, das wollen wir auf keinen Fall. Unsere Chance zur Sicherung der Arbeitsplätze und auskömmlicher Löhne sind die Hohe Qualität unserer Arbeit, hohe Produktivität und Innovationen. Dazu ist eine gute Ausbildung eine wesentliche Voraussetzung. Wir sind nicht gegen Freihandel, kämpfen aber nur zu fairen Bedingungen. Die Arbeitnehmer in den Niedriglohnländern müssen bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen, sie werden ausgebeutet.

##### **CDU:**

Die CDU stellt sich dieser Herausforderung. Sie will den positiven Kräften der Globalisierung Entfaltungsraum geben und die damit verbundenen Chancen für eine internationale Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft nutzen.

[http://www.cdu.de/doc/pdf/07\\_13\\_04\\_Wertekommission\\_Globalisierung.pdf](http://www.cdu.de/doc/pdf/07_13_04_Wertekommission_Globalisierung.pdf)

**SPD:**

Globalisierung wird oft mit vermehrtem Standortwettbewerb, Lohndumping, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und dem Verlust kultureller Identität verbunden. Dabei ist Globalisierung ein Prozess, der regional teilweise sehr heterogen verläuft. Der Gestaltungsanspruch liegt darin, die Chancen globaler wirtschaftlicher Arbeitsteilung zu nutzen und auf Risiken und Fehlentwicklungen korrigierend einzuwirken.

<http://www.spd.de/de/politik/themen/globalisierung/index.html>

**Grüne:**

Nur mit einer globalen Struktur- und Ordnungspolitik (Global Governance) werde es gelingen, elementare Menschheitsprobleme zu regeln. Gerechter Welthandel durch Öffnung der Märkte, asymmetrischen Schutz der Schwächeren und sozial-ökologische Mindeststandards, Kontrolle der internationalen Finanzmärkte durch Schaffung eines Ordnungsrahmens (z. B. Tobin-Steuer), globale Umweltpolitik durch international verbindliche Standards [...]

[http://www.gruene-partei.de/cms/themen\\_mitgliederzeitschrift/dok/1/1313.der\\_globalisierung\\_einen\\_rahmen\\_geben.htm](http://www.gruene-partei.de/cms/themen_mitgliederzeitschrift/dok/1/1313.der_globalisierung_einen_rahmen_geben.htm)

**FDP:**

Die verbreitete Kritik an der Globalisierung ist oft nichts anderes als nationalistischer Protektionismus der Industrieländer. Industrie- und Entwicklungsländern würden aber durch eine Einschränkung des freien Handels Chancen für Wohlfahrtsgewinne genommen. Nur freier Handel ist wirklich fairer Handel.

<http://www.liberales.de/files/2075/Globalisierung-FDP-Beschluss.pdf>

**Die Linke:**

Die Europaabgeordneten der LINKEN lehnen eine marktradikale Globalisierung ab, die politische und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten sowie weltweite Solidarität und kulturelle Vielfalt zerstört, die Mensch und Umwelt dem wirtschaftlichen Expansions- und Profitstreben unterwirft.

[http://www.dielinke-europa.eu/themen\\_von\\_a\\_z/aussenpolitik/e\\_h/globalisierung/](http://www.dielinke-europa.eu/themen_von_a_z/aussenpolitik/e_h/globalisierung/)

**Thomas Straubhaar**

<http://www.faz.net/s/Rub050436A85B3A4C64819D7E1B05B60928/Doc~EC5BC4C951D9B42F088ED2A1739218230~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

**Joseph Stiglitz:**

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/641/498927/text/5/>

### 1. Aufgabe

Die Abbildung zeigt die Angebots- und Nachfragekurve nach Dollar. Bei einem Kurs von 1,5 \$ besteht ein Überschussangebot, bei einem Kurs von 0,5 eine Überschussnachfrage nach \$.

Bei einem flexiblen Wechselkurssystem würden sich 0,9\$ als Gleichgewichtskurs bilden. Es würden zu diesem Kurs die gleiche Menge Dollar (Strecke OC) nachgefragt und angeboten.

### 2. Aufgabe

Es werden zwei entgegengesetzte Wechselkurssysteme unterschieden, feste und flexible Wechselkurse. Dazwischen gibt es Mischformen.

Feste Wechselkurssysteme ergeben sich bei gebundenen Währungen, wie beispielsweise bei einer Goldwährung durch die Goldparität, bei der festgelegt wird, wie viel eine Gewichtseinheit Gold einer Währungseinheit entsprechen. Wenn alle Währungen auf Gold basieren, bilden sich die Wechselkurse aus den unterschiedlich festgesetzten Goldparitäten. So entsprach vor dem 1. Weltkrieg ein englisches Pfund 20,43 Mark, weil dem englischen Pfund 20,43 mal mehr Gewichtseinheiten Gold entsprachen als einer Mark. Die Wechselkurse konnten nur in engen Bandbreiten in Höhe der Transport- und Versicherungskosten von diesem Gleichgewichtskurs abweichen, weil es bei Überschreiten der Grenze für den Schuldner vorteilhafter wurde, an den Gläubiger Gold zu schicken. Die Währungen waren frei konvertibel.

Feste Wechselkurse können sich ferner aus einer Vereinbarung zwischen den Ländern im Rahmen eines Währungsabkommens bilden. Die Mitglieder verpflichten sich, einen bestimmten Wechselkurs gegenüber den anderen Währungen festzulegen und durch Interventionen der Zentralbank notfalls den Kurs zu stützen, wie z. B. beim Währungsabkommen von Bretton Woods.

Flexible Wechselkurse bilden sich aufgrund des Devisenangebots und der Devisennachfrage an den Devisenbörsen, wie auf Gütermärkten. Schwankungen sind weder nach oben noch nach unten begrenzt.

### 3. Aufgabe

Feste Wechselkurse bieten exportierenden und importierenden Unternehmen eine sichere Kalkulationsgrundlage. Sie müssen sich nicht gegen Wechselkursschwankungen absichern.

Bei flexiblen Wechselkursen besteht die Gefahr für Exportunternehmen, dass knapp kalkulierte Gewinnspannen durch Wechselkursänderungen aufgezehrt werden oder zu Verlusten führen.

Feste Wechselkurse mit Interventionspflicht der Zentralbanken können zu einer nicht gewollten Geldschöpfung führen, die zu einer importierten Inflation führen kann. Das ist der Fall, wenn die ausländische Währung in so großem Umfang angeboten wird, dass deren Kurs unter den unteren Interventionspunkt zu rutschen droht. Die Devisenschwemme führt durch den Ankauf der Devisen seitens der Zentralbank zu einer Erhöhung der Liquidität im Bankensektor, damit zu einem höheren Geldschöpfungspotenzial, was die Wirksamkeit der Geldpolitik beeinträchtigen kann.

Bei flexiblen Wechselkursen existiert eine solche Interventionspflicht nicht. Die Zentralbank kann daher ihre Geldpolitik leichter ohne Störungen aus dem Ausland handhaben.

#### 4. Aufgabe

Wenn ein deutsches Unternehmen in den USA eine Maschine für 100 000 Dollar mit einer Lieferzeit von 3 Monaten verkauft hat und Zahlung bei Lieferung vereinbart wurde, hat das Unternehmen Pech, wenn der Kurs des Euro gegenüber dem Dollar in der Zwischenzeit um 10 Prozent steigt. Das deutsche Unternehmen erhält entsprechend weniger Euro, wenn es die Dollar in Euro umtauscht. Deshalb sichern sich Unternehmen durch Kurssicherungsgeschäfte gegen dieses Währungsrisiko ab, was aber Kosten verursacht. Exportieren deutsche Autohersteller nach USA, führt die Abwertung des Dollars zu geringeren Erlösen in Euro je verkauftes Auto, es sei denn, sie würden die Preise erhöhen. Preiserhöhungen schwächen jedoch die Wettbewerbsposition auf dem US-Markt. Ein Grund für die Errichtung von Produktionsstätten in den USA ist der Schutz vor Kursschwankungen.

Importeure, die Waren auf Dollarbasis einführen (z. B. Rohöl), kaufen bei einer Abwertung des Dollars die Waren billiger ein, weil sie weniger Euro für den Kauf von Dollars aufwenden müssen, es sei denn die Exporteure erhöhen ihre Preise.

#### 5. Aufgabe

Die USA haben im Handel mit China seit Jahren ein hohes Handelsbilanzdefizit. Einer Studie zufolge hat das Handelsbilanzdefizit von 2001 bis 2007 zum Verlust von 2,3 Millionen amerikanischen Arbeitsplätzen geführt. Im Jahr 2008 erhöhte sich das Handelsbilanzdefizit mit China auf 266,33 Milliarden Dollar. Die USA halten China vor, mit einem künstlich niedrig gehaltenen Yuan-Wechselkurs den Export zu subventionieren und sich dadurch unfaire Vorteile am Weltmarkt zu sichern. Die Unterbewertung der chinesischen Währung sei ein wesentlicher Grund für das Handelsbilanzdefizit mit China. Die Unterbewertung des Yuan führt zu konkurrenzlos niedrigen Preisen auf den amerikanischen Märkten für chinesische Güter und verdrängt so die eigene Produktion mit der Folge von Arbeitsplatzverlusten.

Eine Aufwertung des Yuan soll chinesische Produkte auf dem amerikanischen Märkten teurer machen, die Nachfrage der Verbraucher nach Gütern aus China eindämmen, um das weitere Ausufern des US-Handelsbilanzdefizits zu verhindern.

#### 6. Aufgabe

Das System von Bretton Woods scheiterte u. a., weil Währungsspekulationen immer wieder zu Paritätsänderungen zwangen. So wurde die DM gegenüber dem Dollar mehrere Male aufgewertet, andere Währungen mussten abwerten. Auch bei festen Wechselkursen mit Bandbreite gab es Währungskrisen. Da eine Rückkehr zu einer Goldwährung als illusionär erscheint, müssen Währungsspekulationen und die damit verursachten Unsicherheiten bei flexiblen Wechselkursen mit anderen Mitteln bekämpft werden. Ein Instrument wäre die Tobinsteuer (vgl. dazu **M28**).

## 1 Aufgabe

- Im Lexikon der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (M24) werden die internationalen Finanzmärkte positiv beurteilt, weil sie weltweit gesehen das Kapital in die produktivste Verwendungsweise lenken und so einen Wohlstandbeitrag leisten. Davon würden insbesondere die Entwicklungs- und Schwellenländer profitieren, weil sie eine höhere Rendite bieten als Industrieländer aufgrund ihrer Kapitalknappheit.
- In M26 wird ein Teilbereich der internationalen Finanzmärkte, der Devisenmarkt, betrachtet. Das Tagesvolumen der Finanztransaktionen am Devisenmarkt erreichte 2007 3,2 Billionen Dollar. Dabei hatte ein großer Teil der Transaktionen einen kurzfristigen Charakter. Dem Welthandel, also den güterwirtschaftlichen Transaktionen entsprachen nur 2 Prozent des Devisenumsatzes. Anders ausgedrückt, nur 2 Prozent des Devisenumsatzes wären notwendig, um den Warenaustausch abzuwickeln. Der restliche Teil des Devisenhandels beruht auf spekulativen Renditeerwartungen. Wechselkurse spiegeln so kaum mehr reale wirtschaftliche Grundlagen wieder, sondern sind zum Spielball von Spekulation geworden. Die dadurch bewirkte hohe Volatilität und Instabilität der Devisenkurse erschwert die Planung der Unternehmen, verursacht hohe Absicherungskosten und beeinflusst so die Realwirtschaft negativ. Der Verweis auf die Finanzkrisen in den 90er und 2000er Jahren verleiht der Argumentation der Autorin Nachdruck.
- Im Gegensatz zu M24 wird in diesem Text auf die Gefahren spekulativer Finanzmarkttransaktionen vor dem Hintergrund des ungeheueren Volumens der Finanzmarkttransaktionen hingewiesen. Auf die Lenkung des Kapitals in die produktivste Verwendungsweise, wie in M24 betont, wird hingegen kein Bezug genommen.
- Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise kann M24 insofern zugestimmt werden, dass die Akteure auf den internationalen Finanzmärkten nach der höchsten Rendite streben. Die von den Banken und Ratingagenturen entwickelten neuen Finanzprodukte (Conduits und Derivate) haben in großen Teilen überhaupt keinen realen Hintergrund mehr, sind nur reine Spekulationsobjekte, die mit der Finanzierung von Investitionen in Entwicklungs- oder Schwellenländern überhaupt nichts zu tun haben. Insofern haben die Entwicklungsländer wenigstens aus der Finanzmarktkrise keine Vermögensverluste erlitten. Bestätigt werden hingegen durch die Finanzmarktkrise die Gefahren, die von den unregulierten internationalen Finanzmärkten ausgehen, wie sie in M26 erläutert werden.

## 2. Aufgabe

Exfinanzminister Steinbrück führt folgende Gründe für einen globalen Ordnungsrahmen an:

- Marktrisiken müssen überschaubar sein, um sie beherrschen zu können.
- Neue Finanzmarktprodukte haben zu einem unüberschaubaren Komplexitätsgrad, der von vielen Bankvorständen selber nicht mehr durchschaut wurde, geführt.
- Selbstheilungskräfte des Marktes und Eigeninteresse der Finanzmarktakteure reichen zur Vermeidung von Finanzkrisen nicht aus, wie sich wiederholt gezeigt hat.

## 3. Aufgabe

Exfinanzminister Steinbrück nennt folgende Vorschläge zur Prophylaxe gegen zukünftige Finanzmarktkrisen: Stärkung der Eigenkapitalanforderungen der Banken, Verbesserung des Liquiditätsmanagement der Banken, Erhöhung der Transparenz in Bezug auf die gehandelten Finanzmarktprodukte sowie Reformen bei den Ratingagenturen. Dadurch sollen das Risikomanagement und die Anreizsysteme der Banken verbessert werden. Das sind Ziele, die, wenn sie international durchgesetzt werden können, sicher hilfreich sind zur Eindämmung von Finanzmarktkrisen, aber das in M26 aufgezeigte Problem der Devisenmarktspekulationen und die daraus resultierenden Instabilitäten nicht in den Griff bekommen. Dazu wäre die Tobinsteuer ein geeignetes Instrument, das Steinbrück auch im Herbst 2009 ins Gespräch brachte.

#### 4. Aufgabe

##### Anmerkung:

In **M 28** ist der Autorin ein Fehler unterlaufen. Auf S. 297, Zeile 34 muss der Steuersatz 0,5 Prozent betragen, um zu den in den folgenden Zeilen angegebenen Prozentsätzen zu kommen.

Der Vorschlag von James Tobin zur Besteuerung von Devisenmarkttransaktionen aus dem Jahre 1972 hat das Ziel, Wechselkursschwankungen zu reduzieren und die Devisenkurse wieder stärker an die realwirtschaftliche Entwicklung zu binden.

Die Tobinsteuer soll folgendermaßen wirken:

Die Tobinsteuer ist eine Art Umsatzsteuer, die bei jedem Devisenmarktgeschäft erhoben wird. Der Steuersatz sollte zwischen 0,001 und 0,5 Prozent liegen. Dadurch wird jede Devisentransaktion teurer. Allerdings ist der Steuereffekt umso höher je kurzfristiger die Transaktionen sind und je häufiger die Währungen gewechselt werden. Dadurch werden spekulative Devisengeschäfte, die geringe Wechselkursdifferenzen nutzen, unrentabler.

Wenn beispielsweise 100 000 Euro täglich einmal für Devisentransaktionen verwendet werden und der Steuersatz 0,5 Prozent beträgt, müssen 360 mal 0,5 Prozent Steuern also 180 Prozent und ein Betrag von 180 000 Euro gezahlt werden. Wechselt der Betrag wöchentlich die Währung wären 26 Prozent Steuern (52 mal 0,5 Prozent) oder 26 000 Euro fällig. Bei monatlichem Wechsel wären es 6 Prozent oder 6000 Euro und bei jährlichem Wechsel 0,5 Prozent oder 500 Euro.

Bei langfristigen Investitionen wird die Belastung durch die Steuer immer geringer.

Bei 5 Jahren beträgt sie nur noch 100 Euro und bei 10 Jahren 50 Euro.

##### Kritikpunkte:

- Keine Hilfe bei spekulativen Attacken.
- Das trifft zu, aber durch eine Modifikation kann die Tobinsteuer auch gegen spekulative Attacken scharf gemacht werden. Kommt es zu einer spekulativen Attacke, zündet eine 2. Stufe der Steuer mit einem Steuersatz von z. B. 100 Prozent. So lange sich ein Wechselkurs in einem festgesetzten Korridor bewegt, bleibt es bei der normalen Tobinsteuer.
- Keine Unterscheidung zwischen ungefährlichen und destruktiven Kapitalströmen.
- Das trifft zu, aber bei einem geringen Steuersatz ist das nicht dramatisch. Schließlich werden bei den meisten Güterkäufen in Deutschland 19 Prozent Umsatzsteuer gezahlt.
- Tobinsteuer nicht praktikabel, weil zwischen den Regierungen der wichtigsten Finanzplätze keine Gemeinsamkeit in Bezug auf die Tobinsteuer besteht.
- Das trifft zu, vor allem die USA und Großbritannien haben sich in der Vergangenheit gegen die Tobinsteuer gesträubt, weil sie eine Gefährdung und Benachteiligung ihrer dominierenden Finanzmarktplätze von London und New York befürchteten.

## 5. Aufgabe

Kritiker monieren, dass die Tobinsteuer einen entscheidenden Nachteil hat. Wird die Abgabe nicht weltweit eingeführt, besteht die große Gefahr, dass Handelsplätze und die Hauptsitze der Banken in Steueroasen abwandern, und so die großen Finanzzentren in London, New York, Frankfurt, Zürich, Tokio verloren gehen und damit die erheblichen Steuereinnahmen aus den Gewinnen der Banken und Börsen.

Zwar wurde die Tobinsteuer von den NGOs immer wieder ins Spiel gebracht, aber selbst im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise spielte sie lange Zeit überhaupt keine Rolle bei der Diskussion unter Politikern, wie eine Wiederholung solcher Krisen vermieden werden könne. Erst im Herbst 2009 gab es Vorstöße in dieser Richtung. So hat der britische Regierungschef Gordon Brown vorgeschlagen, eine Steuer auf Finanzmarkttransaktionen einzuführen. Schon vorher hatte Steinbrück die Idee der Tobinsteuer in die internationale Debatte eingebracht und sie auch auf Aktien, Anleihen und Derivate übertragen. US-Finanzminister Timothy Geithner hat einer Steuer auf alle Finanztransaktionen jedoch quasi eine Absage erteilt.

Oxfam, Attac und kirchliche Institutionen wie z. B. Adveniat, Missio und Brot für die Welt machen sich für eine Abgabe auf alle spekulationsanfälligen Transaktionen bei Währungen, Aktien, abgeleiteten Wertpapieren, Rohstoffen, Immobilientiteln und Nahrungsmitteln stark. Die Steuer in Höhe von 0,01 bis 0,1 Prozent würde hohe Milliardenbeträge erbringen, die zur weltweiten Armutsbekämpfung eingesetzt werden könnten. Auch die Bundeskanzlerin hat sich unter der Bedingung, dass sich eine internationale Mehrheit findet, nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber einer solchen Steuer ausgesprochen.

Der Bankenverband lehnt eine weltweite Finanzmarktsteuer ab, weil sie nicht geeignet sei, die Finanzmärkte zu stabilisieren. Außerdem sei eine Unterscheidung zwischen unerwünschten spekulativen und nicht spekulativen Transaktionen unmöglich.

Ob die Diskussion intensiviert wird und zu einem Erfolg führt, muss angesichts der ablehnenden Haltung der USA bezweifelt werden. Es sind die Widerstände der Banken, die ihre Interessen bei den Regierungen nachdrücklich zur Geltung bringen, die einer Einführung einer solchen Steuer entgegenstehen. Eher wird es zu einer Sonderabgabe kommen, die sich nicht auf die Finanzmarktgeschäfte beziehen wird, sondern auf die Bilanzsumme und damit nur eine zusätzliche Steuereinnahme ohne jede Steuerungsfunktion, wie sie die Tobinsteuer besitzt, darstellt.

## 1. Aufgabe

### Funktionen des IWF

- Die wirtschafts- und währungspolitische Beratung der Mitgliedsländer ist ein wichtiger Beitrag zur Krisenprävention.
- Bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten kann der IWF bei Erfüllung zum Teil harter Auflagen Hilfe in Form von kurzfristiger Krediten leisten. Die Auflagen sollen eine Konsolidierung der wirtschaftlichen Situation des betreffenden Landes bewirken. Beispiele aus jüngster Zeit sind Bereitschaftskredite (Kredite zur Bekämpfung von kurzfristigen Zahlungsbilanzproblemen) an Ungarn, Lettland und Rumänien, um die Folgen der Finanzmarktkrise in den Griff zu bekommen.
- Förderung nachhaltiger Entwicklungshilfeprojekte und Ausweitung des Welthandels sind weitere wichtige Aufgaben.
- Service-Funktionen, wie Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung von Ländern und Regionen, die Erarbeitung von Statistiken, die Durchführung von Analysen und Begutachtungen von Projekten zählen zu häufig unterschätzten Leistungen des IWF.

Wichtigste Instrumente des IWF beim Management von Finanz- und Währungskrisen sind Ziehungsrechte, Sonderziehungsrechte und Sonderfazilitäten.

- Damit der IWF Kredite gewähren kann, benötigt er Kapital. Die Aufbringung des Kapitalbedarfs ist über Länderquoten geregelt.
- Jedem IWF-Mitglied wird eine Quote (Deutschland 6 Prozent) zugewiesen, die sich nach seinem wirtschaftlichen Potential (BIP, Währungsreserven, Außenhandelsposition) richtet. Die Quoten sind zu einem Viertel in Sonderziehungsrechten oder in bestimmten ausgewählten Währungen und der Rest in Landeswährung zu zahlen. Die Quoten haben mehrere Funktionen. Die Quote hat Einfluss auf das Stimmrecht des betreffenden Landes im IWF, sie bestimmt den Umfang, in dem die einzelnen Mitgliedsländer Kredite des IWF in Anspruch nehmen können und sie ist für die Zuteilung von Sonderziehungsrechten an die Mitgliedsländer bestimmend.
- Ziehungsrechte berechtigen die Mitgliedsländer des Internationalen Währungsfonds Fremdwährungskredite aufzunehmen, wenn die eigenen Währungsreserven bei länger dauernden Zahlungsbilanzproblemen nicht ausreichen. Bis zu einem Höchstbetrag von 200 Prozent seiner festgelegten Quote kann jedes Mitgliedsland Devisen gegen die eigene Währung „ziehen“.
- Sonderziehungsrechte wurden 1970 vom IWF jedem Mitgliedsland prozentual zu seiner Quote als eine Art Kunstgeld zugeteilt. Mitgliedsländer können ihre Sonderziehungsrechte ohne wirtschaftspolitische Auflagen in Anspruch nehmen und gegen konvertible Währung eintauschen. Sonderziehungsrechte erhöhen also die Währungsreserven eines Landes, gewähren internationale Liquidität, die nicht durch Exporte verdient werden muss.
- Sonderfazilitäten gibt es in verschiedenen Formen. Sie wurden vom IWF seit 1986 zur Förderung von Entwicklungsländern mit schwerwiegenden Zahlungsbilanz- und Strukturproblemen geschaffen. Wichtige Sonderfazilitäten sind die Strukturanpassungsfazilität (SAF) und die Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF). Zu den Zielen gehört die Beseitigung der Armut, in Abstimmung mit dem veränderten Zielkatalog der Weltbank.

## 2. Aufgabe

Der Washingtoner Konsens lag den wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen des IWF seit 1990 bis ungefähr 2005 zugrunde. Folgende Leitlinien wurden zur Richtschnur für Auflagen bei finanziellen Hilfen des IWF:

- Haushaltsdisziplin, Abbau von Subventionen
- Erhöhung öffentlicher Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Infrastruktur
- Senkung der Steuersätze
- flexible Wechselkurse zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft
- Liberalisierung der Handelspolitik
- Öffnung der inländischen Märkte für ausländische Anbieter
- Sicherheiten für ausländische Direktinvestitionen
- Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen
- Deregulierung und Entbürokratisierung und Abbau staatlicher Einflussnahme
- Schutz des Privateigentums.

Es sind also genau die Programmpunkte, die unter dem Slogan „Mehr Markt, weniger Staat“ Charakteristika der angebotspolitischen Wirtschaftspolitik sind und eine weltweite Wohlstandsmehrung versprochen.

## 3. Aufgabe

Die Politik des IWF gerade in Bezug auf die Schwellen- und Entwicklungsländer hat in Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens zu erheblichen Problemen geführt. Kritisierte wurde bei der Kreditvergabe eine einseitige Orientierung an Geberinteressen und eine unzureichende Einbeziehung der jeweiligen Bevölkerung. Weil der IWF die Volkswirtschaften nicht ausreichend analysiert hat, bevor er seine Auflagen durchsetzte, fielen den Anpassungsmaßnahmen traditionelle soziale Sicherungsnetze zum Opfer mit der Folge steigender Armut.

Die Handelsliberalisierung hat beispielsweise in den Philippinen das heimische Gewerbe verdrängt und zu hoher Arbeitslosigkeit und einem drastischen Anstieg der Armut geführt. In Malawi wurden auf Druck des IWF die Subventionen gekürzt und Preiskontrollen abgeschafft. Daraufhin stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel, viele Arme konnten sich ihr Essen nicht mehr leisten. In Ghana setzte der IWF die Privatisierung der Wasserversorgung durch. Zwar war die Wasserversorgung ineffizient, jedoch durch Subventionen für alle erschwinglich. Nach der Streichung der Subventionen konnten sich viele das Wasser nicht mehr leisten.

Der Nachweis, dass zwischen Privatisierung und Wohlstandsteigerung ein Zusammenhang besteht, konnte nicht erbracht werden. In **M 31** wird erwähnt, dass in Südafrika die Arbeitslosenquote bei bis zu 40 Prozent liegt und sich durch die Befolgung der Maßnahmen des IWF nicht verändert habe. In Lateinamerika ist das Pro-Kopf-Einkommen gegenüber 1980 gesunken, es liegt für 60 Millionen Menschen unter einem Dollar täglich. Auch hier wird in der Privatisierung die Ursache für den Anstieg der Armut gesehen.

Der IWF hat seine einseitige Ausrichtung an den neoliberalen Leitlinien selber als nicht erfolgreich erkannt.

## 4. Aufgabe

Aufgabe der WTO ist der Abbau von Handelshemmnissen zwischen den Staaten zur Förderung der internationalen Arbeitsteilung. Dadurch soll weltweit der Wohlstand angehoben werden. Die Freihandelsdoktrin soll auf allen Gebieten auch bei Dienstleistungen, geistigem Eigentum und landwirtschaftlichen Produkten durchgesetzt werden.

Eine weitere Aufgabe ist die Streitschlichtung bei Handelskonflikten, die aus der Nichteinhaltung oder unterschiedlicher Auslegung von vereinbarten Regeln entstehen.

Das oberste Organ ist die Konferenz der Wirtschafts- und Handelsminister. Ein allgemeiner Rat führt unter Vorsitz des Generalsekretärs die ständigen Geschäfte.

## 5. Aufgabe

Von den NGOs wird kritisiert, dass die WTO Menschenrechte, Arbeitsnormen, Sozialstandards unberücksichtigt lässt ebenso wie Umweltstandards bei der Produktion der gehandelten Güter. Ferner wird bemängelt, dass die WTO weder von einem Parlament kontrolliert wird, noch der UN unterstellt ist. Die WTO habe somit keine demokratische Legitimation.

Außerdem wird kritisiert, dass WTO-Mitglieder, z. B. die EU-Länder und die USA, von anderen Ländern Freihandel fordern, selbst aber weiterhin Protektionismus betreiben in Form von Agrarsubventionen und Exportsubventionen für Agrarprodukte, die die heimischen Märkte der Entwicklungsländer schädigen und dadurch Arbeitslosigkeit und Armut bewirken. So ist in afrikanischen Ländern die Produktion landwirtschaftlicher Produkte zur Versorgung der eigenen Bevölkerung teilweise zurückgedrängt worden, weil sie gegenüber den subventionierten importierten Gütern nicht konkurrenzfähig sind. Ein gutes Beispiel für die Kritik ist die letzte Ministerkonferenz in Genf 2008 zur Doha-Runde.

### Demokratiedefizit:

Der Generalsekretär der WTO, Lamy lud 35 Minister nach Genf ein. Es gab keine öffentlich zugängliche Liste der ausgewählten Länder (die WTO zählt 152 Mitgliedstaaten), und auch die Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer sind nicht bekannt gemacht worden. Die Teilnehmenden erfuhren die Zusammensetzung der Gruppe erst in Genf. Als es zu keinen Fortschritten bei den Verhandlungen kam, entschied Lamy am dritten Verhandlungstag, die Gespräche mit einer Gruppe von sieben Ländern, bestehend aus EU, USA, Brasilien, Indien, China, Australien und Japan, fortzusetzen. Vertreter aus dem Süden kritisierten, dass weder ein afrikanisches Land noch Indonesien, das eine Gruppe von 46 Entwicklungsländern vertritt, in die Verhandlungen einbezogen wurde.

### Benachteiligungen der Entwicklungsländer

- Gegen einen starken Anstieg der Importe von Agrarprodukten sollte es Entwicklungsländern ermöglicht werden, die Zölle zeitweise über das in der WTO festgelegte Niveau anzuheben, um ihre Kleinbauern vor einer Importflut von billigen Nahrungsmitteln und damit einem Preisverfall zu schützen. Der von Indien eingebrachte und von China und über hundert Entwicklungsländern unterstützte Vorschlag stieß bei den USA auf Widerstand.
- Vor allem die USA wehrten sich gegen substantielle Kürzungen ihrer handelsverzerrenden Unterstützung für die Landwirtschaft.
- Die Entwicklungsländer wehrten sich vehement gegen die Forderungen, ihre Importzölle für Industriegüter prozentual stärker zu senken als der Norden. Verhandlungen zum totalen Abbau von Industriezöllen für ausgewählte Produkte in gewissen Sektoren waren ein weiteres umstrittenes Thema. (weiterführende Informationen bei Thomas Braunschweig: Erklärung von Bern, 07.01.2009 <http://www.evb.ch/p25015072.html>)

Die große Enttäuschung der Entwicklungsländer resultierte aus dem nicht eingelösten Versprechen, dass am Ende der Doha-Runde ein gerechter, die Interessen der Entwicklungsländer in besonderer Weise berücksichtigender Welthandel stehen sollte. Die Karikatur bringt genau diesen Interessenkonflikt und das asymmetrische Machtverhältnis zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern zum Ausdruck.

## 6. Aufgabe

Wie bei dem heutigen System flexibler Wechselkurse zwischen den wichtigen Industriestaaten war auch das System von Bretton Woods auf dem Prinzip der Konvertibilität aufgebaut. Ein wesentlicher Unterschied waren die festen Wechselkurse. Das wurde durch eine direkte und indirekte Goldparität für die beteiligten Währungen erreicht. Der Dollar war direkt an das Gold gebunden. Die Fed war verpflichtet, gegenüber anderen Notenbanken Dollarbestände in Gold umzutauschen und zwar im Verhältnis eine Unce Feingold für 35 \$. Die übrigen Währungen waren an den Dollar gebunden, also indirekt an die Goldparität. Daraus ergaben sich feste Wechselkurse der Währungen untereinander.

Ein zweites Element war die Festlegung einer Bandbreite, innerhalb derer die Kurse nach oben und unten von der festgesetzten Parität um jeweils ein Prozent abweichen konnten. Stieg z. B. in Deutschland das Dollarangebot, musste die Deutsche Bundesbank Dollar aufkaufen, um zu vermeiden, dass der Dollarkurs den unteren Interventionskurs unterschritt. Das System von Bretton Woods war also einem System fester Wechselkurse auf der Grundlage von Goldparitäten nachgebildet.

Da die Wechselkurse administrativ festgesetzt waren, entsprachen sie nicht der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung. So war die DM gegenüber dem Dollar und damit gegenüber den anderen Währungen bald unterbewertet, weil die Inflationsentwicklung im Vergleich zu anderen Ländern wesentlich geringer war. Durch Wechselkursanpassungen, z. B. für Deutschland Aufwertungen, für Großbritannien Abwertungen sollten zu große Verzerrungen zwischen den Währungen beseitigt werden. Da nicht die Marktgesetze, sondern politische Aspekte dabei eine große Rolle spielten, kam es in immer kürzeren Abständen zu Währungsturbulenzen. Für Deutschland ergab sich durch die Interventionspflicht die Gefahr einer importierten Inflation.

Das System scheiterte aufgrund der Währungsturbulenzen und der wachsenden Kosten des Korea- und Vietnamkriegs, die in den USA zu einer expansiven Geldpolitik und zu großen Haushalts- und Handelsbilanzdefiziten führten sowie zum Wertverfall des Binnen- und Außenwertes des Dollars. Die Goldeinlöschungspflicht der Fed gegenüber den Zentralbanken war aufgrund der Dollarschwemme nicht mehr möglich und wurde 1971 aufgehoben. 1973 wurde das System von Bretton Woods durch flexible Wechselkurse ersetzt.

## 9 Finanzmarktkrise – ordnungspolitische Diskussion: Zum Verhältnis von Markt und Staat

### 1. Aufgabe

#### Argumentationsgang M1 Susanne Gaschke

Die Autorin zitiert zunächst den Philosophen Sloterdijk, der die Lernfähigkeit der Menschen aus Katastrophen bezweifelt bis auf die, die keiner überlebt. Damit stellt sie den Bezug zur Finanzmarktkrise her, um zu einem frontalen Angriff gegen die Marktideologen und Staatsverächter auszuholen, gegen deren Einfluss in den letzten 15 Jahren kein didaktisches Kraut gewachsen sei.

Die Autorin hofft, dass die Krise als Warnkatastrophe begriffen wird, als das Scheitern der „neoliberalen Verheißungen, über die Weisheit der Märkte und die Überflüssigkeit des Staates“. Allerdings vermisst sie die Selbstkritik der ökonomischen Eliten, die ihre Marktideologie als unbestreitbare Wahrheit proklamiert haben und sie auf alle Lebensbereiche (Kirche, Militär, Krankenhaus, Schule) übertragen wollten.

In einer längeren Passage werden provokante Beispiele von Forderungen namhafter Vertreter des Neoliberalismus und ihrer Interessengruppen zum Zurückdrängen des Staatseinflusses und zum angeblichen Auswuchern des Sozialstaates zitiert sowie ihre medientaktische Strategie zur „Gehirnwäsche“ der Bevölkerung im Sinne von Effizienz, Rendite und Ökonomisierung aller Lebensbereiche erläutert.

Ironisch stellt die Autorin fest, dass wir uns glücklich schätzen können, trotz der Gehirnwäsche noch eine echte Krise erkennen zu können. Abschließend werden Beispiele von Menschen in verschiedenen Lebensbereichen angeführt, die gegen diesen Megatrend der Effizienz gehandelt haben. Von denen sei zu lernen, dass eine Gesellschaft andere Kraftquellen habe und brauche als nur Profit. Wenn die Marktradikalen das begreifen würden, wäre es leichter über die Form des Kapitalismus zu diskutieren, die „wir haben wollen“.

#### Argumentationsgang Thomas Straubhaar

Als Einstieg greift Straubhaar unter der Fragestellung „Ist der Kapitalismus noch zu retten“ kritische Stellungnahmen zur Finanzmarktkrise auf, um daraus zu folgern, dass die Krise benutzt werde, um sie zu einer allgemeinen Systemkrise des Kapitalismus zu stilisieren.

In einem Rückblick stellt der Autor fest, dass seit 20 Jahren der Streit zwischen Markt- und Staatswirtschaft mit dem Zusammenbruch des Ostblocks eindeutig zugunsten freier Märkte entschieden worden sei, mit im Westen mehr oder weniger Wohlstand für alle, im Osten dagegen Mangel für die meisten. Der Sieg der freien Marktwirtschaft, der in der weiteren Entwicklung durch Deregulierung und Privatisierung in Deutschland weiter vorangetrieben wurde und zu einer besseren und billigeren Alltagsversorgung geführt habe, sei jedoch von der Bevölkerung eher argwöhnisch betrachtet worden. Die Finanzmarktkrise habe den Argwohn der Bevölkerung gegenüber dem freien Spiel der Marktkräfte, dem Wettbewerb und der Integrität von Manager und Aufsichtsbehörden verstärkt.

Es wird eingeräumt, dass die staatlichen Milliardenbeträge zur Rettung der Banken und die sonstigen Hilfen der Grundregel der Marktwirtschaft, dass eigenbestimmtes Handeln von Verantwortung und Haftung nicht zu trennen sind, widersprechen. Jedoch wird das deutliche Marktversagen auf das vorgängige Staatsversagen zurückgeführt, auf die expansive Geldpolitik der USA nach dem 11.09.2001.

Es folgt ein Abschnitt, in dem mit markigen Worten (Totengräber einer liberalen Marktwirtschaft) beklagt wird, dass durch die Krise das Pendel der Geschichte zurückschlägt, zur Rückkehr des Staates. Es werde den Kritikern von Kapitalismus und Marktwirtschaft leichter fallen, die Massen zu mobilisieren und den deregulierten Märkten wieder Fesseln anzulegen. Staat und Markt seien dabei gar keine unversöhnlichen Gegensätze. Es folgt eine Passage, in der Straubhaar die Funktionen des Staates aus neoliberaler Sicht beschreibt. Ein starker Staat habe die Grund- und Freiheitsrechte und das Eigentumsrecht und damit die Funktion offener und freier Märkte zu si-

chern. Durch Regeln für die privaten Marktakteure sowie durch Gesetze solle er für einen funktionsfähigen Wettbewerb sorgen. Das gelte auch für die Finanzmärkte, um ein eklatantes Marktversagen zu verhindern. Gleichzeitig spricht er sich unter Verweis auf das Trennbankensystem in den USA und das Univerbankensystem in Deutschland gegen eine stärker international abgestimmte Regulierung der Finanzmärkte aus, weil der Wettbewerb zwischen nationalen Regeln Vorteile haben könne.

Die letzten Passagen benutzt der Autor, um vor zu rigiden staatlichen Regulierungen der Finanzmärkte zu warnen und das kapitalistische Wirtschaftssystem zu legitimieren. Auch noch so gute Regeln werden die nächste Krisen und Spekulationsblasen nicht verhindern, innovative Unternehmer und Zocker würden Wege finden, die Regeln zu umgehen. Spekulationsblasen seien Bausteine des Fortschritts von guten zu besseren Lösungen, Regulierungen könnten kein tugendhaftes Verhalten erzwingen, Gier und Neugier führten auch unter Hinnahme von Verlusten zu Innovationen. Es gäbe kein Wirtschaftssystem, das bei der Suche nach Lösungen für komplexe Probleme erfolgreicher sei als der Kapitalismus und der trotz Krisen zu mehr Wohlstand geführt habe. Daher müsse der Staat sich hüten durch zu starke Regeln Erfinder- und Unternehmerinstinkte zu unterdrücken.

Die Warnung vor einer zu umfassenden Regulierung der Märkte gipfelt in der Warnung vor sinkendem Wachstum, sinkender Beschäftigung und geringeren Verteilungsspielräumen. Diese Warnung wird in verschiedenen Variationen wiederholt.

### Argumentationsgang Jürgen Habermas

Die Grobstruktur der Argumentation wird durch die Fragen des Interviewers und die ausgewählten Textpassagen des Gesprächs vorgegeben.

Bei der Finanzmarktkrise beunruhigt Habermas die himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit, dass die sozialisierten Kosten des Systemversagens von der Masse derer getragen wird, die ohnehin nicht zu den Globalisierungsgewinnern gehören und die infolge der Finanzmarktkrise um ihre Arbeitsplätze zittern müssen. Auch global würden die ökonomisch schwächsten Länder am stärksten von der Krise betroffen werden. Die Sündenbocksuche ist für ihn Heuchelei, weil die Spekulanten sich nach der gesellschaftlich anerkannten Norm der Gewinnmaximierung verhalten hätten. Er fordert daher von der Politik statt des Moralisiere ns Gesetze, die solche Spekulationsblasen unterbinden, weil der demokratische Gesetzgeber und nicht der Kapitalismus für die Gemeinwohlorientierung zuständig sei.

Unter Rekurs auf seinen Amerikaaufenthalt zur Zeit des Präsidentschaftswahlkampfes erhofft er sich, dass durch den Wahlsieg Obamas der Neoliberalismus zur Diskussion gestellt wird und die hemmungslose Unterwerfung der Lebenswelt unter die Imperative des Marktes auf den Prüfstand gerät. Ob dies auch in Deutschland geschehen werde, sei unsicher, obwohl sich diese Politik mit ihrer Orientierung an Anlegerinteressen, ihrem Privatisierungswahn, durch die Überantwortung von Kultur und Bildung an die Interessen und Launen privater Sponsoren in vielfacher Hinsicht – wachsender sozialer Ungleichheit, dem Entstehen eines Prekariats, Kinderarmut, Niedriglöhnen – blamiert habe.

Zum Washingtoner Konsens führt Habermas aus, dass empirische Studien der Prognose widersprechen, nach der durch die neoliberalen Rezepturen zwar die Reichen reicher, aber auch die Armen wohlhabender werden. Die Wohlstandssteigerung sei weltweit asymmetrisch verteilt, Armutszonen breiten sich weiter aus. Das habe primär nichts mit dem Ende des Ostblocks zu tun, sondern sei auf den Systemwechsel in der Wirtschaftspolitik von Keynes zur Lehre der Chicagoer Schule unter Reagan und Thatcher zurückzuführen.

Bei der Frage zur Machtverteilung zwischen Kapital / Markt und Staat führt Habermas aus, dass der politisch gewollten Globalisierung keine politischen Institutionen auf supranationaler Ebene zur weltweiten politischen Koordinierung und rechtlichen Regelung der internationalen Beziehungen gefolgt sind. Dieses Defizit würde die Finanzmarktkrise wieder zu Bewusstsein bringen. Markt und Staat müssten immer wieder ausbalanciert werden, damit das Netz solidarischer Beziehungen zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft nicht reißt. Markt und Demokratie beruhen auf gegensätzlichen Prinzipien. Die durch die Globalisierung angestiegenen vielfältigen Wahlmöglichkeiten und Wahlentscheidungen der einzelnen wirtschaftlichen Akteure

in immer komplexer und unübersichtlicher gewordenen Handlungsfeldern verlangen nach Regelungen zur Durchsetzung von Allgemeininteressen, die es ohne entsprechende Erweiterung politischer Verfahren und Institutionen auf internationaler Ebene nicht geben könne.

Synopse: Zum Verhältnis von Markt und Staat

Gaschke	Straubhaar	Habermas
<p>Scheitern der neoliberalen Verheißungen und die Ansicht, der Staat sei überflüssig, das Zurückdrängen des Staates in wichtigen Kernfunktionen muss korrigiert werden, die Ökonomisierung aller Lebensbereiche muss zurückgedrängt werden, eine Gesellschaft hat andere Kraftquellen und braucht diese zu ihrem Zusammenhalt als nur Profit, Marktradikale sollen das begreifen, dann wäre es leichter über die Form des Kapitalismus zu diskutieren, die „wir haben wollen“.</p>	<p>Staat und Markt sind gar keine unversöhnlichen Gegensätze, ein starker Staat hat die Grund- und Freiheitsrechte und das Eigentumsrecht und damit die Funktion offener und freier Märkte zu sichern, und durch Regeln für die privaten Marktakteure sowie durch Gesetze für einen funktionsfähigen Wettbewerb zu sorgen, Vermeidung zu rigider staatlichen Regulierungen, der Staat soll sich hüten durch zu starke Regeln Erfinder- und Unternehmerinstinkte zu unterdrücken, andernfalls wären sinkendes Wachstum, sinkende Beschäftigung und geringere Verteilungsspielräume die Folge</p>	<p>Markt und Demokratie beruhen auf gegensätzliche Prinzipien, Markt und Staat müssen immer wieder ausbalanciert werden, damit das Netz solidarischer Beziehungen in der Gesellschaft nicht reißt, Globalisierung und Neoliberalismus haben die Balance zugunsten von Kapital/Markt verschoben, zur Durchsetzung von Allgemeininteressen/solidarischen Beziehungen ist eine entsprechende Erweiterung politischer Verfahren und Institutionen auf internationaler Ebene notwendig</p>

## 2. Aufgabe

Der Artikel von Frau Gaschke stellt bereits in weiten Teilen ein Beispiel für eine ideologiekritische Analyse dar, die neoliberale Glaubenssätze und deren Geltungsanspruch sowie die medialen Strategien des neoliberalen Mainstreams analysiert. Der temperamentvolle und engagierte Stil ihres Beitrags mag zu einer nüchternen Ideologiekritik nicht passen, lenkt jedoch mit Nachdruck die Aufmerksamkeit auf die einseitige Interessenbezogenheit neoliberaler Überzeugungen und auf den Wahrheitsanspruch, den die Anhänger dieser Weltanschauung beanspruchen (S. 308 Zeile 45 bis 63). Da in dem Beitrag der Marktradikalismus der neoliberalen Ideologie analysiert und angegriffen wird, ist zu schließen, dass die Autorin eher eine Gegenposition vertritt, die dem Staat mehr Aufgaben und den Einzelnen andere Imperative für ihr Handeln als nur Profitstreben zuweist. Allerdings ist ihre Weltanschauung im Detail nicht zu erkennen, jedoch zeigen ihre Ausführungen, dass sie weiß, dass Weltanschauungen nie wahr sein können.

Straubhaar vertritt ganz deutlich das neoliberale Credo, wenn er die Funktionen des Staates beschreibt, in denen sozialstaatliche Aufgaben keinen Platz haben, er bezeichnet die Marktwirtschaft auch immer nur als frei aber nie als sozial. Der gesamte Beitrag ist eine Warnung vor denjenigen, die er als Totengräber einer liberalen Marktwirtschaft bezeichnet und vor einer zu starken Regulierung des Finanzmarktes durch den Staat. Auch die Betonung der positiven Wirkungen von Krisen, Gier und Profitstreben für Wachstum, Innovation und Wohlstand sowie die Warnung vor einer Überregulierung der Märkte zeigen das Misstrauen gegenüber dem Staat. Zwar wird das Marktversagen im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise angesprochen, aber sofort auf das Staatsversagen zurückgeführt. Es gibt für ihn kein besseres Wirtschaftssystem als die freie Marktwirtschaft, die soziale Marktwirtschaft wird mit keinem Wort erwähnt.

Habermas greift Neoliberalismus und die neoliberale Wirtschaftspolitik mit ihren Auswirkungen auf die zunehmende soziale Ungleichheit an, weil die Balance zwi-

schen Markt und Staat/Demokratie zugunsten des Marktes verloren gegangen sei. Dadurch sieht er die solidarischen Beziehungen in der Gesellschaft, die für ihren Zusammenhalt wichtig sind, gefährdet. Außerdem sieht er die Reste der gleichberechtigten Mitwirkung aller Bürger an der politischen Öffentlichkeit bedroht.

Es muss eine neue Balance zwischen Kapitalismus/Markt und Demokratie/Staat, die auf unterschiedlichen Prinzipien beruhen, vor dem Hintergrund der Globalisierung durch supranationale Institutionen und Regelungen hergestellt werden. Straubhaar würde ihn wohl zu den Totengräbern einer liberalen Marktwirtschaft zählen, weil nach Habermas der Staat stärker um sozialen Ausgleich als eine seiner Kernfunktionen bemüht sein muss und demokratische Mitwirkungsrechte stärken soll. Die Erweiterung politischer Verfahren und Institutionen auf internationaler Ebene ist für ihn notwendig, um den Akteuren auf den globalisierten Märkten entsprechende Handlungsmöglichkeiten entgegenzusetzen. Habermas geht es um die Kontrolle wirtschaftlicher Macht, um die Eindämmung der Ökonomisierung aller Lebensbereiche und die Sicherung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten.

### 3. Aufgabe

Wilhelm Treue hat in seinem Buch „Deutschland in der Weltwirtschaftskrise“ (Düsseldorf 1967) u. a. die Diskussion um die Schuldzuweisung an der Krise dokumentiert und dabei auch Quellen zitiert, die auf die unterschiedlichen Anschauungen zum Verhältnis von Markt und Staat eingehen. Auf den Seiten 186 ff. wird beispielsweise eine solche Kontroverse zwischen den Gewerkschaften und dem Reichsverband der Deutschen Industrie durch Quellen belegt.

**1. Auflage**

1 5 4 3 2 1 | 14 13 12 11 10

Alle Drucke dieser Auflage sind unverändert und können im Unterricht nebeneinander verwendet werden. Die letzten Zahlen bezeichnen jeweils die Auflage und das Jahr des Druckes.

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen. Fotomechanische Wiedergabe nur mit Genehmigung des Verlages.

© Ernst Klett Verlag GmbH, Stuttgart 2010. Alle Rechte vorbehalten. [www.klett.de](http://www.klett.de)

**Autoren:** Uwe Taenzer, Geseke

**Redaktion:** Dr. Hans-Werner Thunig

**Herstellung:** Krystyna Schütze

Lösungen zu ISBN: 978-3-12-885125-9